



Schleswig-Holstein  
Ministerium für Inneres,  
ländliche Räume  
und Integration

# Verfassungsschutzbericht 2017

Schleswig-Holstein

## **Impressum**

### **Herausgeber:**

Ministerium für Inneres, ländliche Räume und  
Integration des Landes Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 92  
24105 Kiel

### **Druck:**

Schmidt & Klaunig e.K., Ringstraße 19, 24114 Kiel

Der Verfassungsschutzbericht 2017 ist auch über das Internet abrufbar,  
unter: [www.schleswig-holstein.de/DE/Themen/V/verfassungsschutz.html](http://www.schleswig-holstein.de/DE/Themen/V/verfassungsschutz.html)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwandt werden.

# Verfassungsschutzbericht 2017

Schleswig-Holstein

# Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	<b>I</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>VII</b>
<b>Vorwort</b> .....	<b>IX</b>
<b>Management Summary</b> .....	<b>1</b>
1 Islamismus und Islamistischer Terrorismus.....	1
2 Rechtsextremismus.....	3
3 Reichsbürger .....	4
4 Linksextremismus .....	5
5 Extremismus mit Auslandsbezug.....	6
<b>I Informationen zum Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein</b> .....	<b>7</b>
1 Der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem.....	7
2 Gesetzlicher Auftrag, Aufgaben und Befugnisse .....	7
3 Organisation des Verfassungsschutzes.....	11
4 Kontrolle des Verfassungsschutzes .....	11
5 Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz .....	13
6 Geheim- und Sabotageschutz, Zuverlässigkeitsüberprüfungen .....	13
7 Mitwirkung der Verfassungsschutzbehörde bei Aufenthalts- und Einbürgerungsverfahren.....	16
8 Kontakt.....	18
<b>II Islamismus und Islamistischer Terrorismus</b> .....	<b>19</b>
1 Das Berichtsjahr im Überblick .....	19
2 Wesensmerkmale - die Abgrenzung von Islam und Islamismus.....	21
2.1 Islamismus .....	22
2.2 Salafismus/ Salafistische Bestrebungen .....	23
2.3 Jihadismus.....	24
3 Organisationen .....	25
3.1 Der Islamische Staat .....	25
3.2 Das al-Qaida-Netzwerk.....	27
3.3 Al-Shabab .....	29
3.4 Die Taliban.....	30
4 Schwerpunktthemen 2017 .....	31
4.1 Die aktuelle Flüchtlingssituation und ihre Auswirkungen auf die islamistische Bedrohungslage .....	31

4.1.1	Entwicklung der Flüchtlingszahlen .....	31
4.1.2	Ausnutzung der Flüchtlingsrouten durch getarnt einreisende Jihadisten .....	32
4.1.3	Selbstbeichtigungen von Flüchtlingen im Asylverfahren .....	32
4.1.4	Die Einflussnahme von Islamisten auf Flüchtlinge in Schleswig-Holstein .....	33
4.1.5	Radikalisierung im Flüchtlingsumfeld .....	34
4.2	Reisebewegungen von Jihadisten insbesondere vor dem Hintergrund des Niedergangs des IS.....	34
4.2.1	Bundesweite Reisebewegungen von Jihadisten nach Syrien/ Irak.....	34
4.2.2	Reisebewegungen von Jihadisten aus Schleswig-Holstein nach Syrien/ Irak.....	35
4.2.3	Die Gefahr der Rückkehr von Jihadisten und ihrer Familien nach Schleswig-Holstein .....	37
5	Islamistischer Terrorismus und staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus.....	39
5.1	Aktuelle Entwicklungen .....	39
5.2	Lageeinschätzung: Wesentliche Herausforderungen im Bereich des Islamistischen Terrorismus .....	41
5.3	Staatliche Maßnahmen in Deutschland und Schleswig-Holstein .....	42
5.3.1	Vereinsrechtliche Maßnahmen.....	42
5.3.2	Aufenthaltsbeendende Maßnahmen bei ausländischen Islamisten .....	43
5.3.3	Strafverfahren gegen islamistische Terroristen in Schleswig-Holstein ....	44
5.3.4	Präventionsnetzwerke in Schleswig-Holstein .....	45
6	Salafistische Bestrebungen in Schleswig-Holstein .....	46
6.1	Personenpotenzial und salafistische Zentren.....	46
6.1.1	Salafistische Missionierungsaktivitäten .....	47
6.1.2	Salafistische Tendenzen unter Flüchtlingen .....	48
6.1.3	Salafistische Zentren .....	48
6.2	Radikalisierungen in der salafistischen Szene .....	49
7	Mitglieder und Anhängerzahlen.....	50
<b>III</b>	<b>Rechtsextremistische Bestrebungen .....</b>	<b>51</b>
1	Überblick .....	51
2	Wesensmerkmale des Rechtsextremismus .....	54
3	Organisationen und Gruppierungen des rechtsextremistischen Spektrums .....	55
3.1	Nationaldemokratische Partei Deutschlands .....	55
3.1.1	Bundesverband .....	56
3.1.2	NPD-Landesverband Schleswig-Holstein .....	59
3.1.3	Junge Nationaldemokraten Hamburg-Nordland .....	61

3.1.4	Wahlen .....	62
3.2	Identitäre Bewegung .....	63
3.3	Subkulturell geprägte Rechtsextremisten .....	68
3.3.1	Subkulturell geprägte Rechtsextremisten.....	68
3.3.2	Rechtsextremistische Musikszene .....	69
3.4	Aktionistische neonazistische Personenzusammenschlüsse .....	72
3.5	Rechtsextremistische Verlage .....	75
4	Rechtsextremistisch motivierte Kriminalität/ Politisch motivierte Kriminalität-rechts...	75
5	Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein 2013 bis 2017 .....	79
<b>IV</b>	<b>Reichsbürgerbewegung.....</b>	<b>80</b>
1	Überblick .....	80
2	Wesensmerkmale der Reichsbürgerbewegung.....	80
3	Ausrichtungen, Organisationen und Gruppierungen der Reichsbürgerbewegung ...	82
3.1	Gruppierung Freistaat Preußen .....	83
3.2	Gruppierung Amt für Menschenrechte .....	83
3.3	Unorganisierte Anhänger der Reichsbürgerbewegung .....	84
4	Herausragende Beispiele für Kriminalität mit Bezug zur Reichsbürgerideologie.....	85
5	Mitgliederentwicklung der Reichsbürgerbewegung in Schleswig-Holstein 2015 bis 2017 .....	85
<b>V</b>	<b>Linksextremistische Bestrebungen.....</b>	<b>87</b>
1	Überblick .....	87
2	Wesensmerkmale des Linksextremismus.....	90
3	Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums.....	92
3.1	Dogmatischer Linksextremismus .....	92
3.1.1	Deutsche Kommunistische Partei.....	93
3.1.2	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend.....	94
3.1.3	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands .....	94
3.1.4	Rote Hilfe e.V.....	95
3.2	Undogmatischer Linksextremismus.....	97
3.2.1	Autonome .....	98
3.2.2	Interventionistische Linke .....	99
4	Schwerpunkte linksextremistischer Aktivitäten.....	101
4.1	Linksextremistische Störaktionen im Wahlkampf.....	101
4.1.1	Landtagswahlkampf .....	103
4.1.2	Bundestagswahlkampf.....	105
4.1.3	Wahlkampfgitation zentrales Aktionsfeld der linksextremistischen Szene .....	107

4.2	Linksextremistische Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg.....	108
5	Linksextremistisch motivierte Kriminalität .....	113
6	Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein 2013 bis 2017 .....	115
<b>VI</b>	<b>Extremismus mit Auslandsbezug.....</b>	<b>116</b>
1	Überblick .....	116
2	Wesensmerkmale und Begriffsbestimmungen .....	116
3	Organisationen .....	118
3.1	Arbeiterpartei Kurdistans.....	118
3.2	Türkischer Rechtsextremismus/Ülkücü-Bewegung .....	120
4	Schwerpunktthemen .....	122
4.1	Referendum zur Änderung der türkischen Verfassung .....	123
4.2	Reaktionen auf die Entwicklung in Syrien .....	124
4.3	Protest gegen die Ausweitung des PKK-Kennzeichenverbotes .....	124
4.4	Kampagne für die Freilassung Abdullah Öcalans .....	125
5	Kriminalität im Phänomenbereich Extremismus mit Auslandsbezug .....	126
6	Mitgliederentwicklung .....	128
<b>VII</b>	<b>Spionageabwehr, Wirtschaftsschutz und Proliferationsbekämpfung .....</b>	<b>129</b>
1	Überblick .....	129
2	Vorgehen ausländischer Nachrichtendienste .....	130
3	Beeinflussungsaktivitäten ausländischer, insbesondere russischer Nachrichtendienste .....	131
4	Wirtschaftsspionage und Wirtschaftsschutz.....	131
5	Proliferationsbekämpfung .....	132
6	Cyber-Spionage: Elektronische Angriffe auf Unternehmen und Behörden .....	133
6.1	Cyber-Angriffe.....	133
6.2	Social Engineering .....	135
6.3	Cyber-Crime .....	136
7	Nachrichtendienstliche Aktivitäten der Türkei in Deutschland .....	136
8	NSA-Affäre .....	137
9	Verfassungsschutz als Ansprechpartner .....	138

## Abbildungsverzeichnis

<b>Abbildung 1:</b>	Durchgeführte Sicherheitsüberprüfungen 2013 bis 2017 .....	14
<b>Abbildung 2:</b>	Durchgeführte Zuverlässigkeitsüberprüfungen 2013 bis 2017 .....	15
<b>Abbildung 3:</b>	Zahl der Anfragen in Aufenthaltsverfahren 2013 bis 2017 .....	16
<b>Abbildung 4:</b>	Zahl der Anfragen in Einbürgerungsverfahren 2013 bis 2017 .....	17
<b>Abbildung 5:</b>	Islamistisch motivierte Ausreisen von 2013 bis 2017 (Syrien/Irak) auf Bundesebene (p.a.) .....	35
<b>Abbildung 6:</b>	Islamistisch motivierte Ausreisen von 2013 bis 2017 (Syrien/Irak) auf Landesebene .....	36
<b>Abbildung 7:</b>	Islamistisch motivierte Reisebewegungen (Syrien/Irak) aus Schleswig-Holstein von 2013 bis 2017 .....	37
<b>Abbildung 8:</b>	Salafistisches Personenpotenzial in Deutschland und Schleswig-Holstein .....	46
<b>Abbildung 9:</b>	Entwicklung der Mitglieder und Anhängerzahlen islamistischer Organisationen in Schleswig-Holstein 2013 bis 2017. ....	50
<b>Abbildung 10:</b>	Übersicht der Wahlergebnisse der NPD 2017 .....	63
<b>Abbildung 11:</b>	Entwicklung der PMK-rechts 2013 bis 2017 .....	76
<b>Abbildung 12:</b>	Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein 2013 bis 2017 .....	79
<b>Abbildung 13:</b>	Mitgliederentwicklung der Reichsbürgerbewegung.....	85
<b>Abbildung 14:</b>	Altersstruktur Reichsbürger .....	86
<b>Abbildung 15:</b>	Regionale Verteilung der Reichsbürger .....	86
<b>Abbildung 16:</b>	Entwicklung linksextremistisch motivierter Straf- und Gewalttaten 2013 bis 2017 .....	113
<b>Abbildung 17:</b>	Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein 2013 bis 2017 .....	115
<b>Abbildung 18:</b>	Mitgliederentwicklung im Phänomenbereich Extremismus mit Auslandsbezug 2013 bis 2017 .....	128



## Abkürzungsverzeichnis

ADÜTDF	Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu
AfD	Alternative für Deutschland
AgR	Aufstehen gegen Rassismus
AQAH	al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel
APT	Advanced Persistent Threat
ATB	Avrupa Türk Kültür Dernekleri Birliği
BAFA	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
BBP	Büyük Birlik Partisi
BKA	Bundeskriminalamt
BND	Bundesnachrichtendienst
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BT-Wahl	Bundestagswahl
B & H	Blood & Honour
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DIK	Deutschesprachiger Islamkreis Hildesheim
DITIB	Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DKTM Kiel	Demokratik Kürt Toplum Merkezi Kiel
DKTM Neumünster	Demokratische Kurdische Gemeinde Zentrum Neumünster e. V.
DWR	Die wahre Religion alias „LIES! Stiftung“/„Stiftung LIES“
Ebd.	Ebenda
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EU	Europäische Union
e. V.	eingetragener Verein
G10	Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses
G20	Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer der Welt
GBA	Generalbundesanwalt
GTAZ	Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum
GETZ	Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum
GG	Grundgesetz
GI	Génération Identitaire
HAMAS	Islamische Widerstandsbewegung Harakat al-muqawama al-islamiya
HPG	Hêzên Parastina Gel
HTS	Haiyat Tahrir ash-Sham
IB	Identitäre Bewegung
IBD	Identitäre Bewegung Deutschland
IBSH	Identitäre Bewegung Schleswig-Holstein
IGMG	Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş e.V.
IL	Interventionistische Linke
IoT	Internet of Things, Internet der Dinge

IS	Islamischer Staat
IT	Informationstechnologie
JfP	Jugend für Pinneberg
JN	Junge Nationaldemokraten
KISS	Kiel International Seapower Symposium
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LVerfSchG	Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein
MHP	Milliyetçi Hareket Partisi
MIT	Milli Istihbarat Teşkilatı
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
NAV-DEM	Navenda Civaka Demokratîk ya Kurdên li Almanyayê
NGO	Nichtregierungsorganisation
NIKA	Nationalismus ist keine Alternative
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSA	National Security Agency
OMC	Outlaw Motorcycle Clubs
OVG	Oberverwaltungsgericht
PKG	Parlamentarisches Kontrollgremium
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
PMK-links	politisch motivierte Kriminalität-links
PMK-rechts	politisch motivierte Kriminalität-rechts
provg	Projekt Volksgemeinschaft
PYD	Partei der Demokratischen Union
RH	Rote Hilfe
RuStAG	Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz
s. a.	siehe auch
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SH-Stimme	Schleswig-Holstein-Stimme
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
TAK	Teyrêbazên Azadîya Kurdistan
u. a.	unter anderem
UETD	Union Europäisch-Türkischer Demokraten
UIG	der Union islamischer Gerichtshöfe
Vgl.	Vergleiche
WRV	Weimarer Reichsverfassung
YÖP	Yeni Özgür Politika
YPG	Yekîneyên Parastina Gel
ZAC	Zentrale Ansprechstelle Cybercrime
z. B.	zum Beispiel

## Vorwort

Sehr geehrte Leserin,

sehr geehrter Leser!

Mit dem vorliegenden Bericht erhalten Sie Informationen über die Extremismulage in Schleswig-Holstein und die Arbeitsschwerpunkte der Verfassungsschutzbehörde im Jahr 2017. Darin wird deutlich, dass vor allem terroristische Aktivitäten nicht an unserer Landesgrenze haltmachen. Vielmehr ist in Schleswig-Holstein wie in anderen Teilen Deutschlands weiterhin von einer hohen abstrakten Gefährdungslage auszugehen. Das bedeutet, dass grundsätzlich auch im nördlichsten Bundesland weiterhin die Gefahr eines islamistischen Anschlags besteht, konkrete Anschlagsvorbereitungen jedoch nicht erkennbar sind.

Aber auch von anderen politischen Extremisten drohen Gefahren für unsere Demokratie: Rechts- und Linksextremisten haben z. B. im Wahlkampf zum schleswig-holsteinischen Landtag und zum Deutschen Bundestag deutlich erkennen lassen, wie wenig ihre Überzeugungen mit den im Grundgesetz verankerten Wertvorstellungen übereinstimmen.

Die engagierten Frauen und Männer, die in der schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbehörde ihren Dienst zumeist im Stillen verrichten, haben nicht nur diese Entwicklungen im Blick. Sie leisten mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit in unserem Land. Der vorliegende Bericht macht das deutlich. Er zeigt auch, dass die Kenntnis der Lage „vor Ort“ für eine realistische Bewertung der Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung unerlässlich ist. Eine organisatorische Zentralisierung des Verfassungsschutzes beim Bund brächte demgegenüber keine Verbesserungen. Deshalb hat die Landesregierung die Verfassungsschutzbehörde personell verstärkt. So ist sichergestellt, dass Schleswig-Holstein auch in Zukunft über ein wirkungsvolles „Frühwarnsystem“ für verfassungsfeindliche Aktivitäten verfügt.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.





# Management Summary

## 1 Islamismus und Islamistischer Terrorismus

### **Gefahr eines islamistischen Anschlags weiterhin hoch**

Die Sicherheitslage im Bereich des islamistischen Terrorismus in Schleswig-Holstein wird weiterhin durch die aktuelle Situation in Syrien und den Zusammenbruch der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) bestimmt. Im Jahr 2017 hat es keinen größeren islamistischen Terroranschlag - vergleichbar mit dem auf den Berliner Weihnachtsmarkt am 19. Dezember 2016 - in Deutschland gegeben. Bei einem islamistisch motivierten Messerangriff in einem Hamburger Supermarkt im Juli 2017 wurden allerdings eine Person getötet und vier weitere verletzt.

Die Gefährdungslage in Deutschland ist damit unverändert hoch. Somit muss weiterhin jederzeit mit einem Anschlag durch islamistische Terroristen gerechnet werden.

Insgesamt hat sich das islamistische Personenpotenzial in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 25 Prozent von 440 auf 550 erhöht. Dies ist auf einen signifikanten Anstieg des salafistischen Potenzials von 370 auf 500 Personen zurückzuführen und entspricht einem Zuwachs von etwa 35 Prozent.

Ursächlich hierfür dürften die weiterhin andauernden Missionierungsaktivitäten der salafistischen Szene, der Anstieg jihadistisch-salafistischer Verdachtsfälle und die steigenden Besucherzahlen in salafistisch dominierten Vereinen und Moscheen sein.

### **Ausländische islamistische Kämpfer missbrauchen vermehrt Flüchtlingsbewegungen**

Nach wie vor gibt es Hinweise darauf, dass ausländische islamistische Kämpfer die anhaltenden Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland und Europa nutzen, um unerkannt in die Bundesrepublik und auch nach Schleswig-Holstein zu gelangen. Zwar ist die Mehrzahl dieser Hinweise weiterhin inhaltlich wenig substantiiert, die Aufklärung bleibt daher aufwendig. Jedoch hat es auch im Jahr 2017 in Schleswig-Holstein erneut Fälle gegeben, in denen die Erkenntnisse so verdichtet werden konnten, dass gegen die mutmaßlichen Kämpfer strafrechtliche Ermittlungsverfahren initiiert werden konnten.

Hinzu kommt eine steigende Zahl von Fällen, in denen Personen im Rahmen ihres Asylverfahrens mitteilen, zum Teil gezwungenermaßen in ihren Herkunftsländern Teil einer Terrororganisation gewesen zu sein. Dies betrifft vor allem Personen aus Afghanistan und Somalia, die angeben, dortigen islamistisch-terroristischen Gruppierungen angehört zu haben. Auch solche Fälle bedürfen in der Regel erheblicher Aufklärungsmaßnahmen.

Die kontinuierlich steigende Gesamtzahl dieser Sachverhalte sowie die damit verbundenen zahlreichen Maßnahmen bildeten im Jahr 2017 einen Schwerpunkt bei der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus durch die Verfassungsschutz- und Polizeibehörden.

### **Niedergang des Islamischen Staates birgt Gefahr zurückkehrender Kämpfer**

Ebenfalls unter dem Einfluss der aktuellen Situation in Syrien und dem Irak und vor allem vor dem Hintergrund des Niedergangs der Terrororganisation Islamischer Staat sind die weiterhin andauernden Reisebewegungen islamistischer Kämpfer zu betrachten. Zwar sind im Berichtsjahr sowohl in Schleswig-Holstein als auch bundesweit weniger erfolgreiche Ausreisen von Islamisten nach Syrien oder in den Irak feststellbar. Allerdings zeigen mehrere gescheiterte Ausreiseversuche von Personen aus Schleswig-Holstein, dass die Propaganda islamistischer Terrororganisationen nach wie vor Radikalisierungsprozesse befördern kann und Auswirkungen auf die hiesige Szene hat.

Darüber hinaus muss vor allem aufgrund des Niedergangs des IS – zumindest soweit dies seine regionale Ausdehnung und seine quasistaatlichen und militärischen Strukturen betrifft – in erhöhtem Maße mit einer Rückkehr von Kämpfern nach Deutschland und Schleswig-Holstein gerechnet werden. Neben der Gefahr, die von solchen Rückkehrern aufgrund ihrer Ideologisierung und Kampfausbildung ausgeht, hat sich in den vergangenen Monaten abgezeichnet, dass auch die Familienangehörigen dieser Personen versuchen, nach Deutschland zurückzukehren. Sie sind ebenfalls relevant, weil es sich zeigt, dass z. B. Ehefrauen, die sich zur Ausreise entschließen, ebenfalls in hohem Maße ideologisch indoktriniert sein können. Zum Teil haben sie sogar militärische Trainings durchlaufen. Schließlich muss auch von einer Indoktrinierung und Radikalisierung der Kinder und Jugendlichen ausgegangen werden. Die wird unter anderem durch Propagandavideos belegt, die vom IS selbst ins Internet gestellt wurden. Die Kinder und Jugendlichen sind bereits von klein auf im Umfeld der Terrororganisation aufgewachsen und haben z. T. bereits in den ersten Lebensjahren ideologische wie militärische Schulungen durchlaufen. Auch zu einzelnen Ausreisefällen aus Schleswig-Holstein liegen Hinweise darauf vor.

## **2 Rechtsextremismus**

Das rechtsextremistische Personenpotenzial in Schleswig-Holstein belief sich im Berichtsjahr auf 1.300 Personen und verringerte sich damit um rund vier Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Es liegt nunmehr wieder auf dem Niveau von 2015. Ein wesentlicher Grund für den Rückgang war die nachlassende Anti-Asyl-Agitation.

### **Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) verliert Charakter als Wahlpartei**

Das Wahljahr 2017 verlief für den parteigebundenen Rechtsextremismus bundesweit desaströs. Der NPD-Landesverband Schleswig-Holstein trat zur Landtagswahl im Mai wegen seiner anhaltend organisatorischen Schwäche und aufgrund fehlender zugkräftiger Kandidaten erst gar nicht mehr an. Für die Bundestagswahl schaffte es die NPD Schleswig-Holstein nur durch die Unterstützung von Aktivisten aus anderen Bundesländern noch kurz vor Fristende, die notwendige Zahl von 2.000 Unterstützerunterschriften bei der Landeswahlleitung einzureichen, um mit einer Landesliste anzutreten. Die beiden anderen rechtsextremistischen Parteien mit grundsätzlich bundesweiter Bedeutung wie Die Rechte und Der III. Weg spielen in Schleswig-Holstein bislang keine Rolle.

Das Ergebnis war für die NPD in jeder Hinsicht enttäuschend. Bei der Bundestagswahl (BT-Wahl) erhielt die Partei 0,4 Prozent der Zweitstimmen (BT-Wahl 2013: 1,3 Prozent), in Schleswig-Holstein 0,2 Prozent (BT-Wahl 2013: 0,7 Prozent). Das zentrale Wahlkampfthema der NPD, Zuwanderung und Kriminalität, verfiel nicht, obgleich es von Politik und Medien breit thematisiert wurde. Der NPD, so die Analyse ihres Bundesvorsitzenden Frank Franz, sei es nicht gelungen, ihre politischen Alleinstellungsmerkmale (klares Bekenntnis zur nationalen Solidarität, konsequent und unerbittlich gegen Einwanderung) deutlicher herauszuarbeiten. Die Hauptkonkurrenten sieht Franz in den Parteien Alternative für Deutschland (AfD) und Die Linke.

Der weiterhin fehlende Zuspruch in der Bevölkerung zur NPD, rückläufige Mitgliederzahlen, organisatorische Schwächen, vor allem aber das schlechte Wahlergebnis und die daraufhin ausbleibenden Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung dürften den anhaltenden Abwärtstrend der Partei weiter beschleunigen.

### **Rechtsextremistische Konzerte wieder gut besucht**

Waren sie in den vergangenen Jahren nur noch selten in größerem Rahmen festzustellen, so gab es im Berichtsjahr 2017 bundesweit wieder deutlich mehr rechtsextremistische Liederabende und Konzerte. Allein in Schleswig-Holstein registrierte die Verfassungsschutzbehörde insgesamt zehn rechtsextremistische Liederabende und Konzerte – und damit doppelt so viele wie 2016. Mit teilweise über 100, in der Spitze sogar mehr als 150 Teilnehmern waren die Konzerte sehr gut besucht. Diese Entwicklung macht deutlich, dass

rechtsextremistische Musik weiterhin eine große Anziehungskraft hat, insbesondere in der subkulturellen Szene. Sie wirkt nach wie vor identitätsstiftend und fördert das Zusammengehörigkeitsgefühl. Nicht zuletzt wegen ihres Freizeit- und Eventcharakters sind rechtsextremistische Musikveranstaltungen häufig die Brücke, über die junge Leute den Weg ins rechtsextremistische Lager finden.

### **Identitäre Bewegung auf dem Vormarsch**

Die Identitäre Bewegung (IB) Deutschland hat im Berichtsjahr 2017 in Schleswig-Holstein weiter Fuß gefasst und mit mehreren öffentlichen Aktionen auf sich aufmerksam gemacht. Straffe Organisation, seriös auftretende Führungsfiguren und ein intellektuelles Netzwerk im Hintergrund machen die IB zu einer ernstzunehmenden und anwachsenden Größe im Rechtsextremismus. Die Gruppierung erreicht vor allem junge und häufig gut bis sehr gut gebildete Erwachsene, die sich von den herkömmlichen neonazistisch geprägten Strömungen nicht angesprochen fühlen. Zur Strategie der IB gehört es im Wesentlichen, extremistische Positionen in die politische Debatte einzubringen und zu verankern, um so die Deutungshoheit über bestimmte Themen wie etwa die Zuwanderung zu gewinnen. Die weltanschauliche Ausrichtung der IB ist grundsätzlich bis weit in das bürgerliche Lager anschlussfähig.

## **3 Reichsbürger**

### **Reichsbürgerszene deutlich aufgeheilt**

Aus den Behörden und Dienststellen des Landes, also dort, wo so genannte Reichsbürger am häufigsten auffallen, erreichten den Verfassungsschutz zahlreiche Hinweise auf Personen, die im Verdacht stehen, der Reichsbürgerbewegung anzugehören. Am Ende des Berichtsjahres (Stichtag 31.12.2017) stellt sich danach folgendes Bild dar: 230 Personen konnten als Reichsbürger eindeutig identifiziert werden. Damit hat sich die Zahl der Reichsbürger im Vergleich zum Vorjahr um mehr als das Vierfache erhöht. Im Jahr 2016 registrierte der Verfassungsschutz 54 Personen.

Angehörige der Reichsbürgerbewegung werden auch weiterhin versuchen, ihre Überzeugung aktiv gegenüber Behörden und deren Vertretern durchzusetzen. Mit zunehmendem staatlichen Druck auf die Szene, insbesondere bei der Einforderung säumiger Zahlungen und dem Entzug der waffenrechtlichen Erlaubnis, wächst die Gefahr, dass es beim Aufeinandertreffen von Reichsbürgern und Behördenmitarbeitern künftig häufiger als bisher zu Eskalationen kommen kann.

## **4 Linksextremismus**

Das linksextremistische Personenpotenzial in Schleswig-Holstein liegt mit 670 konstant auf dem Niveau der beiden Vorjahre. Innerhalb der linksextremistischen Strömungen ist jedoch eine leichte Verschiebung vom dogmatischen hin zum autonomen Spektrum zu verzeichnen. Gründe hierfür dürften u. a. in einer Überalterung des dogmatischen Spektrums liegen, während die autonome Szene das Potenzial hat, anlassbezogen neue Anhänger zu gewinnen.

### **AfD-Wahlkampf intensiv gestört**

Die linksextremistische Szene nahm das Doppelwahljahr zum Anlass, ihre Aktivitäten im Themenfeld Antifaschismus zu verstärken. Nachdem sie sich zuletzt wenig aktionsfreudig zeigten, konzentrierten sich Linksextremisten in Schleswig-Holstein in diesem Berichtsjahr auf die aktive Bekämpfung der AfD. Sowohl im Landtags- als auch im Bundestagswahlkampf engagierten sie sich in Protestaktionen gegen die Partei, die wie bereits im Jahr 2016 aufgrund der ihr vorgeworfenen rassistischen, islamfeindlichen und antidemokratischen Inhalte in ihrem Fokus stand. Die AfD bot in ihrem umfassenden Wahlkampf mit vielen Wahlveranstaltungen, Infotischen und aufgehängten Wahlplakaten eine breite Angriffsfläche für Linksextremisten. Doch auch die mittlerweile bedeutungsschwache NPD, die einen sehr eingeschränkten Wahlkampf geführt hat, war Ziel von Protestaktionen.

Durch die zunehmenden Erfolge der AfD hat die linksextremistische Szene mit der Bekämpfung der Partei ein in hohem Maße gesamtgesellschaftlich relevantes Thema aufgegriffen. Das Thema ist bis in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig, so dass sich die Szene der zivilgesellschaftlichen Unterstützung nahezu sicher sein konnte. Doch auch dieses Engagement von Linksextremisten ist nur ein Mittel zum Zweck: Es soll eine Plattform für deren eigentliches Ziel geschaffen werden, nämlich den Kampf gegen den bestehenden Rechtsstaat.

### **Verhaltene Beteiligung aus Schleswig-Holstein an G20-Protesten**

Im Vorfeld des G20-Gipfels war eine sehr verhaltene Mobilisierung der schleswig-holsteinischen Szene für Protestaktionen gegen den G20-Gipfel erkennbar. Mobilisierungsveranstaltungen fanden u. a. in Kiel, Lübeck und Flensburg statt. Der überwiegende Teil der Szene war hierbei jedoch nicht in feste organisatorische Planungen eingebunden, sondern beschränkte sein Engagement auf das Werben für eine Teilnahme an den Gegenprotesten. Somit führte die generell hohe Anziehungskraft des bundesweiten Großereignisses für linksextremistische Gegenproteste im Berichtsjahr letztlich nicht zu hohen Teilnehmerzahlen der hiesigen Szene. Die zurückhaltende Beteiligung war dabei über alle Gruppierungen der linksextremistischen Szene in Schleswig-Holstein erkennbar. Eine Erklärung hierfür

sind insbesondere die über einen längeren Zeitraum durchgeführten Proteste gegen die AfD vor der Landtagswahl.

## **5 Extremismus mit Auslandsbezug**

Das Personenpotenzial im Bereich Extremismus mit Auslandsbezug blieb im Berichtsjahr weiterhin konstant. Es belief sich auf insgesamt 1.100 Personen.

### **Politische Konflikte der Türkei in Deutschland ausgetragen**

Im Bereich des Extremismus mit Auslandsbezug in Schleswig-Holstein spielen aktuell Organisationen mit Türkei-Bezug die wichtigste Rolle, nämlich die linksextremistische prokurdische Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und die türkisch-rechtsextremistische Ülkücü-Bewegung. Im ersten Viertel des Berichtsjahres bestimmte das Referendum zur Änderung der türkischen Verfassung die Aktivitäten und das Versammlungsgeschehen beider politischen Kontrahenten. Direkte Auseinandersetzungen zwischen beiden Lagern in diesem Kontext blieben in Schleswig-Holstein jedoch die Ausnahme.

### **Vehemente Proteste gegen Kennzeichenverbot**

Am 2. März erweiterte das Bundesministerium des Innern die Liste der verbotenen PKK-Kennzeichen u. a. um die Symbole der syrischen PKK-Schwesterpartei Partei der Demokratischen Union (PYD) sowie bestimmte Abbildungen des PKK-Gründers Abdullah Öcalan, die zuvor auf Demonstrationen häufig anstelle der traditionellen PKK-Fahnen gezeigt worden waren. PKK-nahe Organisationen protestierten vehement gegen diese Entscheidung. Entsprechende Auflagen der Versammlungsbehörden wurden bei Großdemonstrationen durch PKK-Anhänger im Bundesgebiet missachtet. Mehrere Versammlungen endeten unfriedlich, als die Polizei gegen das Zeigen verbotener Symbole einschritt.

### **Sorge um PKK-Gründer Öcalan**

Am 1. September begannen PKK-nahe Organisationen eine Kampagne, mit der die Freilassung des Parteigründers Abdullah Öcalan aus türkischer Haft gefordert wurde. Als Mitte Oktober Gerüchte um eine Verschlechterung seines Gesundheitszustandes oder gar seinen Tod kursierten, verlangten überall in Deutschland PKK-Anhänger auf Spontanversammlungen Informationen über die Lage Öcalans und seine Freiheit.

# **I Informationen zum Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein**

## **1 Der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem**

Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland – das Grundgesetz – gibt den Rahmen unseres demokratischen Rechtsstaates vor. Danach ist die Demokratie in unserem Land wehrhaft gegenüber Personen oder Organisationen, die bestrebt sind, wesentliche Verfassungsgrundsätze zu beseitigen.

Den Verfassungsschutzbehörden der Länder und des Bundes kommt hierbei eine zentrale Aufgabe zu. Sie sollen Gefahren durch politischen Extremismus, Terrorismus sowie Bedrohungen durch Spionageaktivitäten bereits im Vorfeld polizeilicher Maßnahmen erkennen, einschätzen und die politisch Verantwortlichen, Polizei und andere staatliche Stellen und die Öffentlichkeit darüber unterrichten. Damit sollen diese Stellen in die Lage versetzt werden, rechtzeitig erforderliche Maßnahmen zur Abwehr möglicher Gefahren für unser demokratisches System zu ergreifen. Der Verfassungsschutz wird daher auch als Frühwarnsystem der wehrhaften Demokratie bezeichnet.

Dem Verfassungsschutz selbst stehen dabei keine polizeilichen Befugnisse zu. Er kann z. B. weder Durchsuchungen oder noch Festnahmen veranlassen oder selbst durchführen. Im Rahmen der jeweils geltenden Rechtsvorschriften besteht jedoch die Möglichkeit und gegebenenfalls die Verpflichtung, einzelne Erkenntnisse an Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften zu übermitteln und so deren Maßnahmen zu unterstützen.

## **2 Gesetzlicher Auftrag, Aufgaben und Befugnisse**

Die Aufgaben und Befugnisse der Verfassungsschutzbehörden sind gesetzlich geregelt. Das Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz gibt den gesetzlichen Rahmen für die Aufgaben vor, die von Bund und Ländern gemeinsam zu erfüllen sind und ist außerdem Rechtsgrundlage für die Tätigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Darüber hinaus haben alle Bundesländer eigene Verfassungsschutzgesetze. Für Schleswig-Holstein ist dies das Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein (LVerfSchG).

Die Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde Schleswig-Holstein ist in § 1 des LVerfSchG geregelt. Danach kommt ihr die Aufgabe zu, die Landesregierung und andere zuständige Stellen über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder zu unterrichten. Dadurch soll diesen Stellen er-

möglichst werden, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr dieser Gefahren zu ergreifen.

### **Freiheitliche demokratische Grundordnung**

Vereinfacht ausgedrückt beschreibt der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung die vom Grundgesetz vorgegebene demokratische Ordnung sowie verfassungsmäßige Prinzipien, die unantastbar sind. Konkret benannt sind im § 6 Abs. 2 Nr. 1 bis 7 LVerfSchG unter anderem die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, die Volkssouveränität und die Gewaltenteilung, das Mehrparteienprinzip, sowie die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und die Unabhängigkeit der Gerichte.

### **Befugnisse der Verfassungsschutzbehörde**

Die Befugnisse, die der Verfassungsschutzbehörde zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stehen, sind in § 5 LVerfSchG festgelegt. Demnach sammelt die Verfassungsschutzbehörde sach- und personenbezogene Informationen über

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
- Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden und
- Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind

und wertet diese aus.

### **Begriff der Bestrebung**

Nach § 6 Abs. 1 LVerfSchG sind Bestrebungen politisch motivierte Verhaltensweisen oder Betätigungen einer Gruppierung oder Organisation, die sich unter anderem gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Wichtig laut Gesetz ist zudem, dass diese Verhaltensweisen ziel- und zweckgerichtet sind. Das heißt, es muss unter anderem erkennbar sein, dass beispielsweise das Ziel oder der Zweck einer Organisation die Abschaffung unseres demokratischen Systems, der Aufbau eines Gottes- oder Führerstaates

oder einer Anarchie ist. Der Begriff der Bestrebung kann auch das Verhalten von Einzelpersonen einschließen, allerdings nur dann, wenn dieses Verhalten auf die Anwendung von Gewalt gerichtet ist oder wenn es dazu geeignet ist, die in § 5 LVerfSchG genannten Schutzgüter schwerwiegend zu gefährden. Zudem hat der Landesgesetzgeber in § 6 Abs. 4 LVerfSchG die sogenannte Aggressionsklausel eingefügt. Diese besagt, dass eine Bestrebung nach der Maßgabe dieses Gesetzes eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Verfassungsordnung voraussetzt. Die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung dieser Haltung ist allerdings für die Beobachtung verfassungsfeindlicher Bestrebungen auch nach dieser Vorschrift nicht erforderlich.

### **Mitwirkungsaufgaben**

Weiterhin obliegen der Verfassungsschutzbehörde Mitwirkungsaufgaben, die ebenfalls in § 5 LVerfSchG festgelegt sind. Hierbei handelt es sich um die Überprüfung von Personen,

- denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden,
- die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind und
- um die Mitwirkung bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen (siehe I 6).

Die Verfassungsschutzbehörde ist nach den im LVerfSchG festgeschriebenen Aufgaben und den sich daraus ergebenden Befugnissen ein Nachrichtendienst. Sie versteht sich als Sicherheitsbehörde, die Informationen sammelt, auswertet und diese den entsprechend aufgeführten Stellen zur Verfügung stellt.

### **Vorfeldaufklärung**

Die Verfassungsschutzbehörde darf - wie eingangs schon erwähnt - bereits im Vorfeld tätig werden, vor allem um die Gefahren der in § 5 LVerfSchG genannten Bestrebungen so rechtzeitig zu erforschen, dass durch die Weitergabe dieser Informationen beispielsweise an die Politik noch geeignete Maßnahmen ergriffen werden können. Hierzu ist in § 7 Abs. 1 LVerfSchG geregelt, dass der Verfassungsschutz bereits tätig werden darf, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer solchen Bestrebung oder Tätigkeit - etwa gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung - vorliegen.

Das Vorliegen eines konkreten Verdachts einer Straftat ist für das Tätigwerden der Verfassungsschutzbehörde hingegen nicht maßgeblich. Auch dieser Umstand unterscheidet sie von der Polizei.

## **Grundsatz der Verhältnismäßigkeit**

§ 7 Abs. 2 LVerfSchG schreibt vor, dass jede Maßnahme, die die Verfassungsschutzbehörde durchführt, dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz unterliegt. Dies ist nötig, weil durch die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde auch in Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingegriffen wird. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit stellt dabei sicher, dass jede ergriffene Maßnahme der Verfassungsschutzbehörde im Einzelfall nicht außer Verhältnis zum angestrebten Zweck – in der Regel der rechtmäßigen Informationsgewinnung und Weitergabe zur Aufgabenerfüllung – steht.

## **Informationsbeschaffung: die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes**

Der Verfassungsschutz darf – so sieht es das LVerfSchG in § 8 Abs. 1 vor – zur Erfüllung seiner Aufgaben Informationen erheben und verarbeiten. Hierfür stehen grundsätzlich zwei verschiedenen Möglichkeiten der Informationserhebung zur Verfügung: die offene Informationsbeschaffung und die verdeckte Informationserhebung mithilfe sogenannter nachrichtendienstlicher Mittel.

Offen erhobene Informationen bilden einen wesentlichen Bestandteil der nachrichtendienstlichen Tätigkeit und machen den überwiegenden Teil der Nachrichten aus, mit denen der Verfassungsschutz arbeitet. Sie lassen sich vielfältig gewinnen, beispielsweise im Rahmen von Recherchen im Internet, über Printmedien und die Auswertung von Ton- und Bildträgern (beispielsweise CDs und DVDs). Auch andere Behörden werden zu dort vorliegenden Informationen angefragt.

Die verdeckte Informationsbeschaffung ist demgegenüber besonders geregelt. § 8 Abs. 2 LVerfSchG legt fest, welche nachrichtendienstlichen Mittel der Verfassungsschutzbehörde zur Verfügung stehen und in welchem Rahmen sie eingesetzt werden dürfen. Zu den wesentlichen nachrichtendienstlichen Mitteln, die der Verfassungsschutz einsetzen kann, gehören demnach

- der Einsatz von verdeckten Ermittlern, Vertrauensleuten und Gewährspersonen (umgangssprachlich auch als „Quellen“ bezeichnet),
- die Observation und damit verbunden die verdeckte Anfertigung von Bild- und Videoaufnahmen,
- das verdeckte Aufklären des Internets,
- die Verwendung von Legenden (fingierten biografischen oder gewerblichen Angaben) sowie die Erstellung und Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen,
- die Beobachtung des Funkverkehrs und

- die Post- und Fernmeldeüberwachung nach dem Artikel 10-Gesetz.

Der Einsatz dieser nachrichtendienstlichen Mittel wird konkreter durch § 8 Abs. 4, 5 und 6 LVerfSchG geregelt. So sind alle so gewonnenen Informationen eng an den Zweck der Erhebung gebunden und müssen ansonsten unverzüglich gelöscht werden. Zudem gilt für alle diese Maßnahmen das oben bereits beschriebene Verhältnismäßigkeitsprinzip. Weiterhin ist der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel unzulässig, wenn sich herausstellt, dass ausschließlich solche Informationen erhoben werden, die - vereinfacht ausgedrückt - nur das engste Privatleben - im Gesetz als Kernbereich privater Lebensgestaltung bezeichnet - einer Person betreffen. Die Maßnahme muss dann entweder ausgesetzt oder beendet werden.

### **3 Organisation des Verfassungsschutzes**

Der Verfassungsschutzverbund der Bundesrepublik Deutschland umfasst insgesamt 17 Behörden: 16 Landesbehörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz als Zentralstelle. Die Landesbehörden sind entweder als eigenständige nachgeordnete Landesämter organisiert oder - wie auch in Schleswig-Holstein - Teil des jeweiligen Innenministeriums.

Die Verfassungsschutzbehörde Schleswig-Holstein ist eine Abteilung des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume und Integration mit Sitz in der Landeshauptstadt Kiel. Sie ist in sieben Referate untergliedert, die unter anderem für die Informationsbeschaffung, die Auswertung nach Phänomenbereichen, Grundsatzfragen, den IT-Bereich oder die Observation zuständig sind. Insgesamt sind derzeit etwa 130 Mitarbeiter für die Verfassungsschutzabteilung tätig. Für Sachmittel und Investitionen standen im Berichtsjahr rund 980.000 Euro zur Verfügung.

### **4 Kontrolle des Verfassungsschutzes**

Die Verfassungsschutzbehörde Schleswig-Holstein hat sich zum Ziel gesetzt, so viel Transparenz wie möglich zu gewährleisten und das Maß an Geheimhaltung auf ein unbedingt notwendiges Maß zu beschränken. Zudem unterliegt sie einer mehrschichtigen, rechtsstaatlichen Kontrolle.

Ein erster Teil dieser Kontrolle ist die allgemeine Dienst- und Fachaufsicht im Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration. Dabei erstreckt sich die Dienstaufsicht auf die innere Ordnung, die allgemeine Geschäftsführung und die Personalangelegenheiten der Behörde, während die Fachaufsicht die rechtmäßige und zweckmäßige Wahrnehmung der Verwaltungsangelegenheiten der Behörde umfasst.

Ein weiterer wesentlicher Teil der Kontrolle des Verfassungsschutzes wird durch den Schleswig-Holsteinischen Landtag wahrgenommen. Auch diese Aufsicht ist vielschichtig und umfasst zum einen die allgemeine parlamentarische Kontrolle durch alle Mitglieder des Landtages, die zum Beispiel im Rahmen von Kleinen und Großen Anfragen ausgeübt wird.

Zum anderen erfolgt die parlamentarische Kontrolle durch zwei vom Landtag eingesetzte Gremien: das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG) und die G10-Kommission.

Die Aufgaben und die Zusammensetzung des PKG sind in § 26 LVerfSchG festgelegt. Es besteht aus Abgeordneten des Landtages, die zu Beginn jeder Wahlperiode jeweils durch die Mehrheit der Mitglieder des Landtages gewählt werden. Diesen berichtet der Innenminister als Teil der Landesregierung sowohl über die allgemeinen Tätigkeiten der Verfassungsschutzbehörde, als auch über Vorgänge von besonderer Bedeutung.

Die Aufgaben und die Zusammensetzung der G10-Kommission regelt § 26a LVerfSchG in Verbindung mit § 15 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (G10). Sie besteht danach aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern, die - wie die Mitglieder des PKG auch - vom Landtag für die Dauer einer Wahlperiode bestimmt werden. Die G10-Kommission prüft die Zulässigkeit und die Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen nach dem G10, also Maßnahmen, wie etwa die Überwachung des Post- und Telekommunikationsverkehrs. Auf diese Weise wird die Tätigkeit des Verfassungsschutzes nicht nur in ihrer Gesamtheit, sondern auch im Einzelfall vom Parlament überprüft.

Neben der parlamentarischen Aufsicht obliegen zwei weiteren Stellen Kontrollfunktionen des Verfassungsschutzes. Dazu gehört zum einen das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz, welches die Datenverarbeitung in schleswig-holsteinischen Behörden eigeninitiativ kontrolliert. Stellt es dabei Verstöße gegen das Datenschutzrecht fest, werden diese beanstandet und das Zentrum kann die Beseitigung dieser Mängel fordern. Zum anderen erfolgt eine Aufsicht durch den Landesrechnungshof. Dieser hat nach Artikel 64 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein die Aufgabe, die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes zu überwachen. Hierzu gehört auch die Verfassungsschutzbehörde als Teil des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume und Integration.

Abschließend sind die Kontrollfunktionen durch die Gerichte und durch die Öffentlichkeit zu nennen. Die Kontrolle durch die Öffentlichkeit erfolgt dabei nicht nur durch die Medien, die in ihrer Berichterstattung auch den Verfassungsschutz thematisieren. Darüber hinaus hat jeder Bürger selbst die Möglichkeit, nach § 25 des LVerfSchG eine Auskunft über die Speicherung von Informationen zur eigenen Person in Dateien des Verfassungsschutzes zu erhalten. Die Zahl der Auskunftersuchen nahm im Berichtszeitraum im Vergleich zum Vorjahr zu. Sie stieg auf 129, im Gegensatz zu 85 im Jahr 2016.

## **5 Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz**

Die Arbeit einer Verfassungsschutzbehörde unterscheidet sich von der einer Polizeibehörde. Dies schreibt unter anderem § 2 Abs. 2 des LVerfSchG vor, der festlegt, dass der Verfassungsschutz keiner polizeilichen Dienststelle angegliedert werden darf. Zudem ist in § 9 des LVerfSchG vorgeschrieben, dass der Verfassungsschutzbehörde keine polizeilichen Befugnisse zustehen. Außerdem darf die Verfassungsschutzbehörde die Polizei auch nicht um Maßnahmen bitten, zu denen sie selbst nicht befugt ist. Dafür ist der Verfassungsschutz – im Gegensatz zur Polizei – auch nicht vollständig dem Legalitätsprinzip unterworfen, nachdem die Polizei Straftaten verfolgen muss, wenn sie Kenntnis davon erlangt.

Diese organisatorische und befugnisrechtliche Abgrenzung von Polizei und Verfassungsschutz wird als Trennungsgebot bezeichnet. Es ist ein Resultat der Erfahrungen mit der Arbeitsweise von Nachrichtendiensten in Diktaturen, z. B. im Dritten Reich. Um den Missbrauch von verdeckt erhobenen Informationen zu verhindern, sind in der Bundesrepublik seither die Polizeibehörden nicht mit Befugnissen eines Nachrichtendienstes ausgestattet und umgekehrt verfügen die Verfassungsschutzbehörden nicht über exekutive, polizeiliche Befugnisse. Außerdem dürfen nachrichtendienstlich erworbene Informationen nur in besonders gelagerten Fällen – zum Beispiel zum Zweck der Terrorismusabwehr – an die Polizei weitergegeben werden (sogenanntes informationelles Trennungsprinzip).

Orientiert an den jeweiligen gesetzlichen Vorschriften arbeiten die Verfassungsschutzbehörde und die Polizei dennoch eng zusammen. Dies gilt vor allem für den – ebenfalls in den §§ 17 ff. LVerfSchG gesetzlich genau geregelten – Informationsaustausch zwischen dem Verfassungsschutz und der Polizei, aber auch anderen öffentlichen Stellen. Diese intensive Zusammenarbeit beschränkt sich dabei nicht nur auf Schleswig-Holstein, sondern erfolgt bundesweit in verschiedenen Gremien, wie dem Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) sowie dem gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum zur Bekämpfung des Rechts-, Links- und Ausländerextremismus sowie der Spionage (GETZ). GTAZ und GETZ sind dabei keine neuen Behörden, sondern sie stellen lediglich eine Informations- und Kommunikationsplattform für die beteiligten Sicherheitsbehörden dar. So können frühzeitig phänomenbezogene Bedrohungs- und Gefährdungslagen erkannt und entsprechend darauf reagiert werden. Die Rechtsgrundlage für die Zusammenarbeit in diesen Zentren besteht jeweils in den Vorschriften zur Informationsübermittlung.

## **6 Geheim- und Sabotageschutz, Zuverlässigkeitsüberprüfungen**

Im Bereich Geheim- und Sabotageschutz obliegen der Verfassungsschutzbehörde gesetzliche Mitwirkungsaufgaben. Sie führt Sicherheitsüberprüfungen im Auftrag von Landesbehörden durch, ist angefragte Stelle in Zuverlässigkeitsüberprüfungsverfahren und unterstützt auch durch Beratung und Normensetzung den Schutz staatlicher Verschlusssachen.

Diese bedürfen eines besonderen Schutzes gegen Kenntnisnahme durch Unbefugte, insbesondere durch ausländische Nachrichtendienste. Daher ist die Verbreitung der Verschlusssachen nur auf einen eng begrenzten Personenkreis beschränkt, bei dem jeweils gewährleistet sein muss, dass keine Anhaltspunkte bestehen, die Zweifel an der Zuverlässigkeit bei der Wahrnehmung der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit begründen. Hierzu dient die Sicherheitsüberprüfung des personellen Geheimschutzes.

Zudem sind Schutzmaßnahmen in materieller Hinsicht (Zugangskontrollen, Sicherheitsbereiche, IT-Schutz) erforderlich, die einen Informationsabfluss wirksam verhindern sollen. Hierbei berät und unterstützt die Verfassungsschutzbehörde. Auf deren Veranlassung kann ergänzend das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) im Rahmen von technischen Prüfungen und Schulungen bei der Umsetzung von materiellen Schutzmaßnahmen mitwirken.

### Sicherheitsüberprüfungen

Sicherheitsüberprüfungen sind Verfahren zur Überprüfung von Personen, die von den jeweils zuständigen Stellen mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betraut werden sollen.

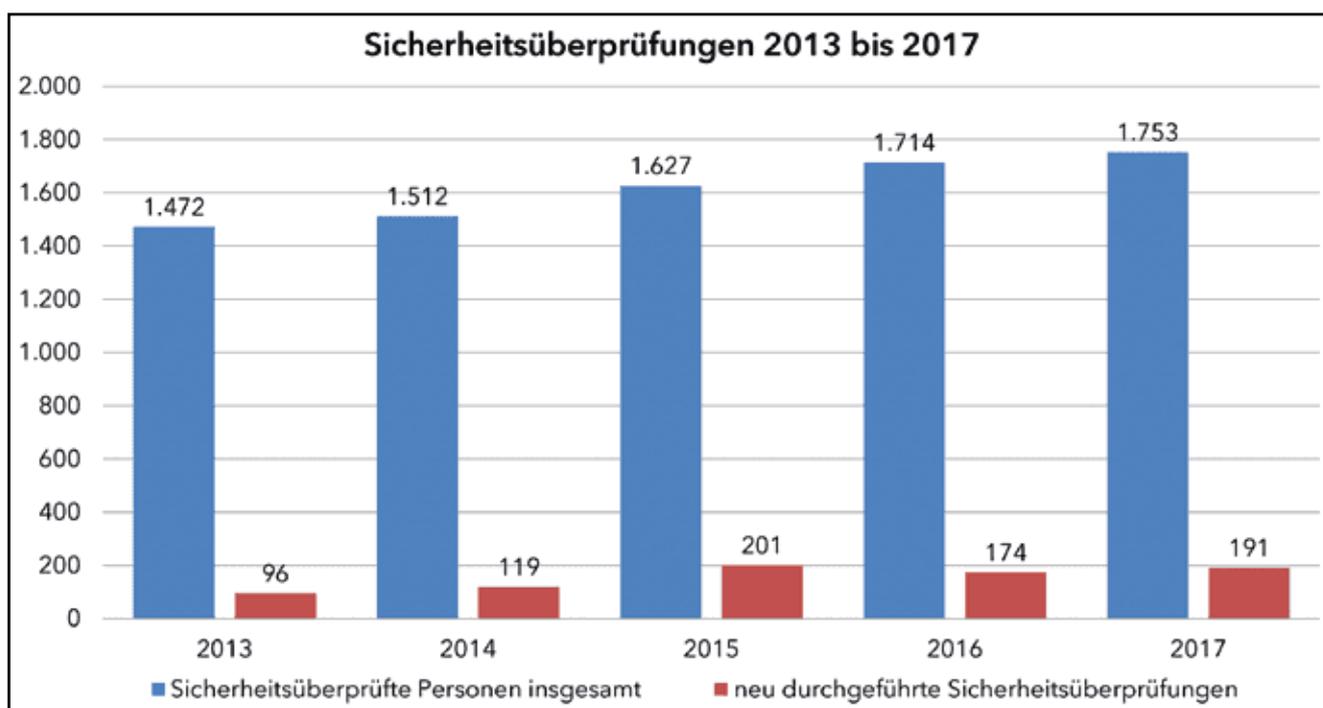


Abbildung 1: Durchgeführte Sicherheitsüberprüfungen 2013 bis 2017

Im Berichtszeitraum stieg die Gesamtzahl der neu durchgeführten Sicherheitsüberprüfungen für Landesbehörden auf 191 an (2016: 174). Der Bestand an sicherheitsüberprüften Personen innerhalb der Landesverwaltung und bei geheimschutzbetreuten Unternehmen nahm bis zum Jahresende mit 1.753 (2016: 1.714) erneut zu. Beide Anstiege sind auf personellen Zuwachs in sicherheitsrelevanten Bereichen der Landesbehörden zurückzuführen.

## Personeller Sabotageschutz

Ziel des personellen Sabotageschutzes ist es, das Risiko von Sabotageakten an lebenswichtigen Einrichtungen durch potenzielle terroristische Innentäterinnen und -täter zu minimieren. Das Instrument der Sicherheitsüberprüfung soll verhindern, dass Personen, von denen eine Gefährdung ausgeht, in sensiblen Bereichen beschäftigt werden. Die Überprüfung erfolgt jedoch nur bei Personen, die innerhalb von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen an sicherheitsempfindlichen Stellen beschäftigt werden sollen und die tatsächlich auf die Funktionsfähigkeit dieser Einrichtungen Einfluss nehmen können. Einrichtungen sind erst dann lebenswichtig, wenn deren Beeinträchtigung aufgrund der ihnen anhaftenden Eigengefahr die Gesundheit oder das Leben großer Teile der Bevölkerung erheblich gefährden kann oder sie für das Funktionieren des Gemeinwesens unverzichtbar sind. Dazu gehören z. B. Kommunikationsstrukturen von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten.

## Anfragen nach dem Atom-, Luftsicherheits- oder Hafensicherheitsgesetz

Nach dem Atom-, Luftsicherheits- oder Hafensicherheitsgesetz wurden 4.301 (2016: 4.356) Anfragen bearbeitet.

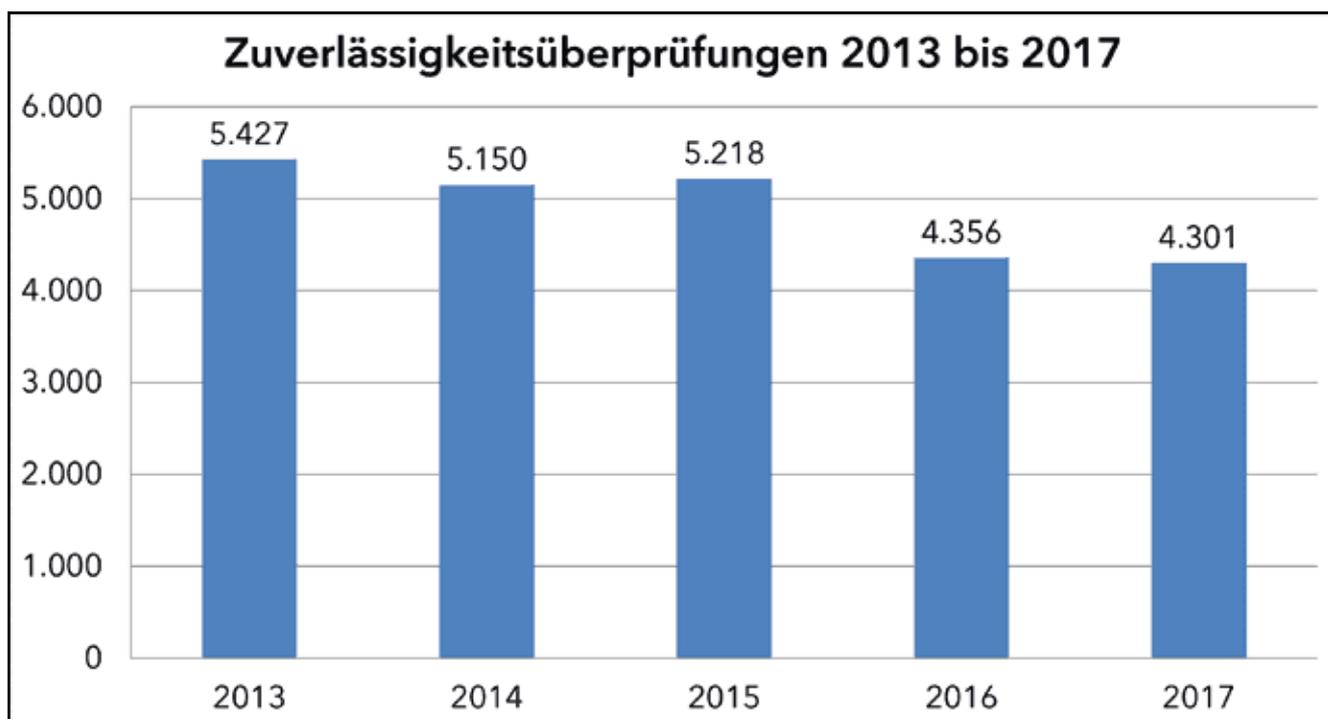


Abbildung 2: Durchgeführte Zuverlässigkeitsüberprüfungen 2013 bis 2017

Die in diesen Gesetzen normierten Mitwirkungspflichten der Verfassungsschutzbehörde verfolgen den Zweck, Sabotageakte zu verhindern. Kernkraftwerke und der Luftverkehr wurden nicht erst nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 als besonders sabotagegefährdete Bereiche betrachtet. Vor diesem Hintergrund wird das dort beschäftigte Personal seit jeher so genannten Zuverlässigkeitsüberprüfungen unterzogen. Mit den vor-

gesehenen Zuverlässigkeitsüberprüfungen soll das Gefährdungsrisiko im Zusammenhang mit kritischen Infrastrukturen vermindert werden. Auch diese Überprüfungsverfahren erfolgen wie bei der Sicherheitsüberprüfung nur mit Zustimmung der Betroffenen auf gesetzlicher Grundlage.

## 7 Mitwirkung der Verfassungsschutzbehörde bei Aufenthalts- und Einbürgerungsverfahren

Das Aufenthaltsrecht enthält neben der Steuerungsfunktion des Zuzugs von Ausländern auch sicherheitsrelevante Vorschriften. Diese umfassen die Mitwirkungsaufgaben der Verfassungsschutzbehörde bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln (z. B. Visum, Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis). Aus diesem Grund übermitteln die Ausländerbehörden in einem automatisierten technischen Beteiligungsverfahren die Daten von Personen, die einen Aufenthaltstitel beantragen, an die Sicherheitsbehörden. Durch dieses Mitwirkungsverfahren kann festgestellt werden, ob Versagungsgründe gegen die Erteilung eines Aufenthaltstitels oder sonstige Sicherheitsbedenken vorliegen.

Die gleichen Sicherheitsanforderungen werden an Einbürgerungsbewerber gestellt. So fragen die Einbürgerungsbehörden bei den Verfassungsschutzbehörden an, ob gegen den Einbürgerungsbewerber Erkenntnisse vorliegen, die zur Versagung der Einbürgerung führen könnten.

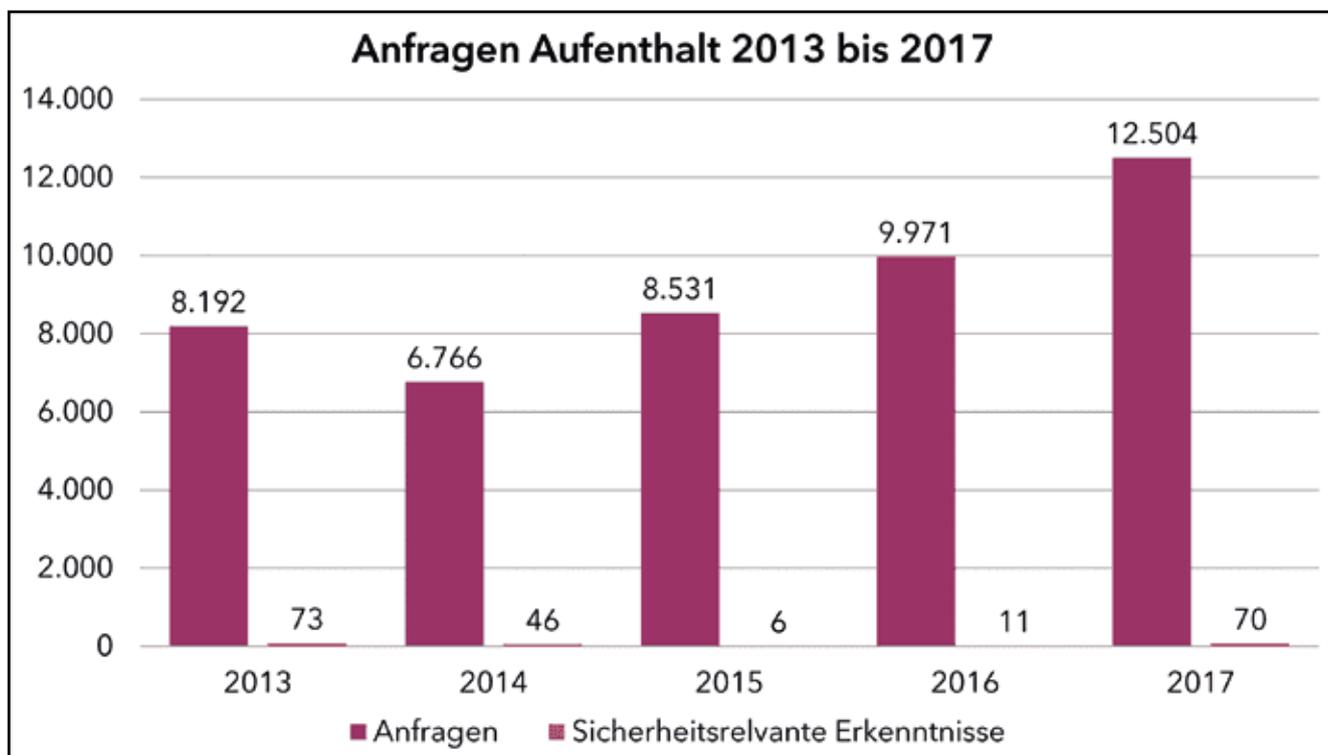


Abbildung 3: Zahl der Anfragen in Aufenthaltsverfahren 2013 bis 2017

Im Berichtsjahr wurden in Aufenthaltsverfahren 12.504 (2016: 9.971) und in Einbürgerungsverfahren 2.945 (2016: 2.983) Anfragen durch die schleswig-holsteinischen Ausländer- und Einbürgerungsbehörden an die Verfassungsschutzbehörde gestellt. Zu 70 (2016: 11) im Rahmen von Aufenthaltsverfahren sowie 21 (2016: 9) im Rahmen von Einbürgerungsverfahren angefragten Personen haben sicherheitsrelevante Erkenntnisse vorgelegen, d. h. es konnten Bezüge zu extremistischen Bestrebungen festgestellt werden. Die Steigerung der Anfragen im Bereich Aufenthaltsverfahren sowie auch im Bereich Einbürgerungsverfahren ist u. a. auf die gestiegene Anzahl von Geflüchteten zurückzuführen, deren Verfahren nach und nach abgeschlossen werden. Danach können diese Personen dann ihre Aufenthaltstitel oder ggf. auch die Einbürgerung beantragen.

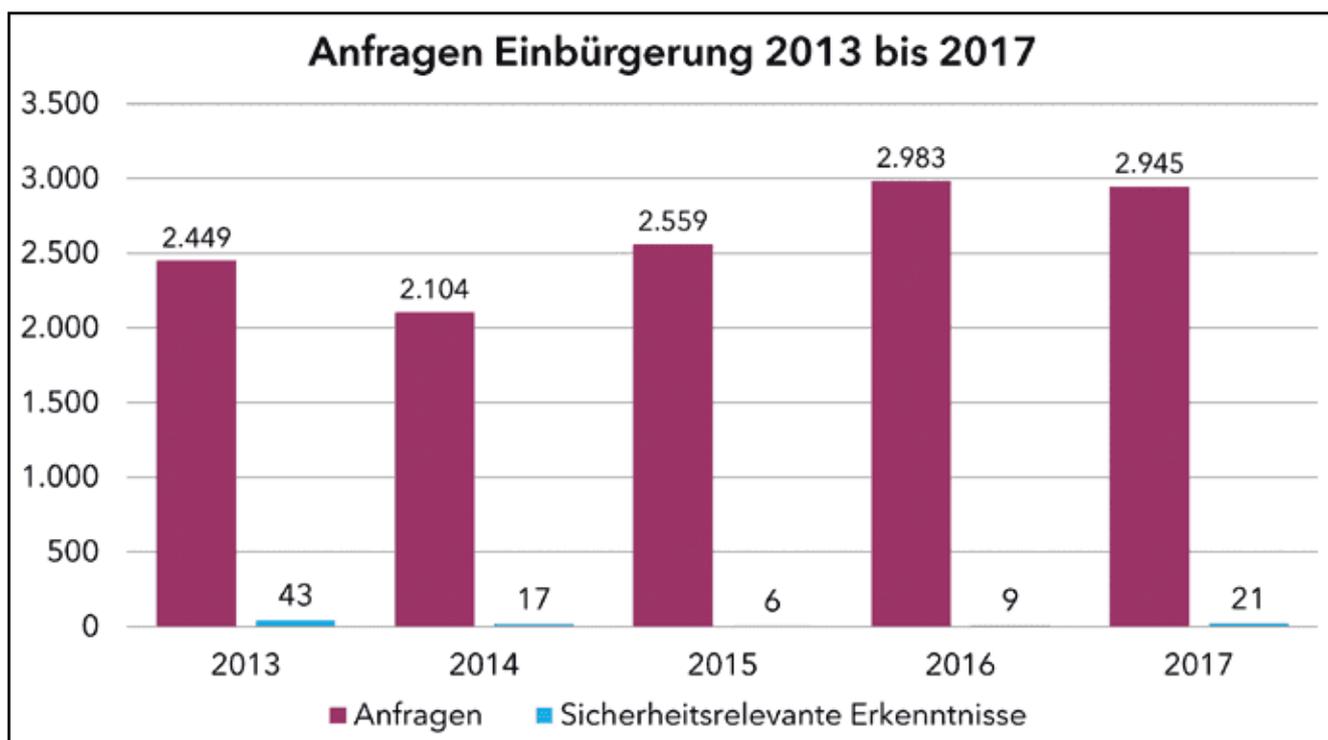


Abbildung 4: Zahl der Anfragen in Einbürgerungsverfahren 2013 bis 2017

In Schleswig-Holstein besteht seit 2007 eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe, an der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachaufsicht der Staatsangehörigkeits- und Ausländerbehörden, der Polizei, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Verfassungsschutzbehörde teilnehmen. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, diejenigen Einzelfälle einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, die besondere Sicherheitsrelevanz haben und deshalb eine enge behördenübergreifende Zusammenarbeit unerlässlich machen. Auch im Berichtsjahr konnte festgestellt werden, dass der Schwerpunkt der Fälle mit sicherheitsrelevanten Erkenntnissen sich im Wesentlichen aus Personen zusammensetzt, die entweder dem islamistischen Spektrum oder aber dem Umfeld der PKK bzw. deren Nachfolge- und Teilorganisationen zuzurechnen waren.

Nach Bewertung der sicherheitsrelevanten Erkenntnisse erfolgt die Mitteilung an die anfragenden Behörden, die ihrerseits hierauf aufenthaltsrechtliche Maßnahmen stützen können.

## **8 Kontakt**

Sie möchten Kontakt zu uns aufnehmen, haben Anregungen, Fragen oder Kritik oder wollen sich initiativ bewerben? Sie erreichen uns sowohl telefonisch als auch per Email unter:

Telefon: 0431 - 988 3500

Email: [VerfassungsschutzSchleswig-Holstein@im.landsh.de](mailto:VerfassungsschutzSchleswig-Holstein@im.landsh.de)

## II Islamismus und Islamistischer Terrorismus

### 1 Das Berichtsjahr im Überblick

Das islamistische Personenpotenzial in Schleswig-Holstein hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 25 Prozent von 440 auf 550 Personen erhöht (siehe II 7).

Dies ist auf einen signifikanten Anstieg des salafistischen Potenzials von 370 auf 500 Personen zurückzuführen und entspricht einem Zuwachs von etwa 35 Prozent.

Als ursächlich für diese deutliche Entwicklung werden die weiterhin andauernden Missionierungsaktivitäten der salafistischen Szene, der Anstieg jihadistisch-salafistischer Verdachtsfälle und die steigenden Besucherzahlen in salafistisch dominierten Vereinen und Moscheen angesehen. Hier konnten zusätzliche regelmäßige Besucher insbesondere aus dem Flüchtlings- und Migrantenumfeld festgestellt werden. Aufgrund der Häufigkeit der Besuche muss bei diesem Personenkreis von einer ideologischen Verfestigung in der einschlägigen Szene ausgegangen werden.

Die Zahl der extremistisch motivierten Straftaten im Bereich des Islamismus ist für 2017 im Vergleich zum Vorjahr deutlich von 14 auf 27 Straftaten angestiegen. Insgesamt blieb diese aber weiterhin im Vergleich zu den anderen Phänomenbereichen auf einem niedrigen Niveau.

Von den 27 erfassten Straftaten werden 14 Verfahren wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung im In- oder Ausland geführt. Hierbei handelt es sich um sogenannte Organisationsdelikte. Hieraus ist nicht automatisch abzuleiten, dass sich die Verdächtigen tatsächlich aktiv an terroristischen Handlungen beteiligten. Zu diesen Verfahren zählen auch Ausreisen oder Ausreiseversuche nach Syrien, um sich mit islamistischer Motivation am dortigen Bürgerkrieg zu beteiligen oder die dortigen terroristischen Organisationen finanziell zu unterstützen.

Der islamistische Terrorismus ist nach wie vor eine große Bedrohung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Die größte Gefahr geht dabei von Terrororganisationen aus. Im Berichtsjahr hat es keinen größeren islamistischen Anschlag - vergleichbar mit dem auf den Berliner Weihnachtsmarkt am 19. Dezember 2016 - in Deutschland gegeben. Der Messerangriff eines zum Tatzeitpunkt 26-jährigen Palästinensers in einem Hamburger Supermarkt im Juli hatte allerdings einen islamistischen Hintergrund. Der Mann wurde im März 2018 wegen Mordes und sechsfachen versuchten Mordes jeweils in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung durch das Hanseatische Oberlandesgericht zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Der Senat ging bei seiner Urteilsfindung Medien-

berichten zufolge von einer islamistischen Tatmotivation aus. Der Täter habe sich durch die Propaganda des IS instrumentalisieren lassen.

Für die gesamte Bundesrepublik, und damit auch für Schleswig-Holstein, gilt eine anhaltend hohe abstrakte Gefährdung durch islamistisch motivierte Gewalttaten bis hin zu terroristischen Anschlägen. Unverändert sehen jihadistische Organisationen, vor allem der IS und seine Ableger, Deutschland als Gegner an. So muss weiterhin jederzeit mit einem Anschlag durch islamistische Terroristen gerechnet werden.

In diesem Kontext nimmt die jihadistische Terrororganisation IS eine besondere Rolle ein. Der IS ist trotz der militärischen Niederlagen in Syrien und dem Irak noch lange nicht besiegt und nimmt weiterhin mit seiner Propaganda den Westen ins Visier. Dabei rief der IS im Rahmen eines Strategiewechsels etwa seit 2015 seine Anhänger nicht mehr nur zur Ausreise in das Gebiet des IS auf. Vielmehr propagierte er die Begehung von Anschlägen auf der ganzen Welt – vorrangig jedoch in westlichen Staaten. Als Ziele benannte der IS bewusst Zivilisten, die aufgrund der Rahmenbedingungen in der Regel schwierig zu schützen sind. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören z. B. Großveranstaltungen wie Sportereignisse oder Volksfeste. Die Folge waren zahlreiche Anschläge, teilweise mit dutzenden Toten und hunderten von Verletzten. Auch in der Bundesrepublik ereigneten sich seit 2016 mindestens fünf Anschläge, bei denen die Tatverdächtigen über Bezüge zum IS verfügen sollen.

Darüber hinaus schreckt der IS nicht davor zurück, Flüchtlinge in Europa für terroristische Anschläge zu rekrutieren oder gezielt als „Schläfer“ ins Operationsgebiet zu schicken.

So befanden sich unter den Flüchtlingen, insbesondere aus Syrien und dem Irak, mutmaßlich auch Personen, die gezielt von Terrororganisationen beauftragt wurden, Anschläge in Deutschland zu verüben. So konnte im Berichtsjahr ein mutmaßliches Mitglied der Terrororganisation IS in Schleswig-Holstein identifiziert und festgenommen werden. Der Mann steht im Verdacht, mit einem Auftrag des IS nach Deutschland gekommen zu sein (siehe II 5.3.3).

Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Sicherheitslage sind nach wie vor islamistisch motivierte Reisebewegungen schleswig-holsteinischer Akteure nach Syrien und in den Irak. In Schleswig-Holstein kann der bundesweit erkennbare Trend abnehmender Ausreisezahlen bestätigt werden. So stellte die Verfassungsschutzbehörde im Berichtsjahr keine weiteren erfolgreichen Ausreisen aus Schleswig-Holstein fest. Allerdings liegen Erkenntnisse zu zwei gescheiterten Ausreiseversuchen vor, die durch behördliche Maßnahmen im Ausland vereitelt werden konnten.

Ein zusätzlicher Gefahrenaspekt besteht in der Rückkehr von Kämpfern und ihren Familien nach Schleswig-Holstein. Je weiter der IS in Syrien und im Irak militärisch zurückgedrängt

wird, desto mehr werden kampferprobte Islamisten, gegebenenfalls auch mit Anschlagplänen, von dort nach Europa zurückkehren wollen. Ein schwer abzuschätzendes Gefahrenpotenzial weisen dabei auch die Ehefrauen und Kinder dieser Kämpfer auf, die durch die IS-Propaganda und die Sozialisation in den vom IS kontrollierten Gebieten einseitig beeinflusst oder gar radikalisiert worden sind. Besonderer Aufmerksamkeit bedürfen nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden auch zurückkehrende Kinder ab dem 8. Lebensjahr.

Ebenfalls von Bedeutung für die Sicherheitslage bleiben sogenannte homegrown terrorists (Personen, die in Deutschland aufgewachsen sind und sich hier radikalisiert haben). Sie stellen einen weiteren Arbeitsschwerpunkt der Sicherheitsbehörden dar.

In der Zusammenschau wird die Sicherheitslage im Bereich des islamistischen Terrorismus in Deutschland und in Schleswig-Holstein weiterhin durch drei Faktoren maßgeblich beeinflusst:

- Gefahr durch getarnt einreisende Jihadisten
- Rückkehrer aus den Jihadgebieten
- Gefahr durch sogenannte homegrown terrorists.

## **2 Wesensmerkmale - die Abgrenzung von Islam und Islamismus**

Für das Verständnis der Phänomene des Islamismus und des islamistischen Terrorismus ist es zunächst wichtig, den Beobachtungsgegenstand genau zu bestimmen. Von besonderer Bedeutung ist, dass nicht der Islam als Religion von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet wird. Der Islam als eine der großen Weltreligionen zählt nach dem Christentum zu den anhängerstärksten Religionsgemeinschaften in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein. Der Islam unterliegt - wie alle Religionen in Deutschland - dem Schutz des Artikels 4 des Grundgesetzes, der die Glaubens- und Religionsfreiheit in Deutschland garantiert.

Unter Beobachtung der Verfassungsschutzbehörde stehen ausschließlich verfassungsfeindliche islamistische Bestrebungen. Beim Islamismus handelt es sich - in Abgrenzung zum Islam als Religion - um eine Ideologie, eine religiös motivierte Form des politischen Extremismus. Islamisten missbrauchen islamische Lehren und Glaubenssätze zur Durchsetzung ihrer extremistischen Ziele und richten sich damit gegen wesentliche Merkmale unseres demokratischen Rechtsstaates.

## 2.1 ISLAMISMUS

Vorrangiges Ziel der Anhänger islamistischer Bestrebungen ist die Abschaffung der in der Bundesrepublik bestehenden staatlichen Ordnung und die Errichtung eines Gottesstaates nach ihren extremistischen Vorstellungen. Islamisten sind der Überzeugung, dass Religion keine rein persönliche oder private Angelegenheit ist, sondern dass sich das gesamte öffentliche – damit sowohl das politische als auch das gesellschaftliche – Leben dieser extremistischen Islamauslegung unterzuordnen hat. Eine Trennung von Staat und Religion gibt es für Islamisten nicht. Alle Institutionen, die staatliche Rechtsordnung und jedes öffentliche wie auch private Handeln haben sich dem unterzuordnen. Zudem beanspruchen Islamisten für sich, den einzig wahren Islam zu praktizieren. Andere Religionen und auch andere innerislamische Strömungen werden rigoros abgelehnt und zum Teil gewaltsam bekämpft.

Die Ideologie islamistischer Bestrebungen richtet sich gegen wesentliche Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie stehen insbesondere im Widerspruch zu den Grundsätzen der Volkssouveränität, der Trennung von Staat und Religion, den Prinzipien der Gewaltenteilung, der freien Meinungsäußerung und der allgemeinen Gleichbehandlung. Weiterhin verneinen Islamisten die universelle Gültigkeit der Menschenrechte. Besonders deutlich wird dies an der Forderung einiger islamistischer Strömungen zur Einführung der sogenannten Hadd-Strafen (Körperstrafen). Hierzu zählen unter anderem die Amputation von Gliedmaßen als Strafe für Diebstahl sowie die Todesstrafe – beispielsweise in Form von Kreuzigung oder Steinigung – für Vergehen wie Ehebruch oder Abfall vom Islam.

Der Begriff Islamismus ist ein Oberbegriff und beschreibt kein einheitliches Phänomen. Darunter werden verschiedene islamistische Strömungen zusammengefasst, die ähnliche Ziele verfolgen, wie zum Beispiel die zuvor beschriebene Errichtung eines Gottesstaates nach islamistischen Vorstellungen. Ansonsten bestehen jedoch bisweilen deutliche Unterschiede, etwa hinsichtlich der grundsätzlichen ideologischen Vorgaben, der strategischen Ausrichtung, beispielsweise im Hinblick auf die Anwendung von Gewalt und der regionalen oder globalen Orientierung. Ein wesentlicher Beobachtungsschwerpunkt der Verfassungsschutzbehörden im Bereich des Islamismus liegt bei den jihadistischen sowie den gewalttätigen islamistisch-terroristischen Gruppierungen.

Zu den wesentlichen jihadistischen Gruppierungen zählen vor allem global agierende Organisationen, wie der IS und das al-Qaida-Netzwerk sowie deren jeweilige regionale Ableger in verschiedenen Ländern. Für diese Gruppen ist terroristische Gewalt das primäre Mittel zur Zielerreichung und wird nahezu ohne territoriale oder ethische Grenzen eingesetzt (siehe II 2.3 und II 3.1 sowie II 3.2).

Zu den wichtigsten übrigen islamistisch-terroristischen Gruppierungen, die auch in Schleswig-Holstein über Einzelmitglieder verfügen, zählen die Hizb Allah<sup>1</sup> und die Islamische Widerstandsbewegung (Harakat al-muqawama al-islamiya, HAMAS). Beide Organisationen haben die Vernichtung des Staates Israel zum Ziel. Zur Erreichung dieses Ziels wenden sie in ihren Herkunftsregionen Libanon und den palästinensischen Gebieten terroristische Gewalt an. Deutschland wird von diesen Gruppen vorrangig als Rückzugsraum für die Sammlung von Spenden und die Rekrutierung von Anhängern genutzt.

Neben diesen terroristischen bzw. jihadistischen Gruppierungen stellen die salafistischen Bestrebungen einen weiteren Beobachtungsschwerpunkt dar.

## 2.2 SALAFISMUS/ SALAFISTISCHE BESTREBUNGEN

Die Salafistischen Bestrebungen – abgeleitet vom arabischen as-Salaf as-Salih, den frommen Altvorderen – sind eine Erscheinungsform des Islamismus, deren Anhängerzahl seit mehreren Jahren konstant steigt (siehe II 6.1). Salafisten verfolgen ein ähnliches Ziel, wie andere islamistische Gruppierungen: die Errichtung eines Gottesstaates nach ihren extremistischen Vorstellungen. Unterschiede zu anderen islamistischen Gruppierungen ergeben sich unter anderem hinsichtlich der Auslegung der islamistischen Kernideologie. Salafisten geben beispielsweise vor, den Koran und die Prophetentraditionen wortgetreu zu befolgen. Jegliche Neuerung lehnen sie konsequent als unerlaubten Irrglauben (arab. bid'a) ab. Ebenso grenzen sie sich strikt gegen alle ab, die ihren Glaubensvorstellungen nicht genau entsprechen bzw. danach handeln; gleich ob es sich um andere Muslime oder Nichtmuslime handelt. Sie vertreten die Meinung, sie seien die einzig wahren Muslime. Dieser Exklusivitätsanspruch, angeblich im Besitz der absoluten und einzigen Wahrheit zu sein, ist ein Grund für die Attraktivität salafistischer Bestrebungen, deren dualistisches Weltbild auf komplexe Fragestellungen einfache Antworten bietet. Letztlich lehnen Salafisten damit jedoch die freiheitliche demokratische Grundordnung ab.

Eine weitere Besonderheit von Salafisten ist deren intensive Missionierungsarbeit, mit der sie sich vor allem an Jugendliche und junge Erwachsene wenden. Hierzu bereiten die Anhänger der Bestrebung ideologische Inhalte in einer adressatengerechten Wort- und Bildsprache auf. Ihre Propagandamaterialien sind professionell gestaltet und orientieren sich sowohl hinsichtlich der Wortwahl als auch der Bildsprache an aktuellen Konsumgewohnheiten der Jugendkultur. Dies gilt ebenso für die Verbreitungswege. Neben der Veröffentlichung von Texten, Grafiken und Videos über soziale Netzwerke – allen voran Facebook – erfolgt die Verbreitung der Inhalte auch über mobile Online-Dienste wie WhatsApp und Telegram.

---

1 Arabisch für Partei Gottes.

Die Verwendung dieser Verbreitungswege hat einen weiteren Vorteil. Sie ermöglicht eine intensive Vernetzung und unkomplizierte Kommunikation zwischen Anhängern, salafistischen Aktivisten und Predigern sowie Personen, die an die islamistische Ideologie herangeführt und von dieser vereinnahmt werden sollen. So ist es der salafistischen Szene über die vergangenen Jahre hinweg gelungen, zum Teil bundesweit agierende Netzwerke zu etablieren, die salafistische Propaganda nicht nur professionell produzieren sondern auch effektiv verbreiten. Zu den besonderen Kennzeichen salafistischer Bestrebungen gehört letztlich auch eine immanente Gewaltaffinität. Dies bedeutet zwar nicht, dass alle Salafisten auch gleich gewaltbereit oder gewalttätig sind. Aber nahezu alle Anhänger Salafistischer Bestrebungen akzeptieren Gewalt als Teil der Ideologie, der sie folgen. Dies beginnt bereits dort, wo Salafisten vermeintlich religiöse Quellen wortwörtlich und ohne jegliche Kontextualisierung akzeptieren und befolgen. Beispiele sind die Annahme der Legitimität von Gewalt gegen Frauen oder Gewalt als Teil des allgemeinen Strafsystems. Ebenso gibt es zahlreiche Anhänger der Szene, die die Meinung vertreten, in Deutschland dürfe man zur Erreichung salafistischer Ziele zwar keine Gewalt anwenden, aber der Jihad im Irak oder in den palästinensischen Gebieten sei gerechtfertigt. Insoweit muss bei nahezu allen Anhängern der Salafistischen Bestrebungen von einer grundsätzlichen Gewaltorientierung ausgegangen werden.

### 2.3 JIHADISMUS

Der Begriff Jihadismus bezeichnet aus Sicht der Verfassungsschutzbehörden eine besondere Ausprägung des Islamismus. Jihad bedeutet im Arabischen unter anderem Anstrengung. Im religiösen Sinn sind mit dem Jihad-Begriff zwei Konzepte verknüpft. Zum einen der sogenannte große Jihad, der die Anstrengung eines jeden Muslims beschreibt, ein besserer Gläubiger zu werden. Bei dem anderen, dem sogenannten kleinen Jihad, handelt es sich um ein nach komplexen Regeln gestaltetes System, das es den Gläubigen erlaubt, sich im Falle eines Angriffs zu wehren.

Jihadisten greifen insbesondere auf das Konzept des kleinen Jihad zurück und interpretieren es in ihrem Sinne um. Basierend auf der Grundannahme, dass der aus ihrer Sicht ungläubige Westen und aus ihrer Warte korrumpierte muslimische Regime den Islam zerstören, vertreten Jihadisten die Auffassung, alle Muslime müssten sich verteidigen und hätten damit das Recht - wenn nicht sogar die Pflicht - zum Jihad. Weiterhin wird das Prinzip der Verteidigung dahingehend umgedeutet, dass die Muslime überall und jederzeit auf der Welt angegriffen würden und somit eine Verteidigung nicht nur dort stattfinden müsse, wo es zu Kampfhandlungen komme, sondern praktisch überall.

So legitimieren Gruppierungen wie der IS (siehe II 3.1) in ihren Propagandaverlautbarungen letztlich nicht nur ihr militärisches Vorgehen in Syrien und dem Irak, sondern auch

kriminelle Handlungen wie Geiselnahmen, Raub, Selbstmordanschläge und andere Terrorakte. Dies beinhaltet auch - vor allem bezogen auf westliche Staaten - Angriffe gegen Zivilisten und darunter auch gegen Frauen und Kinder. Der Jihadismus stellt somit in diesem Phänomenbereich die größte Bedrohung für die innere Sicherheit Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik Deutschland dar.

### 3 Organisationen

#### 3.1 DER ISLAMISCHE STAAT

Die Terrororganisation IS entstand Mitte der 2000er Jahre im Irak. Ursprünglich handelte es sich um einen regionalen Ableger der Terrorgruppe al-Qaida (siehe II 3.2), der zunächst unter den Namen al-Qaida im Irak und Islamischer Staat Irak firmierte. Mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien ab dem Jahr 2011 weitete der IS sein Aktionsfeld auch dort hin aus und benannte sich 2013 in Islamischer Staat im Irak und Großsyrien um. Mit dieser Umbenennung einher ging auch die Loslösung von Kern-al-Qaida und die Gruppierung formulierte den Anspruch, ein sogenanntes Kalifat - die weltliche und religiöse Herrschaft über alle Muslime in einem Gottesstaat - zu errichten. Ein solches Kalifat wurde schließlich vom Anführer der Terrororganisation, Abu Bakr al-Baghdadi, am 29. Juni 2014 auf Teilen des Staatsgebietes Syriens und des Iraks ausgerufen. Die Gruppierung nannte sich von da an - in Anspielung auf eben diesen Alleinvertretungsanspruch hinsichtlich des Kalifats - nur noch Islamischer Staat (IS).

Der IS profitierte in der Folge von dem seit Jahren andauernden Bürgerkrieg in Syrien sowie der instabilen Situation im Irak. Es gelang seinen Anhängern, in den von ihnen beherrschten Gebieten ein autoritäres Regime mit quasi-staatlichen Strukturen zu etablieren. So wurde beispielsweise eine eigene Währung herausgegeben, auch wenn diese nie tatsächlich flächendeckend Verbreitung fand. Ebenso baute der IS rudimentäre Verwaltungsstrukturen auf oder übernahm diese einfach, soweit sie durch die Bürgerkriegssituation noch vorhanden waren. Diese Strukturen dienten in erster Linie der Verbreitung und Einhaltung der vorgeblich islamischen Lebensweise im Sinne des IS in seinem Herrschaftsgebiet. Hierfür wurden Koranschulen etabliert und eine umfassende vorgebliche Scharia-Gerichtsbarkeit eingeführt. Die dort gelehrte bzw. vertretene islamistisch-jihadistische Auslegung des Islams war totalitär und menschenverachtend. Strenge, pseudoreligiöse Ge- und Verbote regelten das tägliche Leben und drakonische Strafen, wie Auspeitschungen und Hinrichtungen wurden bereits für kleinste Vergehen verhängt. Zudem legitimierte die IS-Ideologie unter anderem, dass alle Gegner der Terrorgruppe, allen voran Nichtmuslime, aber auch andere muslimische Konfessionen wie etwa Schiiten, mit äußerster Brutalität verfolgt und bekämpft werden konnten.

Die mit großem Aufwand organisierte und produzierte Propaganda des IS verdeutlicht zudem, dass er nicht nur das Modell des Kalifats alleinvertretend für sich beanspruchte. Der IS übernahm - zumindest zwischenzeitlich - auch die Führerschaft hinsichtlich der Ausgestaltung und Ausübung des globalen Jihads. Dies gelang unter anderem durch die Schaffung eigener Medienstellen, darunter allen voran das al-Hayat Media Center. Diese Stellen produzierten und verbreiteten eigene (Online-)Magazine, Schriften, Videos, Grafiken und sonstige Verlautbarungen in verschiedenen Sprachen. Zahlreiche Anhänger des IS in aller Welt sorgten dann über soziale Netzwerke wie Facebook, Kurznachrichtendienste wie Twitter sowie vor allem über für Mobilfunkgeräte optimierte Dienste wie WhatsApp und Telegram für eine rasche und vielfältige Weiterverbreitung.

Die intensive Propagandatätigkeit des IS zeigte auf unterschiedliche Art und Weise ihre Wirkung. Sie beförderte beispielsweise Radikalisierungsprozesse hin zum islamistischen Terrorismus und trug somit dazu bei, dass zahlreiche ausländische Jihadisten, darunter auch insgesamt fast 1.000 Personen aus Deutschland (siehe II 4.2) als Kämpfer oder sonstige Akteure in das Einflussgebiet der Gruppierung reisten. Die mitunter brutalen Videos vor allem von Hinrichtungen sorgten außerdem sowohl in der Region als auch weltweit für den grausamen Ruf der Terrorgruppe. Diese Reputation war auch ein Grund für die militärischen Erfolge des IS. So flohen z. B. Mitte des Jahres 2015 Teile der irakischen Armee beim Kampf um Mosul (Irak) - mutmaßlich aus Furcht vor dem Gegner.

Zusätzlich rief der IS im Rahmen eines Strategiewechsels etwa seit 2015 seine Anhänger nicht mehr nur zur Ausreise in das Gebiet des IS auf. Vielmehr propagierte er die Begehung von Anschlägen auf der ganzen Welt - vorrangig jedoch in westlichen Staaten. Als Ziele benannte der IS bewusst Zivilisten, die aufgrund der Rahmenbedingungen in der Regel schwierig zu schützen sind. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören z. B. Großveranstaltungen wie Sportereignisse oder Volksfeste. Die Folge waren zahlreiche Anschläge, teilweise mit hunderten von Toten und Verletzten. Auch in der Bundesrepublik ereigneten sich seit 2016 mindestens fünf Anschläge, bei denen die Tatverdächtigen über Bezüge zum IS verfügen sollen.

Die Ausstrahlung der Terrororganisation sorgte zudem dafür, dass sich zahlreiche regionale Ableger des IS herausbildeten. Diese als Provinzen bezeichneten Teilgruppierungen konnten vor allem in Libyen, Ägypten, Algerien, Nigeria, Pakistan sowie Afghanistan an Einfluss gewinnen. Diese Gruppierungen zählen zu den derzeit maßgeblichen jihadistischen Akteuren und verübten vielfach Anschläge mit zahlreichen Todesopfern, wie etwa am 24. November bei einem Attentat auf eine sufische Moschee in Ägypten, bei dem mehr als 300 Menschen starben. Dabei stehen der IS und seine Regionalorganisationen zum einen im Konflikt mit anderen regionalen islamistisch-terroristischen Gruppen, allen voran Kern-al-Qaida mit ihren Ablegern. Während sich die beiden Organisationen auf globaler Ebene vor allem in ihren Propagandaprodukten gegenseitig die Legitimität absprechen, den

weltweiten Jihad anzuführen und ein Kalifat zu begründen, wird dieser Konflikt vor allem in Syrien gewaltsam ausgetragen. Hier standen sich die verschiedenen Gruppierungen als direkte Konkurrenten um lokalen Einfluss in verschiedenen Teilen des Landes gegenüber und bekämpften sich nicht nur propagandistisch, sondern auch militärisch.

Zum anderen sah sich der IS aber auch mit weiteren Gegnern konfrontiert. Dazu gehörten sowohl regionale Akteure – allen voran das Regime des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad, die Freie Syrische Armee sowie diverse kurdische Milizen – als auch internationale (militärische) Allianzen. Den verschiedenen Parteien gelang es in der Folge, die Terrororganisation zunehmend territorial zurückzudrängen und ihren Einfluss in der Region zu beschneiden. Am Ende des Berichtsjahres hatte der IS die Kontrolle über weite Teile des ehemals von ihm besetzten Territoriums in Syrien und dem Irak verloren. Auch aus den selbstproklamierten Hauptstädten des IS in der Region, Raqqa in Syrien und Mossul im Irak, konnte die Terrororganisation vertrieben werden.

Inwieweit der IS damit tatsächlich als besiegt gelten kann, bleibt jedoch abzuwarten. Ein Teil der Kämpfer dürfte sich in die syrischen Berge zurückgezogen haben. Ob sie von dort aus den bewaffneten Kampf fortsetzen oder sich auf die Ausführung von Anschlägen oder die Produktion von Propagandaprodukten beschränken, wird sich voraussichtlich bereits im Jahr 2018 zeigen. Zudem hängt die weitere Entwicklung auch davon ab, wie konsequent die militärischen Gegner der Terrororganisation den Druck auf die noch verbliebenen Strukturen des IS aufrechterhalten können. Auch muss damit gerechnet werden, dass – ähnlich wie nach dem Ende des Konfliktes in Afghanistan 1989 oder dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren – ein Teil der IS-Kämpfer auf der Suche nach neuen Jihad-Schauplätzen in andere Regionen, wie etwa Südostasien, abwandert. Zur Wahrung hiesiger Sicherheitsinteressen gilt es vor allem zu beobachten, ob und wie überlebende IS-Kämpfer aus Deutschland mit ihren Angehörigen versuchen werden, in die Bundesrepublik zurückzukehren (siehe II 4.2 und II 4.2.3).

In Schleswig-Holstein sind derzeit keine Strukturen des IS bekannt. Allerdings liegen zu Einzelpersonen Hinweise auf Kontakte zu der Terrororganisation vor.

### 3.2 DAS AL-QAIDA-NETZWERK

Das al-Qaida-Netzwerk entstand in den 1980er Jahren in Afghanistan. Es war zunächst Teil der Mujaheddin-Bewegung, die gegen die zu dieser Zeit in dem Land stationierten sowjetischen Truppen kämpfte. Einer der Gründer der Organisation und bis zu seinem Tod 2011 führender Kopf von al-Qaida war Usama bin Ladin, ein ursprünglich saudi-arabischer Staatsbürger. Er war – zusammen mit seinem Mentor Abdullah Azzam – maßgeblich an der ideologischen Etablierung und Verbreitung einer internationalen Vision des Jihads beteiligt. Hierzu schloss bin Ladin weltweit Kooperationen mit anderen jihadistischen Organisa-

tionen, wie etwa der ägyptischen al-Jihad al-Islami (arab. für Islamischer Jihad) unter ihrem damaligen Anführer Aiman al-Zawahiri, der dann ab 2011 auch die Führung von Kern al-Qaida übernahm. Gemeinsam veröffentlichten sie die Schrift „Erklärung der Internationalen Front für den Heiligen Krieg gegen die Juden und Kreuzfahrer“<sup>2</sup>, welche symbolisch für eben dieses globale Jihad-Verständnis stand. Es gelang der Gruppierung in der Folge, durch den Einsatz moderner Propagandamittel sowie über die Etablierung von regionalen Ablegern dieses globale Jihad-Verständnis auch international zu verbreiten. Das von al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAH) veröffentlichte jihadistische Online-Magazin Inspire, an dessen Entstehung der AQAH-Prediger Anwar al-Awlaki bis zu seinem Tod maßgeblich beteiligt gewesen sein soll, war eines der prominentesten regelmäßig erscheinenden professionell gestalteten jihadistischen Online-Magazine. Auch andere regionale Ableger der dann - zur besseren Abgrenzung - Kern al-Qaida genannten Gruppierung, wie al-Qaida im Islamische Maghreb oder die Vorläufer des Islamischen Staates, al-Qaida im Irak veröffentlichten ihre eigenen Propagandaprodukte.

Al-Qaida gelang es schließlich, weltweit eine Vielzahl von Anschlägen gegen vorrangig zivile Ziele zu verüben. Zu den bedeutendsten zählen hierbei die Attentate auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania 1998, die Anschläge des 11. September 2001 in den USA sowie die Anschläge in Madrid 2004 und London 2005. Neben diesen internationalen Anschlägen verübten ihre Regionalableger zudem terroristische Akte in den jeweiligen Staaten selbst, wie etwa al-Qaida im Islamischen Maghreb mit Anschlägen in Burkina Faso und der Elfenbeinküste 2016, und trugen so zur Destabilisierung dieser Regionen bei.

Seit der Entstehung des Islamischen Staates, zu dem al-Qaida seit der Spaltung 2013 im offenen Konflikt stand, nahm die Bedeutung der Terrororganisation als führende Gruppierung innerhalb des globalen Jihads jedoch immer mehr ab. Zwar konnte sich mit der Jabhat an-Nusra - die später mehrfach umbenannt wurde und zum Ende des Berichtszeitraums als Haiyat Tahrir ash-Sham (arab. für Komitee zur Befreiung der Levante, HTS) firmierte - auch in Syrien zunächst ein Ableger von Kern-al-Qaida etablieren. Diese setzte sich jedoch weder propagandistisch noch militärisch gegen den IS durch und ihr Einflussgebiet blieb im Vergleich eher beschränkt. Zudem deuten verschiedene Veröffentlichungen im Berichtszeitraum aus den Führungszirkeln der HTS und Kern-al-Qaida darauf hin, dass es zu deutlichen Spannungen, wenn nicht sogar zu einem Bruch, zwischen den beiden Organisationen gekommen ist.

Es bleibt abzuwarten, ob es dem al-Qaida-Netzwerk gelingen wird, wieder die führende Rolle als global-jihadistische Organisation einzunehmen, nachdem der IS deutliche territoriale, personelle und organisatorische Verluste hinnehmen musste. Zwar gelangen der Ter-

---

2 Bin Laden, Osama, zitiert nach G. Keppel (Hrsg.) u.a.: al-Qaida. Texte des Terrors, München 2006 (S. 85-89).

rororganisation im Berichtszeitraum keine größeren Anschläge in Europa oder Nordamerika. Gleichwohl wird in einer Veröffentlichung des Magazins Inspire aus dem Juli erneut zu Anschlägen durch Einzeltäter auf Zivilisten in westlichen Staaten aufgerufen und explizite Hinweise beispielsweise darauf gegeben, wie Züge zum Entgleisen gebracht werden können.

In Schleswig-Holstein sind derzeit keine Strukturen des Al-Qaida-Netzwerkes erkennbar. Zu Einzelpersonen liegen Hinweise auf mögliche Kontakte zu der Terrororganisation vor.

### 3.3 AL-SHABAB

Die somalische Gruppierung Harakat al-Shabab al-Mujaheddin, kurz al-Shabab, spaltete sich 2006 von der Union islamischer Gerichtshöfe (UIG) ab. Die UIG versuchte Anfang der 2000er Jahre, die politische Stabilität in Somalia wieder herzustellen, da in dem Land seit dem Beginn der 90er Jahre Bürgerkrieg herrscht. Die al-Shabab rekrutierte sich vornehmlich aus jungen Kämpfern der UIG, worauf der aus dem Arabischen stammende Begriff shabab - Jugend/ Jugendlicher - auch hindeutet.

Die Gruppierung al-Shabab etablierte sich in der Folge als bedeutende regionale jihadistische Organisation und bemühte sich um Anerkennung als lokaler Ableger von Kern-al-Qaida. Dies gelang schließlich im Februar des Jahres 2012, als in jihadistischen Internetforen eine Video veröffentlicht wurde, in dem Aiman al-Zawahiri, der Anführer des al-Qaida-Netzwerkes, die al-Shabab-Organisation offiziell als Teil von al-Qaida anerkannte.

Eigentliches Ziel von al-Shabab ist der Sturz der somalischen Regierung und die Errichtung eines Kalifats, welches sich nicht nur auf Somalia sondern auch auf Teile Äthiopiens erstrecken soll. Die Organisation kontrollierte Ende des Berichtsjahres etwa ein Drittel des somalischen Staatsgebietes und verübt in den anderen Landesteilen sowie im angrenzenden Ausland immer wieder terroristische Anschläge. Einer der folgenreichsten Anschläge der al-Shabab dauerte vom 21. bis zum 24. September 2013. Hierbei nahmen Anhänger der Gruppierung im West-Gate-Einkaufszentrum in Nairobi (Kenia) Geiseln und töteten gezielt Nichtmuslime. Dem Anschlag fielen 62 Menschen zum Opfer und es wurden zahlreiche weitere Personen verletzt.

Der Aufstieg der jihadistischen Terrorgruppe IS seit 2013 sorgte innerhalb der Organisation al-Shabab für Spannungen. Teile der Gruppierung schlossen sich 2015 dem IS an, indem sie einen Treueeid auf die Terrororganisation leisteten. Diese sich in der Minderheit befindlichen IS-Anhänger innerhalb der al-Shabab wurden jedoch vom Rest der Gruppierung militärisch bekämpft und so blieb al-Shabab Teilorganisation von al-Qaida.

Zwar sind in Schleswig-Holstein keine Organisationsstrukturen von al-Shabab bekannt. Seit 2012/2013 konnte jedoch der Zuzug einer hohen Anzahl von männlichen somalischen Flüchtlingen ins Bundesgebiet festgestellt werden. Es liegen Hinweise vor, dass Einzelpersonen darunter sein könnten, die Bezüge zu al-Shabab aufweisen (siehe II 4.1.2).

### 3.4 DIE TALIBAN

Die Taliban-Bewegung (dari für Schüler/Student) entstand zu Beginn der 90er Jahre. Sie bestand vorrangig aus afghanischen Kriegsveteranen und Flüchtlingen des Konfliktes in Afghanistan gegen die Besatzungstruppen der damaligen Sowjetunion. Sie eroberten zwischen 1994 und 1995 weite Teile des Landes und gründeten 1996 das Islamische Emirat Afghanistan, welches bis zum Jahr 2001 Bestand hatte. Innerhalb der von den Taliban beherrschten Gebiete wurden rigide Verhaltensvorschriften durchgesetzt, die sich nicht nur aus einer islamistischen Interpretation des Islams, sondern auch aus dem paschtunischen Rechts- und Ehrenkodex, dem sogenannten Paschtun-Wali, ergaben. So waren beispielsweise Musik, Fernsehen und die meisten Sportarten verboten. Frauen wurden weitestgehend aus der Öffentlichkeit verbannt und durften nicht mehr arbeiten, Mädchenschulen wurden geschlossen. Auch ermöglichten es die Taliban, dass sowohl zentralasiatische als auch arabische Jihadisten, darunter Usama bin Ladin und Teile des al-Qaida-Netzwerkes, ihre Hauptquartiere und Trainingslager in Afghanistan einrichteten. Die Taliban trugen damit zum Aufstieg al-Qaidas zur zunächst führenden global-jihadistischen Gruppierung Anfang der 2000er Jahre bei.

Nach den Anschlägen des 11. September 2001 gelang es den USA und ihren regionalen Verbündeten, den Taliban-Staat zu zerschlagen, wobei die verbliebene Führung der Taliban nach Pakistan floh. Von dort aus führten sie ihren Kampf gegen die neue afghanische Regierung sowie die in Afghanistan stationierten westlichen Streitkräfte weiter. Den Taliban gelang es dabei immer wieder, verschiedene Teile Afghanistans unter ihre Kontrolle zu bringen. Darüber hinaus verübte die Gruppierung zahlreiche Selbstmordanschläge, darunter auch in der Hauptstadt Kabul. Auch deutsche Truppen waren von Anschlägen betroffen. Die Taliban verübten am 10. November 2016 einen Anschlag auf das deutsche Generalkonsulat in Masar-e Sharif. Als Begründung für den explizit gegen Deutschland gerichteten Anschlag gab die Terrororganisation an, dass es ein Vergeltungsakt für zivile Opfer durch US-amerikanische Bombenangriffe gewesen sei, an deren Vorbereitung deutsche Soldaten beteiligt gewesen sein sollen.

Die Beziehungen zwischen al-Qaida und den Taliban blieben dabei immer bestehen. So soll al-Qaida die Taliban vor allem hinsichtlich ihrer terroristischen Aktivitäten, unter anderem bei der Ausbildung von Selbstmordattentätern, unterstützt haben. Allerdings sorgte auch hier – ähnlich wie bei der Terrororganisation al-Shabab – der Aufstieg des IS für Un-

ruhe. Einige Gruppen innerhalb der Taliban-Bewegung wandten sich im Jahr 2015 von dieser ab und dem IS zu, zumal der IS zuvor eine eigene Provinz in der Region, die IS-Khorasan-Provinz ausgerufen hatte. Begünstigt wurde diese Entwicklung zudem durch die Bekanntgabe des bereits zwei Jahre zurückliegenden Todes des langjährigen Taliban-Anführers Mullah Omar. Die Tatsache, dass mehrfach Botschaften im Namen des bereits verstorbenen Anführers veröffentlicht wurden, sahen einige Anhänger als Verrat an, was die Hinwendung zum IS bzw. seiner Regionalorganisation begünstigte. Kern-Al-Qaida bestätigte jedoch die weitere Zusammenarbeit mit den Taliban, indem Aiman al-Zawahiri den Treueeid auf den Nachfolger Mullah Omars, Mullah Akthar Mansur, leistete.

In Schleswig-Holstein sind keine Strukturen der Taliban bekannt. Seit einigen Jahren ist jedoch ein Anstieg der Flüchtlingszahlen unter anderem aus Afghanistan festzustellen, die nach Schleswig-Holstein einreisen. Es liegen Hinweise vor, dass Einzelpersonen darunter sein könnten, die Bezüge zur Talibanbewegung in Afghanistan aufweisen (siehe II 4.1.2).

## 4 Schwerpunktthemen 2017

### 4.1 DIE AKTUELLE FLÜCHTLINGSSITUATION UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DIE ISLAMISCHES BEDROHUNGSLAGE

#### 4.1.1 Entwicklung der Flüchtlingszahlen

Der Zuzug von Geflüchteten vor allem aus den Kriegs- und Krisengebieten im Nahen und Mittleren Osten, auf dem Balkan und in Afrika nach Deutschland hat im Berichtsjahr abgenommen. Im vergangenen Jahr kamen nach Angaben des Bundesinnenministeriums 186.644 Geflüchtete nach Deutschland. Das sind deutlich weniger als 2016, als rund 280.000 Geflüchtete gezählt wurden.<sup>3</sup> Diese Entwicklung ist auch in Schleswig-Holstein zu beobachten. So sind im Jahr 2015 etwa 35.000, 2016 etwa 10.000 Flüchtlinge nach Schleswig-Holstein gekommen. Im Berichtsjahr waren es knapp 5.200 Flüchtlinge.<sup>4</sup> Die meisten von ihnen stammen aus Ländern des Nahen und des Mittleren Ostens, wie beispielsweise Syrien, Irak oder Afghanistan. Diese Staaten sind immer noch von Bürgerkriegen, humanitären Krisen oder politisch motivierter Verfolgung betroffen.

---

3 [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2018/01/asylantraege-2017.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2018/01/asylantraege-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=2).

4 Für eine aktuelle Übersicht zur Zahl der eingereisten Flüchtlinge in Schleswig-Holstein siehe: [http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/F/fluechtlingeSH/Downloads/zuwanderungsbericht/2017\\_Dezember\\_Zuwanderungsbericht.pdf;jsessionid=E542CCEE8013C71E90413DA3A95F6728?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/F/fluechtlingeSH/Downloads/zuwanderungsbericht/2017_Dezember_Zuwanderungsbericht.pdf;jsessionid=E542CCEE8013C71E90413DA3A95F6728?__blob=publicationFile&v=2).

#### 4.1.2 Ausnutzung der Flüchtlingsrouten durch getarnt einreisende Jihadisten

Den Sicherheitsbehörden liegen Hinweise darauf vor, dass sich Kämpfer islamistischer Terrororganisationen auch als Flüchtlinge tarnen und unter missbräuchlicher Ausnutzung der Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland und Europa gelangen.

So stellt beispielsweise für den IS die Ausnutzung der Flüchtlingsrouten – die er auch in seiner Propaganda thematisiert – einen Vorteil dar. Er konnte über eine große Distanz hinweg kampferprobte Mitglieder nach Europa schleusen, die dann u. a. für Anschläge – wie die in Frankreich im November 2015 – zur Verfügung standen.

Zusätzlich könnte der IS seine Propaganda in Bezug auf die Flüchtlingsrouten auch zur Diskreditierung der Flüchtlingsbewegung mit dem Ziel genutzt haben, die europäische Staatengemeinschaft zur Unterbindung dieser zu bewegen. Dadurch sollte eine weitere – vom IS nicht gewünschte – Flucht von Bewohnern aus IS-Gebieten in Syrien/Irak nach Europa unterbunden werden. Denn die Bevölkerung ist aus Sicht des IS für das Aufrechterhalten ihres vermeintlichen Staatsgebildes erforderlich, zum Beispiel als „Steuerzahler“, Arbeitskräfte oder aber auch als missbrauchte menschliche Schutzschilde.

Nach den Sicherheitsbehörden vorliegenden Erkenntnissen muss auch weiterhin davon ausgegangen werden, dass sich unter den Flüchtlingen Personen befinden, die von islamistischen Terrororganisationen beauftragt wurden, Anschläge in Deutschland zu verüben. So konnte im Berichtsjahr ein mutmaßliches Mitglied des IS in Schleswig-Holstein identifiziert und festgenommen werden. Er steht im Verdacht, als Flüchtling mit einem Auftrag des IS nach Deutschland gekommen zu sein (siehe II 5.3.3).

Die Verfassungsschutzbehörde geht derzeit zahlreichen Hinweisen auf Personen nach, bei denen Anhaltspunkte bestehen, dass sie in ihrem Ursprungsland über Kontakte zu terroristischen Organisationen verfügt haben. Die Zahl dieser Verdachtsfälle bewegt sich in einem niedrigen dreistelligen Bereich. Um die von möglichen eingereisten islamistischen Terroristen ausgehenden Gefahren abwehren zu können, erfolgt auf verschiedenen Ebenen ein enger Austausch zwischen Verfassungsschutz und Polizei.

#### 4.1.3 Selbstbezeichnungen von Flüchtlingen im Asylverfahren

Die Zahl der Hinweisfälle von Personen mit möglichen terroristischen Bezügen ist im Berichtsjahr weiter angestiegen. Laut Bundesanwaltschaft sind bundesweit 1.200 neue Ermittlungen wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung eingeleitet worden, etwa 1.000 davon mit islamistischem Hintergrund. Das sind fünfmal so viel wie im Jahr zuvor.<sup>5</sup> Die größte Gruppe von ca. 300 Personen sind Afghanen. Ihnen folgen somalische

---

5 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/003/1900328.pdf>.

Staatsangehörige mit ca. 200 Fällen. Ein Grund für die wachsende Zahl auf Bundesebene sind sogenannte Selbstanzeigen im Asylverfahren. So haben sich im Berichtsjahr hunderte Flüchtlinge in Asylanörungen selbst bezichtigt, für die afghanische Terrororganisation Taliban (siehe II 3.4) oder für die somalische Terrororganisation al-Shabab gekämpft oder diese unterstützt zu haben (siehe II 3.3). Es ist nicht ausgeschlossen, dass manche Selbstanzeige in der Hoffnung erfolgt, dadurch Vorteile im Asylverfahren zu erhalten. Dafür spricht, dass diverse Selbstbezeichnungen insbesondere von Flüchtlingen abgegeben werden, die aus Ländern stammen, bei denen keine generelle politische Verfolgung angenommen wird. Deshalb wird diesen Flüchtlingen nicht automatisch ein Flüchtlingsstatus zuerkannt. Darüber hinaus wird die Selbstbezeichnung häufig mit dem Hinweis verbunden, selbst keine terroristischen Aktivitäten entfaltet zu haben.

In 160 Fällen sind bundesweit bei syrischen Staatsangehörigen Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.<sup>6</sup> Allerdings beruhen die zahlreichen Fälle nicht auf Selbstbezeichnungen, sondern auf vielfältigen Hinweisen zum Beispiel von anderen Asylbewerbern, Asylbetreuern sowie Hinweisen von Bürgern oder staatlichen Institutionen. Insgesamt gehen die Sicherheitsbehörden den Hinweisen mit großer Sorgfalt und allen zulässigen Mitteln nach.

#### 4.1.4 Die Einflussnahme von Islamisten auf Flüchtlinge in Schleswig-Holstein

In diesem Berichtsjahr konnten nicht im gleichen Maße wie im Vorjahr Versuche der Einflussnahme von hiesigen Islamisten auf Flüchtlinge festgestellt werden. Weiterhin, wenn auch in geringerer Anzahl, riefen Islamisten in Schleswig-Holstein zur Unterstützung von Geflüchteten als humanitäres Engagement bzw. als Erfüllung religiöser Beistandspflichten auf. Größer angelegte Aktionen von Salafisten in Bezug auf eine Flüchtlingshilfe blieben ebenfalls aus. Eine Ursache dafür könnte die nunmehr erfolgte dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge sein, die es den Islamisten schwer macht, zentrale Anlaufstellen für ihre gezielte Einflussnahme auf Flüchtlinge zu finden. Allerdings etablierte sich in diesem Berichtsjahr ein fester Besucherstamm von Flüchtlingen in den einschlägigen, insbesondere salafistischen, Moscheevereinen. Vorliegende Erkenntnisse bestätigten, dass der Besuch salafistischer Moscheen nicht nur nach rein praktischen Gesichtspunkten erfolgte, wie zum Beispiel aufgrund der in einer Moschee bevorzugten Sprache oder räumlicher Nähe, sondern aufgrund der Sympathie zum Salafismus. So konnte beobachtet werden, dass in salafistischen Objekten ein hoher Anteil von regelmäßigen Besuchern der Freitagspredigten aus Flüchtlingen besteht. Gerade bei regelmäßigen Besuchern von salafistisch dominierten Moscheen ist eine Sympathie und Nähe zur salafistischen Ideologie anzunehmen. Diese Entwicklung wirkte sich auf das salafistische Gesamtpotenzial in Schleswig-Holstein aus (siehe II 6.1.2).

---

6 Vgl. ebd.

#### 4.1.5 Radikalisierung im Flüchtlingsumfeld

In Bezug auf die Radikalisierung im Flüchtlingsumfeld liegen der schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbehörde bisher keine Erkenntnisse vor, nach denen sich Flüchtlinge unter dem Einfluss hiesiger Islamisten soweit radikalisiert haben, dass sie zu Gewalttaten oder jihadistischen Taten motiviert wurden. Eine Hinwendung zu einer islamistischen Ideologie ist jedoch in Einzelfällen festzustellen. Die Geflüchteten sind in besonderem Maße anfällig für Radikalisierungsprozesse, da davon ausgegangen werden muss, dass sie immer wieder besonderen psychischen Belastungssituationen ausgesetzt waren. Hierzu zählen die krisenhafte Situation in ihrer Heimat sowie die Umstände der Flucht selbst. Darüber hinaus können aus Sicht der Flüchtlinge unter anderem nicht ausreichende Unterbringung, geringe Aussichten auf eine Einbindung in den deutschen Arbeitsmarkt, Sprachbarrieren oder Diskriminierungserlebnisse Frustrationserlebnisse erzeugen und somit den Nährboden für extremistische Radikalisierungsprozesse schaffen. Es besteht auch die Möglichkeit, dass sich Flüchtlinge aus eigenem Antrieb und ggf. aufgrund von Beschäftigungsmangel stärker mit islamistischen Ideologien befassen und so eine Selbstradikalisierung durchlaufen.

Eine solche Entwicklung ist für die Sicherheitsbehörden nur schwer im Vorfeld festzustellen. Vor allem junge und wenig gefestigte Flüchtlinge können Opfer islamistischer Radikalisierung werden, da sie sich eher in einer Situation befinden, in der sie empfänglich für eine islamistische Radikalisierung sein könnten.

Das Land Schleswig-Holstein versucht gesamtgesellschaftlich frühzeitig mit vielfältigen Präventionsmaßnahmen gegen eine islamistische Radikalisierung vorzugehen (siehe II 5.3.4).

### 4.2 REISEBEWEGUNGEN VON JIHADISTEN INSBESONDERE VOR DEM HINTERGRUND DES NIEDERGANGS DES IS

#### 4.2.1 Bundesweite Reisebewegungen von Jihadisten nach Syrien/ Irak

Für ausreisewillige Islamisten aus Deutschland spielt unverändert die Region Syrien/ Irak – wenn auch mit verringerter Ausreisedynamik – eine zentrale Rolle. Seit 2012 hat die Krisenregion weltweit Islamisten in einem bisher noch nie dagewesenen Ausmaß emotionalisiert und mobilisiert. Die Ausreisen fanden im Jahr 2014, in dem Jahr, als das sogenannte Kalifat durch den IS ausgerufen wurde, ihren Höhepunkt. Danach flachte die Ausreisedynamik wieder ab. Insgesamt liegen bis zum Ende des Berichtsjahres Erkenntnisse zu mehr als 960 Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien/ Irak gereist sind, um dort auf Seiten des IS und anderer terroristischer Gruppierungen an Kampfhandlungen teilzunehmen oder diese in sonstiger Weise zu unterstützen. 2017 sind nur noch 70 Islamisten in die Region gereist. Im Vorjahreszeitraum waren noch 110 Ausreisen zu verzeichnen gewesen. Damit hält der seit 2015 begonnene bundesweite Trend der verringerten Ausreisedynamik

an. Als Grund dafür sind zum einen die militärischen Erfolge der sogenannten Anti-IS-Koalition gegen die Strukturen des IS in Syrien und dem Irak zu sehen. Insbesondere die Offensiven gegen die IS-Hochburgen Raqqa (Syrien) und Mosul (Irak) haben Auswirkungen gehabt. So erklärte die irakische Regierung am 9. Juli die Schlacht um Mosul (Irak) für beendet und die Stadt für befreit. Seit Mitte Oktober ist Raqqa (Syrien) ebenfalls als befreit anzusehen. Durch diesen militärischen Druck, aber auch durch einen massiven Anstieg an Todesfällen in den eigenen Reihen sowie einer sich verschlechternden Gesamtsituation vor Ort hat der IS für viele Ausreisewillige an Anziehungskraft verloren. Zudem haben nationale und internationale Reisebeschränkungen sowie das konsequente behördliche Unterbinden erkannter Ausreiseplanungen ebenfalls zu geringeren Ausreisen beigetragen.

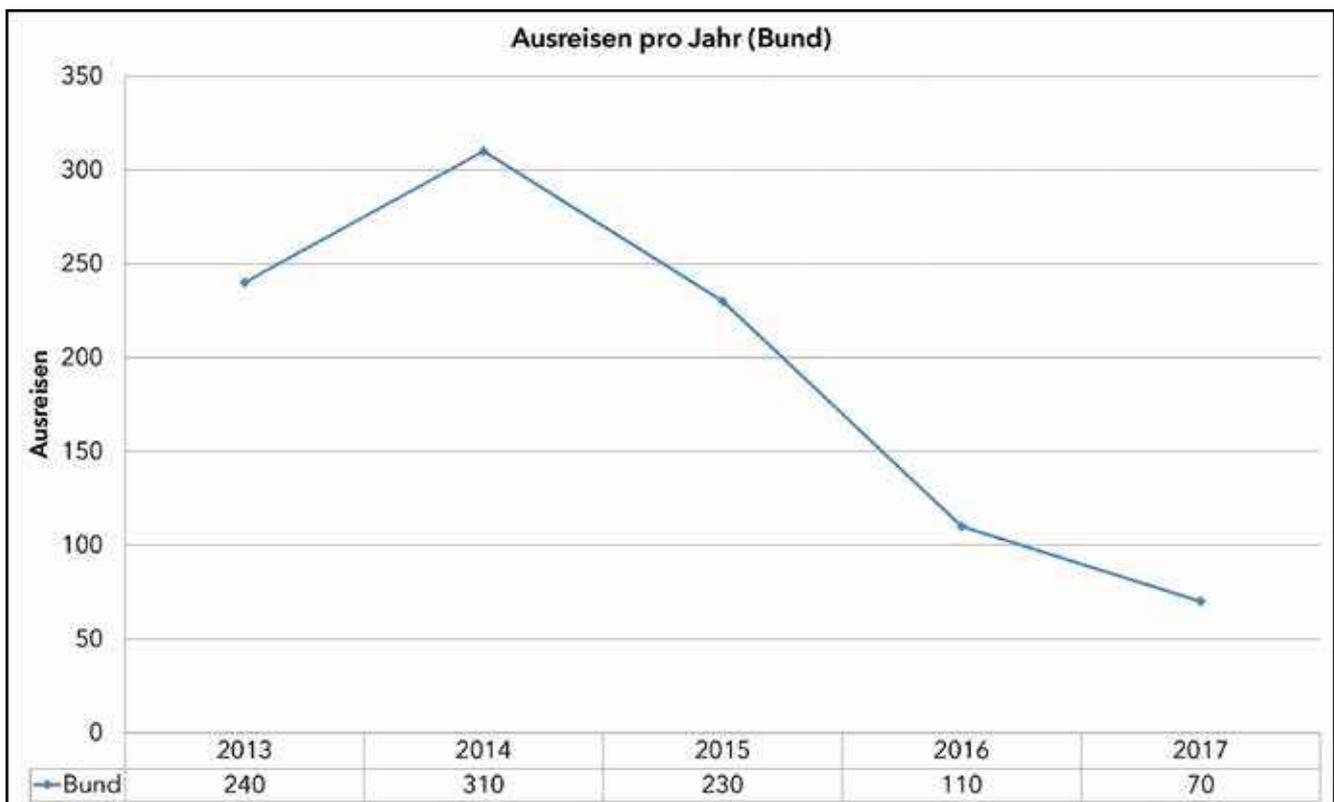


Abbildung 5: Islamistisch motivierte Ausreisen von 2013 bis 2017 (Syrien/Irak) auf Bundesebene (p.a.)<sup>7</sup>

#### 4.2.2 Reisebewegungen von Jihadisten aus Schleswig-Holstein nach Syrien/ Irak

Seit Beginn der Zählung 2013 sind bis zum Ende des Berichtsjahres insgesamt 32 Islamisten aus Schleswig-Holstein in das syrisch-irakische Bürgerkriegsgebiet ausgereist, um sich dort mutmaßlich sunnitisch-terroristischen Organisationen in der Region anzuschließen. Daneben ist ein zusätzlicher Ausreisesachverhalt bekannt geworden. Dabei handelt es sich um einen Rückkehrer nach Schleswig-Holstein, der allerdings vorher nicht von Schles-

<sup>7</sup> Aufgrund aktueller Informationen zu Reisebewegungen ergab sich eine Nacherfassung. Die Landeszahl der Ausreisen für das Jahr 2016 hat sich daher im Vergleich zum Vorjahresbericht um einen Sachverhalt erhöht.

wig-Holstein aus nach Syrien bzw. in den Irak ausgereist war. Insgesamt liegen somit derzeit in Schleswig-Holstein Erkenntnisse zu 33 Ausreisefällen mit dem entsprechenden Hintergrund vor.

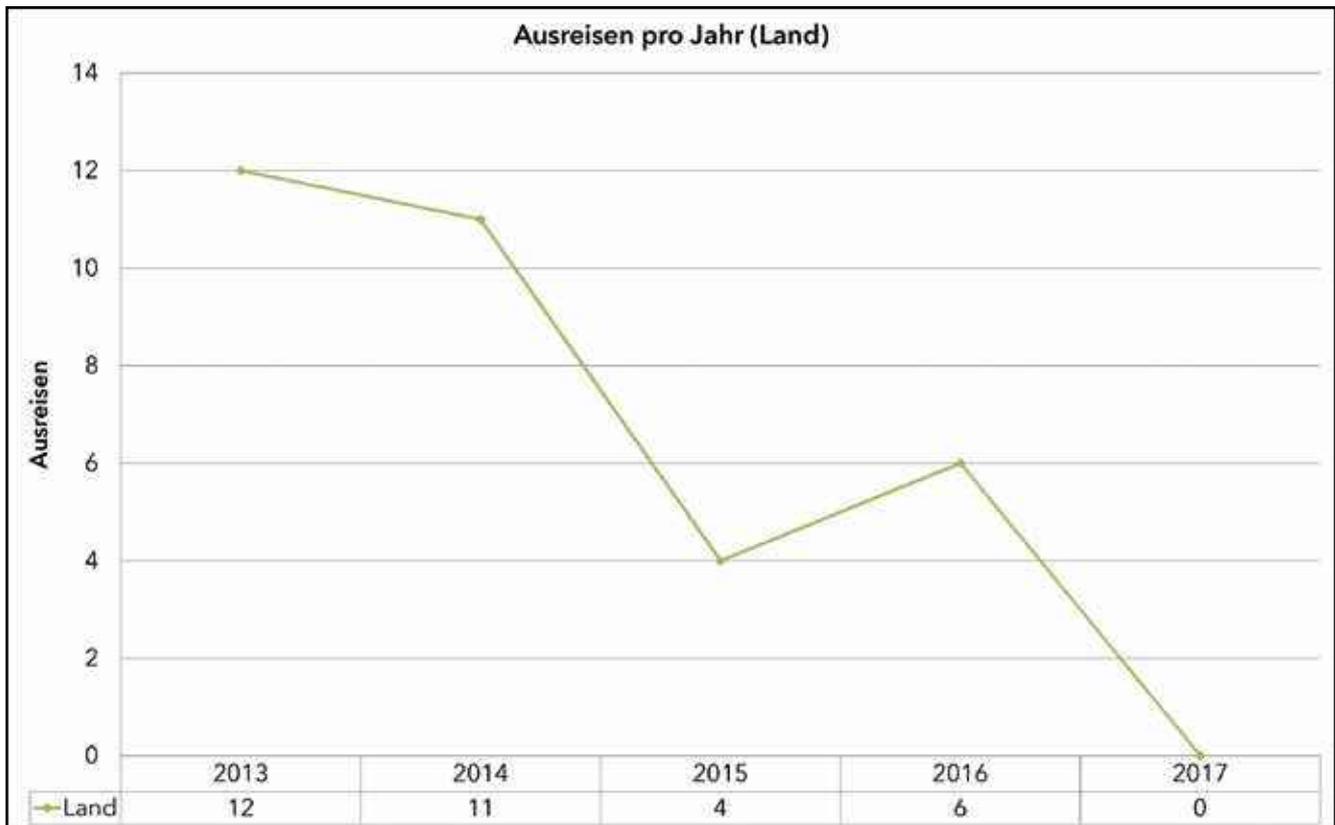


Abbildung 6: Islamistisch motivierte Ausreisen von 2013 bis 2017 (Syrien/Irak) auf Landesebene

Im Berichtszeitraum konnten keine weiteren erfolgreichen Ausreisen aus Schleswig-Holstein festgestellt werden. Allerdings liegen Erkenntnisse zu zwei gescheiterten Ausreiseversuchen vor, die durch behördliche Maßnahmen im Ausland vereitelt werden konnten. Somit lässt sich konstatieren, dass in Schleswig-Holstein im Berichtszeitraum der bundesweit festgestellte Trend im Hinblick auf eine verringerte Ausreisedynamik ebenfalls zu verzeichnen ist.

Von den insgesamt 33 Ausreisefällen halten sich noch 15 in Syrien oder dem Irak auf. Insgesamt sind bisher neun Personen, allerdings keine im Berichtszeitraum, zurückgekehrt. Zu keiner dieser Personen liegen belastbare Informationen vor, dass sie sich aktiv an Kampfhandlungen in Syrien oder im Irak beteiligt haben. Zu insgesamt neun Personen, zwei davon im Berichtsjahr, liegen Hinweise vor, dass diese in Syrien oder dem Irak ums Leben gekommen sind. Auch hier ist nicht abschließend geklärt, ob dies im Zusammenhang mit Kampfhandlungen geschehen ist. Bisher liegen zu keinem der Todesfälle behördliche Bestätigungen vor.

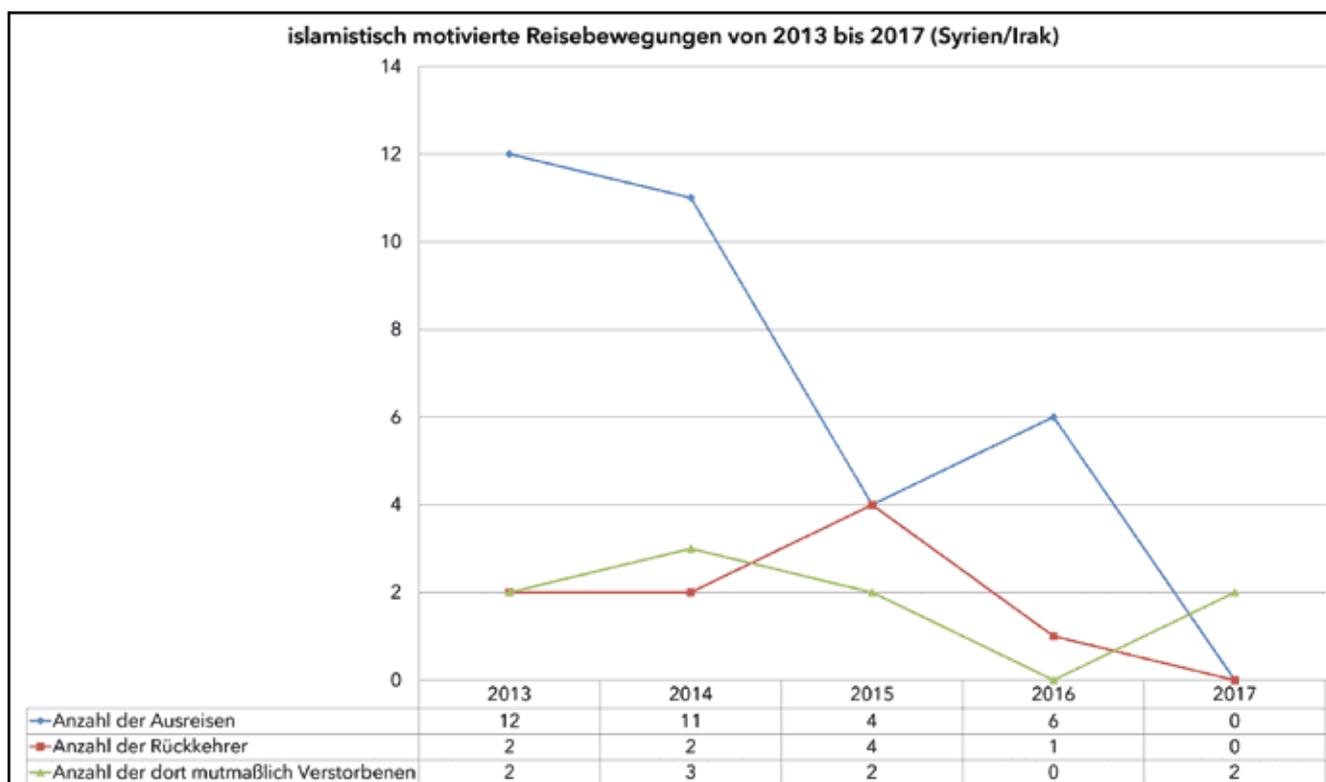


Abbildung 7: Islamistisch motivierte Reisebewegungen (Syrien/Irak) aus Schleswig-Holstein von 2013 bis 2017

#### 4.2.3 Die Gefahr der Rückkehr von Jihadisten und ihrer Familien nach Schleswig-Holstein

Die unter 4.2.1 dargestellten militärischen Erfolge der Anti-IS-Koalition in Syrien und dem Irak wird mittelfristig aller Voraussicht nach zu einer Verdrängung der dortigen sogenannten ausländischen Kämpfer führen. Ihre genaue Anzahl ist nicht bekannt. Allgemeine Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen 2011 und 2016 mehr als 5.000 Europäer ausge- reist sind, um sich dem IS anzuschließen. Es wird von verschiedenen öffentlichen Seiten geschätzt, dass bis zu 3.000 von ihnen zurückkehren werden.<sup>8</sup>

Von zurückgekehrten Personen aus Jihad-Gebieten geht ein nur schwer zu bewertendes Gefährdungspotenzial aus. Es ist anzunehmen, dass die meisten traumatisiert sind, da sie zumindest Gewalt erlebt, wenn nicht gar selbst ausgeübt haben. Darüber hinaus muss grundsätzlich bei allen Zurückgekehrten damit gerechnet werden, dass sie weiterhin an ihrer islamistischen Grundhaltung festhalten.

Ihre Fähigkeit, sich unauffällig in westlichen Staaten zu bewegen (z. B. durch westliches Aussehen, legalen Besitz westlicher Reise- und Identitätsdokumente), prädestiniert sie aus Sicht islamistischer Terrororganisationen dafür, Anschläge zu planen und durchzuführen.

<sup>8</sup> <https://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/261420/ran-handbuch-gibt-empfehlungen-fuer-den-umgang-mit-rueckkehrerinnen-und-rueckkehrern>.

Ein besonderes Sicherheitsrisiko stellen deshalb vor allem Personen dar, die während ihres Aufenthaltes in Syrien oder im Irak ideologisch indoktriniert, militärisch ausgebildet und in Kämpfen eingesetzt wurden.

Bereits die Anschläge in Paris (2015) und Brüssel (2016) haben die grenzüberschreitende Vernetzung von Rückkehrern aus Syrien und dem Irak in Europa mit entsprechenden terroristischen Verbindungen in den Nahen Osten unter Beweis gestellt.

Wie bereits unter 4.2.1 dargestellt, sind bisher aus Deutschland 960 Islamisten ausgewandert und von diesen sind ca. 320 wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Zu der Mehrzahl dieser Rückkehrer liegen keine belastbaren Informationen vor, dass sie sich aktiv an Kampfhandlungen in Syrien oder dem Irak beteiligt haben. Von den 33 Ausreisefällen in Schleswig-Holstein sind bisher neun zurückgekehrt. Zu keinem dieser hiesigen Fälle liegen konkrete Hinweise auf Kampferfahrung vor. Ansonsten wären in diesen Fällen auch Ermittlungsverfahren gemäß §§ 129 a, b StGB einzuleiten gewesen.

Bereits seit längerer Zeit betrachten die Sicherheitsbehörden neben den möglichen oder tatsächlich zurückkehrenden Jihadisten auch die jeweiligen mitreisenden Angehörigen mit Sorge. Aufgrund des sich abzeichnenden Zerfalls der pseudostaatlichen Strukturen des IS in Syrien und im Irak ist von einer hohen Zahl von rückreisewilligen Familien auszugehen. Auch bei den mitausgereisten Ehefrauen und Kindern von Jihadisten, auch wenn sich diese nicht direkt an Kämpfen beteiligt haben, muss mit verstörenden Gewalterfahrungen gerechnet werden. Dazu zählen möglicherweise Bombardierungen, denen sie ausgesetzt waren, soziale Isolation, meistens Kontaktsperren zu ihren Ursprungsfamilien, der mögliche Tod von Ehepartnern aber auch die Geburt von Kindern unter schwierigsten Bedingungen. Die Verarbeitung solcher Erlebnisse verläuft unterschiedlich und kann zwar unter Umständen dazu führen, dass mitgereiste Familienangehörige von IS-Kämpfern ihre Situation insgesamt überdenken. Allerdings sind dortige Extremerfahrungen auch dazu geeignet, deren Radikalität zu steigern und die Sensibilität für Gewalt- und Gräueltaten zu senken.

Darüber hinaus dürften Ehefrauen und Kinder generell durch die Propaganda und die Sozialisation in den vom IS kontrollierten Gebieten einseitig beeinflusst oder radikalisiert worden sein. Im Gegensatz zu den ausgewanderten Jihadistinnen und Jihadisten, die bei ihrer erkannten Rückkehr regelmäßig mit gefahrenabwehrenden oder strafprozessualen Maßnahmen überzogen werden, dürften gegen mitausgereiste Ehepartner, Kinder und Jugendliche regelmäßig keine strafrechtlichen Ermittlungsverfahren eingeleitet werden können. Insgesamt dürften diese Personen aber erhebliche Schwierigkeiten haben, sich wieder in die westliche Gesellschaft einzugliedern. Deshalb weisen sie ein nur schwer abzuschätzendes Gefahrenpotenzial auf.

Unter den 32 Personen, die aus Schleswig-Holstein ausgewandert sind, befinden sich 3 Frauen sowie z. T. deren Kinder. Diese dürften sich nach hier vorliegenden Informationen alle noch

im Ausland befinden. Unter diesen mitgereisten Familien befinden sich ein Jugendlicher und mindestens drei Kinder unter sechs Jahren. Darüber hinaus ist es wahrscheinlich, dass die ausgereisten Jihadisten und ihre Familien im IS-Gebiet weitere Familienzuzwächse zu verzeichnen hatten. Hierzu liegen allerdings nur vereinzelte, bruchstückhafte Hinweise vor.

Besonderer Aufmerksamkeit bedürfen nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden insbesondere zurückkehrende Kinder ab dem 8. Lebensjahr. Bei diesen ist davon auszugehen, dass sie bereits stark durch die IS-Ideologie beeinflusst und radikalisiert worden sind.

## **5 Islamistischer Terrorismus und staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus**

### **5.1 AKTUELLE ENTWICKLUNGEN**

Der internationale Terrorismus ist nach wie vor eine große Bedrohung für die Freiheit und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Die größte Gefahr geht dabei von islamistisch-jihadistischen Terrororganisationen aus. In diesem Spektrum spielt für Europa und damit auch für Deutschland und Schleswig-Holstein der IS eine herausragende Rolle. Diese Organisation ist trotz der militärischeren Niederlagen in Syrien und dem Irak noch lange nicht besiegt.

Der IS hat sich relativ früh auf die massiven Territorialverluste in Syrien und im Irak eingestellt, seine Propaganda darauf ausgerichtet und ist im virtuellen Raum enorm vernetzt. Sicherheitsbehörden sprechen bereits von der Entstehung eines globalen Cyber-Kalifates. So verbreitet der IS die Botschaft an seine Anhänger außerhalb seines Kernterritoriums, dass diese nicht unbedingt nach Syrien oder in den Irak kommen müssten, sie könnten den Jihad auch in ihren Heimat- und Aufenthaltsländern führen.

In seiner Propaganda fordert der IS seine Anhänger zudem verstärkt dazu auf, Anschläge in den USA, Australien, Russland und Europa zu begehen. Als heldenhafte Vorbilder werden jene IS-Attentäter gerühmt, denen bereits Anschläge in diesen Ländern gelungen sind.

Selbst der Einsatz von Kindern als Kämpfer und Henker wird in Videobotschaften verherrlicht. In seinem in mehreren Sprachen erscheinenden Online-Magazin Rumiyah propagiert der IS wiederholt sogenannte Lone-Actor-Attacken mit Messern und Lastkraftwagen und ruft ausdrücklich zu Brandanschlägen auf weiche Ziele (Tankstellen, Wohngebiete und Kirchen) auf, rechtfertigt Angriffe auf Frauen und Kinder und fordert eine Verstärkung des Jihad gegen die wirtschaftliche Infrastruktur der Ungläubigen.

Dieser operativ taktische Strategiewechsel des IS von komplexen Anschlägen durch mehrere ausgebildete Terroristen hin zu einfachen Anschlagsszenarien auf weiche Ziele durch

unprofessionell agierende Einzeltäter mit einfachen Tatmitteln ermöglicht es dem IS, den Vorbereitungs- und Kommunikationsaufwand zur Durchführung terroristischer Anschläge deutlich zu verringern. Zusätzlich werden die Möglichkeiten der Sicherheitsbehörden, relevante Tätergruppierungen oder Anschlagsvorbereitungen zu detektieren und geeignete Präventionsmaßnahmen einzuleiten, deutlich reduziert. Die dieser Logik folgenden Anschläge von Marseille und Berlin haben gezeigt, dass auch mit diesem modus operandi eine erhebliche Anzahl von Todesopfern und der gewünschte mediale Erfolg für die terroristische Organisation erreicht werden können.

Von einigen Medienstellen des IS wird aber auch weiterhin die Ausreise in den Jihad propagiert. So rief die jihadistische Gruppierung Al-Muhajirun im Juni zur Ausreise nach Syrien und zum Anschluss an den Jihad auf. Auch der deutschsprachige Telegram-Kanal Klartext, welcher für den IS Propaganda betreibt, ruft zur Auswanderung in das IS-Gebiet auf, plädiert allerdings alternativ auch dafür, Anschläge in Deutschland durchzuführen. In den einschlägigen Foren werden von IS-Sympathisanten zudem Anschläge auf den Schienenverkehr vorgeschlagen.

Auch wenn Schleswig-Holstein im Berichtsjahr von Anschlägen weiter verschont blieb, muss davon ausgegangen werden, dass islamistisch motivierte Terrorakte nach wie vor die größte Bedrohung für die Innere Sicherheit des Landes sind. Dass in Europa und damit auch in Deutschland mit islamistisch motivierten Anschlägen zu rechnen ist, belegen unter anderen die Anschläge vom 22. März auf der Westminster-Bridge und am 3. Juni auf der London-Bridge in London mit insgesamt 17 Toten und fast 90 Verletzten (darunter drei deutsche Staatsangehörige), der Anschlag mit einem LKW in Stockholm am 7. April, bei dem fünf Personen getötet und 15 verletzt wurden oder der verheerende Anschlag nach einem Pop-Konzert am 22. April in Manchester, der 23 Tote und ca. 60 Verletzte forderte. Zu den Taten bekannte sich entweder der IS oder die Tatverdächtigen galten als Anhänger des IS.

Bei einigen der zurückliegenden Taten wurden neben Schusswaffen und unkonventionellen Spreng- oder Brandvorrichtungen Fahrzeuge als Waffen eingesetzt. Gemeinsam hatten alle in den letzten Jahren in Deutschland und Europa ausgeführten terroristischen Gewalttaten, dass sie sich fast ausschließlich gegen sogenannte weiche Ziele richteten.

Islamistisch motivierte Gewalttaten wurden in Deutschland wiederholt auch durch Jugendliche verübt. Insgesamt ist für die Sicherheitsbehörden die Befassung mit Minderjährigen, die islamistisch motivierte Gewalt- und Terrortaten verüben, eine besondere Herausforderung.

Im Berichtsjahr hat es einen islamistischen Terroranschlag in Deutschland gegeben. Ein 26-jähriger Palästinenser hat bei einem Messerangriff in einem Hamburger Supermarkt im Juli 2017 eine Person getötet und vier weitere Personen verletzt, bevor er überwältigt

und festgenommen werden konnte. Der Mann wurde im März 2018 wegen Mordes und sechsfachen versuchten Mordes jeweils in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung durch das Hanseatische Oberlandesgericht zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Der Senat ging bei seiner Urteilsfindung Medienberichten zufolge von einer islamistischen Tatmotivation aus. Der Täter habe sich durch die Propaganda des IS instrumentalisieren lassen.

Durch Maßnahmen der Sicherheitsbehörden konnten in anderen Fällen mutmaßlich schwerste Gewalttaten verhindert werden. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass terroristische Gewalttaten, insbesondere auch die Taten radikalierter Einzelpersonen, im Vorfeld für die Sicherheitsbehörden nur schwer erkennbar sind.

Die Ereignisse bestätigen insgesamt die Lageeinschätzung zur Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus in Deutschland. Für die gesamte Bundesrepublik, und damit auch für Schleswig-Holstein, gilt eine anhaltend hohe abstrakte Gefährdung durch islamistisch motivierte Gewalttaten bis hin zu terroristischen Anschlägen. Unverändert gilt auch, dass internationale jihadistische Organisationen, vor allem der IS und seine Ableger, unter anderem auch Deutschland als Gegner ansehen.

## 5.2 LAGEEINSCHÄTZUNG: WESENTLICHE HERAUSFORDERUNGEN IM BEREICH DES ISLAMISTISCHEN TERRORISMUS

Die Sicherheitslage im Bereich des islamistischen Terrorismus in Deutschland und in Schleswig-Holstein wird weiterhin durch die drei folgenden Faktoren maßgeblich beeinflusst:

### **Gefahr durch getarnt einreisende Jihadisten**

Wie bereits in II 4.1.1 vorgestellt, stellen die Migrationsbewegungen nach Deutschland die deutschen Sicherheitsbehörden weiterhin vor vielseitige Herausforderungen. Besonderes Augenmerk kommt der Einreise von Mitgliedern, Unterstützern und Sympathisanten islamistischer Terrororganisationen zu.

### **Gefahr durch homegrown terrorists**

Ebenfalls von Bedeutung für die hiesige Sicherheitslage bleiben die sogenannten homegrown terrorists. Hierbei handelt es sich um Personen, die in Deutschland aufgewachsen und sozialisiert sind, sich in der Folge jedoch im Umfeld islamistischer Gruppen radikalisiert haben. Noch im Jahr 2016 hat es in Deutschland Anschläge aus diesem Personenkreis gegeben, so beispielsweise durch eine jugendliche Attentäterin, die im Februar 2016 auf dem Hannoveraner Hauptbahnhof einen Bundespolizisten mit einem Messer angriff. Auch die Attentäter, die im April 2016 einen islamistisch motivierten Anschlag auf eine Sikh-Ge-

meinde in Essen verübten, zählen zum Kreis der homegrown terrorists. Diese stellen daher einen weiteren aktuellen Arbeitsschwerpunkt der Sicherheitsbehörden dar.

## **Rückkehrer aus den Jihadgebieten**

Ein weiterer Faktor, der die Sicherheitslage maßgeblich beeinflusst, sind die Rückkehrer aus Jihadgebieten, insbesondere aus der Region Syrien und Irak. Wie unter 4.2.3 ausführlich dargestellt, sind von den 960 im Berichtsjahr ausgereisten Jihadisten ca. 320 wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Zu der Mehrzahl dieser Rückkehrer liegen keine belastbaren Informationen vor, dass sie sich aktiv an Kampfhandlungen in Syrien oder dem Irak beteiligt haben. Von den 33 Ausreisefällen in Schleswig-Holstein sind bisher neun zurückgekehrt. Zu keinem dieser hiesigen Fälle liegen konkrete Hinweise auf Kampferfahrung vor.

Die Sicherheitsbehörden beobachten neben den zurückkehrenden bzw. zurückgekehrten Jihadisten auch die mitgereisten Familienangehörigen, da diese ebenfalls ideologisiert und radikalisiert worden sein können.

## **5.3 STAATLICHE MASSNAHMEN IN DEUTSCHLAND UND SCHLESWIG-HOLSTEIN**

### **5.3.1 Vereinsrechtliche Maßnahmen**

Vereinsrechtliche Maßnahmen gegen erkannte islamistische Vereinigungen sind ein probates Mittel, um die organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten der Vereine und ihrer Mitglieder zu beschränken. Insbesondere stören Vereinsverbote die Strukturen und Kommunikationswege von Islamisten.

Das Bundesinnenministerium verbot mit Wirkung vom 15. November 2016 die Vereinigung „Die wahre Religion“ alias „LIES! Stiftung“/„Stiftung LIES“ (DWR) einschließlich ihrer Teilorganisationen. Am 19. Dezember erklärte das Bundesverwaltungsgericht das Verbot gegen die Vereinigung für rechtmäßig.<sup>9</sup> Die salafistische Vereinigung DWR einschließlich ihrer Teilorganisationen vertrat eine Ideologie, die die verfassungsgemäße Ordnung ersatzlos verdrängen wollte, befürwortete den bewaffneten Jihad und stellte ein bundesweites Rekrutierungs- und Sammelbecken für Jihadisten sowie für Personen dar, die aus islamistisch-jihadistischer Motivation in die Krisengebiete nach Syrien und den Irak ausreisen wollten. Auch in Schleswig-Holstein gab es zuvor in einzelnen Städten Informationsstände der Vereinigung, bei denen es zu kostenlosen Koranverteilungen kam. Im Zuge des Verbotverfahrens wurden deshalb auch Objekte in Schleswig-Holstein durchsucht (siehe VII 5.2 im Verfassungsschutzbericht 2016 des Landes Schleswig-Holstein).

---

<sup>9</sup> Vgl. Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts vom 19.12.2017, zuletzt eingesehen am 23.03.2018 unter <http://www.bverwg.de/pm/2017/90>.

Darüber hinaus fanden im Berichtsjahr mehrere Verbotsverfahren gegen salafistische Moscheevereine statt. Im März wurde der Deutschsprachige Islamkreis Hildesheim (DIK) um den extremistischen Prediger und mutmaßlichen IS-Rekrutierer Abu Walaa durch das Niedersächsische Innenministerium verboten. Im Februar wurde die Berliner Fussilet-Moschee durch die dortige Innenbehörde verboten. Dort verkehrte auch der Attentäter des Anschlags vom 19. Dezember 2016 in Berlin, Anis Amri. Es gibt Hinweise, dass auch einige Salafisten aus Schleswig-Holstein Besucher von Islamseminaren des DIK waren und sich damit zumindest zeitweilig im Umfeld des extremistischen Predigers Abu Walaa aufhielten. In diesem Islamkreis wurden dutzende Personen radikalisiert und zur Ausreise in die Konfliktregion Syrien und Irak mobilisiert. Die Hauptverantwortlichen müssen sich derzeit noch vor Gericht verantworten; ein Urteil wird voraussichtlich im Jahr 2018 ergehen.<sup>10</sup>

### 5.3.2 Aufenthaltsbeendende Maßnahmen bei ausländischen Islamisten

Zu den staatlichen Maßnahmen, die die Gefahr von islamistisch motivierten erheblichen Straftaten oder Terroranschlägen minimieren können, gehören Aufenthaltsbeendigungen von erkannten ausländischen Islamisten, die eine besondere Gefahr für die innere Sicherheit darstellen. Diese erfolgen durch Ausweisungsverfügungen und Abschiebeanordnungen nach dem Aufenthaltsgesetz.

Beispielsweise ordnete der niedersächsische Innenminister im Februar die Abschiebung zweier IS-Sympathisanten an, bei denen man die Planung von Anschlägen befürchtete. Auch in Mecklenburg-Vorpommern wurden im Verlauf des Jahres drei IS-Sympathisanten in ihre Herkunftsländer abgeschoben.

Auch in Schleswig-Holstein wurden aufenthaltsbeendende Maßnahmen gegen erkannte gefährliche Islamisten eingeleitet bzw. durchgeführt: Anfang April wurde ein tunesischer Staatsangehöriger in seine Heimat abgeschoben, der sich regelmäßig in der salafistischen Szene in Lübeck aufhielt. Bei ihm war eine jihadistische Ausrichtung festgestellt worden. Zudem verfügte er offenbar über enge Kontakte zum IS.

Im Oktober erließ der schleswig-holsteinische Innenminister eine Abschiebeanordnung gegen einen türkischen Staatsangehörigen, der als wesentliches Mitglied der salafistischen Szene in Neumünster ausgemacht werden konnte. Nach den bestehenden Erkenntnissen wird der Mann dem jihadistischen Salafismus zugerechnet und gilt mindestens als Sympathisant des IS. Wegen der Annahme einer von ihm ausgehenden terroristischen Gefahr wurde er am 18. Oktober festgenommen und am 26. Januar 2018 in die Türkei abgeschoben.

---

<sup>10</sup> <https://www.generalbundesanwalt.de/de/showpress.php?searchstring=Abu%20Walaa&newsid=719>; zuletzt eingesehen am 15.02.2018.

### 5.3.3 Strafverfahren gegen islamistische Terroristen in Schleswig-Holstein

In Deutschland und auch in Schleswig-Holstein wurden im Berichtsjahr eine Vielzahl von Verfahren im Zusammenhang mit dem islamistischen Terrorismus geführt, von denen etliche derzeit noch verhandelt werden.

Am 13. Juni begann vor dem Staatsschutzsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg die Hauptverhandlung gegen drei mutmaßliche Mitglieder des IS, die am 13. September 2016 als sog. Boostedter Zelle in Schleswig-Holstein festgenommen wurden (siehe VII 4.1.1.3 im Verfassungsschutzbericht 2016 des Landes Schleswig-Holstein). Am 12. März 2018 wurden die drei Syrer in Hamburg zu mehrjährigen Haftstrafen wegen der Mitgliedschaft in der Terrororganisation IS verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die drei Männer im November 2015 auf Befehl des IS von Syrien nach Deutschland gereist waren, um sich für Anschläge bereitzuhalten. Sie seien „Schläfer“ gewesen und hätten in Deutschland auf Anweisungen des IS warten sollen. Nur einer der Verurteilten hatte kurz vor Ende des Prozesses seine Mitgliedschaft in der Terrormiliz gestanden.

In einem weiteren Verfahren begann die Hauptverhandlung am 16. Oktober vor dem Landgericht Hamburg gegen sechs Angeklagte aus Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein im Zusammenhang mit einer versuchten Ausreise in das IS-Gebiet. Den Männern wird unter anderem die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat vorgeworfen. Fünf der Angeklagten, darunter zwei junge Männer aus Schleswig-Holstein, stehen im Verdacht, am 9. April versucht zu haben, über Bulgarien und die Türkei in das vom IS kontrollierte Gebiet in Syrien und den Irak auszureisen, um sich dort dem IS anzuschließen. Außerdem sollen sie geplant haben, sich im Herrschaftsbereich des IS an Waffen und Sprengstoff ausbilden zu lassen, um anschließend im Namen des IS Gewalttaten auch außerhalb Syriens und des Irak zu begehen. Bei der versuchten Ausreise von Bulgarien in die Türkei wurden sie durch die bulgarischen Behörden festgenommen. Der sechste Angeklagte, ein Minderjähriger aus Hamburg, war kurz zuvor an der österreichisch-ungarischen Grenze in Gewahrsam genommen worden.

Letztlich fanden am 19. September im Kreis Herzogtum-Lauenburg Exekutivmaßnahmen gegen ein mutmaßliches Mitglied der islamistischen Terrororganisationen Jabhat al-Nusra, Ahrar al Sham und des IS statt. Dem im September 2015 als Flüchtling eingereisten 24-Jährigen wird neben der Mitgliedschaft in den oben aufgeführten terroristischen Vereinigungen auch Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz in zwei Fällen vorgeworfen.

Die Sicherheitsbehörden in Schleswig-Holstein sind permanent gefordert, im Verbund mit den nationalen und internationalen Partnern, relevante islamistische Gefährdungssachverhalte aufzuklären, die in den letzten Jahren vermehrt eingegangen sind.

#### 5.3.4 Präventionsnetzwerke in Schleswig-Holstein

Die islamistische Radikalisierung junger Menschen stellt Staat und Gesellschaft vor große Herausforderungen. Vor allem der Salafismus bildet den Nährboden für Extremismus und Gewalt. Um salafistischen Radikalisierungsprozessen vorzubeugen und entgegenzuwirken, begegnet das Land Schleswig-Holstein dieser Herausforderung mit einem Präventionsprogramm. In Schleswig-Holstein wird über das Landesprogramm zur Vorbeugung und Bekämpfung von religiös motiviertem Extremismus die Beratungsstelle PROvention bei einem zivilgesellschaftlichen Träger, der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein (TGS-H), gefördert. Sie ist beauftragt, die Vielfalt der Präventionsarbeit auf unterschiedlichen Ebenen umzusetzen. Im Programmbeirat, der für die strategische Ausrichtung des Landesprogrammes zuständig ist, ist auch der Verfassungsschutz vertreten und er wirkt in diesem Rahmen bei der Programmumsetzung und -ausgestaltung mit. Darüber hinaus ist er bereits seit mehreren Jahren durch verschiedene Maßnahmen im Bereich der Islamismusprävention unterstützend aktiv. Dazu zählen unter anderem Beratungsgespräche, Multiplikatorenschulungen und Vorträge bei verschiedenen staatlichen Stellen.

## 6 Salafistische Bestrebungen in Schleswig-Holstein

### 6.1 PERSONENPOTENZIAL UND SALAFISTISCHE ZENTREN

Die salafistische Szene in Schleswig-Holstein hat weiterhin erheblichen Zulauf. Von 2016 bis zum Berichtsjahr gab es erneut einen Anstieg des salafistischen Personenpotenzials in Schleswig-Holstein von bisher 370 auf nunmehr 500 Personen. Dies stellt einen deutlichen Anstieg um 35 Prozent dar. Das bundesweite Personenpotenzial im Salafismus stieg zeitgleich um 11 Prozent von 9.700 Personen auf 10.800 Personen an.

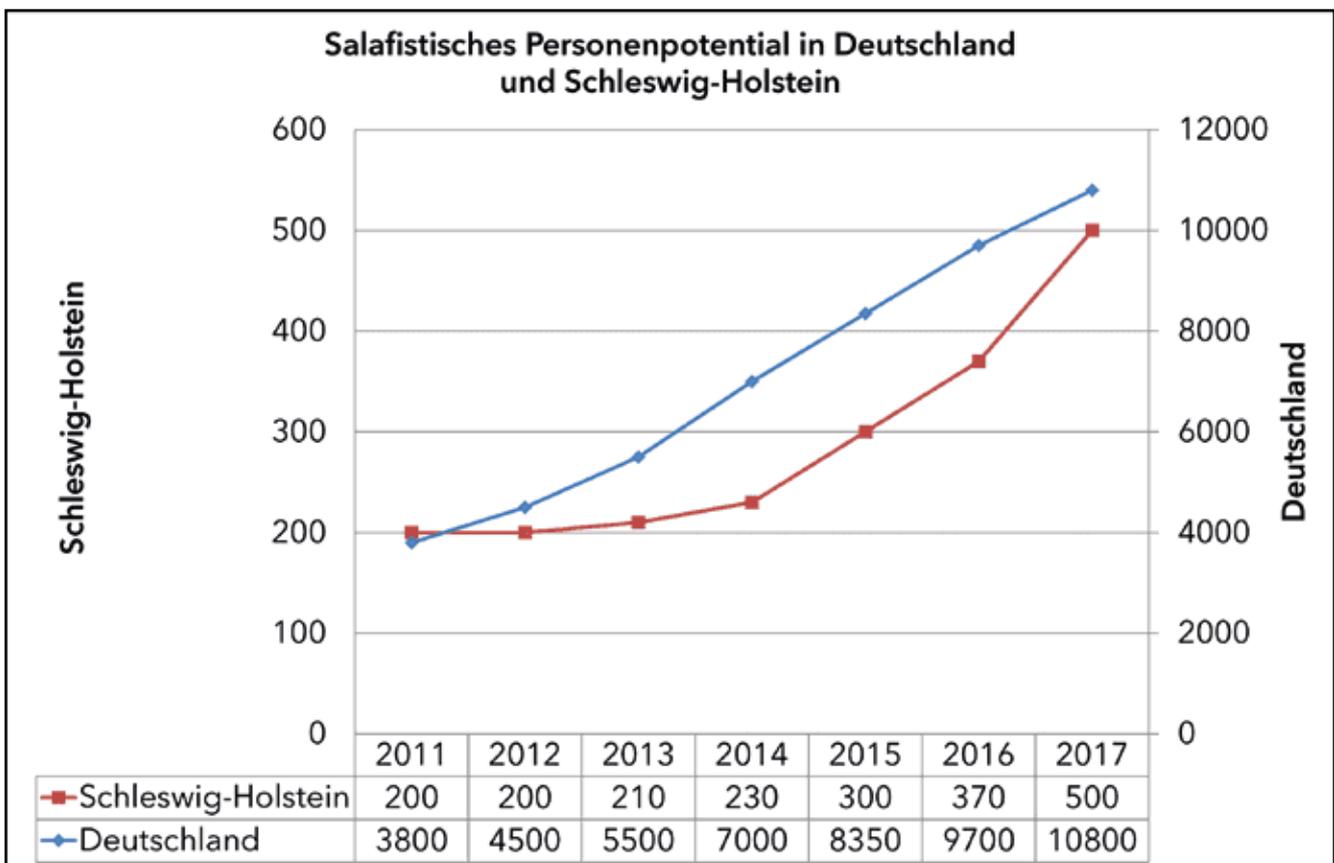


Abbildung 8: Salafistisches Personenpotential in Deutschland und Schleswig-Holstein

Dass das salafistische Personenpotenzial in Schleswig-Holstein weiterhin ansteigt, hat mehrere Ursachen: Zum einen konnten weiterhin Missionierungsaktivitäten der salafistischen Szene festgestellt werden. Zum anderen wurden salafistische Moscheen von zusätzlichen Besuchern, vorwiegend von Flüchtlingen und Migranten, regelmäßig aufgesucht. Darüber hinaus ist ein Anstieg der jihadistisch-salafistischen Verdachtsfälle unter Flüchtlingen zu verzeichnen (siehe II 4.1.2).

### 6.1.1 Salafistische Missionierungsaktivitäten

Die salafistische Szene wirbt weiterhin aktiv um Mitglieder. Insbesondere junge Menschen werden dabei gezielt angesprochen. Hierbei werden besonders die vielfältigen Kommunikationswege über das Internet genutzt, um in jugendgerechter Sprache Jugendliche und junge Erwachsene zu missionieren. Soziale Netzwerke wie Facebook werden intensiv genutzt, um die salafistische Weltanschauung und Propaganda zu verbreiten.

Bis zu dem Verbot der bundesweiten Koranverteilungsaktion des Vereins DWR fanden auch in Schleswig-Holstein im Umfeld salafistischer Moscheevereine Koranverteilaktionen statt (siehe II 5.3.1).<sup>11</sup> Seit dem Verbot wurden keine entsprechenden Aktionen mehr in Schleswig-Holstein bekannt. Sogenannte Straßenmissionierungen wie Flyerverteilungen durch Salafisten fanden allerdings vereinzelt statt. Diese stehen jedoch in keinem erkennbaren organisatorischen oder personellen Zusammenhang mit dem verbotenen Verein DWR. Aktionsformen wie Straßenmissionierungen und Koranverteilungen sind in der Szene immer noch beliebt, da diese Missionierungsform eine einfache Möglichkeit darstellt, ein junges Publikum gezielt anzusprechen und für den Salafismus neue Anhänger durch direkte Kontaktaufnahme anzuwerben.

Daneben betreiben salafistische Moscheevereine in Schleswig-Holstein vielfältige Aktivitäten, um Mitglieder neu anzuwerben oder an den Verein zu binden. In einigen Moscheevereinen wurden auch im Berichtsjahr Islamseminare abgehalten und damit Veranstaltungen angeboten, in denen die salafistische Ideologie vermittelt wird. In vielen Fällen werden diese auf Deutsch und Arabisch abgehalten, um damit ein breiteres Publikum zielgruppengerecht erreichen zu können. Viele dieser Islamseminare werden auch Frauen zugänglich gemacht, oder es werden spezielle Islamunterrichte für Frauen und Kinder angeboten. Vereinzelt reisen Salafisten aus Schleswig-Holstein auch zu Islamseminaren in andere Bundesländer.

Wie im Vorjahr konnten im Berichtsjahr erneut einzelne Einladungen von ausländischen Gastimamen durch Anhänger der hiesigen salafistischen Szene festgestellt werden. Insbesondere eine Kieler Moschee lud ausländische Gastprediger ein, so im Berichtsjahr an den Osterfeiertagen und zu einem Sommerseminar. Bereits im Jahr 2016 hatte die Moschee zu einem Seminar an den Weihnachtsfeiertagen eingeladen. Die angeworbenen Gastprediger kommen hierbei unter anderem aus Kuwait und Saudi-Arabien und verbreiten eine salafistische Islamauslegung. Einige dieser Gastprediger dürften durch finanzkräftige salafistisch beeinflusste Stiftungen aus dem Ausland entsandt oder finanziert worden sein, die damit ihre eigene salafistische Ideologie global verbreiten wollen.

---

11 <https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/meldungen/me-20161115-verbot-dwr-lies>; zuletzt eingesehen am 22.01.2018.

### 6.1.2 Salafistische Tendenzen unter Flüchtlingen

Aufgrund des Rückgangs an neu ankommenden Flüchtlingen haben auch die Aktivitäten der Einflussnahme auf Flüchtlinge im Umfeld von Erstaufnahmeeinrichtungen abgenommen. Allerdings besucht wie im Vorjahreszeitraum ein hoher Anteil an Flüchtlingen salafistische Moscheevereine. Ein Grund hierfür ist, dass in vielen salafistischen Moscheevereinen die Protagonisten einen arabischen Hintergrund haben und die Imame auf Arabisch predigen. Dadurch stellen diese Moscheevereine auch einen ersten Anlaufpunkt für Flüchtlinge aus arabischsprachigen Ländern dar. Ein Grund für die Erhöhung des salafistischen Personenpotenzials liegt unter anderem darin begründet, dass sich ein gewisser Anteil der Flüchtlinge mittlerweile als regelmäßige Besucher salafistischer Moscheen herauskristallisiert hat. Bei diesen ist davon auszugehen, dass sie mit dem Salafismus zumindest sympathisieren und somit dem salafistischen Personenpotenzial zuzurechnen sind.

### 6.1.3 Salafistische Zentren

Die regionalen Schwerpunkte salafistischer Aktivitäten in Schleswig-Holstein bilden nach wie vor die Szenen in den kreisfreien Städten Kiel, Lübeck, Neumünster und des Hamburger Umlands. In Kiel kann weiterhin vor allem eine größere Zahl politisch-salafistischer Aktivisten festgestellt werden. Die zahlenmäßig kleineren Szenen in Neumünster und Lübeck weisen anteilig auch offen gewaltorientierte und vereinzelt jihadistisch-salafistische Bezüge auf. Die jihadistischen Bezüge ergeben sich unter anderem aus den Ausreiseaktivitäten in die Konfliktregionen Syrien und Irak, die im Umfeld einiger Moscheevereine gehäuft auftraten, mittlerweile jedoch nachgelassen haben. Salafisten im Hamburger Randgebiet orientieren sich mit ihren Aktivitäten vornehmlich nach Hamburg zu dortigen Moscheevereinen und weisen derzeit keine eigenen Moscheevereinsstrukturen auf. Auch dort sind zum Teil gewaltaffine Salafisten im Fokus der Sicherheitsbehörden.

Trotz des starken Mitgliederzuwachses haben salafistische Moscheevereine in Schleswig-Holstein mit finanziellen und organisatorischen Problemen zu kämpfen. Teilweise fällt es ihnen schwer, geeignete Moscheeräume zu finden und genügend finanzielle Mittel aufzubringen, um diese dauerhaft zu betreiben. Auch gelingt es ihnen nicht immer geeignete Prediger und Übersetzer für ihre Einrichtungen zu gewinnen.

Die salafistische Szene ist in vielerlei Hinsicht mobil und verfügt über regionale und überregionale Kontakte. Dies zeigt sich im politisch-salafistischen und im gewaltorientierten salafistischen Spektrum gleichermaßen. So fanden gegenseitige Besuche von Angehörigen der jeweiligen Szenen in Kiel, Lübeck und Neumünster statt. Salafisten in Schleswig-Holstein pflegen zudem auch Kontakte in andere Bundesländer, insbesondere nach Bremen oder Hamburg.

## 6.2 RADIKALISIERUNGEN IN DER SALAFISTISCHEN SZENE

Radikalisierung ist ein individueller Prozess, der sich in unterschiedlichen Abstufungen und Geschwindigkeiten vollzieht. Einen wichtigen Einfluss bei vielen Radikalisierungsverläufen hat das persönliche soziale Umfeld wie der Freundes-, Verwandten- und Bekanntenkreis. Gruppendynamische Prozesse führen zu einer verstärkten Hinwendung zum salafistischen Gedankengut, einer zunehmenden Entfremdung von der Mehrheitsgesellschaft und dem Rückzug in die salafistische Gemeinschaft, die durch ihr Gerüst an Normen und Leitlinien scheinbar einfache Regeln und Handlungsanweisungen für das eigene Leben vorgibt. Auch kommt es zur Radikalisierung durch den Kontakt zu Gleichgesinnten, einschlägigen salafistischen Moscheen und Predigern.

Daneben können salafistische Islamseminare, bei denen die eigene Ideologie gefestigt und bestätigt wird, sowie Missionierungsaktivitäten wie beispielsweise Koranverteilungen oder ähnliches radikalierend auf die Teilnehmer wirken. Einen weiteren wesentlichen Faktor in Radikalisierungsprozessen stellt das Internet als Medium salafistischer und jihadistischer Propaganda und als Kommunikationsplattform dar. Mit der Verbreitung der salafistischen Ideologie im Internet lässt sich zielgruppengerecht Propaganda – insbesondere für junge Menschen oder Konvertiten – verbreiten. Oft wird hierbei das Gefühl erzeugt, Teil einer globalen Gemeinschaft von Gleichgesinnten zu sein, wodurch die salafistische Ideologie noch stärker verinnerlicht wird. Eine besonders gefährdete Gruppe in Radikalisierungsprozessen stellen Minderjährige dar. Diese Gruppe ist über das Internet besonders leicht zu erreichen und befindet sich oft in einer Lebensphase der Orientierungslosigkeit, der Sinnsuche und des Auflehns und ist damit ein ideal beeinflussbares Zielobjekt salafistischer Propaganda. Der Salafismus ist insoweit immer auch Ausdruck einer jugendlichen Protestkultur und zieht viele junge Menschen in seinen Bann.

### **Radikalisierung von Frauen**

Im Berichtsjahr hat sich zunehmend gezeigt, dass auch weibliche Anhänger des Salafismus entsprechende Netzwerke in der Szene aufgebaut haben. Diese Frauennetzwerke verbreiten dabei nicht nur salafistische Propaganda im Internet, sondern rekrutieren auch zunehmend Anhängerinnen für den IS. In einigen Fällen werden auch die Kinder bereits salafistisch oder jihadistisch indoktriniert und im Sinne dieser Ideologie sozialisiert. Dass auch bei Frauen eine Gefahr der Radikalisierung bis hin zur Begehung jihadistischer Anschläge besteht, zeigt die Messerattacke einer Minderjährigen in Hannover im Februar 2016 auf einen Bundespolizisten.

Darüber hinaus können islamistische Frauen, die aus früheren IS-Gebieten zurückkehren, eine weitere Gefahr darstellen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit sind sie stark radikalisiert und identifizieren sich mit der IS-Ideologie. Den deutschen Sicherheitsbehörden liegen Erkenntnisse vor, dass Frauen im IS-Gebiet zum Teil sowohl polizeiliche als auch militärische

Aufgaben wahrgenommen haben. Derzeit sitzen im ehemaligen IS-Gebiet im Irak auch Frauen aus Deutschland aufgrund ihrer Bezüge zum IS im Gefängnis, darunter befinden sich auch Minderjährige. Die Gefahr besteht somit auch durch heimkehrende Frauen und Kindern aus den IS-Gebieten (siehe II 4.2.3).

## 7 Mitglieder und Anhängerzahlen

<b>Islamismuspotenzial 2013 bis 2017</b>					
	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
<b>Salafismus</b>	210	230	300	370	500
<b>Sonstige Gruppierungen</b>	550	130	70	70	50
<b>Summe Land</b>	760	360	370	440	550

Abbildung 9: Entwicklung der Mitglieder und Anhängerzahlen islamistischer Organisationen in Schleswig-Holstein 2013 bis 2017.<sup>12</sup>

<sup>12</sup> Anmerkung: Im Jahr 2014 erfolgte eine Neubewertung des Beobachtungsobjektes der Milli-Görüş-Bewegung. In diesem Zuge waren nicht mehr alle Gliederungen der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş e.V. (IGMG) als verfassungsfeindlich anzusehen. Dies führte zu einer deutlichen Reduzierung des islamistischen Personenpotenzials um 400.

### III Rechtsextremistische Bestrebungen

#### 1 Überblick

Das rechtsextremistische Personenpotenzial belief sich im Berichtsjahr auf 1.300 Personen und verringerte sich damit um rund vier Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Es liegt nunmehr wieder auf dem Niveau von 2015.

Ein wesentlicher Grund war eine nachlassende Anti-Asyl-Agitation. Parallel zur abnehmenden Flüchtlingszahl stellten Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein jegliches Demonstrations- und Kampagnengeschehen in diesem Kontext ein. Zudem gingen die Fallzahlen der politisch motivierten Kriminalität rechts (PMK-rechts) deutlich zurück. In diesem Bereich registrierte die Polizei für das Berichtsjahr insgesamt 637 Straftaten und damit 148 Taten weniger als 2016. Darunter waren 47 Gewaltdelikte, 19 weniger als 2016.

Dennoch bleibt Gewalt nach wie vor ein immanenter Bestandteil der rechtsextremistischen Szene. Bundesweit sind über die Hälfte aller Rechtsextremisten als gewaltorientiert eingestuft.<sup>13</sup> Auch wenn sich rechtsextremistische Agitationsweisen wandeln, bleiben ihre Aktionsfelder gleich und richten sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Schon seit geraumer Zeit nutzen Rechtsextremisten vorrangig das Internet und etliche der dortigen sozialen Netzwerke, um ihre Hassbotschaften zu verbreiten. Nicht selten wird in diesem Kontext zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen ermutigt oder gar aufgerufen. Immer öfter bereiten Rechtsextremisten ihre Aktionen, Veranstaltungen und Kampagnen auch medial auf und verwenden dabei häufig popkulturelle Elemente. Um gerade auch die jüngere Generation ansprechen zu können, mussten sie einen Imagewechsel weg vom Hitler-Kult und simpler Orientierung am NSDAP-Parteiprogramm hin zu einer „hippen“ Erlebniswelt vollziehen.

#### Parteigebundener Rechtsextremismus

Der parteigebundene Rechtsextremismus befindet sich weiterhin im politischen Sinkflug. Zur Landtagswahl am 7. Mai trat die NPD nicht an. Mehrere NPD-Kreisverbände wurden im Laufe des Jahres zusammengelegt, vermutlich um trotz rückläufiger Mitgliederzahl überhaupt eine weitere Funktionsfähigkeit zu gewährleisten. Mit erheblicher Anstrengung und Unterstützung aus anderen Bundesländern gelang es der NPD in Schleswig-Holstein aber, die für die Zulassung zur Bundestagswahl erforderlichen 2.000 Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Diese Bemühungen zahlten sich aber nicht aus. Bei der Bundestagswahl am 24. September erzielte die NPD in Schleswig-Holstein nur 0,2 Prozent (4.224 Stimmen absolut) und lag damit noch deutlich unter dem bundesweiten Resultat von 0,4 Prozent.

---

<sup>13</sup> Vgl. Bundesministerium des Inneren: Verfassungsschutzbericht 2016, S. 40.

Der NPD-Wahlkampf beschränkte sich auf das Anbringen einiger weniger Wahlplakate und das Abhalten von sechs kurzen Kundgebungen Anfang September. Zur Kommunalwahl 2018 wird die NPD vermutlich ihre Anstrengungen darauf richten, ihr einziges kommunales Mandat in der Ratsversammlung der Stadt Neumünster zu behaupten (siehe III 3.1).

Andere rechtsextremistische Parteien wie Die Rechte oder Der III. Weg spielen in Schleswig-Holstein weiterhin keine Rolle.

### **Identitäre Bewegung**

Die Entwicklung im Rechtsextremismus wird in Schleswig-Holstein aktuell durch Strömungen der Neuen Rechten, insbesondere durch die IB, geprägt. Sie ist innerhalb kürzester Zeit zu einer festen Größe im strukturierten Rechtsextremismus geworden und hat an Bedeutung deutlich zugenommen. Kennzeichnend für die IB sind eine intensive und professionelle Vernetzung ihrer Strukturen, eine überregionale Mobilisierungsfähigkeit der Aktivisten und die Durchführung verschiedenster öffentlichkeitswirksamer Aktionen samt anschließender Aufbereitung im Internet. Mit ihren Aktionen will die IB einen argumentativen Diskurs in der Öffentlichkeit erreichen. Darüber hinaus erhofft sie sich, auf diese Weise weitere Unterstützer und Mitglieder zu gewinnen.

Die Protagonisten der IB sind bundesweit eng vernetzt. Zu diesem Netzwerk gehören auch Führungsaktivisten aus Schleswig-Holstein. Diese straffe professionelle Organisation birgt zusammen mit der verfassungsfeindlichen Ideologie ein nicht zu unterschätzendes Gefährdungspotenzial (siehe III 3.2).

### **Neonazismus**

Klassisch-neonazistische Personenzusammenhänge mit einer hohen Aktionsorientierung sind kaum noch wahrzunehmen. Ausnahmen sind der Raum Kiel und das südliche Schleswig-Holstein. Gleichwohl bestehen nach wie vor Verbindungen zu aktionsorientierten Gruppierungen in die angrenzenden Bundesländer Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Es gibt immer wieder Versuche Einzelner, sich als Protagonisten zu etablieren, denn nach wie vor gilt: Fehlt es an Führungsfiguren, so tritt das bekannte Personenpotenzial kaum in Erscheinung und wendet sich mitunter anderen rechtsextremistischen Strömungen zu.

Dennoch ist die neonazistische Szene in der Lage, insbesondere zu regelmäßig stattfindenden Terminen zu mobilisieren und Aktionen zu initiieren. Beispiele hierfür sind die bundesweite Aktion Schwarze Kreuze Deutschland, mit der deutschen Opfern von Ausländergewalt gedacht werden soll und das so genannte Heldengedenken, der geschichtsrevisionistisch umgedeutete Volkstrauertag (siehe III 3.4).

Solche neonazistischen Gedenkveranstaltungen erreichen aber die Bevölkerung in der Regel kaum. In diesem Berichtsjahr gab es hiervon allerdings eine Ausnahme. Nachdem die Bürgermeisterin der Gemeinde Seth im Kreis Segeberg am Volkstrauertag (19. November) auf ein von Rechtsextremisten organisiertes Heldengedenken am örtlichen Ehrenmal aufmerksam wurde, informierte sie die Polizei, welche die Personalien der Teilnehmer feststellte und Platzverweise aussprach. Sieben Tage später verteilten Rechtsextremisten in Seth ein Flugblatt mit dem Titel „Wichtige Bürgerinformation“. Darin waren die Kontaktdaten der Bürgermeisterin veröffentlicht, verbunden mit dem Aufruf, ihr „die Meinung [zu] sagen“<sup>14</sup>. Als presserechtlich Verantwortlicher zeichnete Mark Proch, NPD-Ratsherr aus Neumünster. Zusätzlich benannt wurden folgende Infoadressen: info@npd-mittelholstein.de und provg@gmx.de, dem Projekt Volksgemeinschaft (provg), einer neonazistischen Gruppierung aus Eutin.

Die Veröffentlichung von Adressen und Aufforderungen zur Kontaktaufnahme mit Kommunalpolitikern, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, sind ein häufig wiederkehrendes Element rechtsextremistischer Agitation. Rechtsextremisten bauen damit eine Drohkulisse auf, die einschüchtern und verängstigen soll. Seth stellt keinen Brennpunkt der rechtsextremistischen Szene dar, dennoch geriet die Bürgermeisterin durch ihr Einschreiten unmittelbar in den Fokus rechtsextremistischer Propaganda. Die Aktion dürfte darauf abgezielt haben, auch Rechtspopulisten und sogenannte Wutbürger zu animieren, sich an die Bürgermeisterin zu wenden.

Auch ein Fall aus der Vorweihnachtszeit in Elmshorn wies rechtsextremistische Agitation auf, die sich konkret gegen einen Kommunalpolitiker richtete. Auslöser war das Werbeplakat des dortigen Lichtermarktes, eines klassischen Weihnachtsmarktes. Rechtsextremisten aber auch Populisten kritisierten die Umbenennung des Weihnachtsmarktes in „Lichtermarkt“ als Abwendung von der eigenen Kultur und das Leugnen der eigenen Identität und Tradition. Es folgten Hetze und zahlreiche Hasskommentare im Internet, in der Folge erhielt der Bürgermeister sogar Morddrohungen.

Die Gefahr, dass es tatsächlich zu Übergriffen kommt, ist dabei nicht zu unterschätzen. Erst Ende November wurde der Bürgermeister von Altena (Nordrhein-Westfalen) wegen seiner humanitären Flüchtlingspolitik zum Opfer eines politisch motivierten Messerangriffs. Bereits 2015 wurde die damalige Kandidatin und heutige Oberbürgermeisterin der Stadt Köln während eines öffentlichen Wahlkampftermins wegen ihrer Flüchtlingspolitik angegriffen.

In Schleswig-Holstein hat vor dem Hintergrund erheblich gesunkener Flüchtlingszahlen die Intensität der Anti-Asyl-Agitation abgenommen. Das entsprechende Demonstrations- und Kampagnenaufkommen ist zum Erliegen gekommen. Auch bundesweit ist ein deutlich ge-

---

14 [http://www.npd-sh.de/pdf/3\\_seth.pdf](http://www.npd-sh.de/pdf/3_seth.pdf) zuletzt; eingesehen 12.02.2018.

sunkenes Niveau von Anti-Asyl-Demonstrationen festzustellen. Anti-Asyl-Agitation findet hier hauptsächlich in den sozialen Netzwerken im Internet durch so genannte Hasspostings Ausdruck. Dabei besteht weiterhin die Gefahr sich selbst radikalisierender Rechtsextremisten. Bei im Berichtsjahr in Schleswig-Holstein begangenen Straftaten gegen Asylunterkünfte konnte nicht belegt werden, dass die Taten durch rechtsextremistische Personen oder Organisationen geplant, koordiniert oder gesteuert wurden.

### **Subkultureller Rechtsextremismus**

Die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene hat im Berichtsjahr mit der Ausrichtung verschiedener Musikveranstaltungen wieder zu einem ihrer bisherigen Agitationsfelder zurückgefunden. Mit gut doppelt so vielen Events und zum Teil einer Teilnehmerzahl von über 100 Personen ist in Schleswig-Holstein ein deutlicher Aufwärtstrend zu erkennen, der sich auch bundesweit bestätigt (siehe III 3.3). Um größere Konzertveranstaltungen auszurichten, ist die regionale Szene jedoch logistisch und organisatorisch zu schwach. Professionelle und weltweite Strukturen gab es für die rechtsextremistische Musikszene unter dem Blood & Honour-Netzwerk, das im Jahr 2000 in Deutschland verboten wurde. Blood & Honour organisierte und koordinierte rechtsextremistische Musikgruppen und Veranstaltungen mit entsprechendem Merchandising, um so neues Personenpotenzial zu rekrutieren und rechtsextremistische Ideologien zu verbreiten.

## **2 Wesensmerkmale des Rechtsextremismus**

Rechtsextremismus zeichnet sich durch Ausgrenzung und Abwertung als Folge einer elitären Wertung „der eigenen Rasse“ und „des eigenen Volkes“<sup>15</sup> aus. Auf diesen Ideologieelementen basiert auch der Gedanke der „Volksgemeinschaft“<sup>16</sup>, bei dem Staat und Volk eine Einheit bilden. Das Individuum, sofern es aus Sicht der Rechtsextremisten überhaupt nach biologisch-ethnischer Abstammung zur Volksgemeinschaft dazu gehört, muss sich zwangsläufig dem Wohle des Volkes unterordnen. Eine pluralistische Gesellschaft ist damit ausgehebelt und dem Führerprinzip der Weg geebnet. Die staatliche Führung handelt intuitiv nach dem vermeintlich übereinstimmenden Willen des Volkes. Das Mehrparteienprinzip und damit auch das Recht auf Ausübung einer parlamentarischen Opposition sind damit hinfällig.

Neben dem antidemokratischen Verständnis und der aus der Wertung des Menschen resultierenden Fremdenfeindlichkeit und dem Rassismus gehören auch Geschichtsrevisonismus (das heißt: eine ideologisch motivierte Umdeutung historischer Fakten) und Antisemitismus zur rechtsextremistischen Weltanschauung. Unter letzterem versteht man eine

---

15 Jeweils Sprachgebrauch innerhalb der rechtsextremistischen Szene.

16 Sprachgebrauch innerhalb der rechtsextremistischen Szene.

Feindschaft gegenüber Juden aufgrund religiöser, rassistischer und politischer Ressentiments. Antisemitismus lässt sich seit mehr als 2.000 Jahren geschichtlich nachweisen und findet sich auch in anderen extremistischen Phänomenbereichen.

Rechtsextremismus richtet sich mit seinen vielschichtigen ideologischen Prägungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

### **3 Organisationen und Gruppierungen des rechtsextremistischen Spektrums**

#### **3.1 NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**

Die NPD ist die bedeutendste und mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei in Deutschland. Sie wurde 1964 gegründet und hat ihren Sitz in Berlin. Im Berichtsjahr gehörten ihr 4.800 Mitglieder an. Seit November 2014 ist der Saarländer Frank Franz Bundesvorsitzender der Partei. Die NPD vertritt nach den Feststellungen des Bundesverfassungsgerichtes „ein auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept und will die bestehende Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten „Volksgemeinschaft“ ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen. Ihr politisches Konzept missachtet die Menschenwürde und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar.“<sup>17</sup> Mit geschichtsrevisionistischen Äußerungen unterstreicht die NPD darüber hinaus ihre grundsätzlich bejahende Haltung gegenüber dem Regime der NS-Zeit. Einmal monatlich gibt die NPD die Zeitschrift Deutsche Stimme heraus. Zudem betreibt sie das Internet-TV-Projekt DS-TV.

Die NPD unterhält die 1969 gegründete Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN).<sup>18</sup>

In Schleswig-Holstein ist Ingo Stawitz Vorsitzender des NPD-Landesverbandes. Die Mitgliederzahl stagniert und lag im Berichtsjahr bei 120 Personen. Dreimal im Jahr erscheint die Zeitschrift des NPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein-Stimme (SH-Stimme), die der NPD als regionales Sprachrohr dient. Inhaltlich ist die SH-Stimme fast vollständig aus Beiträgen zusammengesetzt, die von den Internetseiten des Landesverbandes oder der Kreisverbände übernommen werden.

---

17 Bundesverfassungsgericht, Pressemitteilung Nr. 4/2017 vom 17. Januar 2017, Urteil vom 17. Januar 2017 - 2 BvB 1/13.

18 Junge Nationaldemokraten haben sich am 13.01.2018 in Junge Nationalisten umbenannt, s. a. <http://aktion-widerstand.de/?p=13439>; zuletzt eingesehen 19.01.2018.

### 3.1.1 Bundesverband

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 17. Januar den Antrag des Bundesrats auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit und Auflösung der NPD und ihrer Unterorganisationen einstimmig als unbegründet zurückgewiesen, weil es insbesondere „an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht“<sup>20</sup> fehle, die eine „Durchsetzung der von ihr [Anmerkung: der NPD] verfolgten verfassungsfeindlichen Ziele möglich erscheinen“<sup>19</sup> ließen.

Die NPD holte am 11./12. März ihren durch das Verbotsverfahren verschobenen Bundesparteitag nach, der unter dem Motto „Ja zum deutschen Volk!“<sup>20</sup> in Saarbrücken stattfand. Bei der Wahl für den Parteivorsitz traten der amtierende und der durch den erfolgreichen Ausgang des Verbotsverfahrens gestärkte Parteivorsitzende Frank Franz sowie der erst kurz zuvor zum thüringischen NPD-Landesvorsitzenden gewählte Neonazi Thorsten Heise an. In einer Kampfabstimmung setzte sich Franz mit rund 60 Prozent der Stimmen gegen seinen Herausforderer durch. Heise wurde im Anschluss zu einem der drei Stellvertreter gewählt.

Der Parteitag machte deutlich, dass die NPD nach dem Parteiverbotsverfahren gewillt ist, ihr rechtsextremistisches Profil wieder deutlich zu schärfen. Bereits die Wahl des Neonazis Heise als Vertreter des völkisch geprägten Flügels zum Stellvertreter und sein damit verbundenes zukünftiges Wirken im Parteivorstand dokumentierten die anhaltende Bedeutung der völkisch-nationalistischen Ideologie innerhalb der NPD und zugleich eine tendenzielle Radikalisierung der NPD, da Heise die NPD als konsequente Weltanschauungspartei ausrichten will, im Gegensatz zu einer vorwiegend auf die Teilnahme an Wahlen ausgerichteten Partei. Dies belegten auch die auf dem Parteitag gehaltenen Reden von Heise und Franz. So äußerte Heise in seiner Bewerbungsrede für den Parteivorsitz unter anderem, dass es wieder Aufgabe der JN sein müsse, „die Jugend ab acht Jahren zu vereinnahmen und wieder rauszuführen in die Landschaft“<sup>21</sup> und Jugendliche ab 16 Jahren zum „Führernachwuchs“<sup>22</sup> auszubilden. Franz gab wiederum zu verstehen, dass es normal werden müsse, Geld in Bildung und Ausbildung der deutschen Kinder zu investieren, „statt jedes Jahr zwanzig oder dreißig Milliarden Euro in Asylbetrüger und Schmarotzer“<sup>23</sup> zu stecken. Als Fazit des Parteitages ließ die NPD auf ihrer Internetseite verlauten:

„Nach diesem Parteitag geht die NPD als einzige Partei, die sich zum deutschen Volk bekennt und dabei am Abstammungsprinzip festhalten wird, mit neuer

---

19 Ebd.

20 <https://npd.de/ja-zu-deutschland-ja-zum-deutschen-volk>; zuletzt eingesehen 10.01.2018.

21 <https://www.youtube.com/watch?v=5kK0xGKy2d0f>; zuletzt eingesehen 10.01.2018.

22 <https://www.youtube.com/watch?v=5kK0xGKy2d0f>; zuletzt eingesehen 10.01.2018.

23 <https://www.youtube.com/watch?v=-DP0a64ON-E>; zuletzt eingesehen 10.01.2018.

Geschlossenheit und politisch-inhaltlich geschärft in den Vorwahlkampf für die Bundestagswahl.“<sup>24</sup>

Für die Bundestagswahl am 24. September musste die NPD durch den Verlust ihrer letzten Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern 2016 erstmals seit 2002 wieder Unterstützungsunterschriften für einen bundesweiten Antritt sammeln, was ihr durch die Mobilisierung sämtlicher finanzieller und personeller Mittel auch gelang. Auf ihrer Internetseite kommentierte die NPD:

„Grandioser Endspurt: NPD tritt flächendeckend zur Bundestagswahl an (...) Mit einem kaum noch für möglich gehaltenen Kraftakt konnte heute noch das letzte Bundesland Vollzug melden, denn auch in Schleswig-Holstein werden die Nationaldemokraten am 24. September auf dem Stimmzettel stehen.“<sup>25</sup>

Das desaströse Ergebnis von gerade einmal 0,4 Prozent der Zweitstimmen war daher für die NPD umso enttäuschender und markierte den vorläufigen Tiefpunkt einer langen Niederlagenserie. Besonders beeinträchtigend für die Partei sind neben einer beinahe unausweichlichen bzw. voranschreitenden Demotivation der Mitglieder, die trotz äußerster Anstrengung mit ihren Bemühungen im Wahlkampf gescheitert waren, die finanziellen Auswirkungen: Durch das Unterschreiten der 0,5 Prozent-Grenze verringerten sich ihre Ansprüche auf finanzielle Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung in erheblichem Maße. Nach den miserablen Wahlergebnissen ist zu vermuten, dass es zukünftig wieder verstärkt Auseinandersetzungen über die inhaltliche wie personelle Ausrichtung geben wird.

Im Zentrum der NPD-Propaganda stand auch in diesem Berichtsjahr die Anti-Asyl-Agitation. Dabei versuchte die Partei wie üblich, einen vermeintlich sicheren kausalen Zusammenhang zwischen der Aufnahme von Flüchtlingen und dem Anstieg von Straftaten und Terroranschlägen herzustellen:

„Massenzuwanderung führt unweigerlich zu massiver Kriminalität und Terrorgefahr!“<sup>26</sup>

„Denn nach der Flutung Deutschlands mit größtenteils nicht registrierten Asylschmarotzern – mindestens 500.000 sind bisher nicht erfasst – und den Gewaltexzessen in mannigfaltiger Form sind zumindest im Wahlkampf die „Refugees

---

24 Ebd.

25 <https://npd.de/grandioser-endspurt-mpd-tritt-flaechendeckend-zur-bundestagswahl-an/>; zuletzt eingesehen 10.01.2018.

26 <https://npd.de/trumps-einreisedekret-hat-vorbildcharakter-fuer-deutschland-und-europa/>; zuletzt eingesehen 10.01.2018.

Welcome“-Zeiten vorbei und man versucht somit die Flüchtlingsschwemme vor den Toren Europas aufzuhalten.“<sup>27</sup>

Für „unzählige gelangweilte und frustrierte Ausländer (...), die Frauen belästigen und durch anderweitige Straftaten den öffentlichen Frieden gefährden“<sup>28</sup> sah die NPD vor, dass

„(...) diese Ausländer ohne legalen Aufenthaltsstatus zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden, so lange sie nicht abgeschoben werden können. (...) Der Einsatz in sensiblen Bereichen wie Kindertagesstätten, Schulen oder Schwimmbädern muss allerdings ausgeschlossen werden. Positiver Nebeneffekt für die „traumatisierten“ Asylanten wäre der Umstand, dass sinnstiftende Arbeit bekanntlich den Kopf freimacht (...).“<sup>29</sup>

Die Formulierung, „dass sinnstiftende Arbeit bekanntlich den Kopf freimacht“ ist nicht zufällig gewählt und spielt offenbar auf den Ausdruck „Arbeit macht frei“ an, der durch seine Verwendung als Torauschrift an nationalsozialistischen Konzentrationslagern bekannt wurde.

Das Asylthema wurde auch als Vehikel für eine pauschale Abrechnung mit der „volksfeindliche(n) Politik der Blockparteien CDU/SPD/Linke/Grüne“<sup>30</sup> genutzt. Als Hauptschuldige für die Probleme im Zuge des Flüchtlingszuzugs machte die NPD erneut Bundeskanzlerin Angela Merkel aus. So kommentierte der NPD-Euroabgeordnete Udo Voigt die Verleihung der Ehrendoktorwürde an Angela Merkel für ihre Verdienste bei der Bewältigung der Flüchtlingsthematik mit den Worten:

„Daß hier in Brüssel Angehörige europäischer Völker ihren eigenen Untergang feiern ist grotesk. Durch Merkels Willkommenspolitik hat die Invasion fremder Völker und Rassen auf Europa begonnen. Das christliche Abendland wird so einer multikulturellen Muslimherrschaft weichen. Frau Merkel hat sich eher das Recht auf Verleihung einer solchen `Würde` in schwarzafrikanischen oder türkischen Universitäten verdient.“<sup>31</sup>

Die Zukunftsperspektive für die NPD sieht weiterhin schlecht aus. Durch die Konkurrenz zur AfD läuft sie zusehends Gefahr, endgültig in der politischen Bedeutungslosigkeit zu versinken. Darüber hinaus schwebt das nächste finanzielle Damoklesschwert bereits über ihr: Am 2. Februar 2018 stellte der Bundestrat einen Antrag auf Ausschluss einer verfassungsfeindlichen Partei von der staatlichen Teilfinanzierung gemäß Artikel 21 Abs. 3 GG mit dem

---

27 <https://npd.de/der-sultan-von-deutschland/>; zuletzt eingesehen 10.01.2018.

28 <https://npd.de/gemeinnuetzige-arbeit-macht-den-kopf-frei/>; zuletzt eingesehen 10.01.2018.

29 Ebd.

30 [http://www.npd-mv.de/?page\\_id=17074](http://www.npd-mv.de/?page_id=17074); zuletzt eingesehen 10.01.2018.

31 <https://npd.de/kein-doktorat-fuer-verrat-anti-merkel-demo-in-bruessel/>; zuletzt eingesehen 10.01.2018.

Ziel, der NPD, der vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 17. Januar Verfassungsfeindlichkeit attestiert wurde, zukünftig staatliche Mittel im Rahmen der staatlichen Parteienfinanzierung zu entziehen. Sollte das Bundesverfassungsgericht diesem Antrag stattgeben, würde sich die finanzielle Situation der NPD weiter dramatisch zuspitzen und ihre Existenz wäre akut gefährdet.

### 3.1.2 NPD-Landesverband Schleswig-Holstein

Die Aktionsfähigkeit des NPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein war auch in diesem Berichtsjahr eingeschränkt, obwohl der Landesvorsitzende Ingo Stawitz direkt nach Abschluss des NPD-Verbotsverfahrens am 18. Januar nach einem Bericht der Kieler Nachrichten noch ankündigt hatte: „Wir werden uns neu sammeln und politisch in die Offensive gehen.“<sup>32</sup>

Der weitere Verlauf des Jahres sollte aber zeigen, dass es sich bei Stawitz kämpferischen Worten lediglich um Lippenbekenntnisse handelte. Zur Landtagswahl am 7. Mai trat die NPD aufgrund von finanziellen und personellen Defiziten gar nicht erst an und auch ihre Teilnahme am Bundestagswahlkampf war zunächst nicht gesichert: Nachdem die NPD den Wiedereinzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern im September 2016 verpasste und somit in keinem Landesparlament mehr vertreten war, musste sie bei der Landeswahlleitung 2.000 Unterstützerunterschriften einreichen, um bei der Bundestagswahl in Schleswig-Holstein antreten zu dürfen. Dies gelang ihr kurz vor Fristende nur noch durch die werbende Unterstützung von Aktivisten aus anderen Bundesländern.

Die Grenzen der Aktionsfähigkeit des NPD-Landesverbandes machten sich auch im Wahlkampf bemerkbar, der in der Öffentlichkeit so gut wie nicht wahrnehmbar war. Eine Ausnahme bildeten die Anfang September mit Unterstützung des NPD-Bundesparteivorsitzenden Frank Franz durchgeführten kleineren Kundgebungen in verschiedenen Orten Schleswig-Holsteins, die dort allerdings auch auf keinerlei Resonanz stießen. Das Fazit der NPD fiel dennoch positiv aus:

„Bis auf einige wenige verwirrte Gutmenschen gab es kaum Proteste gegen die Wahlkampfauftritte der NPD und so konnten sich die Wähler ungestört ein eigenes Bild von den Nationaldemokraten machen und sich dabei über die politischen Forderungen einer wirklichen Oppositionspartei informieren. Sicherlich ist dabei einigen klar geworden, daß die NPD die einzige Alternative zu den herrschenden Systemparteien darstellt.“<sup>33</sup>

---

32 Kieler Nachrichten vom 18.01.2017, Seite 12.

33 <http://www.npd-sh.de/2016/424.texte.php>; zuletzt eingesehen am 10.01.2018.

Außerhalb des Wahlkampfes waren so gut wie keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der NPD zu verzeichnen. Im November führten Aktivisten der NPD und freie Nationalisten allerdings eine sogenannte Heldengedenkveranstaltung in Seth (Kreis Segeberg) durch, die in der Öffentlichkeit auch thematisiert wurde (siehe III 3.4).

Der regionale Schwerpunkt der NPD-Aktivitäten lag im Berichtsjahr in der Region Neumünster. Das ist hauptsächlich auf das Engagement von Mark Proch, NPD-Ratsherr aus Neumünster, zurückzuführen. Dementsprechend werden sich die Aktivitäten der NPD bei der Kommunalwahl im Mai 2018 auf die Wiederwahl Prochs konzentrieren. Die Erfolgsaussichten der NPD dürften allerdings auch auf Grund der Konkurrenz zur AfD nicht allzu groß sein.

Die organisatorische und personelle Schwäche der NPD hatte auch direkte Auswirkungen auf ihre eigenen Strukturen. Nachdem bereits 2016 die Kreisverbände Kiel-Plön und Segeberg-Neumünster zum Kreisverband Mittelholstein zusammengelegt worden waren, fusionierten im Berichtsjahr auch die Kreisverbände Lübeck-Ostholstein und Lauenburg-Stormarn zum neuen Kreisverband Südost-Holstein. Zusammen mit den Kreisverbänden Westküste und Nordfriesland gibt es mittlerweile nur noch vier Kreisverbände der NPD in Schleswig-Holstein. Die Mitgliederzahl stagniert weiterhin auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau von rund 120 Personen.

Die NPD in Schleswig-Holstein setzte thematisch auch in diesem Jahr wieder auf die Anti-Asyl-Agitation. Insbesondere auf den Facebookseiten der NPD gab es zahlreiche Kommentierungen mit diffamierenden Bemerkungen gegenüber Flüchtlingen, aber auch gegenüber denjenigen, die aus Sicht der NPD für diese Flüchtlingssituation verantwortlich sind:

„Nicht viel mehr als zwei Jahre hat es gedauert, bis sie es bemerkt haben: Die Wirtschaftsflüchtlinge aus Vorderasien, die von unserer ehemaligen FDJ-Tippse scharenweise in unsere Heimat geholt wurden - sind gar keine Facharbeiter.“<sup>34</sup>

„So sieht also die gelebte Integration, die dringend benötigte Fachkraft, die kulturelle Bereicherung unseres Landes aus ? Wird Zeit, das man diesen ganzen kriminellen Abschaum endlich in die Löcher zurück schickt, aus denen er hervor gekrochen ist. Und natürlich mussten solche Gestalten aus Ihren Ländern fliehen. Vermutlich weil Sie als kriminelle in Ihren Ländern auch vor den dortigen Behörden flüchten mussten. Unglaublich, was sich Dank einer Merkel und Ihrer

---

34 <https://www.facebook.com/NpdLauenburgStormarn/posts/1177909832308513>; zuletzt eingesehen am 10.01.2018.

kriechenden Entourage in unserem Land aufhält und mit Deutschen Steuergeldern durchgefüttert wird!“<sup>35</sup>

Daneben beschäftigte sich die NPD auch mit sozialen Themen und inszenierte sich als sozial engagierter Akteur vor Ort, wie zum Beispiel in Neumünster: „NPD wirkt - Obdachlosenunterkunft wurde umfassend renoviert!“<sup>36</sup> Die NPD hatte Ihren Aussagen zufolge die Obdachlosenunterkunft besucht, um „(...) sich ein eigenes Bild von den Zuständen vor Ort zumachen. Die baulichen Mängel waren erschreckend.“<sup>37</sup> Nachdem Renovierungsarbeiten in der Unterkunft stattfanden, stellte die NPD dies so dar, als habe sie den Anstoß für die Arbeiten gegeben.

Das Verbotsverfahren ist vor dem Bundesverfassungsgericht zwar gescheitert, die Prognose für die weitere Entwicklung der NPD fällt dennoch schlecht aus. Sollten die Ergebnisse der NPD bei den anstehenden Kommunalwahlen ebenfalls desolat sein, dürfte dies zu einer weiteren Demotivation und Resignation der Mitglieder führen und den Erosionsprozess der NPD weiter beschleunigen.

### 3.1.3 Junge Nationaldemokraten Hamburg-Nordland

Die 2015 von Mitgliedern der NPD-Landesverbände Hamburg und Schleswig-Holstein gegründete Regionalgruppe JN Hamburg-Nordland setzte auch in diesem Berichtsjahr ihre rechtsextremistischen Aktivitäten auf niedrigem Niveau fort: Am 8. März nahmen Aktivisten der JN Hamburg-Nordland an der so genannten „Merkel muß weg! Schulz muß weg!“-Demonstration<sup>38</sup> in Berlin teil, und am 3. Oktober veranstalteten die JN Hamburg-Nordland wie in den Vorjahren eine „Grenzwanderung“<sup>39</sup> im Herzogtum Lauenburg an der Ländergrenze zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern; dazu veröffentlichte sie auf ihrer Facebookseite:

„Zur Andacht und dem Vergessen entgegen zu wirken, kamen knapp 20 Teilnehmer zur jährlichen Grenzwanderung zusammen. (...) Hier zeigte sich wieder der kommunistische Sozialstaat nur so sozialistisch ist wie es der Kriegstreiber aus Moskau befahl. Kein Vergessen der Mauermörder!“<sup>40</sup>

---

35 <https://www.facebook.com/NPD.HL.OH/posts/1350089091725235> ; zuletzt eingesehen am 10.01.2018. Rechtschreibfehler im Original.

36 <http://www.npd-sh.de/2016/390.texte.php>; zuletzt eingesehen am 10.01.2018. Rechtschreibfehler im Original.

37 Ebd.

38 <https://www.facebook.com/JNHamburgNordland/posts/1393035757433333>; zuletzt eingesehen am 10.01.2018.

39 <https://www.facebook.com/JNHamburgNordland/posts/1725007964236109>; zuletzt eingesehen 10.01.2018. Rechtschreibfehler im Original.

40 Ebd.

Auf ihrer Facebookseite war die JN Hamburg-Nordland deutlich aktiver und veröffentlichte regelmäßig Beiträge mit geschichtsrevisionistischen Inhalten und Anti-Asyl-Propaganda. Ein Foto von Mitgliedern der AfD vor einem Wahlplakat wurde mit den Worten kommentiert:

„Irgendwann hört der Spaß mal auf! Ein Neger, der keine Multikultur fordert. Er ist ein Teil des Systems und Marionette der AFD in ihrem Lügenmarsch. Wahrer Nationalismus, und somit ein Stopp der Multikultur, gibt es nur mit der NPD!“<sup>41</sup>

Dass es offensichtlich auch Verbindungen zur Neuen Rechten gibt, zeigte ein weiterer Beitrag auf der Facebookseite der JN Hamburg-Nordland:

„Die Tage werden kürzer und ihr wisst nichts mit euer freien Zeit anzufangen? Den besucht doch nochmal die Seite der Gegenkultur Herzogtum Lauenburg!“<sup>42</sup>

Die Herausgeber des Gegenkultur-Internetblogs bezeichnen sich selbst, so wie es die IB auch für sich in Anspruch nimmt, als Ethnopluralisten. Die Aktionsfähigkeit der JN Hamburg-Nordland hängt im Wesentlichen von der Umtriebbarkeit des hamburgischen Stützpunktleiters ab, der aber durch seine Funktion als Vorsitzender des NPD-Landesverbandes Hamburg bereits eingespannt ist. Von daher ist es auch wenig verwunderlich, dass es bislang nicht gelungen ist, das geringe Personenpotenzial der Regionalgruppe zu erhöhen.

#### 3.1.4 Wahlen

Die NPD konnte entgegen ihren Hoffnungen nicht vom Ausgang des Verbotsverfahrens bei den nachfolgenden Wahlen profitieren, obwohl sie sich im Vorfeld der Wahlen strategisch so ausrichtete, dass sie nur bei den Wahlen antrat, bei denen aus ihrer Sicht reelle Erfolgchancen bestanden. Den ersten Einbruch erlebte sie bereits bei der Landtagswahl im Saarland am 26. März. Diese war im Vorwege zu einer Schwerpunktwahl erklärt worden. Die NPD führte einen für ihre Verhältnisse finanziell und personell aufwändigen Wahlkampf und hatte mit dem Rechtsanwalt Peter Richter als Prozessbevollmächtigtem im Verbotsverfahren einen vergleichsweise bekannten Spitzenkandidaten. Richter gab sogar den Einzug der NPD in den Landtag als realistisches Ziel vor. Umso desaströser fiel das Ergebnis von 0,7 Prozent der Zweitstimmen aus, mit dem die NPD nicht einmal Anspruch auf finanzielle Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung hat. Zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 7. Mai trat die NPD mangels Erfolgsaussichten erst gar nicht an. Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai erzielte sie mit 0,3 Prozent der Zweitstimmen ein weiteres historisch schlechtes Ergebnis.

---

41 <https://www.facebook.com/JNHamburgNordland> - zuletzt eingesehen 05.04.2017.

42 <https://www.facebook.com/JNHamburgNordland/posts/1796986680371570>; zuletzt eingesehen 10.01.2018.

Damit verfehlte die NPD ihr Minimalziel: Weder erreichte sie bei den Landtagswahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen ein Prozent der Zweitstimmen, noch die bei der Bundestagswahl erforderlichen 0,5 Prozent, um Anspruch auf die staatliche Teilfinanzierung zu haben. Bei der vorgezogenen Landtagswahl in Niedersachsen am 15. Oktober trat die NPD gar nicht erst an.

Die desaströsen Wahlergebnisse zeigten, dass die NPD – auch aufgrund der Konkurrenz zur AfD – offenbar nicht einmal mehr ihre treuesten Stammwähler erreichte. Der Versuch der NPD, sich von der AfD abzugrenzen, indem sie ihr Profil u. a. durch aggressive Rhetorik zu schärfen versuchte, kann somit als gescheitert angesehen werden. Ihr strategisches Dilemma, sich im Schatten einer um die Wählergunst konkurrierenden Partei zu befinden, wird ihr wahrscheinlich auch bei zukünftigen Wahlen keine besseren Wahlergebnisse ermöglichen. Ein nicht unerheblicher Teil von ansonsten NPD wählenden Bürgerinnen und Bürgern dürfte zur AfD tendieren, die klassische Themen der NPD wie Überfremdung, Nationalstaat und Kriminalität mit rechtskonservativen Inhalten besetzt.

<b>Übersicht der Wahlergebnisse der NPD 2017</b>				
<b>Wahl</b>	<b>2017</b>	<b>Zweitstimmen in %</b>	<b>Bestes Wahl- ergebnis seit Gründung der NPD 1964</b>	<b>Schlechtestes Wahlergebnis seit Gründung der NPD 1964</b>
<b>Saarland - Land- tagswahl</b>	26. März	0,7	4,0 (2004)	0,2 (1990)
<b>Schleswig-Hol- stein - Landtags- wahl</b>	7. Mai	Nicht angetreten	5,8 (1967)	0,2 (1979)
<b>Nordrhein- Westfalen - Landtagswahl</b>	14. Mai	0,3	1,1 (1970)	0,0 (2000)
<b>Bundestagswahl</b>	24. September	0,4 (in SH: 0,2)	4,3 (1969)	0,2 (1980/1983)
<b>Niedersachsen - Landtagswahl</b>	15. Oktober	Nicht angetreten	7,0 (1967)	0,2 (1990)

Abbildung 10: Übersicht der Wahlergebnisse der NPD 2017

### 3.2 IDENTITÄRE BEWEGUNG

Die IB existiert in Deutschland seit Herbst 2012. Handelte es sich zunächst um eine rein virtuelle „Facebook-Organisation“, bestehen mittlerweile deutschlandweit Regionalgruppen, die teilweise noch lokal untergliedert sind. Im Mai 2014 wurde die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) beim Amtsgericht Paderborn (Nordrhein-Westfalen) als eingetragener

Verein registriert. Die IBD verfügt über eine außergewöhnlich hohe Bandbreite an Internetpräsenzen (Webseiten, facebook-Profile, Instagram- und Twitter-Accounts etc.) mit großer Reichweite und nutzt diese fortlaufend und auf vielfältige Weise zur Eigendarstellung.

Die IBD versteht sich als Ableger der französischen Génération Identitaire (GI), einer Organisation, die sich durch islamfeindliche Positionen auszeichnet und mit oftmals unkonventionellen Methoden des zivilen Ungehorsams arbeitet. Die IBD unterhält teilweise umfangreiche und enge Kontakte zu identitär geprägten Organisationen im Ausland, insbesondere nach Österreich. Der sehr hohe Grad der Vernetzung identitärer Gruppierungen untereinander ist ein wesentliches Merkmal der IB. Resultat ist eine ausgeprägte Aktionsfähigkeit. Häufig sind an den teilweise spektakulär anmutenden öffentlichen Aktionen der IB Protagonisten aus vielen unterschiedlichen Bundesländern beteiligt.

Das Konzept des Ethnopluralismus ist dabei das prägendste Element der IB:

„Der zentrale Begriff der identitären Weltanschauung ist der der „ethnokulturellen Identität“. Dieser Terminus versucht zu umschreiben, was Völker in ihrer Ganzheit ausmacht. [...] Für Identitäre existieren keine qualitativ höherwertigen oder minderwertigen Rassen und der Wert des Menschen wird nicht über die Zugehörigkeit einer Gruppe definiert. Ethnopluralistisches Denken tritt ein für das Recht auf Verschiedenheit, für eine Welt der tausend Völker und Kulturen, und steht damit im Widerspruch zu Rassenschauvinismus, Herrenmenschentum und Antisemitismus, aber auch zu Egalitarismus und Relativismus.“<sup>43</sup>

Die Theorie des Ethnopluralismus unterscheidet sich von rassistischen Ideologiemustern dadurch, dass andere (ethnische) Gruppen nicht als minderwertig betrachtet werden. Vielmehr soll die bestmögliche Entfaltung der kulturellen Eigenarten durch strikte Abgrenzung voneinander und das Aufrechterhalten eines gewissen Spannungsfeldes zwischen den Volksgruppen erreicht werden. Daher wird ein Recht auf Verschiedenheit postuliert, um insbesondere das eigene Volk und die eigene Kultur vor anderen (fremden) Einflüssen zu schützen. Letztendlich läuft dieses Konzept aber darauf hinaus, Angehörigen ethnisch fremder Gruppen Lebensräume aufzuzwingen. Dies wird auch als Kulturrassismus oder „Rassismus ohne Rassen“ bezeichnet. Diese Ideologie ist damit gegen elementare Grundrechtsprinzipien wie den Gleichbehandlungsgrundsatz und das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit gerichtet.

Als größte Bedrohung deutet die IB den Zuzug muslimischer Einwanderer. Sie hat dies mit dem Schlagwort des „Großen Austausches“ belegt:

---

43 <https://www.identitaere-bewegung.de/blog/ueber-identitaet/>; zuletzt eingesehen am 27.11.2017.

„Die ungebremste Masseneinwanderung und die daraus resultierende Islamisierung bezeichnet die Identitäre Bewegung als den Großen Austausch. Durch niedrige Geburtenraten der deutschen und europäischen Völker bei gleichzeitiger massiver muslimischer Zuwanderung werden wir in nur wenigen Jahrzehnten zu einer Minderheit im eigenen Land.“<sup>44</sup>

Im Sinne des ethnopluralistischen Konzeptes gilt es für die IB daher, weitere Zuwanderung nach Europa vor allem aus islamischen Ländern zu unterbinden und für eine „Remigration“ zu sorgen, d. h. die Rückführung (illegal) zugezogener Muslime zu forcieren. In diesem Zusammenhang wird häufig auch der Begriff „Reconquista“ verwendet. Damit wird ein historischer Bezug auf die Zurückdrängung des muslimischen Einflussbereichs in Europa während des Mittelalters hergestellt.

Zur Strategie der IB gehört es im Wesentlichen

- extremistische Positionen im öffentlichen Diskurs zu etablieren,
- die Deutungshoheit über bestimmte Thematiken zu gewinnen und
- die Formulierung ihrer Zielsetzungen gegebenenfalls an bestimmte Entwicklungen anzupassen.

Angestrebt wird eine sogenannte Kulturrevolution, um die Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu delegitimieren. Die IB formuliert dies unter dem Schlagwort der „Metapolitik“ wie folgt:

„Als Identitäre Bewegung betonen wir immer wieder unser Operationsfeld im Bereich der „Metapolitik“. Wir glauben, dass politische Veränderung nicht nur in den Parlamenten und der Parteipolitik möglich ist, sondern sich ebenso im Kulturbetrieb, den öffentlichen Debatten, den Medien und auf der Straße abspielt. Wir handeln daher in einer Art „vorpolitischem Raum“, der den Diskurs bestimmt und somit als Grundlage für direkte und konkrete politische Entscheidungen dient. Wir streiten für einen patriotischen Normalzustand, und unsere politische Arbeit wirkt daher auf verschiedenste Räume des gesellschaftlichen Lebens. Wir prägen mit unseren Aktionen und Kampagnen die öffentliche Debatte über die Themen Identität, Masseneinwanderung, Asyl- und Grenzpolitik. Wir wollen auf friedlichem und demokratischem Wege auf die gesellschaftliche Meinungsbildung Einfluss nehmen und somit als Impulsgeber für die Wahlentscheidungen, politische Mündigkeit und die Aktivität der Menschen dienen.“<sup>45</sup>

---

44 <https://www.identitaere-bewegung.de/kampagnen/grosser-austausch/>; zuletzt eingesehen 27.11.2017.

45 <https://www.identitaere-bewegung.de/category/faq/>; zuletzt eingesehen 27.11.2017.

Diese grundsätzlichen Überlegungen finden sich jedoch nicht allein bei der IB. Gemeinsam mit führenden Köpfen des bundesdeutschen intellektuellen Rechtsextremismus, mit rechtskonservativen Initiativen und anderen Ideengebern wirkt die IB darauf hin, diese Kulturrevolution voranzutreiben. Von den hergebrachten rechtsextremistischen Organisationen und Akteuren, insbesondere vom aktionistisch-neonazistischen Lager, grenzt sich die IB hingegen strikt ab. Auf Angebote der NPD, wonach es „sich die Identitäre Bewegung nicht leisten“<sup>46</sup> könne, „es sich mit anderen, schon bestehenden nationalen Jugendorganisationen zu verscherzen“<sup>47</sup>, wird die IB voraussichtlich nicht eingehen.

Die IB zielt darauf ab, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene anzusprechen. Dazu bedient sie sich neben den erwähnten breit gefächerten Internetaktivitäten vielfältigen, oftmals unkonventionellen Aktionsformen, Provokation und Verhöhnung des politischen Gegenübers und politischer Korrektheit sowie einer zugleich jugendaffinen und gebildet klingenden Sprache. Strategiepapiere der IB belegen, dass Aktionen, aber auch die Erstellung von Materialien, Pressemitteilungen usw. detailliert geplant und mitunter peinlich genau vorbereitet werden. Immer wieder gelingt es Anhängern der IB, mit aufsehenerregenden Aktionen Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und Interessenten anzusprechen. In dieser Hinsicht können eine Protestaktion gegen das Netzwerkdurchsuchungsgesetz vor dem Bundesjustizministerium in Berlin am 19. Mai sowie eine Demonstration mit rund 700 Teilnehmern am 17. Juni ebenfalls in Berlin als herausragende Ereignisse gewertet werden. Eine andere Vorgehensweise sind die Versuche, durch ehrenamtliches bzw. soziales Engagement politischen Einfluss zu erlangen. Exemplarisch dafür sind die Ambitionen der IB, sich in Gewerkschaften, als Wahlhelfer oder als ehrenamtliche Flüchtlingshelfer zu engagieren. Insbesondere zum Jahresende verstärkte die IBD derartige Bestrebungen. Flankiert werden solche Veranstaltungen durch eine Vielzahl oftmals in regionaler Verantwortung liegender kleinerer Banneraktionen, Flashmobs usw., die ebenfalls intensiv medial aufbereitet werden.

Ein besonderes Merkmal ist eine gezielte Kampagnenarbeit, die auf das ideologische Korsett der IB abgestimmt ist. Aufsehen erregte die IB insbesondere mit der Kampagne *Defend Europe*, deren wesentlicher Bestandteil das Chartern eines Schiffes war, mit welchem die Arbeit von NGOs im Mittelmeer beobachtet und das vermeintlich illegale Schleusen von Flüchtlingen nach Europa offengelegt und unterbunden werden sollte. Hierfür hatte die IB nach Eigenangaben über 230.000 € an Spenden eingeworben. Zum Jahresende initiierte die IB die Kampagne „Kein Opfer ist vergessen“<sup>48</sup>, die die fremden- und islamfeindliche Grundausrichtung der IB erkennen lässt:

---

46 Christian Schmidt, *Nation in Europa*, Nr. 5/2017, S. 9.

47 Ebd.

48 <https://www.identitaere-bewegung.de/kampagnen/kein-opfer-ist-vergessen/>; zuletzt eingesehen am 27.11.2017.

„Wir geben den Opfern von Multikulti, Masseneinwanderung und Islamisierung mit der Kampagne „Kein Opfer ist vergessen“ ein Gesicht und ihre Stimme zurück! [...] Die Islamisierung als Folge der ungebremsten Masseneinwanderung müssen unverzüglich gestoppt werden. Wir brauchen eine Politik der Remigration.“<sup>49</sup>

Die IB ist nachhaltig darum bemüht, nicht durch gewalttätige Aktivitäten oder Aufrufe zur Gewalt in Erscheinung zu treten. Insbesondere wird auch das staatliche Gewaltmonopol anerkannt. Die IB betont in ihren Verlautbarungen immer wieder, dass „für uns bei jeder Aktion und in der gesamten politischen Arbeit stets das Gebot der Gewaltfreiheit“<sup>50</sup> gelte. Vereinzelt kommt es jedoch zu Vorfällen, bei denen Anhänger der IB in gewalttätige Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner verwickelt sind.

Das Potenzial der Identitären Bewegung Schleswig-Holstein (IBSH) umfasst derzeit rund 40 Personen. Führungsfiguren der IBSH sind in die bundesweiten Organisationsstrukturen eingebunden und pflegen intensive Kontakte zu anderen Regionalgruppen. Angehörige der IBSH beteiligten sich auch an Veranstaltungen in anderen Ländern, unter anderem an der Eröffnung des sogenannten Identitären Zentrums in Halle im Juli sowie an der Kundgebung vor dem Bundesjustizministerium am 19. Mai. Daneben wurden Schulungen und interne Zusammenkünfte in den angrenzenden Bundesländern durch IB-Sympathisanten aus Schleswig-Holstein aufgesucht. Der hohe Vernetzungsgrad und die zunehmende Strukturierung und Professionalisierung der IB dürften zukünftig noch vorangetrieben bzw. weiter intensiviert werden.

Der regionale Schwerpunkt in Schleswig-Holstein liegt weiterhin im Bereich Lübeck/Ostholstein. Ausdruck dessen ist u. a. ein Aktivistentreffen, das am 13. Mai in Travemünde durchgeführt wurde. Sympathisanten der IB finden sich vermehrt auch im Bereich Kiel sowie in den Kreisen Pinneberg und Herzogtum Lauenburg. Die ostholsteinische Gruppierung Identitas, die zu einer der ersten identitär geprägten Gruppen bundesweit gehörte, ist inzwischen aufgelöst und vermutlich in der IBSH aufgegangen. Im Berichtsjahr kam es häufiger zu Plakatier- und Stickeraktionen der IBSH, insbesondere im Großraum Lübeck. Exemplarisch steht dafür das Aufbringen der Parole „Terrorbarrieren als Normalzustand?“ mittels Kreidespray anlässlich der Travemünder Woche im Juli. In Lübeck ereignete sich am 18. Februar zudem eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen Angehörigen der IB und Linksextremisten. Im Verlauf der wechselseitigen Körperverletzungen kam es zum Einsatz eines Messers durch einen Rechtsextremisten, wodurch eine Person leicht verletzt wurde. Der Vorfall zeigt, dass ein Potenzial für gewalttätige Auseinandersetzungen zumindest bei Konfrontationen mit dem politischen Gegner auch im Bereich der IBSH besteht.

---

49 Ebd.

50 <https://www.identitaere-bewegung.de/category/faq/>; zuletzt eingesehen am 23.11.2017.

Länderübergreifend mobilisiert wurde auch zu einer Versammlung am 13. April in Laboe (Kreis Plön). Anlässlich einer Aktion der Partei Die Linke unter dem Motto „Frieden, Abrüstung und ein Ende der Waffenproduktion“, bei der das U-Boot am Marine-Ehrenmal pink angestrichen werden sollte, kamen dort rund 30 Angehörige des rechtsextremistischen Spektrums zu einer Gegenveranstaltung zusammen. Während rund die Hälfte der Rechtsextremisten identitären Zusammenhängen zugerechnet werden konnten, gehörten weitere rund 15 Personen der aktionistischen Szene aus dem Raum Kiel an (siehe III 3.4). Die strikte Abgrenzung der IB zu den Protagonisten des neonazistischen Spektrums wurde während der Kundgebung durch die IBSH räumlich und durch Ansprache aufrechterhalten.

Mit den dargestellten Kampagnen und Aktionen hat es die IB erreicht, in einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden, ihre Positionen und Forderungen darzulegen und mitunter auch in Diskussionen mit dem bürgerlichen Spektrum einzutreten. Die straffe interne Organisation, das offene Auftreten der Führungsfiguren und ein intellektuelles Netzwerk im Hintergrund heben die IB deutlich von den hergebrachten Strömungen des Rechtsextremismus ab. Auch gelingt es der IB, das Spektrum der jungen und häufig gut bis sehr gut gebildeten Erwachsenen anzusprechen. Es ist daher davon auszugehen, dass der identitär geprägte Rechtsextremismus weiter anwächst, sich verfestigt und damit zukünftig eine höhere Bedrohung für die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellt.

### 3.3 SUBKULTURELL GEPRÄGTE RECHTSEXTREMISTEN

#### 3.3.1 Subkulturell geprägte Rechtsextremisten

Die subkulturell geprägten Rechtsextremisten übernehmen Normen- und Wertauffassungen des rechtsextremistischen Weltbildes nur bruchstückhaft. Sie verwenden insbesondere rassistische, antisemitische sowie fremdenfeindliche Ideologieversatzstücke. Diese Szene ist zum großen Teil gewaltbereit sowie musik- und erlebnisorientiert. Sie ist bis auf wenige Ausnahmen nicht in festen Strukturen organisiert.

Zu den Ausnahmen gehören die weltweit agierenden Organisationen Blood & Honour (B & H) mit ihrem bewaffneten Arm Combat 18, sowie die Hammerskins, die sich als elitäre Verbindung verstehen und in regionale Gruppen, sogenannte Chapter, unterteilt sind. In Schleswig-Holstein besteht jedoch kein eigenes Hammerskin-Chapter. Ansonsten zeichnet sich die Szene in Schleswig-Holstein durch lose Verbindungen auf regionaler Ebene aus. Sie ist allerdings über das Internet, vor allem über die sozialen Netzwerke, überregional und sogar international sehr gut verbunden. Subkulturell geprägte Rechtsextremisten sind nicht an langfristiger politischer Arbeit interessiert, lassen sich jedoch kurzfristig für Demonstrationen mobilisieren und gegebenenfalls auch für Aktionen instrumentalisieren.

Die bislang bedeutsamste Veränderung erfuhr die subkulturell geprägte Szene mit dem Rückgang der rechtsextremistischen Skinheadkultur. Seitdem gibt sie ein heterogenes Erscheinungsbild ab. So definiert sich beispielsweise das erlebnisorientierte Spektrum über das Ausleben einzelner Ideologiefragmente, wie Rassismus oder Antisemitismus, die der aktuellen Lage angepasst werden. In den vergangenen zwei Jahren führte die Asyl- und Zuwanderungsthematik in der Szene zu einer ausgeprägten Fremdenfeindlichkeit. Resultieren daraus Straftaten, so gehören diese meist zur sogenannten Hasskriminalität.

Einige dieser Gruppierungen kopieren in Habitus, Bekleidungsstil und Lebensmotto sogenannte Outlaw Motorcycle Clubs (OMC) oder klassische Rockervereinigungen, von denen in Schleswig-Holstein jedoch kaum politische Agitation ausgeht.

Mit Ausnahme des organisierten Spektrums lassen sich langfristige Aktionsplanungen durch Szeneangehörige nicht erkennen. Andererseits ist die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene Akteur im rechtsextremistischen Gesamtgeschehen, rekrutiert nach wie vor neues Personenpotenzial und verbreitet ihre ideologischen Versatzstücke. Dabei spielt rechtsextremistische Musik eine große Rolle. Die Szene bedient mittlerweile jeden Musikstil, von Liederabenden bis zum NS-Hardcore, N-Rap und rechtsextremistischem Hip-Hop.

### 3.3.2 Rechtsextremistische Musikszene

Auf die besondere Bedeutung der Musik für die rechtsextremistische Szene wies schon Mitte der 1980er Jahre der 1993 verstorbene Gründer der Blood & Honour-Bewegung und Sänger der englischen Skinhead-Band Skrewdriver, Ian Stuart Donaldson, hin. Musik sei das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näher zu bringen. Dessen Ideologie könne damit besser als in politischen Veranstaltungen transportiert werden. Genau diesen Zweck erfüllt rechtsextremistische Musik auch heute noch.

Wurde im Jahr 2016 noch ein Rückgang rechtsextremistischer Musikveranstaltungen festgestellt, stellt sich die Situation im Berichtsjahr nicht nur bundesweit, sondern auch in Schleswig-Holstein deutlich anders dar. Über das gesamte Jahr hinweg war ein kontinuierlicher Anstieg von teilweise stark besuchten Konzerten und Liederabenden festzustellen.

Insbesondere im Osten Deutschlands fanden mehrfach Veranstaltungen mit zum Teil mehreren tausend Besuchern statt. Exemplarisch sind hier drei Veranstaltungen zu nennen, die alle in der thüringischen Kleinstadt Themar stattgefunden haben, und deren Teilnehmerzahl neue und bisher kaum für möglich gehaltene Maßstäbe in der bundesweiten Szene setzen konnten.

Im Einzelnen handelte es sich dabei um eine Veranstaltung am 15. Juli unter dem Motto „Rock gegen Überfremdung II“,<sup>51</sup> bei der innerhalb von etwa zwölf Stunden die rechtsextremistischen Bands Stahlgewitter, Die Lunikoff Verschwörung, Sleipnir, TreueOrden, Blutzeugen, Flak und Uwocaust vor mehr als 6.000 Besuchern spielten.

Schon 14 Tage später, am 29. Juli, fand wieder in Themar das nächste Großkonzert mit etwa 1.000 Teilnehmern statt, nunmehr unter dem Motto „Rock für Identität“.<sup>52</sup>

Am 28. Oktober folgte dann dort die dritte Veranstaltung dieser Art, dieses Mal unter dem Motto „Rock gegen Links“<sup>53</sup> mit noch einmal mehr als 1.000 Teilnehmern. Wieder reisten die Besucher aus dem gesamten Bundesgebiet und dem angrenzenden europäischen Ausland an.

2016 hatte lediglich eine einzige Veranstaltung dieser Größenordnung in der Schweiz stattgefunden.

Der hohe Zuspruch nicht nur subkulturell geprägter Rechtsextremisten, sondern jeglicher rechtsextremistischer Szeneangehöriger aus vielen europäischen Ländern zu solchen Veranstaltungen zeigt einmal mehr die nach wie vor bestehende ausgeprägte Mobilisierungskraft rechtsextremistischer Musik.

Während die Sicherheitsbehörden im Jahr 2016 noch davon ausgingen, dass die Veranstaltung in der Schweiz wegen der besonderen Umstände – Veranstaltungsort im Ausland, besondere Zugkraft der Hauptband, professionelle Organisation – nicht als Beleg für einen ansteigenden Trend bei den rechtsextremistischen Musikveranstaltungen gewertet werden kann, ist diese Einschätzung spätestens nach den in Thüringen initiierten professionell veranstalteten Konzerten in nur gut vier Monaten mit jeweils vierstelligen Teilnehmerzahlen zumindest in Frage zu stellen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass es innerhalb der rechtsextremistischen Szene offensichtlich wieder eine deutliche Aufwertung der schon traditionell bedeutsamen Skinmusik gegeben hat. Ob dieser Trend weiterhin anhält, ist von diversen Faktoren abhängig, wie zum Beispiel von Wahlkampfkündigungen, die mit Musikveranstaltungen kombiniert werden, oder der Frage, ob ausreichend geeignete Szene-Objekte verfügbar sind.

Im Berichtsjahr hat in Schleswig-Holstein die Zahl rechtsextremistischer Musikveranstaltungen zugenommen. Insgesamt registrierte die Verfassungsschutzbehörde zehn (2016:

---

51 Vgl. <https://www.rundschau-online.de/politik/-rock-gegen-ueberfremdung--6-000-teilnehmer-auf-neo-nazi-konzert-in-themar-27980882>; zuletzt eingesehen am 20.02.2018.

52 <http://the-revolution.de/2017/07/rock-fuer-identitaet-2017-aktuelle-informationen-2/>; zuletzt eingesehen am 20.02.2018.

53 <http://the-revolution.de/2017/08/rock-gegen-links-28-oktober-2017/>; zuletzt eingesehen am 20.02.2018.

3) dieser Veranstaltungen, darunter drei Konzerte mit Live-Auftritten rechtsextremistischer Bands (2016: 2).

Zudem gab es zwei Musikdarbietungen im Rahmen rechtsextremistischer Veranstaltungen, wie der der Nationalen Hilfe Schleswig-Holstein e. V. (2016: 0) und fünf Lieder- bzw. Balladenabende (2016: 1).

Bei den drei Konzerten wurden Teilnehmerzahlen von ca. 30 bis etwa 170 Personen erreicht, wobei die Veranstaltungsorte alle im südlicheren Schleswig-Holstein lagen. Die Besucher stammten häufig aus der Region, zum Teil reisten sie aber auch aus Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern an.

Eines dieser Konzerte fand am 13. Mai im Clubheim der Rockergruppierung Bandido MC Northgate in Wahlstedt mit den Musikgruppen Kategorie C und Hausverbot statt. Die Mehrzahl der etwa 60 Besucher war allerdings dem Rockermilieu zuzurechnen. Die rechtsextremistischen Teilnehmer setzten sich dafür aus dem gesamten Spektrum zusammen, von subkulturell geprägten Rechtsextremisten bis hin zu NPD-Mitgliedern.

Im Gegensatz zu den mehr auf Gewinn ausgelegten Skinkonzerten dienen rechtsextremistische Lieder- oder Balladenabende dazu, einen in der Regel eher kleineren Teilnehmerkreis anzusprechen. Oft werden solche Veranstaltungen von örtlichen Parteiverbänden oder aus der örtlichen Subkultur heraus mit dem Ziel durchgeführt, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken. Bei den musikalischen Darbietungen handelt es sich zumeist um eine Einzelperson mit Gitarre, die eher ruhige Stücke präsentiert.

Diese Lieder- und Balladenabende sind gleichwohl so attraktiv, dass sie insgesamt gut besucht werden. Dies bestätigt ein am 1. April von der Nationalen Hilfe Schleswig-Holstein e. V. im Raum Neumünster durchgeführter Soli-Liederabend, bei dem die Liedermacher „Fylgien“ aus Berlin und „Wut aus Liebe“ aus Nordfriesland auftraten. Der Erlös aus den Eintrittsgeldern der mehr als 50 Besucher, einer im Verlauf des Abends durchgeführten Versteigerung und dem Verkauf von Szenedevotionalien kam nach Angaben der Veranstalter dabei zu 100 Prozent der Nationalen Hilfe zugute. Der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Mittelholstein kommentierte die Veranstaltung in der NPD-Publikation Schleswig-Holstein-Stimme anschließend mit den Worten: „Es war ein gelungener Abend, der nicht nur einen beachtenswerten Erlös einbrachte, sondern auch das Gemeinschaftsgefühl untereinander stärkte.“<sup>54</sup>

Musikveranstaltungen werden häufig konspirativ, über geschlossene Nutzerkreise per WhatsApp oder über SMS beworben und nicht selten steht erst wenige Stunden vor Beginn der Musikveranstaltungen fest, wo genau sie stattfinden werden. In Schleswig-Hol-

---

54 Schleswig-Holstein Stimme, Ausgabe 63, S. 7.

stein hatten sie häufig den Charakter privater Veranstaltungen ohne Außenwirkung. In solchen Fällen sind Verbote durch die zuständigen kommunalen Behörden in der Regel schwierig.

Rechtsextremistische Bands mit Sitz in Schleswig-Holstein waren im Berichtsjahr nicht aktiv. Einzelne in Schleswig-Holstein ansässige Musiker spielten allerdings anlassbezogen in diversen zum Teil bundesweiten Bandprojekten mit.

### 3.4 AKTIONISTISCHE NEONAZISTISCHE PERSONENZUSAMMENSCHLÜSSE

Ideologische Grundlage des Neonazismus ist der historische Nationalsozialismus. Die wesentlichen Ideologieelemente sind übersteigter Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Antipluralismus. Neonazis streben einen am Führerprinzip ausgerichteten Staat an, dessen Grundlage eine im rassistischen Sinne verstandene Volksgemeinschaft bildet, die Menschen anderer Herkunft oder Kultur ausgrenzt. Aus Sicht der Neonazis bedrohen ethnische Vielfalt und eine pluralistische Gesellschaft die Existenz des eigenen Volks. Neonazistische Auffassungen stehen in unüberbrückbarem Gegensatz zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Der Neonazismus, also der „neue Nationalsozialismus“ gehört zu einer aktionsorientierten und grundsätzlich gewaltorientierten Strömung innerhalb des Rechtsextremismus.

Der Neonazismus ist kein homogener Personenzusammenschluss. In Schleswig-Holstein ist er in einzelnen unterschiedlich großen Gruppierungen mit bis zu 20 Anhängern und weitgehend ohne feste Strukturen organisiert. Diese Personenzusammenschlüsse haben teilweise bundesweite Kontakte, vorwiegend jedoch in die angrenzenden Länder Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Niedersachsen.

Belege für überregionale Vernetzungen sind unter anderem die Vorträge einiger Neonazigrößen aus anderen Bundesländern: Im Mai referierte beispielsweise Thomas Wulff auf Einladung der Freien Nationalisten und der NPD Lübeck-Ostholstein zum Thema „Alliierte Kriegsverbrechen“<sup>55</sup> und im August sprach Dieter Riefling, ebenfalls auf deren Einladung über seine „Gesinnungshaft im BRD - Regiem“.<sup>56</sup>

Neonazistische Parteien wie Der III. Weg und Die Rechte spielen in Schleswig-Holstein keine Rolle.

Die Szene ist nach wie vor gut über das Internet und Messengerdienste vernetzt. Darüber erfolgen u. a. Aktionsankündigungen und -berichte. Zu einer der führenden Internetseiten

---

55 <http://www.npd-sh.de/2016/408.texte.php>; zuletzt eingesehen am 15.01.2018.

56 <https://logr.org/tddz2017/2017/08/27/dieter-riefling-in-luebeck/>; zuletzt eingesehen am 15.01.2018.  
Fehler im Original.

in Schleswig-Holstein gehörte das Portal Nationaler Widerstand Schleswig-Holstein. Dieses Internetangebot ist seit Mai offline. Ein adäquater Ersatz wurde bislang nicht festgestellt.

Das Personenpotenzial ist leicht rückläufig und liegt im Berichtszeitraum bei 230 (2016: 250). Dafür gibt es zwei wesentliche Gründe: Die Anti-Asyl-Agitation hat nahezu parallel zu dem geringeren Zuzug von Flüchtlingen abgenommen und das Kampagnen- und Demonstrationsgeschehen kam vollständig zum Erliegen. Der neonazistischen Szene gelang es überdies nur schwer, neue Interessenten für Ideologeelemente zu gewinnen, die sich auf den historischen Nationalsozialismus beziehen. Die Szene besinnt sich daher umso mehr auf die Vernetzung ihrer nationalen Kräfte. Traditionell bestehen hier Verbindungen zur NPD. So erhielt beispielsweise Mark Proch, NPD-Ratsherr aus Neumünster, im Juni Begleitschutz für eine Ratsversammlung durch Freie Kräfte, nachdem die dortige Antifaschistische Aktion den Ausschluss von Proch aus der Versammlung forderte und vor dem Rathaus protestierte.<sup>57</sup>

Zur Bundestagswahl im September unterstützte die neonazistische Gruppierung Bollstein Kiel die NPD, um die für die Zulassung zur Bundestagswahl erforderlichen 2.000 Unterstützungsunterschriften zu sammeln<sup>58</sup> (siehe III 1 und III 3.1.1). Im Berichtszeitraum ließ sich die Gruppierung immer wieder in parteigebundene Aktivitäten einbinden.

Im Berichtsjahr war Bollstein Kiel eine der aktivsten neonazistischen Gruppierungen in Schleswig-Holstein. Sie wandelte sich von einer ehemaligen Freizeit-Fußballgruppe zum festen Bestandteil der aktionsorientierten neonazistischen Szene. Die Gruppe umfasst etwa 20 Personen. Zu ihren Aktivitäten außerhalb Schleswig-Holsteins gehörten u. a. die Teilnahme an der Demonstration „Merkel muss weg – Wir schaffen das!“ am 4. März in Berlin sowie die an der NPD-Demonstration zum 1. Mai in Stralsund/Mecklenburg-Vorpommern.

In Schleswig-Holstein nahm Bollstein Kiel am 13. April an einer Protestaktion in Laboe (Kreis Plön) teil, die sich gegen eine angekündigte Aktion der Partei Die Linke für Frieden, Abrüstung und ein Ende der Waffenproduktion richtete. Auch die IB hatte zur Protestaktion mobilisiert. Beide Gruppierungen agierten unabhängig voneinander. Es gab keine Anzeichen für eine Zusammenarbeit (siehe III 3.2).

Am 13. Juli beteiligte sich Bollstein Kiel an der bundesweiten rechtsextremistischen „Aktion schwarze Kreuze“.<sup>59</sup> Unter dem Motto „Auch deutschen Opfern kein Vergessen!!!“<sup>60</sup> wurden dabei in zahlreichen deutschen Städten schwarze Holzkreuze zum Teil mit Namen

---

57 Protest vor dem Rat, Holsteinischer Courier vom 11.06.2017.

58 <http://www.npd-sh.de/2016/419.texte.php>; zuletzt eingesehen am 31.01.2018.

59 Vgl. etwa für München: <https://der-dritte-weg.info/2015/07/17/aktion-schwarze-kreuze-auch-in-muenchen/>; zuletzt eingesehen am 20.02.2018.

60 <https://logr.org/agno/2015/07/13/aktion-schwarze-kreuze-deutschland-deutschen-opfern-kein-vergessen/>; zuletzt eingesehen am 20.02.2018.

deutscher Opfer, die durch Ausländer angegriffen und/ oder getötet worden sein sollen, aufgestellt. Die Aktivisten dokumentierten ihre Aktionen im Internet. Neben Bollstein Kiel beteiligten sich, wie auch schon in den Vorjahren, Rechtsextremisten aus ganz Schleswig-Holstein an der Aktion.

Die neonazistische Gruppierung Jugend für Pinneberg (JfP) kommentierte die Aktion auf ihrer gleichnamigen Internetseite wie folgt:

„Die JfP hat diese Aktion nicht ins Leben gerufen, befürwortet sie aber selbstverständlich. Diese Kreuze sind ein pietätvolles Symbol gegen Hass, Gewalt und die menschenverachtende Ideologie der herrschenden Klassen.“<sup>61</sup>

Mit größeren öffentlichkeitswirksamen Aktionen fiel die JfP im Berichtszeitraum nicht auf. Dennoch gehört sie nach wie vor zu einem der wenigen noch vorhandenen strukturierten aktionistisch-neonazistischen Personenzusammenschlüsse.

Mit der Gründung des Vereins Nationale Hilfe Schleswig-Holstein e. V. im September 2013 schuf die neonazistische Szene eine Organisation, die sich als „parteiunabhängige nationale Schutz- und Solidaritätsorganisation“<sup>62</sup> versteht. Die Nationale Hilfe Schleswig Holstein e. V. will im Rahmen ihrer Möglichkeiten Solidarität und Hilfe für Personen organisieren, die aus Sicht der Nationalen Hilfe aufgrund ihrer politischen Betätigung strafrechtlich verfolgt und/oder gesellschaftlich benachteiligt werden. Im Berichtszeitraum wurde der bekannte NPD-Funktionär Mark Proch Vorsitzender des Vereins<sup>63</sup>. Im April richtete die Nationale Hilfe Schleswig-Holstein e. V. einen Liederabend aus, bei der die rechtsextremistische Musikerin Karin von Wut aus Liebe und der Berliner Liedermacher Fylgjen auftraten<sup>64</sup> (siehe III 3.3.2). Die Einnahmen des Abends gingen an den Verein.<sup>65</sup>

Wie jedes Jahr beging die Szene auch im Berichtszeitraum wieder zum Volkstrauertag die im neonazistischen Sinn umgedeuteten Heldengedenken. Dabei handelt es sich um Gedenkveranstaltungen mit Kranzniederlegungen an Ehrenmalen für die gefallenen Soldaten beider Weltkriege. Solche Aktionen fanden u. a. in Seth (Kreis Segeberg) und in Aumühle (Kreis Herzogtum Lauenburg) statt. Durch den Rückgang der aktionsorientierten neonazistischen Szene wird eine Vernetzungsarbeit mit anderen rechtsextremistischen Spektren immer bedeutsamer. Werden Verbindungen eingegangen, dann häufig nur, um an einer bestimmten Aktion teilzunehmen und das ohnehin schwache Mobilisierungspotenzial auszugleichen. Zudem beruhen die Verbindungen in der Regel auf persönlichen Kennver-

---

61 [http://www.jugendpinneberg.de/themen\\_Dank\\_an\\_die\\_Presse.php](http://www.jugendpinneberg.de/themen_Dank_an_die_Presse.php); zuletzt eingesehen am 15.01.2018.

62 <https://logr.org/nhsh/selbstdarstellung/>; zuletzt eingesehen am 31.01.2018.

63 <https://logr.org/nhsh/2017/05/09/soli-liederabend-der-nationalen-hilfe/>; zuletzt eingesehen am 31.01.2018.

64 Ebd.

65 Ebd.

hältnissen. Der neonazistischen Szene fehlt die gemeinsame Koordinierung, daher sind die wenigen strukturierten Zusammenschlüsse auch nur auf regionaler Ebene festzustellen.

### 3.5 RECHTSEXTREMISTISCHE VERLAGE

Rechtsextremistische Verlage publizieren geschichtsrevisionistische, antisemitische und fremdenfeindliche Schriften, Bild- und Tonträger, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Die Verlage sind damit nicht nur Multiplikatoren für rechtsextremistische Ideologie, sondern erfüllen auch eine wichtige Funktion bei Radikalisierungsprozessen in der Szene. Über die Diversifizierung ihres Verlagsangebotes wollen sie ein möglichst breites Kunden- und Interessentenspektrum erreichen. Mit aktuellen Themen wie der Flüchtlingspolitik oder der Bundestagswahl versuchen sie sich in den politischen Diskurs einzubringen, um dann ihre rechtsextremistischen Positionen möglichst in der Mitte der Gesellschaft verankern zu können. Auf publizistischem Wege sollen rechtsextremistische Ideologien populär gemacht werden. Diese Strategie ist darauf gerichtet, ein rechtsextremistisch geprägtes Staatswesen zu errichten, das die Ablösung des politischen Systems der Bundesrepublik zur Folge hat. Damit beziehen die Verantwortlichen rechtsextremistischer Verlage eine klare Gegenposition zum demokratischen Rechtsstaat und bieten im digitalen Zeitalter den Nährboden für geistige Brandstiftung.

Schleswig-Holstein ist aufgrund der hier ansässigen und über die Landesgrenzen hinaus wirkenden einschlägigen Verlage ein bundesweit wichtiger Standort für die Verbreitung rechtsextremistischer Schriften.

## 4 Rechtsextremistisch motivierte Kriminalität/ Politisch motivierte Kriminalität-rechts

Im Bereich der politisch motivierten Kriminalität-rechts (PMK-rechts) registrierte die Polizei im Jahr 2017 insgesamt 637 Delikte, ein Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 148 Taten bzw. rund 19 Prozent. Damit liegen die Straftaten wieder auf dem Niveau von 2015. Ein Grund für den Rückgang der entsprechenden Delikte ist u. a. in der abnehmenden Anti-Asyl-Agitation zu sehen, die im Jahr 2016 deutlich massiver war. Das schlug sich zum Beispiel in den zahlreichen Hasspostings und Kommentaren im Internet nieder. Beides schuf einen Nährboden für diese Form der Kriminalität. Zudem kam im Berichtsjahr in Schleswig-Holstein das rechtsextremistische Demonstrations- und Kampagnengeschehen zum Erliegen.

Der überwiegende Teil der PMK-rechts Delikte sind so genannte Propagandadelikte, wie das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB). Aber auch volksverhetzende Äußerungen und Hakenkreuz-Postings etc. sind in großer Zahl im Internet und über Messenger-Dienste festzustellen. Nicht alle Delikte der PMK-rechts wer-

den als extremistisch bewertet, da die Täter mit der Begehung der Straftaten nicht immer auf die Ablehnung bzw. Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abzielen.

Politisch motivierte Gewaltkriminalität ist eine Teilmenge der politisch motivierten Kriminalität. Sie umfasst Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung sowie Widerstands- und Sexualdelikte. Im Berichtsjahr zählte die Polizei 47 Gewaltdelikte, 19 weniger als im Vorjahr. Das entspricht einem Rückgang von rund 29 Prozent. Den größten Anteil stellten dabei mit 43 Delikten die einfachen und gefährlichen Körperverletzungen dar.

Die meisten Taten wurden dabei von Tätern verübt, die vorher noch nicht in rechtsextremistischen Bezügen in Erscheinung getreten waren.

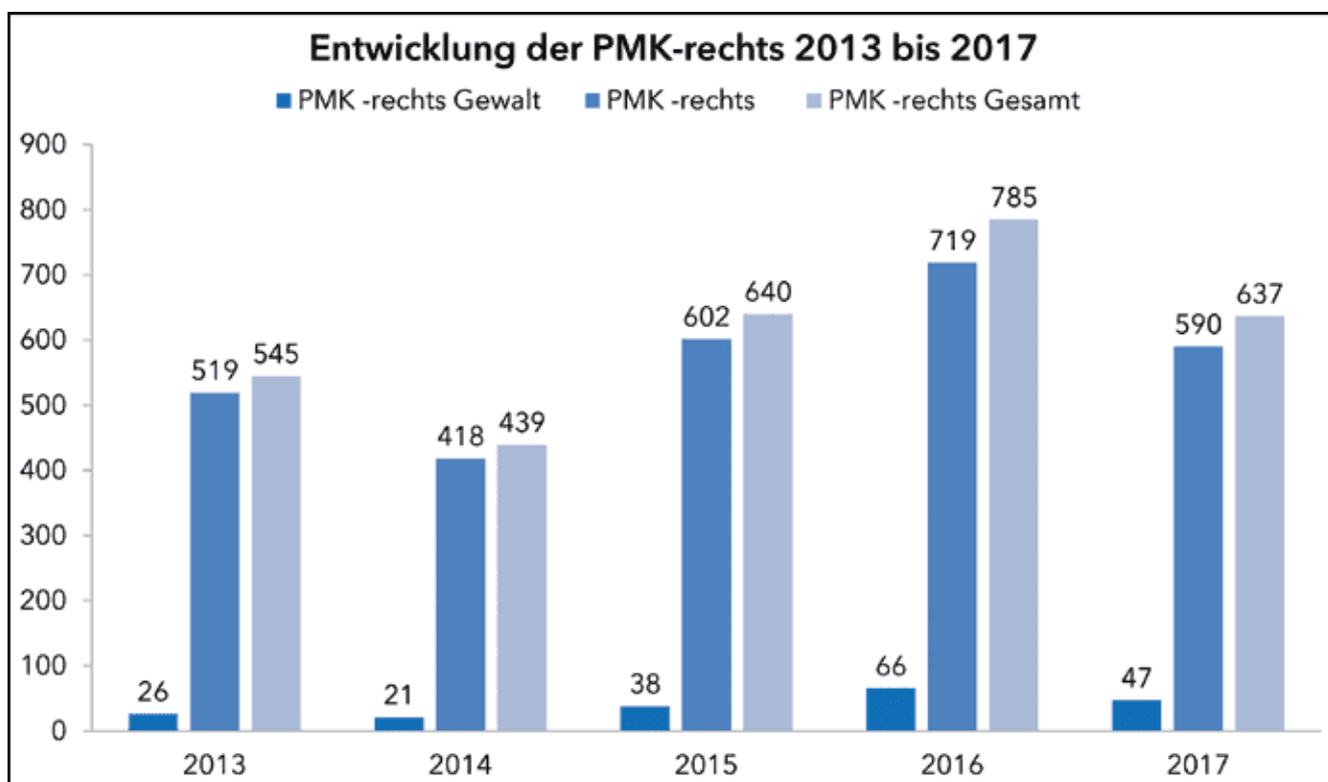


Abbildung 11: Entwicklung der PMK-rechts 2013 bis 2017

### Herausragende Beispiele rechtsextremistisch motivierter Kriminalität

Kiel, 1. Januar: Zwei Männer sprechen am Neujahrsmorgen gegen 04:00 Uhr einen Kolumbianer an, der von einer Silvesterparty auf dem Heimweg durch den Schrevenpark geht. Sie fragen nach Tabak, und es entwickelt sich ein Gespräch. Unvermittelt versucht dann einer der Männer den Kolumbianer zu schlagen, der zunächst ausweichen kann, dann aber von dem anderen Mann zu Boden gestoßen wird und sich dabei die beiden oberen Schneidezähne ausschlägt.

Lübeck-Travemünde, 13. April: Bei der Polizeidirektion Lübeck geht per Post eine Bombendrohung mit folgendem Inhalt ein: „Es befindet sich ein Sprengsatz auf dem Gelände der Asylunterkunft Ostseestraße in Travemünde, der an den Osterfeiertagen explodieren wird, um Travemünde von den Ausländern zu befreien.“

Unterzeichnet ist der Text mit: „Aktionsbündnis gegen Überfremdung der BRD“

Zu einer Tatausführung ist es nicht gekommen.

Zu dem Aktionsbündnis lagen vor der angekündigten Bombendrohung keine verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse vor, und auch danach ist das Bündnis nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörde nicht wieder in Erscheinung getreten.

Oering (Kreis Segeberg), 21. Mai: Um 04:44 Uhr nimmt ein türkischer Taxifahrer zwei männliche Fahrgäste auf. Diese fragen ihn während der Fahrt, ob er Moslem sei. Sodann folgen Beleidigungen wie „Scheiß Türken“ und „Scheiß Moslems“.

Am Fahrtziel angekommen, wird einer der Männer handgreiflich. Er schlägt den Taxifahrer mehrmals mit der Faust in den Nacken und verdreht ihm den Zeigefinger der linken Hand, so dass der Fahrer leichte Verletzungen davonträgt.

Ahrensburg (Kreis Stormarn), 29. Mai: Während ein 35jähriger afghanischer Staatsangehöriger am Fahrkartenautomat des Ahrensburger Bahnhofs steht, tritt ihn unvermittelt ein Mann gegen die Hüfte. Als ein weiterer Afghane helfen will, gibt ihm der Täter einen Kopfstoß und kommentiert: „Du Scheiß Ausländer! Willst du auch auf die Fresse kriegen? Verpiss dich dorthin, wo du herkommst!“ Beide Geschädigten werden leicht verletzt.

Neustadt in Holstein (Kreis Ostholstein), 4. Juni: Gegen 02:00 Uhr wird vor einem Reihnhaus einer syrischen Familie eine Werbezeitschrift angezündet. Dadurch geraten zwei Reifen der dort abgestellten Fahrräder in Brand und platzen. Einer der Bewohner wird durch den Knall geweckt und löscht das Feuer.

13 Tage später, am 17. Juni, beschmieren unbekannte Täter den Eingangsbereich des Hauses mit SS-Runen und mit einem durch mehrere Striche wieder unkenntlich gemachtem Hakenkreuz.

Pinneberg (Kreis Pinneberg), 14. Juli: Vor dem Eingang eines Getränkehandels wird ein Türke von einem Mann mit den Worten „Du scheiß Ausländer“ beleidigt. Als er den Mann zur Rede stellen will, sitzt dieser bereits im Auto. Durch die geöffnete Fensterscheibe hält er den Türken fest und fährt los. Dieser stürzt und zieht sich Hautabschürfungen an beiden Armen zu.

Elmshorn (Kreis Pinneberg), 25. September: Aus zwei an einer Flüchtlingsunterkunft vorbeifahrenden Fahrzeugen wird „Ihr scheiß Ausländer, ihr seid hier jetzt nicht mehr willkommen, ihr müsst Deutschland verlassen, ansonsten fackeln wir euch ab“ gerufen. Eine Zeugin gibt an, dass die Insassen der Fahrzeuge dabei AfD-Fähnchen gezeigt haben sollen.

Tornesch (Kreis Pinneberg), 10. Oktober: Gegen 17:00 Uhr halten vier Personen vor einer Flüchtlingsunterkunft. Zwei von ihnen urinieren im Bereich der Auffahrt. Als einer der syrischen Bewohner nachfragt, was das soll, kommt es zum Streit. In dessen Verlauf werden weitere Familienmitglieder der syrischen Familie einbezogen. Ein Mitglied wird durch die Täter geohrfeigt. Sodann versuchen drei der Täter ins Haus zu gelangen und bewerfen es mit einer Bierflasche und einem Fahrrad. Es kommt zu Sachbeschädigungen. Kurze Zeit später werden die Täter durch die Polizei ergriffen. Während der Sachverhaltsaufnahme sprechen sie u. a. Morddrohungen gegen die syrische Familie sowie gegen die Polizeibeamten aus.

5 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein 2013 bis 2017

<b>Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein 2015 bis 2017</b>					
	2013	2014	2015	2016	2017
<b>in Parteien</b>	190	130	140	130	135
darunter					
NPD/JN	190	130	140	125	120
Der III. Weg				5	5
Die Rechte					10
<b>in parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen</b>					580
darunter					
Neonazis	230	230	240	250	230
Sonstige, nicht neonazistische Rechtsextremisten	180	180	320	380	350
<b>weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial</b>					585
darunter					
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	600	530	600	590	585
<b>Gesamt Land</b>	1.200	1.070	1.300	1.350	1.300
davon als gewaltorientiert eingeschätzte Rechtsextremisten	600	550	615	615	600

Abbildung 12: Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein 2013 bis 2017

## **IV Reichsbürgerbewegung**

### **1 Überblick**

Die Reichsbürgerbewegung stellt eine eigene Form des politischen Extremismus dar. Sie weist teilweise Bezüge zum Rechtsextremismus auf. Reichsbürger erkennen die Bundesrepublik Deutschland und damit auch die freiheitliche demokratische Grundordnung nicht an. Im Berichtsjahr sind sie in Schleswig-Holstein vor allem durch Schreiben an Behörden aufgefallen, in denen sie die Existenz der Bundesrepublik bestreiten. Sie sprechen stattdessen von einer „BRD-GmbH“ und meinen damit, dass staatliche Stellen wie Behörden und Kommunen privatwirtschaftliche und kommerzielle Unternehmen seien. Reichsbürger weigern sich demzufolge, Steuern, Gebühren, Abgaben oder Bußgelder zu zahlen. Vielmehr drohen sie Behörden, diese wiederum mit Bußgeldern oder mit Zwangsmaßnahmen zu belegen. Dabei berufen sie sich auf ihre eigene Rechtsprechung und eigene Richter. Sprechen Reichsbürger bei Behörden in Schleswig-Holstein persönlich vor, geschieht dies häufig in einer verbal-aggressiven Weise. Hinweise auf gewalttätige Übergriffe durch Reichsbürger auf Behördenmitarbeiter liegen für das Berichtsjahr aus Schleswig-Holstein nicht vor. Allerdings kam es in einigen Fällen zu Widerstandshandlungen gegen Polizeivollzugsbeamte.

In der Reichsbürgerszene gibt es eine ausgeprägte Affinität zu Waffen. Hinweise darauf, dass sich die Szene organisiert und gezielt Waffen beschafft oder von anderer Seite Waffen beschaffen lässt, konnten im Berichtszeitraum nicht erlangt werden.

Die meisten Reichsbürger in Schleswig-Holstein sind nicht organisiert. Eine flächendeckende Vernetzung ist bislang ebenfalls nicht festzustellen. Gleichwohl treffen sich Reichsbürger in kleineren Gruppierungen zu so genannten Stammtischen. Zum Stichtag 31. Dezember waren 230 Personen in Schleswig-Holstein als Reichsbürger identifiziert, 176 mehr als zum selben Zeitpunkt des Vorjahrs. Dieser Anstieg ist auf eine weitere Aufhellung des Dunkelfelds zurückzuführen.

### **2 Wesensmerkmale der Reichsbürgerbewegung**

Die Reichsbürgerbewegung besteht aus Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren.

Die Verfassungsfeindlichkeit der Reichsbürgerbewegung ergibt sich in erster Linie aus der Tatsache, dass sie den Staat und seine Rechtsordnung als nicht existent oder für nicht bindend erklärt. Daraus leiten Reichsbürger ein allumfassendes Widerstandsrecht gegen staatliche Maßnahmen ab. Konkret äußert sich diese Haltung beispielsweise in der Weigerung, rechtliche Pflichten gegenüber dem Staat zu erfüllen, wie das Zahlen von Steuern, Gebühren und Abgaben. So äußern sich Reichsbürger häufig mit pseudojuristischen Argumenten in zahlreichen, teilweise verbal-aggressiv formulierten Schreiben an Behörden. Darin bestreiten sie deren Befugnis, Steuern und Abgaben zu erheben. Man wolle nicht weiter von einem nicht existenten Staat behelligt werden. Reagieren Behörden nicht, wird dies als Zustimmung gewertet. Teilweise versuchen Reichsbürger, durch Schadensersatzforderungen gegen Behörden und deren Beschäftigte, Druck auszuüben und sie einzuschüchtern.

Die fortlaufende Weigerung, berechtigten Forderungen staatlicher Stellen nachzukommen, führt im Ergebnis zu behördlichen Vollstreckungsmaßnahmen. Diese wiederum wertet die Reichsbürgerbewegung als unberechtigte Angriffe und nimmt daraus ein Widerstands- und Notwehrrecht etwa gegenüber Gerichtsvollziehern und Polizeibeamten für sich in Anspruch. Auch dies macht die Reichsbürgerbewegung grundsätzlich latent gefährlich. Dazu kommt eine auffällig hohe Affinität zu Waffen. In Schleswig-Holstein besitzen etwa neun Prozent der als Reichsbürger bekannten Personen eine waffenrechtliche Erlaubnis. In sieben Fällen konnten die kommunalen Waffenbehörden - auch aufgrund entsprechender Hinweise der Verfassungsschutzbehörde - Reichsbürgern die waffenrechtliche Erlaubnis widerrufen.

Reichsbürger nutzen das Internet für Propagandazwecke, Mitgliederwerbung und Vernetzung. Die Inhalte zeigen, dass auch kommerzielle Interessen eine große Rolle spielen. So wird für verschiedene Fragen, wie der nach Möglichkeiten, die Zahlung der Rundfunkgebühren zu verweigern oder einen Staatsangehörigkeitsausweis zu bekommen, kostenpflichtiges Informationsmaterial angeboten. Der Staatsangehörigkeitsausweis gilt unter Anhängern der Reichsbürgerbewegung als das einzige gültige Ausweisdokument und geht auf das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) aus dem Jahr 1913 zurück, das allerdings bereits im Jahr 2000 in das Staatsangehörigkeitsgesetz geändert wurde. Der Staatsangehörigkeitsausweis wird, wegen der Farbgebung des Dokumentes, in der Reichsbürgerszene auch als gelber Schein bezeichnet.

Für Reichsbürger ist die Bundesrepublik Deutschland kein Staat, die Bürger sind daher nur „Personal“ einer unter Besatzung der Alliierten stehenden GmbH. Der Personalausweis dokumentiere mithin nur die „Betriebszugehörigkeit“ zu dieser privatrechtlichen Gesellschaft. Auf die daraus folgende gängige Praxis von Reichsbürgern, ihren Personalausweis bei Behörden abzugeben, reagierte das Innenministerium Schleswig-Holstein mit der Einführung einer sogenannten Aufbewahrungsgebühr. So sind fünf Euro pro Tag für die Verwahrung

des Ausweises zu entrichten. Mit Einführung der Gebühr im Oktober sank die Zahl der Abgabewilligen um fast 70 Prozent.

### **3 Ausrichtungen, Organisationen und Gruppierungen der Reichsbürgerbewegung**

Innerhalb der Reichsbürgerbewegung können zwei Ausrichtungen unterschieden werden: Die Bürger des Deutschen Reiches und die Selbstverwalter. In beiden Ausrichtungen gibt es bundesweit eine Vielzahl von Gruppierungen und Organisationen, die nebeneinander existieren und zum Teil miteinander konkurrieren.

Die Übergänge zwischen den Ausrichtungen sind fließend.

#### **Bürger des Deutschen Reiches**

Bürger des Deutschen Reiches beziehen sich auf die Fortexistenz des historischen Deutschen Reiches, wobei das Datum, auf das sie sich fokussieren, variiert (1937, 1919 oder auch andere). Diese Reichsbürger sehen sich als Staatsangehörige des Deutschen Reiches. Die Staatsangehörigkeit Preußen, Königreich Preußen, oder Deutsches Reich schließt nach ihrem Selbstverständnis eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland aus. Gruppierungen dieser Strömung haben eigene Reichsregierungen, Reichsministerien, Reichsminister und Reichsbehörden gebildet. Einige geben Dokumente wie Reichspässe und Reichsführerscheine heraus, die von den Mitgliedern käuflich erworben werden können. Sie bieten Seminare zu rechtlichen Themen aus Sicht der jeweiligen Reichsregierung gegen Gebühren an.

Die Ausrichtung der Reichsbürgerbewegung in diesem Sinne weist mit ihrem Bezug auf das historische Deutsche Reich Überschneidungen zu revisionistischen Ideologieelementen des Rechtsextremismus auf. Dies spiegelt sich in den marginalen personellen Überschneidungen zwischen der Reichsbürgerbewegung und dem Rechtsextremismus wider. Unter den 230 Reichsbürgern sind sieben Personen, die auch rechtsextremistische Bestrebungen verfolgen.

#### **Selbstverwalter**

Die Selbstverwalter nehmen keinen historischen Rückgriff auf vergangene Staatsformen vor, sondern schaffen eine eigene Form des Zusammenlebens nach selbst gesetzten Regeln. Sie ignorieren die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Rechtsordnung. Selbstverwalter propagieren das Bild einer besseren, harmonischeren und menschlicheren Welt, in der sich jeder frei von Bindungen entfalten kann. Sie übersehen dabei, dass eine Grundregel des menschlichen Zusammenlebens lautet, dass jeder einzelne sich nur soweit entfalten kann, wie er andere in deren Freiheit nicht beeinträchtigt.

### 3.1 GRUPPIERUNG FREISTAAT PREUSSEN

Bundesweit gibt es mehrere Gruppierungen mit dem Namen Freistaat Preußen. In Schleswig-Holstein ist ein Freistaat Preußen mit der Provinz Schleswig-Holstein vertreten. Auch der Freistaat Preußen negiert die Existenz der Bundesrepublik Deutschland als souveräner Staat. Mitglieder behaupten für sich Staatsangehörige des souveränen Freistaates Preußen zu sein und sehen sich nicht als deutsche Staatsangehörige. Der Provinz Schleswig-Holstein des Freistaats Preußen werden etwa 25 Personen zugerechnet.

In einem Formular zur Personenstandserklärung, die der Freistaat Preußen im Internet zum Ausfüllen mit dem eigenen Namen zur Verfügung stellt, wird die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Staatenlosigkeit gleichgesetzt:

„Die zuständigen Verwaltungsbehörden der Bundesrepublik Deutschland / Deutschland / Germany / BRD / Bund etc. pp., sind selbst nicht berechtigt, die tatsächliche Staatsangehörigkeit in einem Glied-/ Bundesstaat, gemäß § 1 RuStAG vom 22. Juli 1913, eines völkervertragsrechtlich existierenden Staates, für mich den Mann Max, aus dem Hause Mustergeburtsname, Familienname Mustermann, festzustellen und verleihen gemäß nationalsozialistischen Gleichschaltungsgesetzen die deutsche Staatsangehörigkeit gemäß StAG vom 5. Februar 1934, welche nach weiteren Gleichschaltungen die Staatenlosigkeit bedeutet.“<sup>66</sup>

Die Erklärung kommt zu dem Ergebnis:

„Meine Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Deutschland / Deutschland / Germany / BRD / Bund und in Folge zur Europäischen Union, ist mit Wirkung für die Vergangenheit und für die Zukunft aufgehoben!“<sup>67</sup>

### 3.2 GRUPPIERUNG AMT FÜR MENSCHENRECHTE

Unter dem Oberbegriff Amt für Menschenrechte verbirgt sich ein undurchsichtiges Organisationsgeflecht, dessen führender Kopf in Niedersachsen wohnt. Eine andere Bezeichnung lautet Deutsches Amt für Menschenrechte. Teil- bzw. Untergruppierungen nennen sich Internationales Zentrum für Menschenrechte, Deutsches Zentrum für Menschenrechte, Zentralrat Europäischer Bürger, Zentralrat Deutscher Staatsbürger oder Gerichtshof der Menschen. Insgesamt ist die Ideologie des Amtes für Menschenrechte diffus. Kernpunkt ist aber, wie in der Reichsbürgerbewegung üblich, die Leugnung der Legitimität der Bundesrepublik Deutschland. Die Anhänger sehen sich als außerhalb dieser Rechtsordnung ste-

---

66 [https://freistaat-preussen.world/application/files/3015/0214/3647/Personenstandserklaerung-Willenserklaerung-AHB\\_Mann\\_2017-02-25.doc](https://freistaat-preussen.world/application/files/3015/0214/3647/Personenstandserklaerung-Willenserklaerung-AHB_Mann_2017-02-25.doc); zuletzt eingesehen am 12.01.2018.

67 Ebd.

hend. Das Amt für Menschenrechte hat sich eine eigene UMR-Verfassung<sup>68</sup> gegeben und diese 2009 an die Bundesregierung und Behörden der Länder verschickt. Da von dort kein Widerspruch erfolgte, sieht es seine Verfassung als rechtswirksam an:

„Die UMR-Verfassung vom Amt für Menschenrechte [vom 22.11.2009] ist [am 15.12.2009] notariell an das Bundeskanzleramt, Bundespräsidialamt, Bundestag, Bundesrat und vielen anderen Behörden der Bundesrepublik und der Länder gesandt worden. Ein Widerspruch ist nicht erfolgt. Der Akt wurde im deutschen Amtsblatt veröffentlicht und ist rechtswirksam und rechtsverbindlich in Deutschland.“<sup>69</sup>

Mit kruden und fachlich unhaltbaren Begründungen geben Reichsbürger in Schreiben an Behörden häufig vor, „geistig lebendige Menschen“ zu sein, deren Rechte allerdings ausschließlich von einem sogenannten Amt für Menschenrechte vertreten werden. Der Bundesrepublik Deutschland wird jegliche Legimitation und Zuständigkeit für die Angehörigen dieses Amtes abgesprochen. In einem der Verfassungsschutzbehörde vorliegenden Schreiben heißt es dazu:

„Ich unterstehe [nach Art. 1 GG (sic)] der Gerichtsbarkeit der Gemeinschaft der lebenden Menschen und werde in meinen Menschenrechten vom Amt der Menschen, [...] ungestört vertreten (Art. 1-4, 25, 140 GG iVm. Art. 137(3) WRV, Art. 6 EGBGB). Zuständigkeit: Gerichtshof der Menschen, [...]“

In Schleswig-Holstein ist eine im Kreis Schleswig-Flensburg wohnhafte Person Funktionär und Ansprechpartner für das Amt für Menschenrechte. Anhänger der Gruppierung sind durch entsprechende Schreiben an Behörden aufgefallen.

### 3.3 UNORGANISIERTE ANHÄNGER DER REICHSBÜRGERBEWEGUNG

Unorganisierte Anhänger der Reichsbürgerbewegung fallen in Schleswig-Holstein ebenfalls mit Schreiben an Behörden auf, in denen die in der Szene typischen Begriffe und Argumente verwendet werden, beispielsweise Firma BRD, Firma Gemeinde, Absender Mann/Frau .... aus der Familie .....<sup>70</sup>, oder generell die Leugnung der Bundesrepublik oder die Abgabe einer Lebenderklärung mit dem Ziel, sich aus der Rechtsordnung der BRD abzumelden.

---

68 Der Begriff UMR-Verfassung ist ein eigener Begriff des Amtes für Menschenrechte und steht für Verfassung der Universellen Menschenrechte.

69 [http://frickeltech.lima-city.de/systemdesign/erklaerung\\_zum\\_personenstand.pdf](http://frickeltech.lima-city.de/systemdesign/erklaerung_zum_personenstand.pdf); zuletzt eingesehen am 29.01.2018.

70 Sprachgebrauch der Reichsbürger.

Zum ungebundenen Personenpotenzial gehören auch Personen, die die Reichsbürgerideologie in der Hoffnung nutzen, sich dadurch staatlichen Forderungen zu entziehen. Auf Internetseiten der Reichsbürgerbewegung gibt es zu unterschiedlichen Themen entsprechend vorformulierte Schreiben oder Argumentationshilfen. Wer solche Angebote übernimmt und sich damit an staatliche Stellen wendet, liefert den Verfassungsschutzbehörden grundsätzlich tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass er der Reichsbürgerbewegung angehört.

#### 4 Herausragende Beispiele für Kriminalität mit Bezug zur Reichsbürgerideologie

Gegen etwa fünf Prozent der rund 230 als Reichsbürger identifizierten Personen wurden im Berichtsjahr strafrechtliche Maßnahmen eingeleitet, beispielsweise wegen unzulässiger Verwendung von hoheitlichen Zeichen und Siegeln, wegen des Vortäuschens von Straftaten, wegen Volksverhetzung, Betrugs, Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte, Amtsanmaßung, Missbrauchs von Titeln oder wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz.

Bemerkenswert ist, dass Angehörige der Reichsbürgerbewegung trotz staatlicher Sanktionen etwa im Rahmen von Vollstreckungsmaßnahmen und Durchsuchungen an ihrer Überzeugung uneingeschränkt festhalten, wodurch es im Einzelfall zu teilweise massiven Widerstandshandlungen kommen kann.

Im Kreis Ostholstein verübte ein Anhänger der Reichsbürgerbewegung im Frühjahr einen Brandanschlag auf ein Polizeigebäude. Er warf einen Molotowcocktail gegen das Gebäude, wobei er ein Fenster nur knapp verfehlte. Der Tatverdächtige war bereits wegen Beleidigung, gefährlicher Körperverletzung, Volksverhetzung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte aufgefallen.

Eine andere Person wehrte sich mit der Begründung, er sei Reichsbürger, derart heftig gegen eine polizeilich angeordnete Blutentnahme, dass dabei ein Polizeibeamter verletzt wurde.

#### 5 Mitgliederentwicklung der Reichsbürgerbewegung in Schleswig-Holstein 2015 bis 2017

<b>Mitgliederentwicklung der Reichsbürgerbewegung</b>			
	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
<b>Reichsbürger insgesamt</b>	24	54	230

Abbildung 13: Mitgliederentwicklung der Reichsbürgerbewegung

Dabei teilt sich die Altersstruktur der 230 bestätigten Reichsbürger wie folgt auf, darunter waren 22 % Frauen und 78 % Männer.

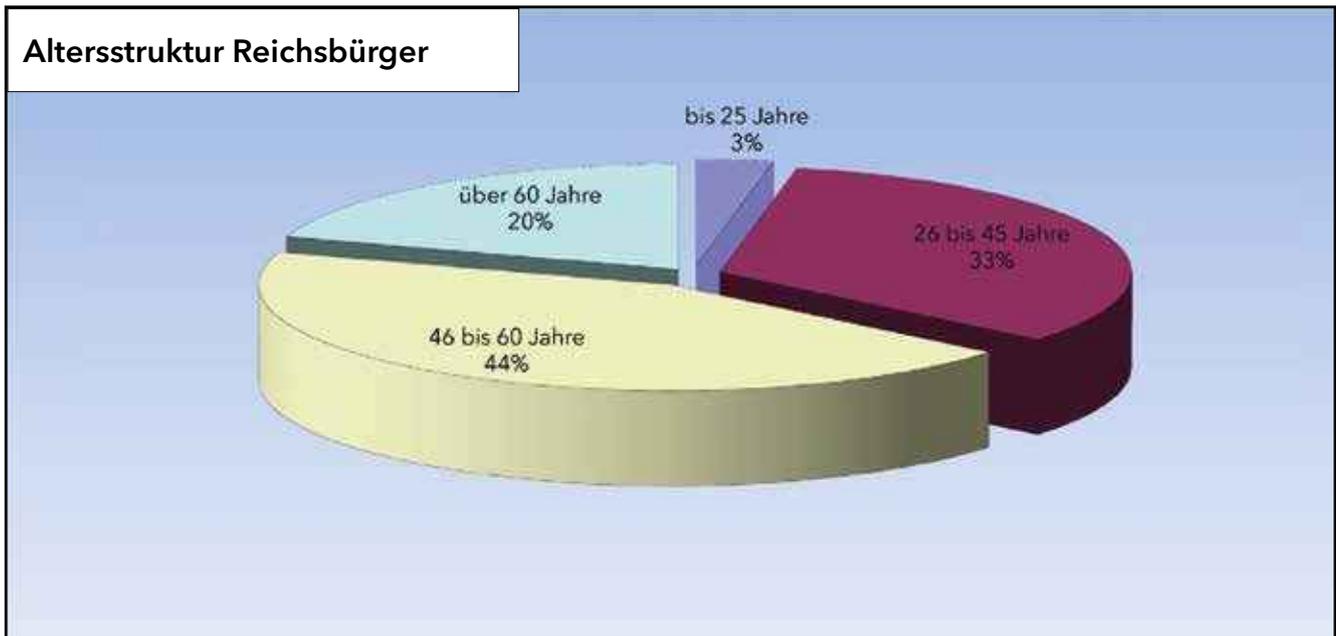


Abbildung 14: Altersstruktur Reichsbürger

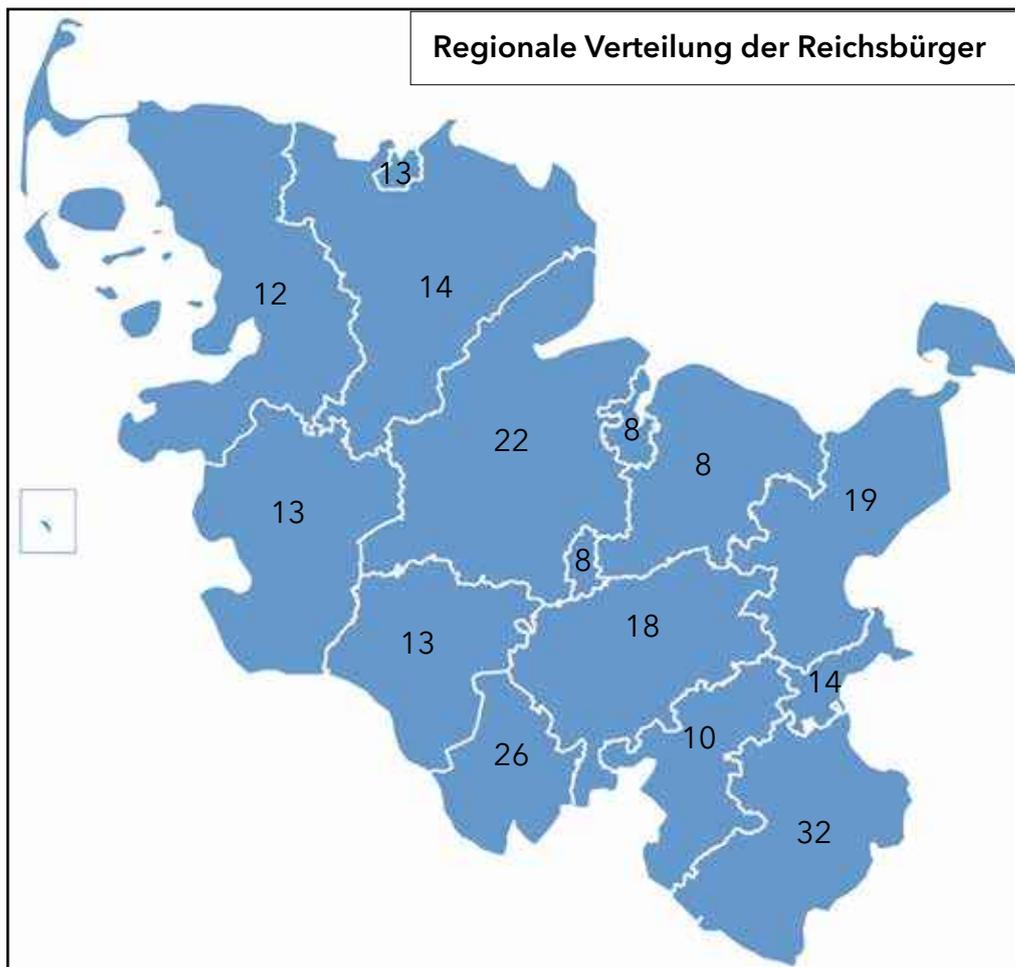


Abbildung 15: Regionale Verteilung der Reichsbürger

## V Linksextremistische Bestrebungen

### 1 Überblick

Das linksextremistische Personenpotenzial liegt mit 670 konstant auf dem Niveau der beiden Vorjahre. Innerhalb der linksextremistischen Strömungen ist jedoch eine leichte Verschiebung hin zum autonomen Spektrum zu verzeichnen, das einen Zuwachs von zehn Anhängern erfuhr. Im dogmatischen Spektrum war ein Rückgang von zehn Anhängern feststellbar. Diese Verschiebungen deuten nach zwei Jahren der Stagnation auf eine Fortsetzung der Trendwende in der Zusammensetzung des Gesamtpersonenpotenzials der linksextremistischen Szene hin (siehe V 6). Insbesondere macht sich die langanhaltende Überalterung des dogmatischen Spektrums, hauptsächlich bei der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), durch Mitgliederschwund, verbunden mit einer mangelnden Mitgliederneugewinnung, bemerkbar. Es ist zu erwarten, dass dieser Abwärtstrend in den nächsten Jahren anhalten wird. Die autonome Szene hat hingegen je nach gebotenen Anlässen das Potenzial, neue Anhänger zu gewinnen. Sie ist in ihrer Gesamtheit jedoch sehr unbeständig und hat auch regelmäßig Abgänge zu verzeichnen. Daher ist in naher Zukunft mit einer Stagnation bzw. einer nur leichten Erhöhung ihres Personenpotenzials zu rechnen. Die gesamte Szene konnte im Berichtsjahr erneut nicht von den politischen Spannungsfeldern profitieren und daher keinen großen Zulauf aus dem bürgerlichen Spektrum für eine planmäßige politische Mitarbeit verzeichnen.

Das gewaltorientierte Personenpotenzial ist im Berichtsjahr leicht auf 325 angestiegen (2016: 310). Diese Erhöhung resultiert unter anderem aus dem Anstieg des Personenpotenzials in der autonomen Szene aufgrund des dort feststellbaren Erlebnischarakters in der Anti-AfD-Agitation und den G20-Protesten. Im Berichtszeitraum wurden von der Polizei 343 (2016: 237) Straftaten im Bereich der politisch motivierten Kriminalität-links (PMK-links) erfasst (siehe 5). Dem Bereich der Gewalttaten sind hierbei mit 19 (2016: 67) ca. 6 Prozent aller Straftaten zuzurechnen. Der starke Anstieg der sonstigen Straftaten ist auf die hohe Anzahl an beschädigten, zerstörten bzw. entwendeten Wahlplakaten anlässlich der Landtagswahl im Mai und der Bundestagswahl im September zurückzuführen. Die deutliche Abnahme der Gewalttaten im Vergleich zum Vorjahr beruht auf fehlenden Anlässen zur Gewaltausübung wie z. B. großen rechtsextremistischen Demonstrationen oder der Räumung der Luftschlossfabrik in Flensburg.

### **Antirassismus und Antifaschismus als Themenschwerpunkt**

Der Themenschwerpunkt der linksextremistischen Szene lag im Berichtszeitraum auf den traditionellen Aktionsfeldern Antifaschismus und Antirassismus. Von Beginn des Berichtszeitraums bis zur Landtagswahl im Mai und wiederum von Beginn des Wahlkampfes bis zur Bundestagswahl im September stand wie auch im Vorjahr die Bekämpfung der erstarkten

Partei AfD im Fokus der Szene (siehe V 4.1). Vorrangiges Ziel der Aktionen war die massive Störung des Wahlkampfes der AfD, um den Einzug der Partei in das Landes- sowie das Bundesparlament zu verhindern. Dieses Ziel wurde verfehlt. Linksextremisten werteten ihre Agitation gegen die AfD dennoch als Erfolg, da die Partei im Bundesvergleich deutlich weniger Stimmenanteile erhielt als in vielen anderen Ländern.

Mit der Bekämpfung der AfD widmete sich die linksextremistische Szene einem Aktionsfeld, das in hohem Maße an das bürgerlich-demokratische Spektrum der Gesellschaft anchlussfähig ist. Insbesondere die autonome und postautonome linksextremistische Szene, hier vor allem die Interventionistische Linke (IL), greift regelmäßig gesamtgesellschaftlich relevante Themen auf, die ein zivilgesellschaftliches Engagement geradezu provozieren. Dadurch sind diese Themen für Linksextremisten in besonderem Maße geeignet, über das extremistische Spektrum hinausgehende Bündnisse mit dem bürgerlichen Spektrum einzugehen. Speziell die IL strebt diese Bündnisse an, um die übergreifenden Themenfelder als Plattform für ihr primäres Ziel zu nutzen, den bestehenden Rechtsstaat zu bekämpfen und schlussendlich zu überwinden. Gerade im Zusammenwirken des extremistischen mit dem bürgerlichen Spektrum liegt die Schwierigkeit der Abgrenzung des von Linksextremisten verfolgten Kampfes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und dem u. a. von bürgerlichen Kräften verfolgten legitimen gesellschaftlichen Anliegen. Insbesondere in der Anti-AfD-Agitation, aber auch grundsätzlich in allen antifaschistischen oder antirassistischen Zusammenhängen, besteht eine Vermischung des extremistischen und des bürgerlichen Spektrums. Die Zuordnung der beteiligten Personen und Gruppierungen zu den einzelnen Spektren stellt die besondere Herausforderung im Vergleich zu anderen Ausprägungen des politischen Extremismus dar.

## **G20-Gipfel in Hamburg**

Ein weiterer Themenschwerpunkt lag im Berichtszeitraum auf den Aktionsfeldern Antikapitalismus und Antirepression im Zusammenhang mit den Gegenprotesten zum G20-Gipfel im Juli in Hamburg. Im Vorfeld fanden auch in Schleswig-Holstein Mobilisierungsveranstaltungen zur Protestplanung statt. Die intensive Mobilisierung wurde jedoch über die gesamte linksextremistische Szene hinweg nur sehr verhalten in konkrete Protestbeteiligungen umgesetzt. Insgesamt nahmen schleswig-holsteinische Linksextremisten in einer Gesamtzahl im unteren dreistelligen Bereich an den Protesten teil. Im Nachgang der Proteste solidarisierte sich die linksextremistische Szene mit den Inhaftierten und sonstigen von angeblicher staatlicher Repression Betroffenen im G20-Kontext. Insbesondere erfolgten die Solidaritätsbekundungen über das Internet bzw. im Rahmen einer Spontandemonstration im September in Kiel.

Während dieser Demonstration wurde zudem das Ende August ergangene Verbot der linksextremistischen Internetplattform [www.linksunten.indymedia.org](http://www.linksunten.indymedia.org) thematisiert. Linksex-

tremisten solidarisierten sich mit den ehemaligen Betreibern des bis zum Verbot wichtigsten Mediums der linksextremistischen Szene. In Schleswig-Holstein waren in diesem Zusammenhang vereinzelte Resonanzstraftaten zu verzeichnen (siehe V 5). Eine nachhaltige Schwächung der Szene durch den Wegfall ihrer bedeutendsten Internetseite ist nicht zu beobachten, vielmehr nutzt sie jetzt intensiver andere, bereits vorhandene Kommunikationswege.

Parteien und Gruppierungen des dogmatischen Linksextremismus (siehe V 3.1) sind zunehmend bedeutungslos im schleswig-holsteinischen Linksextremismus. Ihr geringes Betätigungsniveau hält bereits mehrere Jahre an und eine Trendwende ist nicht absehbar. Aufgrund der Überalterung und des fehlenden Nachwuchses ist die Aktionsfähigkeit sehr gering. Es fehlen weiterhin Protagonisten, die in der Lage wären, politische Impulse zu geben und auch öffentlichkeitswirksam umzusetzen. Es ist derzeit nicht zu erwarten, dass der dogmatische Linksextremismus kurz- bis mittelfristig wieder an Bedeutung gewinnen wird.

### **Die undogmatische Szene als prägende Kraft**

Die undogmatische Szene ist unverändert die prägende Kraft des Linksextremismus in Schleswig-Holstein (siehe V 3.2). Von ihr gehen die stärksten Impulse für eine öffentlichkeitswirksame, politische Betätigung aus. Sowohl in der Anti-AfD-Agitation als auch im Zusammenhang mit den G20-Gegenprotesten ist sie öffentlich in Erscheinung getreten und bestimmt die Außenwirkung des gesamten Linksextremismus. Die Städte Lübeck und Kiel waren wie in den Vorjahren die Schwerpunkte linksextremistischer Aktivitäten der undogmatischen Szene. In beiden Städten ist eine hohe Aktionsbereitschaft der autonomen Szene vorhanden, die bis an den Hamburger Stadtrand und Neumünster ausstrahlt. Daneben existiert auch in Flensburg eine aktive autonome Szene, die sich stetig entwickelt.

Die Rote Hilfe e.V. (siehe V 3.1.4) unterstützt als Solidaritätsorganisation Betroffene von aus ihrer Sicht staatlicher Repression. Sie unterstützt und fördert unter anderem die gesamte linksextremistische Szene in der Durchsetzung ihrer Ziele. Im Berichtszeitraum engagierte sie sich vornehmlich für die infolge der G20-Proteste Inhaftierten und Angeklagten.

Im Berichtsjahr agierte die linksextremistische Szene in Schleswig-Holstein auf einem höheren Niveau als im Vorjahr. Im Kontext der Anti-AfD-Agitation war das undogmatische Spektrum im Rahmen von Bündnissen und Kampagnen sehr präsent und störte die Wahlkämpfe der Partei intensiv. Insbesondere die klassische autonome Szene zeigte ihre weiterhin bestehende, hohe Aktionsbereitschaft und Gewaltorientierung, auch wenn sich die konkrete Gewaltausübung auf einem weitaus geringeren Niveau als im Vorjahr bewegte. Im Berichtsjahr fehlte es den Linksextremisten als überwiegend anlass- und ereignisbezogen reaktiv handelnder Szene schlicht an Gelegenheiten für dauerhafte linksextremistische Betätigungen. Die NPD als Hauptgegner vergangener Jahre ist bedeutungslos geworden und hat im Berichtszeitraum keine nennenswerten Aktivitäten entfaltet, ebenso wie die wei-

tere rechtsextremistische Szene. So zeigte sich nach dem Landtagswahlkampf eine gewisse Trägheit innerhalb der linksextremistischen Szene, die sie nur bedingt für die G20-Proteste überwinden konnte. Erst zum Wahlkampfauftakt der Bundestagswahl ging die Szene erneut intensiv gegen die AfD vor.

Die linksextremistische Szene beschränkte sich wie in den Vorjahren überwiegend auf regionale Betätigungen und entfaltete überregional trotz vorhandener Einzelanlässe keine großen Aktivitäten.

### **Gefährdungspotenzial**

Es ist auch nach den G20-Protesten in Hamburg nicht erkennbar, dass von der hiesigen linksextremistischen Szene ein gesteigertes Gefährdungspotenzial ausgehen würde. Soweit sich die hiesige Szene an den Protesten beteiligte, waren diese ein willkommener Anlass für linksextremistische Aktivitäten. Die grundsätzlich vorhandene Aktions- und Gewaltbereitschaft in der schleswig-holsteinischen linksextremistischen Szene erhöhte sich dadurch jedoch nicht zusätzlich.

Zum Ende des Berichtsjahres rief die autonome Szene erneut zu Aktionen gegen die AfD und die NPD auf, auch im Rahmen des Wahlkampfes zur Kommunalwahl im Mai 2018. Das Aktionsniveau wird mit Beginn des Wahlkampfes deutlich ansteigen und es sind erneut Straf- und auch Gewalttaten, insbesondere im Zusammenhang mit der Agitation gegen die AfD, zu erwarten.

Im November 2018 jährt sich der Kieler Matrosenaufstand zum hundertsten Mal. Auch in diesem Kontext dürfte es Aktionen der linksextremistischen Szene geben. Darüber hinausgehende Aktivitäten werden stark von aktuellen Anlässen abhängen. Sofern die rechtsextremistische Szene ihre Aktivitäten steigert, ist auch mit einem deutlichen Anstieg der linksextremistischen Aktionen zu rechnen.

## **2 Wesensmerkmale des Linksextremismus**

Linksextremistische Organisationen, Gruppierungen und Parteien stellen eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar, da ihre verschiedenen Strömungen und Ideologien das gemeinsame Ziel haben, die bestehende, durch das Grundgesetz vorgegebene Staats- und Gesellschaftsordnung revolutionär zu überwinden. An ihre Stelle soll eine sozialistische, kommunistische oder anarchistisch-herrschaftsfreie Gesellschaftsform treten. Linksextremisten erkennen die parlamentarische Demokratie als bestehende Staatsform, in der der Volkswille durch das Parlament vertreten wird, nicht an. Vielmehr wird diese Staatsform als Ausformung des ihrer Ansicht nach kapitalistischen Systems an-

gesehen. Ziel ist daher deren Abschaffung. Unterschiede bestehen, je nach ideologischer Ausrichtung, in den Wegen, die zu diesem Ziel führen sollen.

Schwerpunkte linksextremistischer Agitation liegen auf den Themenfeldern Antifaschismus in enger Verknüpfung mit Antirassismus (siehe V 4.1) sowie Antikapitalismus und Antirepression (siehe V 4.2). Linksextremisten nutzen für ihre Themenfelder positiv besetzte Begriffe, so dass hier zur Klarstellung auf die Bedeutung dieser Begriffe aus linksextremistischer Sicht eingegangen wird:

Das Themenfeld Antifaschismus ist insbesondere für undogmatische Linksextremisten wesentlich. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist eines der wichtigsten eigenen politischen Ziele. Ihr Feindbild sind hierbei jedoch nicht nur rechtsextremistische Strukturen, sondern gerade auch der bestehende Staat selbst. Linksextremisten bewerten den Rechtsextremismus als ein systemimmanentes Merkmal der deutschen Gesellschaftsordnung. Dabei unterstellen sie dem politischen System, den Rechtsextremismus durch aus ihrer Sicht rassistische und faschistische Gesetzgebung bewusst zu fördern. Insbesondere die undogmatischen Linksextremisten (siehe V 3.2) sehen den Einsatz von Gewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung im antifaschistischen Kampf und erkennen das staatliche Gewaltmonopol nicht an. Der revolutionäre Antifaschismus der dogmatischen Linksextremisten richtet sich primär gegen das als rein kapitalistisch empfundene System in Deutschland selbst und verfolgt das Ziel, die gesellschaftlichen Strukturen zu zerschlagen, die ihrer Auffassung nach zwangsläufig Faschismus und Rassismus hervorbringen. Diese grundsätzliche Ablehnung des bestehenden Staatsgefüges bedeutet gleichzeitig auch eine Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Das Themenfeld Antirassismus ist zunehmend mit dem Antifaschismus verknüpft und kann im Rahmen von linksextremistischen Aktivitäten kaum mehr isoliert dargestellt werden. Das linksextremistische Verständnis von Rassismus stützt sich ebenfalls auf die Überzeugung, dass der Staat in seiner Gesamtheit faschistisch und rassistisch sei. Als Ursache für den Rassismus wird die von Klassengegensätzen, Ausbeutung und Unterdrückung geprägte kapitalistische Gesellschaft gesehen. Als eine Ausprägung des Rassismus des Staates gelten die Asylgesetzgebung sowie ausländerrechtliche Regelungen. Das als rassistisch angesehene System könne nur durch eine neue, solidarische Gesellschaftsordnung nach kommunistischem Vorbild überwunden werden. Damit wird die freiheitliche demokratische Grundordnung in Frage gestellt.

Auch der Kampf gegen den Kapitalismus ist ein zentrales Element linksextremistischer Ideologien und kann u. a. auf Ideen von Karl Marx zurückgeführt werden. Dessen Theorie zufolge werden mit der Abschaffung der bestehenden Produktions- und Eigentumsverhältnisse als logische Folge auch die bisherigen Herrschaftsverhältnisse überwunden. Linksextremisten üben nicht nur Kritik am Kapitalismus mit seinen Strukturen und Eigen-

tumsverhältnissen, indem sie soziale Ungerechtigkeiten und Armut anprangern. Vielmehr machen sie den Staat als solches für Faschismus, Repression und Krieg verantwortlich. Das Grundziel des Antikapitalismus ist demnach die Überwindung der kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Das durch die freiheitliche demokratische Grundordnung gewährleistete System der sozialen Marktwirtschaft wird nicht akzeptiert.

In enger Verbindung mit dem Antikapitalismus steht das klassische Aktionsfeld Antirepression. Linksextremisten lehnen den vermeintlich repressiven Staat und seine Institutionen strikt ab und werten staatliches Handeln nahezu ausnahmslos als Repression. Die Legitimation des Staates für entsprechende Regelungen wird nicht anerkannt. Insbesondere Polizisten, die im Rahmen von begangenen Straftaten oder in einem Demonstrationsgeschehen einschreiten, werden als direkte Vertreter dieses repressiven Staates und somit als legitimes Ziel bei Auseinandersetzungen angesehen. Dabei sehen insbesondere die autonomen Linksextremisten die eigene ausgeübte Gewalt als Abwehr der durch Polizisten und das System ausgeübten strukturellen Gewalt. Auch in dieser Haltung kommt die Ablehnung des Staates in seiner Gesamtheit und demzufolge auch der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zum Ausdruck.

### **3 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums**

Die Organisationen und Gruppierungen im Linksextremismus werden einem dogmatischen und einem undogmatischen Bereich zugeordnet.

#### **3.1 DOGMATISCHER LINKSEXTREMISMUS**

Dogmatische Linksextremisten richten ihr politisches Handeln an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Lehren mit dem Ziel aus, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu überwinden. Für diese Ausprägung des Linksextremismus ist das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als wissenschaftliche Ableitung zum revolutionären Handeln charakteristisch. Dogmaten folgen damit der vermeintlich wissenschaftlichen Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels, nach der der Kommunismus die endgültige und vollkommene aller Wirtschafts- und Gesellschaftsformen ist. Konkrete Hinweise und Vorgaben für die Ausgestaltung der neuen Gesellschafts- bzw. Wirtschaftsordnung gaben Marx und Engels nicht. Infolgedessen entwickelten verschiedene kommunistische Politiker und Philosophen wie Lenin, Trotzki, Stalin und Mao Theorien und Strategien, wie der Umsturz und die Neugestaltung der Gesellschaft gelingen könnten.

### 3.1.1 Deutsche Kommunistische Partei

Die DKP wurde im Jahr 1968 gegründet und bildet bis heute den größten Personenzusammenschluss im dogmatischen Linksextremismus. Sie baut auf den Strukturen und der Ideologie der im Jahr 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) auf und bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin als Leitlinie ihres politischen Handelns. Das zentrale Ziel der Partei ist der „revolutionäre Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen“<sup>71</sup> zur Errichtung einer sozialistischen bis hin zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft, in der die „Macht des arbeitenden Volkes verwirklicht wird“<sup>72</sup>. Die DKP richtet sich folglich gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung, die auf den Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung basiert. Diese verfassungsfeindlichen Ziele legitimieren die Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz.

In Schleswig-Holstein sind die DKP-Kreisverbände Kiel und Lübeck/Südost-Holstein aktiv. Sie betätigen sich hauptsächlich in den Themenfeldern Antifaschismus, Antikapitalismus und Antimilitarismus. So nimmt die DKP im Internet regelmäßig Stellung zu aktuellen regionalen und überregionalen Ereignissen und ruft zur Teilnahme an Demonstrationen auf. Hierbei schließt sie sich überwiegend Bündnissen bzw. Aktionen anderer Bewegungen an und wird selten eigeninitiativ tätig.

Im Berichtsjahr unterstützte die Partei die alljährlichen Ostermärsche in Lübeck, Kiel und Wedel (Kreis Pinneberg). Außerdem beteiligte sie sich an einem breiten Bündnis aus Vertretern des bürgerlichen und auch des linksextremistischen Lagers (IL Kiel, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend Kiel (SDAJ)), um während der Kieler Woche am 20. Juni gemeinsam gegen die maritime Sicherheitskonferenz mit dem Titel Kiel International Seapower Symposium (KISS) zu protestieren. Das Bündnis rief unter dem Motto „War starts here – lets stop it here“ zu einer Demonstration auf, an der sich ca. 130 Personen des bürgerlichen, aber auch des linksextremistischen Spektrums beteiligten. Im Anschluss an die friedlich verlaufene Demonstration blockierten ca. 60 Personen der überwiegend linksextremistischen Szene den Bundeswehr-Karriere-Truck an der Kiellinie. Zudem rief die DKP zur Teilnahme an den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg auf (siehe V 4.2).

Für die am 25. September durchgeführte Friedensfahrt auf der Kieler Förde anlässlich der Kieler Novemberrevolution mobilisierte die DKP Kiel im linksextremistischen, aber auch im zivilgesellschaftlichen Spektrum.

Im Berichtsjahr trat die DKP weder zur Landtagswahl noch zur Bundestagswahl an. Sie ist aufgrund des hohen Durchschnittsalters und des sich weiter fortsetzenden Mitglieder-

---

71 <http://www.dkp-online.de/programm/>; zuletzt aufgerufen am 28.11.2017.

72 Ebd..

schwunds nicht in der Lage, aktionsorientiert zu arbeiten. Daher ist nicht zu erwarten, dass von der Partei in Schleswig-Holstein in naher Zukunft neue Impulse ausgehen und sie dadurch an Bedeutung gewinnen wird.

### 3.1.2 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend

Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) ist die Jugend- bzw. Nachwuchsorganisation der DKP. In Schleswig-Holstein ist sie überwiegend in Kiel aktiv. Die SDAJ strebt analog zur Mutterpartei die revolutionäre Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung und die Errichtung einer sozialistischen und weiterführend einer kommunistischen Gesellschaft an. Sie bezeichnet sich selbst als eine „antikapitalistische und revolutionäre Organisation.“<sup>73</sup> Die Beobachtung der SDAJ durch den Verfassungsschutz resultiert aus der Unvereinbarkeit ihrer Ziele mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die SDAJ bemüht sich regelmäßig um die Mitarbeit in Bündnissen des extremistischen, aber auch des nichtextremistischen Spektrums, um ihren Einfluss zu erhöhen. Am 20. Juni beteiligte sie sich wie auch die DKP an Protesten gegen die Durchführung der KISS-Konferenz in Kiel (siehe V 3.1.1).

Außerdem unterstützt sie die linksextremistische Organisation Rote Hilfe e.V. in dem Bemühen, den im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel von Strafverfolgung betroffenen Aktivisten zu helfen.

Am 15. September beteiligte sich die SDAJ an gewerkschaftlich organisierten Streikhandlungen zur Wahrung von Arbeitnehmerrechten und am 25. September an der Friedensfahrt auf der Kieler Förde.

Die SDAJ wird auch in Zukunft zur Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele spektrenübergreifend mit diversen Bündnispartnern zusammenarbeiten und aktionsbezogen in Erscheinung treten. Im Gegensatz zur DKP ist die SDAJ deutlich aktionsbezogener und stärker öffentlich wahrnehmbar.

### 3.1.3 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) wurde 1982 in Bochum gegründet und ist streng maoistisch-stalinistisch ausgerichtet. Sie lehnt wesentliche Verfassungsprinzipien ab und richtet sich in ihrem politischen Handeln gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. In ihrer Satzung belegt sie ihre Verfassungsfeindlichkeit in der Formulierung ihrer Zielsetzung: „Ihr grundlegendes Ziel ist der revolutionäre Sturz der Dik-

---

73 <http://www.sdaj-netz.de/uber-uns/>; zuletzt aufgerufen am 28.11.2017.

tatur des Monokapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.“<sup>74</sup>

Die MLPD engagiert sich im Rahmen von Kampagnen in den unter Linksextremisten gängigen Themenfeldern Antifaschismus, Antiimperialismus und Antimilitarismus. Sie nimmt an Wahlen teil, konnte bisher jedoch keine nennenswerten Erfolge erzielen. Bei der Landtagswahl im Mai trat sie nicht an und bei der Bundestagswahl erreichte sie nur 0,1 Prozent der Zweitstimmen. Die MLPD erhält regelmäßig große Spenden von Einzelpersonen, so dass sie trotz ihrer geringen Bedeutung zu den finanzstärksten linksextremistischen Parteien in Deutschland gehört.

In Schleswig-Holstein ist die MLPD im Landesverband Nord aktiv, dem auch Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern angehören. Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes trat die MLPD mit Wahlplakaten öffentlich in Erscheinung. Weitere öffentlich wahrnehmbare Aktionen waren im Berichtsjahr nicht feststellbar. Es ist nicht zu erwarten, dass die Partei in Zukunft an Bedeutung in der linksextremistischen Szene gewinnen wird.

#### 3.1.4 Rote Hilfe e.V.

Die Rote Hilfe (RH) ist gemäß ihrer Selbstbeschreibung eine „parteionabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“<sup>75</sup>, die „politisch Verfolgte aus dem linken Spektrum unterstützt“<sup>76</sup>. Sie betätigt sich in dem linksextremistischen Themenfeld Antirepression, dabei liegt ihr Arbeitsschwerpunkt sowohl auf der politischen als auch auf der finanziellen Unterstützung von Beschuldigten, Angeklagten und Straftätern aus dem gesamten linksextremistischen Spektrum. Damit bietet sie einen bedeutenden Rückhalt in der linksextremistischen Szene im Kampf gegen die vermeintliche staatliche Repression.

Die RH setzt sich aus Anhängern unterschiedlicher, auch linksextremistischer Ausrichtungen zusammen, die die Überzeugung teilen, dass jede Form der Unterstützung ein Beitrag zur Stärkung der „linken Bewegung“<sup>77</sup> sei. Durch Spenden, Zuschüsse aus Mitgliedsbeiträgen sowie durch Einnahmen aus Solidaritätsveranstaltungen gewährt sie den Betroffenen auf Antrag eine Gesamtkostenbeteiligung von bis zu 50 Prozent sowohl auf Geldstrafen und Geldbußen als auch auf Anwalts- und Prozesskosten.

---

74 <https://www.mlpd.de/partei/grundsätze/organisationspolitische-grundsätze-der-mlpd/view>; zuletzt aufgerufen am 18.12.2017.

75 <https://www.rote-hilfe.de/ueber-uns/ueber-uns>; zuletzt aufgerufen am 28.12.2017.

76 Ebd.

77 Ebd..

Die RH verfolgt mit ihrer Tätigkeit keine eigene Ideologie, sondern leistet Unterstützung für die gesamte linke Szene, unabhängig von ideologischen Unterschieden. Dadurch nimmt sie eine Sonderstellung in der linksextremistischen Szene ein. Allen beteiligten Personen soll bewusst sein, dass sie bei einem „Strafverfahren [...] nicht alleine dastehen. Ist es der wichtigste Zweck der staatlichen Verfolgung, diejenigen, die gemeinsam auf die Straße gegangen sind, durch Herausgreifen Einzelner voneinander zu isolieren und durch exemplarische Strafen Abschreckung zu bewirken, so stellt die Rote Hilfe dem das Prinzip der Solidarität entgegen und ermutigt zum Weiterkämpfen.“<sup>78</sup>

Über die Hilfe im Einzelfall hinaus unterstützt die RH Demonstrationen sowohl finanziell als auch durch Aufrufe und Rechtshilfeberatung. Außerdem organisiert sie regelmäßig Veranstaltungen zu den Themen Rechtshilfe und staatliche Repression und gibt themenbezogene Flugblätter heraus. Vierteljährlich erscheint die Rote Hilfe Zeitung, in der unter anderem über Unterstützungsfälle, Strafverfahren und Demonstrationen berichtet wird. Der Vertrieb dieser Zeitschrift erfolgt über den eigenen, in Kiel ansässigen Literaturvertrieb.

Die RH stellt die Bundesrepublik Deutschland als willkürlich handelnden Staat dar, von dem eine politische Verfolgung ausgeht. Sie stellt das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und der Unabhängigkeit der Gerichte in Frage und erkennt die rechtsstaatliche Ordnung nicht an. Dadurch, dass die RH Straftäter aus unterschiedlichen Bereichen der linksextremistischen Szene in erheblichem Maße finanziell und solidarisch unterstützt, ermutigt sie Linksextremisten, für ihre Ziele weiterzukämpfen. Dabei geht es der RH nicht in erster Linie um Rechtshilfe, sondern um die Bekämpfung des Staates. Aus diesem Grund wird die RH durch den Verfassungsschutz beobachtet.

Die RH hat über 8.000 Mitglieder, die bundesweit in über 50 Ortsgruppen organisiert sind. In Schleswig-Holstein existieren zwei Ortsgruppen in Kiel und Lübeck.

Im Vorfeld des G20-Gipfels im Juli führte die RH-Ortsgruppe Kiel gemeinsam mit der jeweils örtlichen autonomen Szene unter anderem in Kiel und Flensburg Informationsveranstaltungen unter dem Motto: „G20 - Was tun wenn's brennt?“<sup>79</sup> durch. Dabei frischten sie „in Anbetracht des zu erwartenden massiven Aufgebots an Polizei“<sup>80</sup> den Umgang mit Repression auf. Es sei nicht das Ziel der Veranstaltung gewesen, „Angst vor Festnahmen, Strafverfolgung und Polizeigewalt“<sup>81</sup> zu erzeugen, sondern sich „gemeinsam bestmöglich für solche Fälle zu wappnen.“<sup>82</sup>

---

78 Ebd..

79 <https://g20kielholen.blackblogs.org/2017/06/22/veranstaltung-g20-was-tun-wenns-brennt/>; zuletzt eingesehen am 20.02.2018.

80 <https://rotehilfeogkiel.gaarden.net/do-15-6-was-tun-wenns-brennt-in-flensburg/>; zuletzt aufgerufen am 23.11.2017.

81 Ebd.

82 Ebd.

Im Nachgang des G20-Gipfels führte die Kieler Ortsgruppe der RH entsprechende Nachbereitungstreffen zu den Protesten durch, die aus ihrer Sicht von „massiver Repression und Polizeigewalt“<sup>83</sup> geprägt waren. In diesem Themenzusammenhang initiierte die RH die bundesweite Kampagne „United we stand“<sup>84</sup>, die auch in Schleswig-Holstein breite Unterstützung fand. In dem gleichnamigen Aufruf hebt sie hervor, dass es „der Unterstützung Einzelner“<sup>85</sup> bedarf, „aber auch eines geschlossenen Zusammenstehens gegen die Repression“<sup>86</sup> mit dem Ziel einer strömungsübergreifenden und internationalen Solidaritätskampagne:

„Trotz all ihrer Hetze vor, während und nach dem Gipfel ist es weder den Medien noch den Sicherheitsbehörden gelungen, uns zu spalten. Und das wird ihnen auch jetzt nicht gelingen! Auch wenn dieser Gipfel zu Ende ist, unser Kampf für eine bessere Welt ohne Krieg, Ausbeutung, Unterdrückung und Knäste ist es nicht.“<sup>87</sup>

Die RH wird auch in Zukunft einen großen Einfluss innerhalb der linksextremistischen Szene haben. Über die Jahre konnte sie einen enormen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Eine rückläufige oder stagnierende Tendenz dieser Entwicklung ist derzeit nicht ersichtlich, so dass die Bedeutung der RH weiter wachsen wird.

### 3.2 UNDOGMATISCHER LINKSEXTREMISMUS

Der undogmatische Linksextremismus zeichnet sich im Kern durch seine wandlungsfähige Ideologie aus. Er wird insbesondere durch die Lehren des Anarchismus, Kommunismus und die Erkenntnisse des Marxismus geprägt, die jedoch im Gegensatz zum dogmatischen Linksextremismus nicht als starre Glaubenssätze angesehen werden; vielmehr werden sie hinterfragt. Eine Anpassung an die aktuelle politische Situation und die heute bestehende Lebenswirklichkeit ist ausdrücklich möglich und gewollt.

Im Bereich des undogmatischen Linksextremismus gibt es zwei wesentliche Untergliederungen, zum einen die klassischen Autonomen und zum anderen die Postautonomen, die in Schleswig-Holstein in der IL aktiv sind.

---

83 <https://rotehilfeogkiel.gaarden.net/16-6-offenes-nachbereitungstreffen-zu-den-g20-protesten/>; zuletzt aufgerufen am 28.12.2017.

84 <https://www.rote-hilfe.de/77-news/825-united-we-stand-2>; zuletzt aufgerufen am 20.02.2018.

85 <https://rotehilfeogkiel.gaarden.net/do-15-6-was-tun-wenns-brennt-in-flensburg/>; zuletzt aufgerufen am 23.11.2017.

86 <https://rotehilfeogkiel.gaarden.net/united-we-stand-unterstuetzt-die-g20-gefangenen/>; zuletzt aufgerufen am 28.12.2017.

87 Ebd..

### 3.2.1 Autonome

Die klassischen Autonomen stellen die große Mehrheit im Spektrum der undogmatischen Linksextremisten. Sie berufen sich im Gegensatz zu dogmatischen Linksextremisten nicht auf eine einheitliche Ideologie, sondern bilden aus Fragmenten anarchistischer und kommunistischer Ideen ein spezifisches Weltbild. Diese Fragmente werden durch die eigene Individualität und die aktuelle Lebenssituation der einzelnen Personen geprägt und an das persönliche Umfeld angepasst.

Die autonome Weltanschauung ist grundsätzlich durch Organisations- und Bündnisfeindlichkeit, Hierarchiefeindlichkeit sowie eine ausgeprägte Gewaltorientierung gekennzeichnet, die z. B. in gewalttätigen Ausschreitungen bei der Eröffnung der Europäischen Zentralbank<sup>88</sup> im März 2015 in Frankfurt am Main und während des G20-Gipfels im Juli in Hamburg (siehe V 4.2) deutlich wurde. Autonome lehnen feste Organisationsformen und hierarchische Strukturen ab und treffen sich in losen Zusammenschlüssen, die zumeist unbeständig sind. Das hat zur Folge, dass sich Gruppierungen schnell gründen und auflösen. Außerdem gibt es in der personellen Zusammensetzung eine hohe Fluktuation. Zudem lehnen klassische Autonome Bündnisse mit szenefremden Gruppen, insbesondere nicht-extremistischen Organisationen, grundsätzlich ab. Sie wollen so ihre Unverbindlichkeit erhalten und sich nicht einem organisierten Willen unterwerfen. Außerdem stärken Nichtextremisten ihrer Ansicht nach das System, das Autonome gerade überwinden und nicht nur modifizieren wollen. Autonome setzen zur Erreichung ihrer Ziele uneingeschränkt die ihrer Meinung nach dazu erforderlichen Mittel ein. Dadurch wird auch der Einsatz von Gewalt gerechtfertigt, der während jahrelanger Gewaltdebatten ins Selbstverständnis der autonomen Szene übergegangen ist.

Auf Grundlage der oben genannten Merkmale streben Autonome die Verwirklichung eines selbstbestimmten herrschaftsfreien Lebens in Freiräumen ohne staatlichen Einfluss an. Sie verorten die eigene Subkultur außerhalb der Gesellschaft, deren Regeln sie ohnehin nicht anerkennen. Dadurch empfinden sie das durch die Polizei ausgeübte Gewaltmonopol des Staates als Repression, gegen die nach Ansicht der Szene Gegengewalt zulässig und geboten ist. Daraus folgt, dass die autonome Szene die bestehende Verfassungsordnung kategorisch ablehnt. Ihr politisches Handeln ist somit nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar, weshalb die autonome Szene vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Autonome Szenen finden sich typischerweise in größeren Städten. In Schleswig-Holstein liegen die autonomen Schwerpunkte in Kiel und Lübeck. In beiden Städten existieren

---

88 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2015, S. 69: [http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/V/verfassungsschutz/Downloads/Berichte/Verfassungsschutzbericht\\_2015.pdf;jsessionid=75A5C73F-3BD561DD4D29FF93FD33E35F?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/V/verfassungsschutz/Downloads/Berichte/Verfassungsschutzbericht_2015.pdf;jsessionid=75A5C73F-3BD561DD4D29FF93FD33E35F?__blob=publicationFile&v=4), zuletzt aufgerufen am 21.03.2018.

selbstverwaltete Zentren und Szenetreffpunkte, wie in Kiel die Alte Meierei sowie in Lübeck die alternative e.V., kurz Walli genannt. Außerdem spielen insbesondere Wohngemeinschaften eine wichtige Rolle bei der Bildung subkultureller Strukturen linksextremistischer Autonomen.

Das politische Handeln der klassischen Autonomen ist abhängig von aktuellen politischen Themenfeldern. Sie agieren grundsätzlich anlassbezogen und in hohem Maß aktionsorientiert. Dabei nutzt die Szene demonstrative bis hin zu militanten, gewalttätigen Aktionsformen.

Die wichtigsten Aktionsfelder der autonomen Szene lagen im Berichtsjahr im Eingreifen in die Wahlkämpfe zum Landtag im Mai sowie zum Bundestag im September und in den Aktionen anlässlich des G20-Gipfels im Juli in Hamburg. Darüber hinaus setzte insbesondere die Lübecker autonome Szene den Fokus auf die Bekämpfung der rechtsextremistischen IB. Sie unterzog die IB einer umfangreichen Recherche, in deren Folge mehrere IB-Mitglieder geoutet wurden, indem sie im Internet oder im persönlichen Umfeld als Rechtsextremisten bloßgestellt wurden. Solche Outings werden von Linksextremisten als probates Mittel im Kampf gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten angesehen.

Im Jahresverlauf kam es zu diversen Straf- und auch Gewalttaten zum Nachteil von IB-Mitgliedern, die im Kapitel 5 dieses Abschnitts gesondert beschrieben sind.

Die Aktionen der autonomen Szene haben im Berichtsjahr erneut die Außenwahrnehmung des Linksextremismus geprägt. Im Berichtsjahr hat sich die Szene insgesamt vorwiegend auf regionale Anlässe und Betätigungsfelder beschränkt. Die autonome Szene wird auch zukünftig die prägende Kraft in der linksextremistischen Szene sein.

### 3.2.2 Interventionistische Linke

Die IL ist eine wachsende bundesweite Organisation mit über 30 Ortsgruppen. In Schleswig-Holstein existieren zwei bedeutende Ortsgruppen in Kiel und Lübeck sowie eine kleine, eher unbedeutende in Norderstedt. Sie entwickelte sich aus einem zunächst losen Netzwerk von überwiegend linksextremistischen Gruppen und Einzelpersonen, die ursprünglich dem autonomen Spektrum entstammten. Diese wollten die Unverbindlichkeit der autonomen Szene überwinden und eine kontinuierliche Arbeitsweise mit allgemeiner politischer Ausrichtung aufbauen, um nachhaltige Ergebnisse zu erreichen. Daher wird im Zusammenhang mit dieser Ausprägung der linksextremistisch-undogmatischen Szene von Postautonomen gesprochen.

Der Zusammenschluss zu einer großen und auf Dauer angelegten Organisation, die weiterhin aus lokal geprägten Gruppierungen besteht, soll die öffentliche Wahrnehmbarkeit

im Vergleich zu einer Kleingruppe deutlich erhöhen. Zu diesem Zweck forciert die IL auch ausdrücklich Bündnisse mit Personen und Organisationen des bürgerlichen, demokratischen Spektrums. Dadurch sollen langfristig neue Anhänger für ihre verfassungsfeindlichen Ziele zur Vergrößerung der eigenen personellen Basis gewonnen werden. Kurzfristig gesehen kann die IL zudem auf ein größeres Mobilisierungspotenzial für Aktionen und Demonstrationen zurückgreifen. Um diese Bündnisfähigkeit ins demokratische Spektrum zu erhalten, verzichtet die IL trotz grundsätzlich bestehender Gewaltorientierung aus taktischer Überlegung heraus meistens auf die Ausübung von Gewalt.

Die verschiedenen Ortsgruppen eint ein gemeinsames Grundverständnis über die Ziele der IL, in Detailfragen sind jedoch aufgrund der unterschiedlichen ideologischen und regionalen Herkunft heterogene Auffassungen vorhanden. Diese Divergenzen verhinderten bisher ein endgültiges, einheitliches Grundsatzprogramm der IL. Am 11. Oktober 2014 veröffentlichte die IL unter dem Titel „IL im Aufbruch - ein Zwischenstandspapier“<sup>89</sup> ein „vorläufiges Ergebnis einer mehrjährigen Diskussion“<sup>90</sup>.

Darin führt die IL zu ihren vereinbarten Zielen aus:

„Die Politik der IL orientiert sich am langfristigen strategischen Ziel einer radikalen Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse [...]. Notwendiger Bestandteil einer solchen radikalen Transformation ist der revolutionäre Bruch [...]. Um den Weg zu einer befreiten Gesellschaft freizumachen, braucht es die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Kapitalverwertung, auf denen die ökonomische Macht basiert, und die Überwindung des bürgerlichen Staatsapparates, als Garant dieser Eigentumsordnung.“<sup>91</sup>

Die IL strebt demnach die Überwindung des bestehenden Staates und des Kapitalismus durch einen revolutionären Bruch an. Diese verfassungsfeindlichen Ziele legitimieren die Beobachtung der IL durch den Verfassungsschutz.

Aus dem Zwischenstandspapier ergibt sich zudem unmittelbar das taktische Verhältnis der IL zur Gewaltfrage:

„Die Überwindung des Kapitalismus ist letztlich eine Machtfrage und wir wissen, dass die Gegenseite ihre Macht mit allen Mitteln verteidigen wird. [...] Wir bewegen uns dabei in dem Widerspruch, dass unsere Politik einerseits darauf gerichtet ist, die Gewalt und die gewalttätigen gesellschaftlichen Verhältnisse zu überwinden, und wir andererseits um den Charakter und die Schärfe des weltweiten Kampfes gegen die herrschende Ordnung wissen. Unsere Mittel und Aktionsfor-

---

89 <http://www.interventionistische-linke.org/positionen/il-im-aufbruch-ein-zwischenstandspapier>; zuletzt abgerufen am 30.11.2017.

90 Ebd.

91 Ebd., Gliederungsnummer 8.

men, defensive wie offensive, bestimmen wir also strategisch und taktisch in den jeweiligen Situationen, so wie wir sie verantworten können, und entlang unserer grundsätzlichen Ziele und der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die wir vorfinden und verändern. Es geht uns darum, die kollektive Fähigkeit herzustellen, die Wahl der Mittel nach unseren Zielen selbst zu bestimmen.“<sup>92</sup>

Der IL ist es bisher nicht gelungen, sich auf ein abschließendes Grundsatzprogramm zu verständigen. Die Ortsgruppen haben derart heterogene Vorstellungen, dass zu viele unterschiedliche und nicht miteinander vereinbare Positionen existieren, die ein konkretes, gemeinsames politisches Handeln verhindern. In der Außenwahrnehmung ist die IL lediglich ein Organisator und Dienstleister für das linksextremistische Spektrum, der die Verbindung zum demokratischen Spektrum herstellt. Wenn die IL ihre internen Unstimmigkeiten nicht auflösen kann, wird sich die eingeschränkte Funktionsfähigkeit in naher Zukunft nicht ändern.

Die wichtigsten Aktionsfelder der IL im Berichtsjahr lagen im Eingreifen in die Wahlkämpfe zum Landtag im Mai und zum Bundestag im September sowie in den Gegenaktionen anlässlich des G20-Gipfels im Juli in Hamburg. Diese Ereignisse sind als Schwerpunktthemen gesondert beschrieben (siehe V 4).

## **4 Schwerpunkte linksextremistischer Aktivitäten**

### **4.1 LINKSEXTREMISTISCHE STÖRAKTIONEN IM WAHLKAMPF**

Die linksextremistische Szene in Schleswig-Holstein nahm das Doppelwahljahr zum Anlass, ihre Aktivitäten in den Themenfeldern Antifaschismus in Verknüpfung mit Antirassismus zu verstärken. Insbesondere die Partei AfD stand dabei erneut im Fokus linksextremistischer Agitation und Aktionen. Sie hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 2013 aufgrund der ihr vorgeworfenen rassistischen, faschistischen, islamfeindlichen und antidemokratischen Inhalte und Propaganda zu einem bundesweit bedeutenden Feindbild der gesamten linksextremistischen Szene entwickelt. Die AfD war für Linksextremisten aufgrund diverser vorangegangener Wahlerfolge bei Landtagswahlen, verbunden mit einer starken öffentlichen Präsenz und einem umfassenden Landtags- und auch Bundestagswahlkampf, Ziel umfangreicher Protestaktionen. Infolgedessen stieg das Aktionsniveau insbesondere der autonomen und postautonomen Linksextremisten erheblich an. Eine Beteiligung des Parteien- und Organisationsspektrums innerhalb des dogmatischen Linksextremismus an Aktionen gegen die AfD war hingegen kaum öffentlich wahrnehmbar.

---

92 Ebd., Gliederungsnummer 12.

Die Proteste gegen die AfD wurden im Rahmen der zwei bundesweiten Kampagnen Nationalismus ist keine Alternative (NIKA) und Aufstehen gegen Rassismus (AgR)<sup>93</sup> richtungsgleichend vorbereitet und durchgeführt. Im Vorjahr hatten sich bereits zwei Ableger dieser Kampagnen in Schleswig-Holstein gegründet, die dann im Berichtsjahr ein hohes Engagement in der Bekämpfung der AfD zeigten. Beide Kampagnen verfolgten hierbei das Ziel, weitere Wahlerfolge der AfD zu verhindern, indem sie die Wahlkämpfe der Partei sowie deren politische Tätigkeiten umfassend störten.

NIKA stellt sich als „breite Mittmach-Kampagne gegen Rassismus und Abschottung“<sup>94</sup> dar. Sie ist autonom geprägt und trat in beiden Wahlkämpfen neben der Teilnahme an Veranstaltungen gegen die AfD überwiegend mit zielgerichteten Einzelaktionen wie z. B. Sachbeschädigungen am Eigentum von AfD-Mitgliedern, -Unterstützer, oder -Sympathisanten oder Beschädigung und Diebstahl von Wahlplakaten, aber auch durch gewalttätige Auseinandersetzungen mit AfD-Anhängern und Widerstandshandlungen gegen Polizisten in Erscheinung.

AgR ist ein Bündnis aus überwiegend zivilgesellschaftlichen Organisationen, Parteien, Verbänden und Einzelpersonen, jedoch gehört ihm auch die IL an, eine Organisation des linksextremistischen Spektrums (siehe V 3.2.2). AgR verfolgt eine antirassistische Aufklärungskampagne, deren Ziel es ist, „dem Erstarken rechter Kräfte in der Gesellschaft entgegenzuwirken“<sup>95</sup>. Das Bündnis rief während der Wahlkämpfe zu Demonstrationen gegen die AfD und deren Veranstaltungen auf und klärte über die Inhalte und Ziele der Partei auf. Außerdem wandte es sich in mehreren offenen Briefen an die Vermieter von Veranstaltungsräumen der AfD, um zu erreichen, dass die jeweilige Vermietung rückgängig gemacht wird. In Einzelfällen konnte AgR hiermit Erfolge verzeichnen. Diese Vorgehensweise wird seit dem Jahr 2015 praktiziert, in der Vergangenheit jedoch überwiegend von Autonomen. AgR konnte insbesondere das bürgerliche Spektrum mobilisieren und stellte sicher, dass die Gegenproteste einen großen Zulauf und somit die erwünschte öffentliche Aufmerksamkeit bekamen.

Bereits am 17. Januar verkündeten ca. 25 Angehörige der linksextremistischen Szene vor der AfD-Geschäftsstelle in Kiel während einer internen Veranstaltung der Partei den „antifaschistischen Wahlkampfauftakt in Kiel und Schleswig-Holstein“<sup>96</sup>. Dabei entrollten sie ein

---

93 AgR wird nicht vom Verfassungsschutz Schleswig-Holstein beobachtet. Gemäß seinem gesetzlichen Auftrag beobachtet der Verfassungsschutz jedoch an dem Bündnis beteiligte linksextremistische Strukturen.

94 <https://nationalismusistkeinealternative.net/sh/>, Schreibweise wie im Original; zuletzt aufgerufen am 18.12.2017.

95 <https://www.aufstehen-gegen-rassismus.de/kampagne/ziele-fahrplaene/>; zuletzt aufgerufen am 18.12.2017.

96 <https://nationalismusistkeinealternative.net/antifaschistische-wahlkampf-ansage-an-kieler-afd/>; zuletzt aufgerufen am 18.12.2017.

Transparent mit der Aufschrift: Nationalismus ist keine Alternative - den Wahlkampf der AfD zum Desaster machen. In der kurzen Rede hieß es:

„...rechnet damit, dass jeden Moment Leute um die Ecke kommen könnten, die nicht bereit sind zu akzeptieren, dass Ihr die Entsolidarisierung in dieser Gesellschaft immer weiter vorantreibt und eine etablierte proto-faschistische Partei zum Normalzustand wird und Euch dies auf vielfältige Art und Weise bereitwillig verdeutlichen werden.“<sup>97</sup>

Damit deutete sich bereits zu Beginn des Berichtsjahres an, dass die Autonomen im Rahmen von NIKA nicht nur mit legalen Mitteln gegen ihren politischen Gegner vorgehen würden.

#### 4.1.1 Landtagswahlkampf

Zum Auftakt des Landtagswahlkampfes Anfang März führte die AfD zwei Veranstaltungen in Lübeck und Aukrug (Kreis Rendsburg-Eckernförde) durch. Am 2. März mobilisierte in Lübeck neben dem bürgerlichen Spektrum mit ca. 400 Teilnehmern auch die linksextremistische Szene mit ca. 200 Teilnehmern für eine Gegendemonstration unter dem Motto: Solidarisch gegen den Hass. Die Gegenveranstaltungen verliefen störungsfrei, im Nachgang wurden jedoch an drei in der Nähe zum Veranstaltungsort abgestellten PKW zerstochene Reifen und zerkratzter Lack festgestellt. Zumindest einer der beschädigten PKW gehörte einem AfD-Mitglied, die Tatbegehung durch Angehörige der Lübecker linksextremistischen Szene ist daher wahrscheinlich.

Eine Wahlkampfveranstaltung der AfD am 3. März in Aukrug war ursprünglich für Kiel geplant. Nachdem die Betreiber der Veranstaltungsräume ihre Zusage an die AfD zurückgezogen hatten, fand die Partei keine Ersatzräume in Kiel und wickelte in einen Landgasthof nach Aukrug aus. Sowohl NIKA als auch AgR mobilisierten für eine Gegendemonstration, an der sich ca. 300 Personen beteiligten, unter ihnen auch ca. 90 zum Teil verummte und als gewaltbereit eingestufte Autonome. Im Verlauf der Gegenproteste warfen mehrere Autonome aus der Menschenmenge heraus Steine auf AfD-Anhänger und beleidigten diese. Die strafrechtlichen Verfahren gegen die Tatverdächtigen waren zum Ende des Berichtsjahres noch nicht abgeschlossen. Die linksextremistische Szene wertet die Mobilisierung und den Ablauf der Proteste als Erfolg, den NIKA in einem Beitrag auf ihrer Internetpräsenz mit den Worten „Es gibt kein ruhiges Hinterland“<sup>98</sup> im Hinblick auf den Ausweichort der Veranstaltung und die Störaktionen zusammenfasste.

---

97 Ebd..

98 <https://nationalismusistkeinealternative.net/es-gibt-kein-ruhiges-hinterland-400-leute-stoeren-afd-in-aukrug/>; zuletzt aufgerufen am 18.12.2017.

Bereits im Vorfeld dieser AfD-Veranstaltung ging die linksextremistische Szene gegen den Wirt des Gasthofs in Aukrug vor, weil er der AfD Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt hatte. Er wurde über soziale Netzwerke bedroht und an der Haupteingangstür brachten unbekannte Täter den Schriftzug FCK AFD auf. Im Anschluss an die AfD-Veranstaltung warf eine verummte Person eine mit roter Farbe befüllte Weihnachtskugel gegen die Eingangstür. Am 26. März beleidigten und bedrohten acht Besucher der Gaststätte den Wirt. Am Morgen darauf stellte dieser fest, dass die Reifen seiner zwei PKW zerstoehen waren. Die linksextremistische Szene betrachtet die Vermietung von Räumlichkeiten an die AfD als Unterstützungsleistung, so dass sie entsprechende Vermieter ihrem politischen Gegner zuordnet und bekämpft. Sie nimmt durch ihre Aktionen existenzbedrohende Auswirkungen für diese Vermieter in Kauf.

In den folgenden Wochen störte die linksextremistische Szene nahezu alle größeren Wahlkampfveranstaltungen der AfD, meist im Rahmen von angemeldeten Gegendemonstrationen des bürgerlichen Spektrums. Diese organisierten Proteste verliefen zumeist gewaltfrei und ohne besondere Vorkommnisse.

Im Rahmen einer Gegendemonstration zu einer AfD-Wahlkampfveranstaltung am 25. März in einem Hotel in Westerholz (Kreis Schleswig-Flensburg) kam es jedoch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Bereits vor der Veranstaltung wandte sich AgR in einem offenen Brief an die Betreiberin des Hotels, um eine Absage der AfD-Veranstaltung zu erreichen. Dieser Aufforderung kam die Betreiberin nicht nach, woraufhin die Antifaschistische Aktion Flensburg mit Konsequenzen drohte. Im Internetaufruf heißt es: „Das Hotel will die Veranstaltung aus finanziellen Gründen durchziehen [...]. Es liegt an uns, der Betreiberin zu zeigen, dass diese Rechnung nicht aufgehen wird. Rechte Hetze darf nicht gewinnbringend sein.“<sup>99</sup>

Die Antifaschistische Aktion Flensburg rief daraufhin zur Teilnahme an den Protesten sowie einer Blockade des Weges zum AfD-Veranstaltungsort auf, um eine Teilnahme von AfD-Anhängern zu verhindern. Auch AgR mobilisierte für die Gegenveranstaltung. Daran nahmen neben ca. 350 Personen des bürgerlichen Spektrums auch ca. 50 Autonome teil und blockierten wie angekündigt die Zuwegung. Die Zufahrt musste daraufhin von der Polizei geräumt werden. Dabei widersetzten sich Blockierer der Räumung durch Gewalt gegen Polizisten. Einem Polizisten wurde wiederholt an den Hals gegriffen, ein zweiter Polizist erhielt zwei Faustschläge an den Hinterkopf und einem weiteren wurden die Finger verbogen. Die Täter konnten nicht identifiziert werden. Eine Gruppe von ca. 30 Autonomen verblieb auch nach Beendigung der Veranstaltung vor Ort, so dass die Polizei ein Aufeinandertreffen der Autonomen mit den abreisenden AfD-Anhängern verhindern musste.

---

99 <http://antifaflensburg.blogspot.de/>; zuletzt aufgerufen am 19.12.2017.

Neben größeren Wahlveranstaltungen störten Linksextremisten im Verlauf des Landtagswahlkampfes wiederholt Infostände der AfD, beschädigten oder zerstörten deren Informationsmaterial und Wahlplakate flächendeckend und gingen AfD-Anhänger verbal an. In Kiel wurden vier Wahlkampfhelfer beim Anbringen von Wahlplakaten von zwei Personen beschimpft und bedroht. Außerdem warf eine Person eine Sektflasche nach den Wahlkampfhelfern, die diese nur knapp verfehlte.

Des Weiteren kam es zu Einzelaktionen wie Sachbeschädigungen am Eigentum der Partei bzw. deren Mitgliedern. Insbesondere brachten unbekannte Täter Schriftzüge wie FCK AFD an Häusern und Wohnungen bzw. in der näheren Umgebung auf oder bewarfen das Eigentum mit Farbkugeln.

Am Wahlsonntag rief NIKA zu Protestaktionen in Kiel auf. Obwohl in der linksextremistischen Szene vorab bekannt wurde, dass die Wahlparty der AfD nicht in Kiel, sondern in Aukrug stattfinden werde, sollte sich der Demonstrationzug mit dem Motto „crash the party. fight afd!“ vom Hauptbahnhof zum Landeshaus bewegen. Es nahmen ca. 180 Personen teil, darunter viele der örtlichen linksextremistischen Autonomen, aber auch Anhänger der SDAJ. Die Veranstaltung verlief gewaltfrei und ohne besondere Vorkommnisse. In Aukrug versammelten sich lediglich fünf Personen, darunter zwei der autonomen Szene, und protestierten friedlich.

#### 4.1.2 Bundestagswahlkampf

Nach dem Landtagswahlkampf sank das Aktionsniveau der linksextremistischen Szene deutlich ab. Auch die Kampagnenaktivität nahm ab. Erst zum Auftakt des Bundestagswahlkampfes verstärkte die Szene das Engagement wieder. Die Protestaktionen konzentrierten sich wiederum auf die AfD, doch auch die NPD wurde Ziel von Aktionen der autonomen Szene.

Im Bundestagswahlkampf griffen Linksextremisten die Aktionsformen aus dem Landtagswahlkampf wieder auf: Gegendemonstrationen und Aufklärung, Sachbeschädigungen, aber auch gewalttätige Attacken auf AfD-Angehörige.

Zu Beginn des Wahlkampfes rief NIKA unter dem Motto „Wahlkampf? Haltet Eure Städte sauber!“<sup>100</sup> dazu auf, Wahlplakate der AfD und der NPD umzugestalten und den Wahlkampf der beiden Parteien zu sabotieren.

---

100 <https://nationalismusistkeinealternative.net/wahlkampf-haltet-eure-staedte-sauber/>; zuletzt aufgerufen am 18.12.2017.

AgR konzentrierte sich auf Gegenproteste bei Wahlkampfveranstaltungen und Infostände der AfD. In Kiel initiierte es die Aktion blauer Sack, bei der Passanten erhaltene AfD-Flyer direkt in einem blauen Müllsack entsorgen konnten.

Ende August zerstachen unbekannte Täter in Lübeck die Reifen am PKW eines AfD-Politikers.

Im Zeitraum zwischen dem 27. August und dem 8. September wurde ein für ein Bundestagsmandat kandidierender AfD-Funktionär im Kreis Schleswig-Flensburg mehrmals Opfer von linksextremistisch motivierten Aktionen: Am 27. August schlugen zwei verummumte Personen drei Scheiben des von ihm genutzten PKW ein und zerstachen dessen Reifen, während er in einigen Metern Entfernung Wahlplakate anbrachte. Wenige Tage später bewarfen unbekannte Täter sein Haus mit Plastikkugeln, die mit roter Farbe gefüllt waren. Am 8. September verschmutzten unbekannte Täter den PKW des AfD-Kandidaten auf seiner Grundstücksauffahrt mit Teerfarbe und besprühten ihn mit roter Farbe. Außerdem besprühten sie sein Haus erneut mit roter und schwarzer Farbe. Die linksextremistische Szene bekannte sich zu den Taten<sup>101</sup>.

Am 19. September beleidigten und beschimpften zwei mutmaßlich aus dem linksextremistischen Spektrum stammende Personen gezielt ein AfD-Mitglied nach einer politischen Veranstaltung in Flensburg als „Nazischwein“. Außerdem schlug ein Täter mit der Faust auf das AfD-Mitglied ein. Die Täter flüchteten unerkannt.

Auch nach der Bundestagswahl waren einzelne Aktionen gegen die AfD zu verzeichnen, die in den Zusammenhang mit den jüngsten Wahlerfolgen der Partei zu stellen sind: Am 22. November erfolgte in Lübeck ein gezielter Angriff auf einen Wahlkampfshelfer der AfD. Ein unbekannter Täter schlug ihm im Vorbeilaufen mit der Faust ins Gesicht und verschwand daraufhin auf dem Gelände des linken Zentrums alternative e.V. Von einem autonomen Hintergrund des Täters ist daher auszugehen.

Anfang Dezember outeten Linksextremisten eine AfD-Anhängerin auf einer von der Szene genutzten Internetplattform.<sup>102</sup> In einem offenen Brief an den Arbeitgeber machten die Täter ihre Aktivitäten für die AfD öffentlich und forderten ihn auf, sich von seiner Arbeitnehmerin zu trennen.

Gegen die NPD ging die linksextremistische Szene im Bundestagswahlkampf nur vereinzelt vor. Linksextremisten schlugen am PKW eines NPD-Politikers eine Scheibe ein und zerstachen zwei Reifen. NIKA veröffentlichte dazu eine Selbstbezeichnung<sup>103</sup>. Außerdem beschädigten oder entfernten unbekannte Täter Wahlplakate der NPD.

---

101 <https://de.indymedia.org/node/13992>; zuletzt aufgerufen am 20.12.2017.

102 <https://de.indymedia.org/node/15616>; zuletzt aufgerufen am 27.12.2017.

103 <https://nationalismusistkeinealternative.net/hohenwestedt-auto-von-npd-politiker-rudolf-rosenthal-angriffen/>; zuletzt aufgerufen am 19.12.2017.

Diese Zurückhaltung in Bezug auf ihren politischen Hauptgegner vergangener Jahre liegt in der derzeitigen Bedeutungslosigkeit der NPD und ihrem sehr eingeschränkt geführten Wahlkampf. Bei einer Erhöhung der Aktivitäten der Partei ist wieder mit einem erhöhten Aktionsniveau der linksextremistischen Szene zu rechnen.

#### 4.1.3 Wahlkampfagitation zentrales Aktionsfeld der linksextremistischen Szene

Das Vorgehen insbesondere bezüglich der Proteste in Aukrug und Westerholz im Landtagswahlkampf sowie die gewalttätigen Vorfälle auch im Zusammenhang mit der Bundestagswahl verdeutlichen, dass vor allem die autonome Szene nicht vor militanten Maßnahmen außerhalb legaler Protestformen zurückschreckt, um ihre Ziele zu erreichen. Unter dem Deckmantel der NIKA-Kampagne nahmen wie erwartet die Quantität und auch die Qualität der linksextremistischen Aktionen zu. Das ohnehin vorhandene Gewalt- und Aggressionspotenzial insbesondere autonomer Aktivisten hat sich im Verlauf der Wahlkämpfe und des sich Abzeichnens der Wahlerfolge der AfD gesteigert. Es ist zu erkennen, dass die autonome Szene vermutlich durch den Erlebnischarakter, der mit den Anti-AfD-Aktivitäten verbunden wird, und aufgrund der eingetretenen Wahlerfolge einen leichten Zulauf erfahren konnte.

Die postautonome Szene schloss sich hinsichtlich der Aktivitäten gegen die AfD dem bürgerlichen Spektrum im Rahmen von AgR an. Damit nutzte sie mit einem aktuellen Thema die Gelegenheit, sich über ihr eigenes Spektrum hinaus zu vernetzen und ihre Ziele zu transportieren. Dieses Handlungsmuster entspricht der typischen Vorgehensweise von Postautonomen. Sie versuchen beständig, Organisationen und Zusammenschlüsse mit der Zielsetzung zu unterwandern, Menschen für ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu gewinnen. Es ist jedoch nicht ersichtlich, dass die IL durch ihre Beteiligung an dem Bündnis AgR Aktivisten für ihre Ideen begeistern und für eine dauerhafte und planmäßige Mitarbeit gewinnen konnte. Vielmehr erscheint es möglich, dass das bürgerliche Spektrum einen mäßigen Einfluss auf die linksextremistischen Aktivitäten der IL haben könnte.

Sowohl NIKA als auch AgR schränkten ihre Aktivitäten nach Abschluss der Wahlkämpfe wieder ein. Es ist zu erwarten, dass die linksextremistische Szene im Rahmen des Wahlkampfes zur Kommunalwahl am 6. Mai 2018 wieder verstärkt in Erscheinung treten wird. Eine erste Aktion fand bereits am 19. Dezember statt: Linksextremisten zerstachen die Reifen des PKW eines NPD-Mitglieds und füllten die Abgasanlage mit Bauschaum. Im veröffentlichten Bekenner schreiben<sup>104</sup> ruft die autonome Szene mit dem Verweis auf die anstehende Wahl zu weiteren Taten gegen die AfD und die NPD auf.

---

104 <https://de.indymedia.org/node/16178>; zuletzt aufgerufen am 20.12.2017.

## 4.2 LINKSEXTREMISTISCHE PROTESTE GEGEN DEN G20-GIPFEL IN HAMBURG

Am 7. und 8. Juli fand in Hamburg das jährliche Treffen der Staats- und Regierungschefs der „Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer der Welt“ (G20) - ein informeller Zusammenschluss von 19 Staaten und der Europäischen Union - statt. Vor und während des G20-Gipfels kam es im gesamten Stadtgebiet zu einer Vielzahl von Protesten und Ausschreitungen. Insbesondere das linksextremistische, gewaltorientierte Spektrum beging erhebliche Straftaten mit besonderer Schwere. Dabei beteiligten sich auch Aktivist:innen aus Schleswig-Holstein sowohl am Demonstrationsgeschehen als auch an den Ausschreitungen.

Eine bereits im Herbst 2016 einsetzende Planung und Koordinierung von Protesten und Aktionsplanungen sowie die Mobilisierung innerhalb der bundesweiten linksextremistischen Szene ließ frühzeitig erkennen, dass sich der G20-Gipfel zu einem besonderen Akti-onsschwerpunkt für die Szene im Berichtsjahr entwickeln würde. Die Proteste richteten sich hierbei im Rahmen der bedeutenden linksextremistischen Themenfelder Antikapitalismus und Antirepression gegen die G20 als Repräsentanten des kapitalistischen Systems, das es zu bekämpfen gilt.

Im November 2016 gründete sich das überregional aktive No G20-Bündnis, das die bundesweite Mobilisierung gegen den G20-Gipfel koordinierte und hierfür unter anderem Aktionskonferenzen durchführte. Es setzte sich vorwiegend aus linksextremistischen, aber auch aus nichtextremistischen Organisationen zusammen. Dieses Bündnis legte im Wesentlichen die Grundzüge der Aktionsplanungen und der Protestchoreographie fest. Die linksextremistische Organisation IL war hieran maßgeblich beteiligt. Darüber hinaus mobilisierten bundesweit nahezu alle linksextremistischen Gruppierungen der verschiedenen ideologischen Strömungen gegen den G20-Gipfel. Im europäischen Ausland bildeten sich ebenfalls Bündnisse zur Planung entsprechender Aktionen. So kündigten sich bereits frühzeitig ein Sonderzug aus der Schweiz sowie koordinierte Busreisen aus skandinavischen Ländern an.

In Schleswig-Holstein war zunächst ein sehr begrenztes Engagement von Einzelpersonen für Protestplanungen und eine eher verhaltene Mobilisierung der hiesigen linksextremistischen Szene erkennbar. Dieser Umstand ist weniger einem mangelnden Interesse am G20-Gipfel zuzurechnen, als vielmehr der über einen längeren Zeitraum durchgeführten Organisation von Protesten gegen die AfD im Rahmen des Landtagswahlkampfes sowie den Nachwirkungen aus der Kräftebindung im Engagement für Flüchtlinge. Nichtsdestotrotz konzentrierte sich die Mobilisierung gegen den G20-Gipfel zunehmend in den Ballungsgebieten Lübeck, Flensburg und in der Landeshauptstadt Kiel, einhergehend mit der Durchführung von Informationsveranstaltungen und einigen angemeldeten Versammlungen.

Die Kieler bündelten ihren Protest in dem Netzwerk „G20 Kielholen!“<sup>105</sup>, das aus den linksextremistischen Gruppen Autonome Antifa Kiel Koordination, der Kieler Ortsgruppe der Roten Hilfe und weiteren, teils nichtextremistischen Initiativen bestand. Auf der gleichnamigen Internetseite veröffentlichte das Netzwerk verschiedene Veranstaltungstermine und Aufrufe und warb für eine Teilnahme an den Protesten.

In Lübeck gab es ebenfalls Veranstaltungen mit G20-Bezug. Neben Informationsveranstaltungen führten Lübecker Linksextremisten der IL u. a. am 10. Juni ein angemeldetes und genehmigtes, öffentliches Aktionstraining zum Einstudieren von Blockadetechniken mit ca. 40 Teilnehmern durch, die im Rahmen von Block G20-Aktionen in Hamburg Anwendung finden sollten. Des Weiteren fand am 24. Juni eine sogenannte Nachttanzdemonstration statt, die friedlich ablief. Das Motto der Veranstaltung lautete: Lieber Tanz ich als G20.

Insgesamt konnten für Veranstaltungen in Schleswig-Holstein somit keine besonderen Mobilisierungserfolge erreicht werden.

Im Vorfeld des G20-Gipfels kam es im Rahmen einer militanten Begleitkampagne bundesweit zu einer hohen Anzahl von Resonanzstraftaten wie Brandstiftungen und anderen erheblichen Sachbeschädigungen, mehrheitlich in Hamburg und Berlin. Bei dem überwiegenden Teil dieser Aktionen veröffentlichten anonyme Verfasser Selbstbeziehungsschreiben, in denen ein Bezug zum G20-Gipfel hergestellt wurde. Diese wurden insbesondere auf dem linksextremistischen Internetportal [www.linksunten.indymedia.org](http://www.linksunten.indymedia.org) eingestellt. Dass autonome Linksextremisten dabei bundesweit vernetzt sind und koordiniert agieren, verdeutlicht der folgende Sachverhalt: In den frühen Morgenstunden des 19. Juni führten unbekannte Täter bundesweit insgesamt 14 Brandanschläge auf das Schienennetz der Deutschen Bahn-AG und der Bremer Hafenbahn durch. Dadurch wurde der Schienenverkehr auf den betroffenen Bahnstrecken in der Folge erheblich beeinträchtigt.

Auch in Schleswig-Holstein waren einige Resonanzstraftaten zu verzeichnen. So kam es in der Nacht zum 1. Juni am Bismarckturm in Quern (Kreis Schleswig-Flensburg) zu einer Farbschmiererei. Unbekannte Täter warfen Farbe auf das Gebäude und brachten Parolen an. Ein kurzes Selbstbeziehungsschreiben hierzu wurde im Internet veröffentlicht.<sup>106</sup>

Unmittelbar vor dem G20-Gipfel setzten unbekannte Täter in der Nacht vom 5. auf den 6. Juli in Ratekau (Kreis Ostholstein) einen Funkstreifenwagen der örtlichen Polizeistation in Brand. Das Fahrzeug brannte vollständig aus. Darüber hinaus beschädigten unbekannte Täter in Ammersbek (Kreis Stormarn) drei Fenster sowie die Eingangstür der örtlichen Poli-

---

105 Vgl. <https://g20kielholen.blackblogs.org/>; zuletzt eingesehen am 20.02.2018.

106 <https://linksunten.indymedia.org/de/node/214451>; zuletzt aufgerufen am 13.06.2017.

zeidienststelle. Auch hier wurde ein Selbstbeziehungsschreiben veröffentlicht, das einen Begründungszusammenhang mit dem G20-Gipfel herstellt.<sup>107</sup>

Bereits ab dem 2. Juli fanden in Hamburg angemeldete und zunächst friedlich verlaufende Demonstrationen sowie geplante Protestaktionen unter Beteiligung von Mitgliedern des bürgerlichen und vereinzelt auch des linksextremistischen Spektrums statt. Mit zunehmender Nähe zum G20-Gipfel erfolgten zahlreiche Anreisen von Linksextremisten verschiedener ideologischer Ausrichtungen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem angrenzenden europäischen Ausland, darunter zahlreiche Autonome. Die Sicherheitsbehörden gehen von einer Beteiligung autonomer Linksextremisten im mittleren vierstelligen Bereich aus.

Auswärtige Teilnehmer sollten in Protestcamps untergebracht werden, die teilweise gerrichtlich verboten bzw. nur unter Auflagen genehmigt worden waren.

Am 6. Juli fand die aus Sicht der Autonomen wichtigste Demonstration statt, für die im Internet unter dem Motto „G20 Welcome to Hell“<sup>108</sup> mobilisiert wurde. Die nachmittägliche Auftaktveranstaltung mit kulturellen, musikalischen und politischen Beiträgen verlief friedlich. Am Abend stoppte die Polizei den um 19:00 Uhr gestarteten Demonstrationzug mit insgesamt ca. 12.000 Teilnehmern nach wenigen Minuten, da die Autonomen im schwarzen Block sich weigerten, ihre Vermummung abzulegen. In der Folge versuchten die Polizeikräfte, den schwarzen Block mit einer Stärke von ca. 1.000 Autonomen von den übrigen Demonstrationsteilnehmern zu trennen. Daraufhin bewarfen Demonstranten die Beamten mit Flaschen und griffen diese mit Stöcken, Eisenstangen und Latten an. Die Polizei setzte Wasserwerfer, Pfefferspray und Schlagstöcke ein. Im Laufe des gesamten Abends bis in die Nacht hinein errichteten mutmaßliche Linksextremisten mehrfach teilweise brennende Barrikaden auf Fahrbahnen, verübten Sachbeschädigungen und griffen massiv Einsatzkräfte und Einsatzfahrzeuge an.

Der 7. Juli war der zentrale Tag für die Durchführung von Aktions- und Blockadeformen. Schwerpunkte bildeten dabei der Hafen und der Bereich der sogenannten Roten Zone rund um die Messehallen, dem Austragungsort des G20-Gipfels. Darüber hinaus kam es zu schweren gewalttätigen Ausschreitungen im gesamten Stadtgebiet.

In den frühen Morgenstunden bildeten sich verschiedene Gruppen, um Straßen und Brücken zu blockieren, u. a. im Hafen und auf der Köhlbrandbrücke. Vorrangiges Ziel der Aktivisten war die Blockade der Anfahrtswege der Gipfelteilnehmer, um damit den geplanten Gipfelablauf erheblich zu stören. Zahlreiche Polizeibeamte wurden bei verschie-

---

107 <https://linksunten.indymedia.org/de/node/217489>; zuletzt aufgerufen am 06.07.2017 sowie <https://linksunten.indymedia.org/de/node/217492>; zuletzt aufgerufen am 06.07.2017.

108 Vgl. <https://g20tohell.blackblogs.org/>; zuletzt aufgerufen am 20.02.2018.

denen dezentralen Aktionen in Form von Brandanschlägen auf Verkehrseinrichtungen und Kraftfahrzeuge sowie schweren Sachbeschädigungen und Körperverletzungsdelikten im gesamten Hamburger Stadtgebiet gebunden. Der gesamte Abend bis in die Nacht war gekennzeichnet von gewalttätigen Ausschreitungen, einhergehend mit massiven Angriffen auf Einsatzkräfte und Einsatzfahrzeuge, u. a. mittels Steinen, Flaschen und Pyrotechnik. Außerdem wurden zahlreiche Geschäfte im Schanzenviertel teilweise zerstört und geplündert. Inwieweit es sich bei den Tatverdächtigen um Extremisten handelt, oder ob sich unter den Tätern auch Allgemeinkriminelle oder sonstige Protestteilnehmer befanden, die sich durch die Umstände zur Tatbegehung hinreißen ließen, konnte noch nicht vollumfänglich geklärt werden.

Am 8. Juli fand eine internationale Großdemonstration statt unter dem Motto: „G20 - not welcome!“<sup>109</sup> An dem Aufzug nahmen nach Polizeiangaben in der Spitze bis zu 50.000 Personen teil. Bei einem weitgehend friedlichen Verlauf griffen zwischenzeitlich allerdings ca. 120 Teilnehmer des Internationalistischen Blocks verummmt Polizeikräfte unter anderem mit Fahnenstangen an. Bis in die Nacht hinein kam es außerhalb des Demonstrationsgeschehens erneut zu gewalttätigen Ausschreitungen und Angriffen auf Polizeikräfte.

Am 9. Juli fanden letzte Versammlungsaktivitäten statt, die auch auf Grund der starken Polizeipräsenz friedlich verliefen.

Unter den in Gewahrsam- und festgenommenen Personen befanden sich rund 30 Aktivist\*innen aus Schleswig-Holstein, mehrheitlich aus dem Hamburger Umland. Insgesamt nahmen Linksextremisten aus Schleswig-Holstein in einer Gesamtzahl im unteren dreistelligen Bereich an den Gipfelprotesten teil.

Die linksextremistische Szene distanzierte sich abgesehen von wenigen Ausnahmen nicht von den gewaltsamen Ausschreitungen beim G20-Gipfel, sondern sieht zielgerichtete Militanz unverändert als legitimes Mittel zur Durchsetzung der politischen Ziele an. Vielmehr beklagte sie eine Kriminalisierung der Proteste und verortete die Schuld für die Gewalteskalation bei der Polizei. Die linksextremistische Szene wertet den Ablauf der Proteste als Erfolg, da sie ihr Ziel erreicht hätte, den Gipfelablauf mithilfe von zahlreichen Aktionsformen nicht ungehindert stattfinden zu lassen.<sup>110</sup>

Die unmittelbar nach dem G20-Gipfel von Sicherheitsbehörden und Gerichten begonnene Aufarbeitung von Straf- und Gewalttaten empfindet die Szene als Angriff auf linke Strukturen und massive Repressionsarbeit. Um die zunächst noch in Haft befindlichen Szeneangehörigen solidarisch zu unterstützen und Geld für anstehende Prozesskosten zu sammeln,

---

109 <https://www.g20hamburg.org/>; zuletzt eingesehen am 20.02.2018.

110 <http://www.interventionistische-linke.org/beitrag/die-rebellische-hoffnung-von-hamburg>, sowie <https://g20tohell.blackblogs.org/2017/07/08/g20-das-wars/>; beide zuletzt aufgerufen am 29.01.2018.

initiierte die Rote Hilfe die bundesweite Kampagne: „United we stand!“<sup>111</sup> (siehe V 3.1.4). Dabei geht es der Szene um ein entschlossenes Zusammenstehen gegen vermeintliche Repression und Hetze. Bundesweit führte die linksextremistische Szene diverse Solidaritätsveranstaltungen und -demonstrationen im Sinne der Kampagne durch.

Auch in Schleswig-Holstein wurden Veranstaltungen in den Städten Kiel, Flensburg und Lübeck durchgeführt. Darüber hinaus kam es zu Resonanzaktivitäten in Form von Solidaritätsdemonstrationen sowie öffentlichkeitswirksamen Aktionen wie dem Anbringen von Transparenten.

Am 15. November beteiligten sich trotz eines sehr kurzfristigen Mobilisierungsvorlaufs etwa 35 dunkel gekleidete, der linksextremistischen Szene zugehörige Personen an einer Spontandemonstration in Kiel mit dem Motto: Gegen die Polizeigewalt beim G20-Gipfel in Hamburg. Unter Mitführung von Transparenten und mit entsprechenden Redebeiträgen verlief der Aufzug friedlich. In diesem Zusammenhang zeigten die Teilnehmer auch Transparente zur Solidaritätsbekundung mit den Betreibern der im August verbotenen linksextremistischen Internetplattform [www.linksunten.indymedia.org](http://www.linksunten.indymedia.org).

Als Reaktion auf bundesweit von der Polizei durchgeführte Hausdurchsuchungen solidarisierten sich in Flensburg am 5. Dezember ca. 20, teils verummte Personen, brannten Pyrotechnik ab und zeigten Transparente, die die Unterstützung der Betroffenen ausdrücken sollten.

Neben den vorgenannten Solidaritätsaktionen verübten Linksextremisten in Schleswig-Holstein aber auch Straftaten im Nachgang zum G20-Gipfel:

In der Nacht zum 2. August warfen unbekannte Täter Farbbeutel auf eine Polizeistation in Flensburg und hinterließen den Schriftzug: Welcome to Hell. Eine weitere Sachbeschädigung folgte in der Nacht zum 9. August in Tarp (Kreis Schleswig-Flensburg), als ebenfalls Farbe auf die Wand einer Polizeistation aufgebracht wurde. Die unbekanntes Täter stellten wenige Tage später ein Selbstbeichtigungsschreiben auf [www.linksunten.indymedia.org](http://www.linksunten.indymedia.org) ein.<sup>112</sup> Demnach sollte auch diese Tat Solidarität mit den von Repression betroffenen Personen beim G20-Gipfel ausdrücken.

Eine schwere Sachbeschädigung in Form einer Brandlegung ereignete sich in den frühen Morgenstunden des 10. November, als unbekannte Täter einen Funkstreifenwagen der Polizei in Harrislee (Kreis Schleswig-Flensburg) in Brand setzten. Auf der Internetseite [www.chronik.blackblogs.org](http://www.chronik.blackblogs.org) wurde ein Artikel eingestellt, der Bezug zum G20-Gipfel nimmt und Solidarität mit den von angeblicher Repression betroffenen Personen bekundet<sup>113</sup>.

---

111 <https://www.rote-hilfe.de/77-news/825-united-we-stand-2>; zuletzt eingesehen am 20.02.2018.

112 <https://linksunten.indymedia.org/de/node/220990>; zuletzt aufgerufen am 16.08.2017.

113 <https://chronik.blackblogs.org/?p=7117>; zuletzt aufgerufen am 13.11.2017.

## 5 Linksextremistisch motivierte Kriminalität

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 343 (2016: 237) politisch motivierte Straftaten - links erfasst, darunter 19 (2016: 67) Gewalttaten. Die Gesamtzahl der Delikte ist somit um 106 Straftaten (+ ca. 45 Prozent) angestiegen. Der Anteil der Gewalttaten hat sich um ca. 72 Prozent verringert.

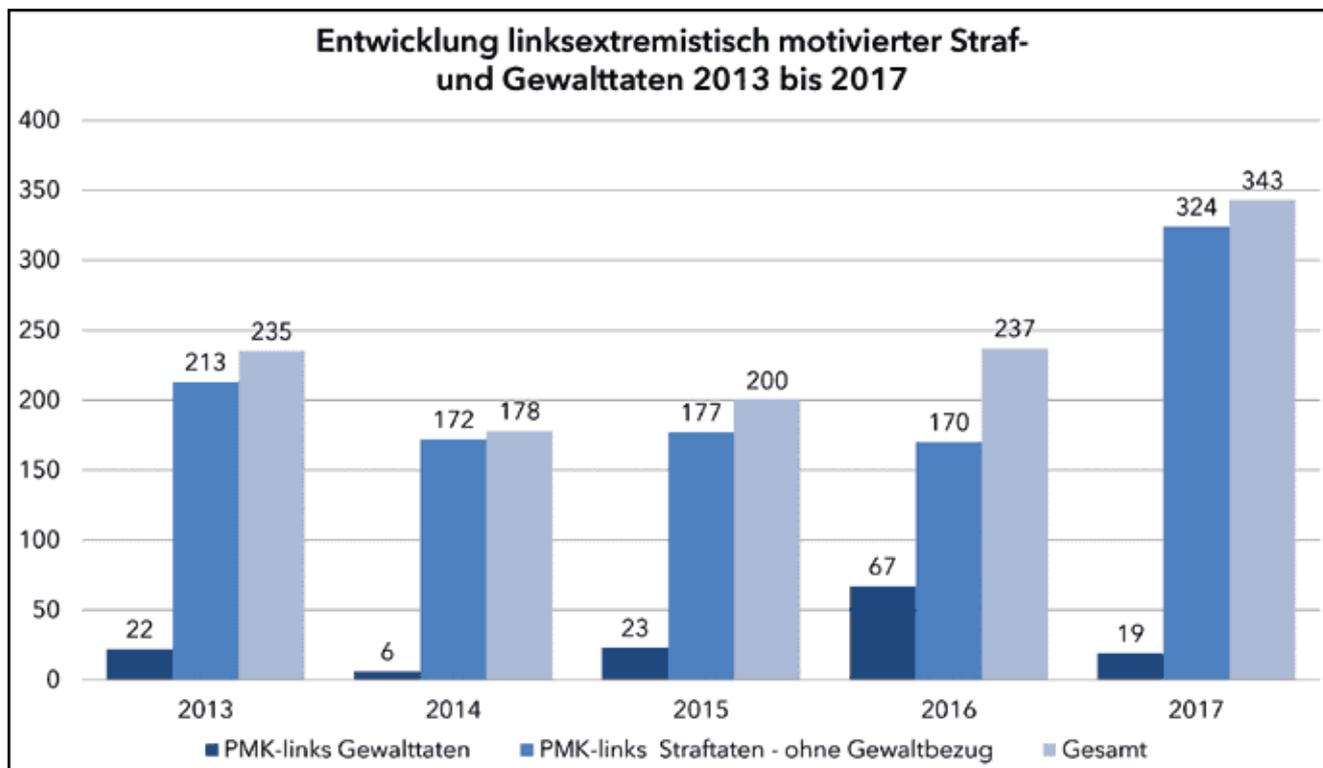


Abbildung 16: Entwicklung linksextremistisch motivierter Straf- und Gewalttaten 2013 bis 2017

Der signifikante Anstieg der Straftaten im Berichtsjahr resultiert überwiegend aus der Anti-AfD-Agitation insbesondere im Rahmen der Wahlkämpfe. Den überwiegenden Anteil des Zuwachses der Straftaten machten Sachbeschädigungsdelikte in Form von beschädigten oder zerstörten Wahlplakaten und anderem Informationsmaterial der AfD aus. Weitere Beispiele für Straf- und Gewalttaten im Begründungszusammenhang mit Aktivitäten gegen die AfD sind unter V 4.1 dargestellt.

Der starke Rückgang der Gewalttaten lässt sich auf einen erkennbaren Mangel an Anlässen, jedoch nicht auf eine zurückgegangene Gewaltbereitschaft zurückführen. Das zeigen auch die massiven Ausschreitungen während der Proteste gegen den G20-Gipfel (siehe V 4.2). Der starke Anstieg des Vorjahres war eine Folge vorhandener Anlässe wie der Räumung der Luftschlossfabrik in Flensburg sowie einigen rechtsextremistischen Demonstrationen und resultierte aus der vorhandenen Bereitschaft zur konfrontativen Gewalt gegenüber dem politischen Gegner und der Polizei. Im Berichtsjahr gab es in Schleswig-Holstein vergleichbare Anlässe dieser Größenordnung nicht. Die begangenen Straf- und Gewalttaten gegen die AfD und ihre Anhänger zeigen aber deutlich, dass kriminelle Handlungen

insbesondere in der undogmatischen Szene auch weiterhin ein akzeptiertes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele sind. Diese Beobachtung stützen die im Folgenden aufgeführten linksextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten.

In der Nacht vom 17. auf den 18. Februar kam es am Bahnhof der Hansestadt Lübeck bei der Verteilung von IB-Propagandamaterial zu einer körperlichen Auseinandersetzung mit wechselseitigen Körperverletzungen zwischen Mitgliedern der rechtsextremistischen IB und einer Gruppe junger Linksextremisten.

Das Verteilen von IB-Informationsmaterial führte schon Monate vor der Tat zu Spannungen zwischen den beiden verfeindeten Lagern. Das vorliegende Delikt macht deutlich, dass es hierbei nicht nur bei Sachbeschädigungen und Denunzierungen bleibt, es werden bewusst auch Verletzungen des politischen Gegners in Kauf genommen.

Das Verfahren gegen die Täter war zum Ende des Berichtsjahres noch nicht abgeschlossen.

Auf diese Tat folgte zwei Tage später eine Resonanzstraftat in Kiel. In der Nacht zerstach ein unbekannter Autonomer zwei Reifen eines PKW, der auf dem Grundstück einer Burschenschaft geparkt war. Am nächsten Tag veröffentlichte der unbekannte Täter ein Bekenner schreiben,<sup>114</sup> das die Tat in einen direkten Begründungszusammenhang mit der von Linksextremisten als Messerangriff von Anhängern der IB auf einen so titulierten Antifaschisten darstellte.

Im März setzten unbekannte Täter ein Fahrzeug in Bad Oldesloe in Brand. Der Besitzer wurde zuvor öffentlich der Zugehörigkeit zur IB bezichtigt. In einem Bekenner schreiben<sup>115</sup> auf einer auch von Linksextremisten genutzten Internetseite gaben die Täter an, dass auch in Zukunft die Aktivitäten der IB nicht unbeantwortet bleiben würden. Es wird gedroht: „für jeden verteilten flyer, jeden sticker, jeden angriff, jede aktion, werdet ihr doppelt und dreifach bezahlen. euer versteckspiel ist vorbei. erwartet uns!“<sup>116</sup>

Am 1. April beschädigten unbekannte Täter in Flensburg die Heckscheibe eines PKW und hinterließen am Fahrzeug einen Aufkleber mit der Aufschrift: Keine Stadt für Nazis, Antifa Flensburg. Ursächlich für die Tat dürfte der Schriftzug auf dem Fenster gewesen sein, den die Täter der rechtsextremistischen Szene zuordneten: Volkskult, slammed lifestyle.

Mitte Mai zerstachen unbekannte Täter im Kreis Nordfriesland alle Reifen eines auf dem Grundstück eines bekennenden Rechtsextremisten geparkten Autos und ritzten ein Hakenkreuz in die Motorhaube.

---

114 <https://chronik.blackblogs.org/?p=5736>; zuletzt aufgerufen am 27.12.2017.

115 <https://chronik.blackblogs.org/?p=5861>; zuletzt aufgerufen am 22.12.2017.

116 Ebd., Schreibweise wie im Original.

Am 23. Juli ereignete sich im Ratzeburger Kurpark eine versuchte Körperverletzung und Beleidigung. Ein unbekannter Täter beleidigte den Geschädigten als Nazi und äußerte, dass es mutig sei, in Ratzeburg mit Springerstiefeln und Glatze herum zu laufen, da Ratzeburg in linker Hand sei. Kurz darauf versuchte der Täter, dem Geschädigten ins Gesicht zu schlagen, der jedoch ausweichen konnte.

Im Zusammenhang mit dem Verbot der linksextremistischen Internetplattform linksunten.indymedia.org im August waren nur in Flensburg Resonanzstraftaten zu verzeichnen. Unbekannte Täter brachten 12-mal in roter Farbe das Symbol der Plattform an Gebäuden, Stromkästen und Buswartehäuschen auf.

## 6 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein 2013 bis 2017

<b>Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein 2013 bis 2017</b>					
	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
<b>Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten (dogmatischer Linksextremismus)</b>	390	380	370	370	360
<b>Autonome, Postautonome und sonstige undogmatische Linksextremisten</b>	300	300	300	300	310
<b>Gesamt Land</b>	690	680	670	670	670
<b>Davon gewaltorientiert</b>	310	310	310	310	325

Abbildung 17: Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein 2013 bis 2017

## **VI Extremismus mit Auslandsbezug**

### **1 Überblick**

Im Bereich des Extremismus mit Auslandsbezug in Schleswig-Holstein spielen aktuell Organisationen, die ihren Ursprung in der Türkei haben und ihre konfliktträchtigen Themen maßgeblich aus der politischen Situation in der Türkei und dem Nahen Osten beziehen, die wichtigste Rolle.

Die politischen Entwicklungen in der Türkei nach den Parlamentswahlen im Jahr 2015 und dem Putschversuch im Jahr 2016 hatten die türkisch- bzw. kurdisch-stämmige Bevölkerung in Deutschland in die Lager der Befürworter und der Gegner der Politik des türkischen Präsidenten Erdogan gespalten. Dabei vermischten sich zunehmend extremistische und nicht extremistische Gruppierungen, so dass nicht alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer themenbezogener Veranstaltungen dem Extremismus zuzurechnen waren. Diese Polarisierung hielt im Berichtsjahr an und bestimmte bis zum türkischen Verfassungsreferendum am 16. April die Aktivitäten und das Versammlungsgeschehen der wichtigsten Organisationen des Phänomenbereichs in Schleswig-Holstein: der linksextremistischen PKK und ihres politischen Gegner, der türkisch-rechtsextremistischen Ülkücü-Bewegung. Unmittelbar nach dem Referendum wurde das Vereinslokal des Ülkücü-Vereins Deutsch Türkische Familienunion in Neumünster und Umgebung e. V. mit einem Graffiti versehen, außerdem wurde eine Rauchbombe durch eine zerschlagene Fensterscheibe geworfen.

Die nach dem Referendum relativ gefestigte Situation in der Türkei zeigte sich auch in Schleswig-Holstein. Seitens der Ülkücü-Bewegung wurden keine öffentlichkeitswirksamen politischen Aktivitäten mehr festgestellt. Die PKK-Anhänger wandten sich anderen Themen zu, zunächst vor allem dem Protest gegen eine Erweiterung der Liste verbotener PKK-Kennzeichen durch das Bundesministerium des Innern. Als im Oktober Gerüchte über eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes oder den Tod des inhaftierten PKK-Gründers Abdullah Öcalan kursierten, reagierten die PKK-Anhänger europaweit mit einer Welle von spontanen und angemeldeten Versammlungen.

### **2 Wesensmerkmale und Begriffsbestimmungen**

Unter dem Begriff Extremismus mit Auslandsbezug werden unterschiedliche Bestrebungen beobachtet, die ihren Ursprung jeweils in politischen, sozialen oder ethnischen Konflikten in Ländern außerhalb Deutschlands haben, und die nicht primär aus islamistischer Motivation handeln. Nicht alle Personen, die sich in derartigen Organisationen betätigen, haben eine ausländische Staatsangehörigkeit. Entscheidend für die jeweilige Einordnung unter den Begriff Extremismus mit Auslandsbezug ist lediglich, dass die Bestrebung ihre

Themen oder Zielsetzungen aus dem Ausland bezieht, ihre Kernorganisation im Ausland existiert und sie eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland darstellt.

In Schleswig-Holstein sind hinsichtlich des Extremismus mit Auslandsbezug vor allem die Wechselwirkungen der mitgliederstärksten Beobachtungsobjekte mit Bezug zur Türkei, nämlich der PKK (siehe VI 3.1) und der türkischen Rechtsextremisten/Ülkücü-Bewegung (siehe VI 3.2), relevant.

Die PKK wird vom Verfassungsschutz in erster Linie beobachtet, weil sie auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdet. Dies äußert sich dergestalt, dass sie im Ausland ihre politischen Ziele mit militärischer und terroristischer Gewalt verfolgt und diese Gewaltanwendung durch Spendensammlungen und Rekrutierungen in Deutschland fördert. Obwohl die PKK in Europa seit Jahren auf spektakuläre Gewaltaktionen verzichtet, um sich im politischen Raum als seriöse Interessenvertretung für kurdische Belange zu profilieren, gefährdet ihre Tätigkeit auch die innere Sicherheit Deutschlands: Durch einen flächendeckend vorhandenen Kaderapparat und eigene Medien kann die PKK kurzfristig Tausende von Anhängern zu Protestwellen vorgegebener Intensität mobilisieren. Nach dem Verständnis der PKK umfasst das von ihr sogenannte friedliche Protestverhalten auch Straftaten wie z. B. Haus- und Landfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und gefährliche Eingriffe in den Verkehr. Gewalttätige Ausschreitungen – vor allem gegen türkische Rechtsextremisten – im Rahmen von Versammlungslagen werden von den PKK-nahen Organisationen in Deutschland ebenso billigend in Kauf genommen wie Sachbeschädigungen und Brandanschläge gegen türkische Objekte durch sogenannte Apoistische Jugendinitiativen.<sup>117</sup> Waffengewalt wurde bislang nicht angewendet. Aufgrund des europa- und bundesweit beobachteten Versammlungsgeschehens kann der Einsatz von Waffen aber nie ausgeschlossen werden. Die PKK stellt in punkto Anhängerzahl, Organisationsgrad und Mobilisierungspotenzial die bedeutendste Kraft im Bereich des Extremismus mit Auslandsbezug dar.

Die Ülkücü-Bewegung wird vom Verfassungsschutz beobachtet, da sie gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet ist. „Letztlich fördert die Ülkücü-Ideologie das Entstehen einer nationalistischen und rassistischen Jugendbewegung. Konflikte in der Türkei, insbesondere im Zusammenhang mit der Kurdenpolitik, finden ihre Fortsetzung in Deutschland. Mit den

---

117 PKK-Gründer Abdullah Öcalan wird von seinen Anhängern verehrend Apo – Kurdisch für Onkel – genannt. Apoistisch bedeutet folglich Öcalan-treu. Der Begriff Apoistische Jugendinitiative wird regelmäßig in Bekennerungen zu Gewaltstraftaten auf der Internetseite der PKK-Jugendorganisation <http://rojawan.eu> verwendet.

jugendlichen Anhängern der Ülkücü-Bewegung ist überdies das Potenzial für gewalttätige Auseinandersetzungen vorhanden und im Bedarfsfall mobilisierbar.“<sup>118</sup>

### 3 Organisationen

#### 3.1 ARBEITERPARTEI KURDISTANS

Die Arbeiterpartei Kurdistan (Partiya Karkerên Kurdistanê - PKK) wurde 1978 unter der Führung von Abdullah Öcalan als Bewegung gegen die aus ihrer Sicht herrschende Unterdrückung der Kurden in der Türkei gegründet. Zunächst berief sie sich auf marxistisch-leninistische Ideologeelemente und strebte eine Revolution an, die zur Errichtung eines kurdischen Staates führen sollte. Aus pragmatischen Gründen, u. a. um alle kurdischen Bevölkerungskreise einzubeziehen und um eine Verurteilung Öcalans zur Todesstrafe wegen Separatismus zu verhindern, entfernte sich die PKK immer mehr von diesen Wurzeln. Inzwischen setzt sich die PKK für eine Selbstverwaltung der Kurden in ihren traditionellen Siedlungsgebieten in der Türkei, in Syrien, im Iran und Irak ein, wobei klares Ziel eine Vorherrschaft der PKK ist. Ihr Gründer, Abdullah Öcalan, stellt trotz seiner seit 1999 andauernden Haft immer noch die wichtigste Identifikationsfigur der Partei dar und steht im Zentrum eines ausgeprägten, sehr emotional gelebten Personenkults. Auch wenn sich die Gerüchte um Öcalans Gesundheitszustand wieder gelegt haben, bleibt dieses Thema dazu geeignet, die PKK-Anhänger zu emotionalisieren und zu mobilisieren. Der Anführer der PKK wurde 1999 verhaftet und wegen Hochverrats, Bildung einer terroristischen Vereinigung, Sprengstoffanschlägen, Raubes und Mordes zum Tode verurteilt. Aufgrund der Aufhebung der Todesstrafe in der Türkei wurde das Urteil später in lebenslange Haft umgewandelt. Trotz der bereits rund 18 Jahre andauernden Inhaftierung ist Öcalan als ideologischer Anführer der PKK unangefochten und wird von den PKK-Anhängern als zentrale Identifikationsfigur verehrt. Aufgrund der Diskussionen über eine mögliche Wiedereinführung der Todesstrafe in der Türkei fürchtet die PKK, das Urteil gegen Öcalan könnte erneut geändert und die Todesstrafe vollstreckt werden.

In den traditionellen kurdischen Siedlungsgebieten unterhält die PKK eine mehrere tausend Personen starke Guerillatruppe, die so genannten Volksverteidigungskräfte (Hêzên Parastina Gel - HPG) und eine terroristisch agierende Splittergruppe, die Freiheitsfalken Kurdistan (Teyrêbazên Azadîya Kurdistan - TAK). Die syrische Zweigorganisation der PKK, die Partei der Demokratischen Union (Partiya Yekîtiya Demokrat - PYD) unterhält ebenfalls eine kämpfende Truppe, die Volksverteidigungseinheiten (Yekîneyên Parastina Gel - YPG). Die HPG liefern sich seit 1984 mit Unterbrechungen schwere Kämpfe mit den türkischen

---

118 Kompendium des BfV. Darstellung ausgewählter Arbeitsbereiche und Beobachtungsobjekte, Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln, Juli 2017, Seite 114.

Streitkräften, HPG und TAK verüben Anschläge auf Staatsbedienstete und Zivilisten. Nach eigenen Angaben der HPG sollen in den Jahren 2016 und 2017 bei 2.239 Aktionen 6.363 Soldaten und Polizisten getötet worden sein<sup>119</sup>. Die YPG kämpften im Berichtszeitraum in erster Linie gegen den IS in Syrien, um die dortigen kurdisch besiedelten Gebiete zu befreien und zu kontrollieren.

Mit Verbotsverfügung nach dem Vereinsgesetz vom 22. November 1993 untersagte das Bundesministerium des Innern die Betätigung der PKK sowie ihrer Teil- und Nebenorganisationen in Deutschland. Seit 2002 steht die PKK auch auf der EU-Liste der terroristischen Organisationen. Ferner hat der Bundesgerichtshof<sup>120</sup> 2014 bestätigt, dass sie eine ausländische terroristische Vereinigung i. S. v. §§ 129 a, b StGB darstellt und sich in ihrem bewaffneten Kampf nicht auf völkerrechtliche Rechtfertigungsgründe berufen kann. Ungeachtet des vereinsrechtlichen Betätigungsverbots und der damit verbundenen Strafverfolgung hat es die PKK immer wieder verstanden, in Deutschland ihre Tätigkeit heimlich und in Form von Ersatz- und Tarnorganisationen fortzuführen. Deutschland hat für die PKK insbesondere eine Bedeutung als Rückzugsraum und Spendengeldquelle.

In Deutschland verfügt die PKK über einen konspirativ und illegal operierenden, hierarchisch strukturierten Funktionärsapparat. Nach einem parteiinternen System ist die gesamte Fläche der Bundesrepublik aufgeteilt in insgesamt 33 Gebiete, denen jeweils ein Kader als Gebietsverantwortlicher zugeteilt wird. Der größte Teil Schleswig-Holsteins bildet zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern das Gebiet Kiel. Der südliche Landesteil Schleswig-Holsteins rund um Pinneberg und Elmshorn wird dem PKK-Gebiet Hamburg zugerechnet. Zu den typischen Aufgaben der Gebietsverantwortlichen zählen z. B. der Verkauf von Publikationen und Eintrittskarten für Propagandaveranstaltungen, die Spendensammlung und die Mobilisierung von Teilnehmern für parteibezogene Veranstaltungen. Um die Verfolgung durch Sicherheitsbehörden zu erschweren, wechseln diese Kader in der Regel jährlich das Zuständigkeitsgebiet.

Von den ca. 800.000 ethnischen Kurden in der Bundesrepublik Deutschland werden 14.500 Personen – davon 700 in Schleswig-Holstein – zum festen Anhängerstamm der PKK gezählt. Dieser ist in Deutschland nahezu flächendeckend in Vereinen organisiert, welche dem Dachverband Demokratisches Kurdisches Gesellschaftszentrum Deutschland (Naven-

---

119 Tageszeitung Yeni Özgür Politika, 25.07.2017, Seiten 1 und 3. Interne Übersetzung: „Bilanz des Widerstandes (...) die ‚Volksverteidigungskräfte‘ (HPG) haben ihre Kriegsbilanz für die letzten zwei Jahre veröffentlicht. Demnach sind bei 2239 Aktionen 6363 Soldaten und Polizisten getötet worden. Die HPG selbst hätten 1116 Opfer zu beklagen.“

120 Der BGH bestätigte mit Beschluss 3 StR265/13 vom 06.05.2014 ein Strafurteil des OLG Hamburg vom 13.02.2013 – 2StE 5/12-6 gegen den PKK-Funktionär Ali Ihsan K. Das OLG Hamburg hatte nach umfangreicher Beweisaufnahme – gestützt auf Auswertung öffentlich zugänglicher Quellen über Anschläge der HPG oder der TAK – festgestellt, dass es sich bei der PKK um eine terroristische Vereinigung im Ausland handelt.

da Civaka Demokratîk ya Kurdên li Almaniyayê – NAV-DEM) angehören. NAV-DEM tritt nach außen hin als selbständige Organisation auf, arbeitet aber im Sinne der PKK. In Schleswig-Holstein existieren zwei Mitgliedsvereine des NAV-DEM, die als örtliche Anlaufstellen für die Anhänger und Kader der PKK fungieren: der Verein Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Kiel e. V. (Demokratik Kürt Toplum Merkezi Kiel – DKTM Kiel) sowie das Demokratische Kurdische Gemeinde Zentrum Neumünster e. V. (DKTM Neumünster).

Das DKTM Kiel organisierte im Berichtsjahr zahlreiche Veranstaltungen (z. B. Demonstrationen, Mahnwachen, Feiern zu Jahres- und Gedenktagen, Fahrten zu Großveranstaltungen im In- und Ausland), die überwiegend Teil bundes- oder europaweiter Kampagnen der PKK waren. Über die Veranstaltungen des DKTM Kiel wird regelmäßig in der PKK-nahen Tageszeitung Yeni Özgür Politika (Neue Freie Politik – YÖP) berichtet, die in Deutschland und dem europäischen Ausland verkauft wird. Das DKTM Neumünster entfaltet ebenfalls auf lokaler Ebene Aktivitäten mit PKK-Bezug, bleibt aber in seinem Aktionsniveau stark hinter dem Kieler Verein zurück. Neben den o. g. eingetragenen Vereinen existiert in Kiel ein sogenannter Volksrat aus Aktivisten, welche die Kader bei ihren Aufgaben unterstützen. Die Aktivisten des Volksrats rekrutieren sich im Wesentlichen aus dem Mitgliederstamm des DKTM Kiel. Der Volksrat unterhält Kommissionen zur Betreuung bestimmter Gruppen (Frauen, Jugend, Märtyrerfamilien) oder für bestimmte Aufgaben (Öffentlichkeitsarbeit, Kultur). Aktivisten des Volksrats unterstützen die PKK-Kader außerdem bei deren Aufgabenwahrnehmung, z. B. dem Verkauf von Veranstaltungstickets.

Die syrische Schwesterorganisation der PKK, die PYD, hat in Deutschland eine eigene Struktur. In Schleswig-Holstein hat die PYD bisher keine eigene Vereinsstruktur, ihre Vertreter arbeiten angegliedert an den PKK-Basisverein in Kiel.

### 3.2 TÜRKISCHER RECHTSEXTREMISMUS/ÜLKÜCÜ-BEWEGUNG

Die Ülkücü-Bewegung ist nicht homogen, sie umfasst Mitglieder mehrerer Organisationen und nicht-organisationsgebundene Anhänger des türkischen Rechtsextremismus. „Die Ülkücü-Ideologie hat seit ihren Anfängen als rein rassistische und nationalistische Bewegung eine deutliche Entwicklung durchlaufen; sie weist inzwischen eine Bandbreite auf, die von Einflüssen des Antiislamismus über nationalistischen Kemalismus (politische Leitlinie des türkischen Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk) bis in den Randbereich des Islamismus reicht.“<sup>121</sup>

---

121 Kompendium des BfV. Darstellung ausgewählter Arbeitsbereiche und Beobachtungsobjekte, Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln, Juli 2017, Seite 113.

Alle Anhänger der Ülkücü-Bewegung - im Wortsinn: Idealistenbewegung - haben als Gemeinsamkeit ein extrem übersteigertes Nationalbewusstsein, welches das Türkentum als höchsten Wert ansieht. Sie setzen andere Nationen und deren Angehörige herab und betrachten sie als minderwertig. Gleiches gilt für religiöse und ethnische Personengruppen, insbesondere Kurden, Armenier und Juden. Ziel der Ülkücüs ist die Errichtung einer Großtürkei in den Grenzen des Osmanischen Reiches, in der alle Menschen leben, die sich als Teil des Türkentums begreifen. Die 11.000 Ülkücü-Anhänger in Deutschland - davon 400 in Schleswig-Holstein - versuchen, ihre Ideologie nicht nur zu leben, sondern auch gesellschaftlich und politisch zu verbreiten. Sie suchen Einfluss im Sinne der Bewegung in demokratischen Parteien und in kommunalen Gremien, insbesondere in Integrationsräten. Von organisierten Ülkücü-Mitgliedern wird diese aktive Mitarbeit erwartet.

Die Anhänger der Ülkücü-Bewegung bedienen sich der Symbolik des grauen Wolfes (Bozkurt), der einer Legende nach bedrohte türkische Volksstämme rettete. Sie zeigen den Wolf in jeglicher Form, z. B. auf Jacken und T-Shirts, um ihre politische Einstellung zu dokumentieren, aber auch als Erkennungszeichen untereinander. Hierzu zählt auch der sogenannte Wolfsgruß (die Finger einer Hand werden entsprechend geformt). Drei weiße Halbmonde auf rotem Hintergrund zählen ebenfalls zur Symbolik.

Der mit 7.000 Mitgliedern größte Ülkücü-Dachverband in Deutschland ist die Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine (Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu - ADÜTDF), die 1978 in Frankfurt am Main gegründet wurde. Es handelt sich hierbei um eine Auslandsvertretung der türkischen extrem-nationalistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (Milliyetçi Hareket Partisi - MHP).

Ebenfalls in Frankfurt am Main befindet sich seit 1993 der Hauptsitz des Verbandes der türkischen Kulturvereine in Europa (Avrupa Türk Kültür Dernekleri Birliği - ATB), der als Auslandsvertretung der türkischen nationalistischen Partei der Großen Einheit (Büyük Birlik Partisi - BBP) angesehen wird. Die BBP entstand durch eine Abspaltung von der MHP.

Die Vereine in Deutschland und deren Dachverbände kennzeichnet ein streng hierarchischer Aufbau. So ist die Umsetzung von Anweisungen aus der Türkei bis in die Vereine gewährleistet. Die Vereine finanzieren sich durch Geldspenden und Mitgliedsbeiträge.

Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift Bülten dient als Sprachrohr der ADÜTDF. Innerhalb der Vereine wird das nationalistische Gedankengut von den Mitgliedern in den Alltag einbezogen und so werden deren Kinder schon frühzeitig im Sinne der Bewegung ideologisch geprägt. Es gibt aber auch viele unorganisierte Ülkücü-Anhänger. „Das Weltbild dieser ‚freien‘ Anhänger setzt sich aus Versatzstücken der Ülkücü-Ideologie, aber auch anderer politischer und religiöser Ausrichtungen zusammen. Dieser Personenkreis

ist hauptsächlich über das Internet vernetzt.<sup>122</sup> Insbesondere in den sozialen Netzwerken wie z. B. Facebook finden sich Jugendliche, die sich der einschlägigen Symbolik bedienen und gemeinsame Feindbilder pflegen. In Schleswig-Holstein wurden im Berichtsjahr organisierte Strukturen in mehreren Vereinen beobachtet, die dem türkischen rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden. Hierarchie und gute Vernetzung untereinander gewährleisten eine gute Zusammenarbeit aller organisierten Ülkücüs im norddeutschen Raum. Nach außen sind die organisierten Ülkücü-Anhänger in Kiel, Neumünster, Lübeck, Rendsburg und Flensburg kaum wahrnehmbar. Das Internet wird von Vereinsmitgliedern auch zur Kommunikation und Darstellung ihrer Gesinnung genutzt, persönliche Kontakte bis in die Führungsebene werden aber bevorzugt.

#### 4 Schwerpunktthemen

Da die Aktivitäten der PKK-Anhänger durch die Parteiführung zentral gesteuert werden, verlaufen die Aktionen, z. B. Protestkampagnen, in Europa, Deutschland und Schleswig-Holstein stets im Gleichklang. Auch innerhalb der organisierten Ülkücü-Bewegung gibt es über die Dachorganisationen eine entsprechende Steuerung. Im Ergebnis führt diese Konstellation dazu, dass innenpolitische Konflikte der Türkei auch in Deutschland ausgetragen werden.

Die Bekämpfung der PKK in der Türkei durch die türkische Regierung führt dazu, dass in Deutschland lebende PKK-Anhänger ihren Protest dagegen auch hierzulande öffentlich machen. Mit zunehmendem Druck der türkischen Regierung auf die PKK intensiviert sich auch in Deutschland das Protestverhalten der PKK-Anhänger hiergegen.

Mit einem Kanon jährlich wiederkehrender Veranstaltungen bindet die PKK ihre Anhänger an sich und verbreitet Organisationspropaganda. Im Berichtsjahr wurden die wesentlichen Großveranstaltungen PKK-naher Organisationen auch von Personen aus Schleswig-Holstein besucht, so die Großdemonstration in Paris am 7. Januar zum Gedenken an die Ermordung von drei prominenten PKK-Parteiführerinnen<sup>123</sup>, die Großdemonstration in Straßburg (Frankreich) am 11. Februar anlässlich des 18. Jahrestages der Festnahme Öcalans, die bundesweite Großkundgebung zum kurdischen Neujahrsfest Newroz in Frankfurt am Main (Hessen) am 18. März, das 13. Zilan-Frauenfestival<sup>124</sup> am 1. Juli in Dortmund (Nord-

---

122 Kompendium des BfV. Darstellung ausgewählter Arbeitsbereiche und Beobachtungsobjekte, Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln, Juli 2017 S. 113.

123 Am 9. Januar 2013 wurden im Kurdischen Kulturzentrum in Paris Sakine Cansiz – ein Gründungsmitglied der PKK – sowie zwei weitere PKK-Aktivistinnen erschossen. Der Strafprozess gegen den Tatverdächtigen hätte eigentlich im Januar 2017 beginnen sollen, wenn nicht der Tatverdächtige im Dezember 2016 in französischer Haft verstorben wäre.

124 Benannt nach Zeynep Kinaci, Deckname Zilan, die 1996 in Tunceli (Türkei) ein Bombenattentat mit Toten und Schwerverletzten beging, dabei selbst ums Leben kam und die von der PKK seither als Märtyrerin

rhein-Westfalen) und das 25. Internationale Kurdische Kulturfestival am 16. September in Köln (Nordrhein-Westfalen).

Darüber hinaus wurden in Schleswig-Holstein örtliche Veranstaltungen mit PKK-Bezug abgehalten; so feierten die PKK-Anhänger in Kiel am 21. März das Newroz-Fest, am 4. April den Geburtstag des Parteigründers Öcalan und am 1. Dezember das Gründungsjubiläum der PKK.

#### 4.1 REFERENDUM ZUR ÄNDERUNG DER TÜRKISCHEN VERFASSUNG

Im ersten Vierteljahr des Berichtszeitraumes dominierte das Referendum zur Änderung der türkischen Verfassung hin zu einem Präsidialsystem die Diskussionen und Aktivitäten aller Beobachtungsobjekte mit Türkei-Bezug. In der Türkei wurde die Abstimmung am 16. April durchgeführt, in Deutschland hatten die türkischen Wahlberechtigten die Möglichkeit, in den diplomatischen Vertretungen der Türkei in der Zeit vom 27. März bis 9. April ihre Stimme abzugeben. Der Wahlkampf zwischen Befürwortern und Gegnern des Präsidialsystems wurde überall, auch in Schleswig-Holstein, emotional geführt und verschärfte weiter die Polarisierung der türkisch-stämmigen Bevölkerung in Befürworter und Gegner des türkischen Präsidenten Erdogan. Während seine Anhänger in Deutschland um Ja-Stimmen warben, führten PKK-Anhänger gemeinsam mit nicht extremistischen türkischen Oppositionellen und linksextremistischen türkischen Gruppierungen eine Nein-Kampagne durch. Bereits im Januar gab einer der ranghöchsten PKK-Funktionäre in einem Artikel der PKK-nahen Tageszeitung YÖP die Anweisung an die eigene Anhängerschaft, dass jeder seine gesamte Kraft mobilisieren müsse, um eine „Legalisierung des Faschismus“ im Zuge des Referendums zu verhindern.<sup>125</sup>

In Kiel gab es am 12. März eine angemeldete, störungsfreie Kundgebung von PKK-Anhängern gegen das bevorstehende Referendum, auch organisierte das DKTM Kiel die gemeinsame Anreise von Gegnern des Präsidialsystems zur Stimmabgabe nach Hamburg. Unmittelbar nach dem Referendum wurde ein Ülkücü-Verein in Neumünster zum Ziel einer mutmaßlich politisch-motivierten Sachbeschädigung (s. u. 5).

Innerhalb der Ülkücü-Bewegung gab es unterschiedliche Haltungen zu den Zielen des Referendums, nicht alle Ülkücüs befürworteten die Verfassungsänderung. Entsprechend der Positionierung des Vorsitzenden der Partei MHP in der Türkei warb der mitgliederstärkste Ülkücü-Verband in Deutschland, die ADÜTDF, um Ja-Stimmen für das Referendum. Nachdem in Deutschland mehrfach Werbeveranstaltungen mit türkischen Staatsministern

---

und Vorbild verehrt wird.

125 Murat Karayilan: Die Kurden werden ihnen die Tour vermasseln, in: Tageszeitung Yeni Özgür Politika, 31.01.2017, Seiten 1 und 3. Interne Übersetzung.

abgesagt wurden oder – wie am 7. März in Hamburg – nur in deutlich modifizierter Form stattfinden konnten, sahen sich die nationalistischen Türken und Erdogan-Befürworter vom Versammlungsrecht in Deutschland benachteiligt. In den sozialen Netzwerken im Internet kritisierten sie vehement, dass sich Anhänger der verbotenen Organisation PKK in Deutschland scheinbar ungehindert versammeln könnten, während Veranstaltungen türkischer Organisationen eingeschränkt worden wären. In der Kritik und Ablehnung gegenüber dem deutschen Staat und der deutschen Medienlandschaft herrschte insofern innerhalb der Ülkücü-Bewegung Einigkeit. Nachdem das amtliche Endergebnis des Referendums eine knappe Mehrheit für die Änderung der türkischen Verfassung konstatiert hatte, hielten sich die Anhänger der Ülkücü-Bewegung in Schleswig-Holstein im weiteren Verlauf des Jahres mit öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten zurück.

#### 4.2 REAKTIONEN AUF DIE ENTWICKLUNG IN SYRIEN

Durch die Flüchtlingsbewegungen aus Syrien konnte die PYD deutschlandweit und auch in Schleswig-Holstein einen weiteren Zuwachs an Anhängern verzeichnen. Damit wirkt sich die politische Entwicklung in Syrien auch auf das hiesige Veranstaltungsgeschehen aus. Die PYD dominiert in Syrien Gebiete nahe der türkischen Grenze, die sie dem IS abgerungen hat. Im Sprachgebrauch der PKK und der PYD werden diese syrischen Gebiete als Rojava bezeichnet. In der Nacht auf den 25. April führte die türkische Armee Luftangriffe auf Kurdenstellungen in Syrien und im Irak durch. In Deutschland protestierten daraufhin PKK-Anhänger mit einer Welle von Versammlungen gegen die Angriffe. Ein Brandanschlag auf einen türkischen Moscheeverein der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB) in Weil am Rhein (Baden-Württemberg) am 28. April wurde in der Tatbekennung auf der Internetseite der PKK-Jugendorganisation Komalên Ciwan/Ciwanên Azad als Racheakt einer Jugendinitiative für die Luftangriffe des türkischen Staates bezeichnet.<sup>126</sup> Auch im Juli befürchteten die PKK und die PYD grenzüberschreitende Operationen der türkischen Streitkräfte in Syrien. In Kiel mobilisierten syrische PYD-Anhänger im Namen der PYD Rojava aus diesem Anlass gemeinsam mit den türkisch-kurdischen PKK-Anhängern aus dem DKTM Kiel zu einer Versammlung unter dem Motto: Anti Türkei Kundgebung.<sup>127</sup>

#### 4.3 PROTEST GEGEN DIE AUSWEITUNG DES PKK-KENNZEICHENVERBOTES

Am 2. März verfügte das Bundesministerium des Innern, dass auch die Symbole der syrischen PKK-Schwesterpartei PYD und deren militärischen Armes, der YPG, sowie bestimmte Abbildungen des PKK-Gründers Abdullah Öcalan und die Symbole der Jugendorganisa-

---

126 <http://rojaciwan.eu> vom 29.04.2017: Molotow-Attacke der kurdischen Jugend auf AKP-nahe DITIP in Basel, abgerufen am 02.05.2017.

127 Thema laut Angabe in der Versammlungsanmeldung vom 11.07.2017 gegenüber dem Bürger- und Ordnungsamt Kiel.

tion Komalên Ciwan/Ciwanên Azad unter das Betätigungsverbot der PKK fallen. Zuvor waren diese Symbole auf Demonstrationen von PKK-Anhängern häufig anstelle der verbotenen traditionellen PKK-Fahnen gezeigt worden. PKK-nahe Organisationen kritisierten diese Entscheidung vehement, u. a. in Redebeiträgen auf der zentralen Newroz-Veranstaltung in Frankfurt am Main am 18. März. Am 17. Juni in Berlin weigerten sich die Teilnehmer einer Demonstration unter dem Motto: Solidarität mit Rojava und Shengal – Gegen die Kriminalisierung der PYD, YPG und YPJ<sup>128</sup>, entsprechende Auflagen einzuhalten, die das Werben für die PKK unterbinden sollten. Für die Teilnahme an dieser Demonstration wurde unter den PKK-Anhängern in Schleswig-Holstein mit dem Angebot einer gemeinsamen Busanreise geworben. Nach Provokationen durch nationalistische Türken und der Weigerung der PKK-Anhänger, die verbotenen Symbole zu verbergen, kam es zu Ausschreitungen gegen die Polizei.

Linksextremistische deutsche Organisationen solidarisierten sich mit den Protesten gegen das erweiterte PKK-Kennzeichenverbot. Auch bei dem Protestmarsch gegen den G20-Gipfel in Hamburg am 8. Juli zeigten die Teilnehmenden massenweise Wimpel der YPG, obwohl sich nur wenige PKK-Anhänger an dieser Großdemonstration beteiligten.

Vor einer Demonstration von PKK-Anhängern in Düsseldorf am 4. November bestätigte das OVG Münster<sup>129</sup> zuletzt die Rechtmäßigkeit des Verbots des Zeigens von Abbildern Öcalans. Während der Versammlung wurde entgegen den polizeilichen Auflagen eine Vielzahl verbotener Flaggen, Fahnen und Abbilder Öcalans gezeigt, nachdem diese zuvor aus Fahrzeugen verteilt wurden. Polizeilichen Aufforderungen, die Abbildungen gemäß den Auflagen zu entfernen, kamen die Versammlungsteilnehmer nicht nach. Es kam zu Angriffen von Demonstrationsteilnehmern auf die Polizisten. Offenkundig nimmt die PKK unfriedliche Versammlungsverläufe in Kauf, um weiterhin ihre Symbole zu zeigen und folglich in der Öffentlichkeit sichtbar zu bleiben.

#### 4.4 KAMPAGNE FÜR DIE FREILASSUNG ABDULLAH ÖCALANS

Bereits im Juli des Berichtsjahrs kündigte der PKK-nahe Dachverband NAV-DEM an, das Schicksal und den Gesundheitszustand des PKK-Gründers Öcalan zum zentralen Thema aller Aktionen bis zum April 2018 zu machen.<sup>130</sup> Am 1. September begannen sämtliche PKK-nahen Organisationen in Europa eine Kampagne, um durch Aktionen wie z. B. einen Bücherbus mit Öcalan-Literatur die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Lage des inhaftierten PKK-Gründers zu lenken. Prompt wurde in Kiel für den 9. September eine Demonstra-

---

128 Thema laut Angabe in der Versammlungsanmeldung vom 01.06.2017 gegenüber der Versammlungsbehörde Berlin.

129 OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 03.11.2017 – 15 B 1371/17.

130 Yeni Özgür Politika vom 13.07.2017, (S.1/6).

tion zum Thema Freiheit für Öcalan angemeldet, die nach dem Willen der Anmelder auf dem Fördedampfer von Kiel nach Laboe (Kreis Plön) stattfinden sollte. Aus versammlungsrechtlichen Gründen wurde die Kundgebung auf einen öffentlichen Platz an Land verlegt.

Mitte Oktober kursierten in türkischen Medien angeblich Gerüchte um einen dramatisch verschlechterten Gesundheitszustand des Parteigründers. Umgehend forderte die NAV-DEM ab dem 15. Oktober international und deutschlandweit alle Kurden zu Demonstrationen auf, um die Freiheit Öcalans und Klarheit über dessen gesundheitliche Situation zu fordern. Allein an diesem Tag kam es bundesweit zu mindestens 23 themenbezogenen Veranstaltungen mit insgesamt rund 1.900 Teilnehmern. In Kiel hielten jeweils ca. 50 bis 70 PKK-Anhänger am 15., 16. und 19. Oktober friedlich Spontanversammlungen ab.

In Bielefeld (Nordrhein-Westfalen) verübten jugendliche PKK-Anhänger in der Nacht auf den 30. Oktober einen Anschlag mit diversen Sachbeschädigungen gegen ein Vereinsgebäude des pro-türkischen Verbandes Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD). Auf der Internetseite der PKK-Jugendorganisation bekannte sich eine Apoistische Jugendinitiative Eylem Newroz<sup>131</sup> zu der Tat und verdeutlichte den Stellenwert Öcalans für die PKK-Anhänger mit einer Drohung:

„Solange unser Vorsitzender Abdullah Öcalan in Isolationshaft gehalten wird, solange wir keinerlei Information über seinen Gesundheitszustand oder seine Haftbedingungen erhalten, sehen wir uns gezwungen unsere Aktionen pausenlos und an jedem Ort fortzusetzen. Dabei werden sämtliche Einrichtungen des kolonialistischen türkischen Staates und seiner Kollaborateure in Europa unser Ziel sein. Sollte Rêber Apo auch nur ein Haar gekrümmt werden, folgen Aktionen deren Ausmaß niemand mehr kontrollieren kann. Wir werden unsere Aktionen weiter fortsetzen und Woche um Woche radikalisieren. Das ist erst der Anfang.“<sup>132</sup>

## 5 Kriminalität im Phänomenbereich Extremismus mit Auslandsbezug

Im Vorjahr hatten Versammlungslagen mit gegenseitigen Provokationen von Kurden bzw. PKK-Anhängern einerseits und Türken bzw. Ülkücü-Anhängern andererseits zu einem Anstieg der Gewaltdelikte geführt. Dies setzte sich im Berichtsjahr nicht fort. Die Zahl der verübten Straftaten sank auf 15 (2016: 45), davon waren zwei (2016: 27) Gewaltdelikte.

---

131 Eylem Newroz ist der Deckname einer Angehörigen der TAK, die am 06.07.2016 in Istanbul (Türkei) mit einem Selbstmordanschlag mindestens 11 Personen tötete und die von der PKK seither als Märtyrerin verehrt wird.

132 <http://rojaciwan.eu/eylem-newroz-intikam-timi-bielefeldteki-eylemi-ustlendi/?lang=de>; zuletzt eingesehen am 06.11.2017. Schreibfehler aus dem Original übernommen.

Unmittelbar nach dem Referendum über die Änderung der türkischen Verfassung hin zu einem Präsidialsystem wurde in der Nacht zum 18. April das Vereinslokal des Ülkücü-Vereins „Deutsch Türkische Familienunion in Neumünster und Umgebung e. V.“ Opfer einer mutmaßlich politisch motivierten Sachbeschädigung: Auf dem Gebäude wurden Graffiti mit den Worten Na<sup>133</sup> und Hayir<sup>134</sup> aufgebracht, eine Fensterscheibe eingeschlagen und eine Rauchbombe in die Vereinsräume geworfen. Außerdem wurden die Reifen eines vor dem Vereinshaus geparkten PKW zerstochen und ein in der Nähe geparkter Firmenwagen eines türkischen Bauunternehmers in Brand gesetzt. Der oder die Täter konnten bislang nicht ermittelt werden. Ob es sich hierbei um PKK-Anhänger handelte, ist daher nicht bekannt. Aufgrund des Modus Operandi und des Wortlautes der Graffiti ist davon auszugehen, dass politische Gegner der türkischen Regierung Rache für den aus ihrer Sicht unbefriedigenden Ausgang des Referendums nehmen wollten.

Danach normalisierte sich im Verlauf des Berichtsjahres das Kriminalitätsgeschehen sowohl hinsichtlich der Zahl als auch der Art der Delikte. Es wurden keine weiteren politischen motivierten Gewaltstraftaten mehr bekannt, lediglich diverse Propagandadelikte (Zeigen von Kennzeichen verbotener Organisationen, namentlich der PKK und ihrer Teilorganisationen).

Ein Ermittlungsverfahren nach § 129 b StGB (Kriminelle und terroristische Vereinigung im Ausland) wurde im Berichtsjahr geführt, nachdem bei einem Tatverdächtigen eine Spendengeldquittung der PKK-Spendenkampagne über einen vierstelligen Eurobetrag aufgefunden wurde.

---

133 Kurdisch für Nein.

134 Türkisch für Nein.

## 6 Mitgliederentwicklung

<b>Mitgliederentwicklung im Phänomenbereich Extremismus mit Auslandsbezug 2013 bis 2017</b>				
Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit		Linksextremisten	Extreme Nationalisten	Gesamt
Kurden	2017	700		700
	2016	700		700
	2015	700		700
	2014	700		700
	2013	650		650
Türken	2017	Einzelmitglieder	400	400
	2016	Einzelmitglieder	400	400
	2015	Einzelmitglieder	400	400
	2014	Einzelmitglieder	400	400
	2013	Einzelmitglieder	400	400
Summe Land	2017	700	400	1100
	2016	700	400	1100
	2015	700	400	1100
	2014	700	400	1100
	2013	650	400	1050

Abbildung 18: Mitgliederentwicklung im Phänomenbereich Extremismus mit Auslandsbezug 2013 bis 2017

## VII Spionageabwehr, Wirtschaftsschutz und Proliferationsbekämpfung

### 1 Überblick

Ausländische Nachrichtendienste betreiben mit hohem organisatorischem und finanziellem Aufwand Spionage und das weltpolitisch einflussreiche und wirtschaftsstarke Deutschland ist dabei ein wichtiges Aufklärungsziel.

Die Verfassungsschutzbehörde Schleswig-Holstein geht aufgrund ihres gesetzlichen Auftrages jedem Spionageverdacht nach, unabhängig, von welchem Staat er ausgeht. Alle sach- und personenbezogenen Informationen über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht im Geltungsbereich des Grundgesetzes werden gesammelt und ausgewertet.

Ein Arbeitsschwerpunkt der Spionageabwehr in Schleswig-Holstein ist der Schutz der hiesigen Unternehmen vor geheimen und illegalen Informationsabflüssen durch ausländische Spionage (siehe VII 4).

Eine immer größere Herausforderung für die Verfassungsschutzbehörden stellt eine besondere Methode der nachrichtendienstlichen Ausspähungsaktivitäten dar – die Cyber-Spionage. Die Überprüfung von Hinweisen zu möglichen elektronischen Angriffen und insbesondere die Sensibilisierung für diese Form der Spionage sind ein wichtiges Aufgabenfeld für die Spionageabwehr (siehe VII 4 und VII 6).

Vor dem Hintergrund der sicherheitskritischen Weltlage sind auch die fortbestehenden Aktivitäten der sogenannten Risikoländer zu betrachten. Staaten wie der Iran, Nordkorea, Pakistan und Syrien versuchen nach wie vor Produkte und wissenschaftliches Know-how auf dem Gebiet der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen sowie von dazugehörigen Trägertechnologien zu erlangen (Proliferation). Die Verfassungsschutzbehörden tragen dazu bei, derartige Beschaffungsaktivitäten zu verhindern (siehe VII 5).

Ausländische Nachrichtendienste spähen in Deutschland ansässige Personen, Organisationen und Volksgruppen aus, die im Herkunftsland als Oppositionelle politisch verfolgt oder beobachtet werden. Die Sicherheitsbehörden sehen insbesondere die fortgesetzten nachrichtendienstlichen Aktivitäten der Türkei in Deutschland mit Sorge. Seit dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei im Juli 2016, für den die türkische Regierung den Gründer der Gülen-Bewegung, Fethullah Gülen, als Drahtzieher verantwortlich macht, werden Anhänger der Gülen-Bewegung von der türkischen Regierung als Unterstützer einer terroristischen Vereinigung angesehen und daher von den türkischen Sicherheitsbehörden beobachtet und verfolgt. In diesem Zusammenhang hat der türkische Nachrichtendienst MIT in großem Umfang Anhänger der Gülen-Bewegung anscheinend auch in Deutschland

ausspioniert. Da eine größere Anzahl von Gülen-Anhängern aus der Türkei vor der Verfolgung auch nach Deutschland geflohen ist, ist zu befürchten, dass der türkische Nachrichtendienst seine Aufklärungsbemühungen in Bezug auf die Gülen-Anhängerschaft in Deutschland - mutmaßlich auch mit illegalen Mitteln - fortsetzen könnte. Diese Aktivitäten gilt es, zu erkennen und gegebenenfalls zu verhindern (siehe VII 7).

## **2 Vorgehen ausländischer Nachrichtendienste**

Die Informationsbeschaffung fremder Nachrichtendienste, insbesondere der Volksrepublik China, der russischen Föderation, aber auch anderer Staaten, erfolgt mit Mitteln und Methoden der offenen sowie der verdeckten (nachrichtendienstlichen) Informationsbeschaffung. Für nachrichtendienstliche Operationen nutzen ausländische Nachrichtendienste die jeweiligen amtlichen Vertretungen und die halbamtlichen Vertretungen (zum Beispiel Presseagenturen und Fluggesellschaften) ihrer Länder und unterhalten dort Stützpunkte, sogenannte Legalresidenturen. Aus diesen Legalresidenturen heraus findet häufig die offene Informationsbeschaffung zum Beispiel durch Gesprächsabschöpfung statt. Die nachrichtendienstlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterhalten eine Vielzahl von Kontakten und Beziehungen zu Gesprächspartnern, die über vermeintlich interessante Informationen oder Zugänge verfügen. Häufig unter der Tarnung als Journalist oder als Vertreter von politischen oder wissenschaftlichen Think Tanks wird auf Konferenzen, Symposien oder Messen der Kontakt zu Personen gesucht, die für ausländische Nachrichtendienste von Interesse sein könnten.

Chinesische Nachrichtendienste nutzen für die erste Kontaktaufnahme immer häufiger soziale Netzwerke wie LinkedIn und Facebook. Dabei wird regelmäßig der gleiche Modus Operandi genutzt: Vermeintliche Wissenschaftler, Vertreter von Think Tanks, Jobvermittler oder Headhunter nehmen Kontakt zu Personen auf, die über ein für Nachrichtendienste interessantes Personenprofil verfügen. Die Personen werden mit lukrativen Angeboten geködert und schließlich nach China eingeladen. Dort erfolgt dann eine nachrichtendienstliche Anbahnung, bei der versucht wird, die Betroffenen zu einer Zusammenarbeit zu bewegen.

Im Berichtsjahr wurden derartige Anbahnungsversuche auch bei Personen aus Schleswig-Holstein festgestellt. Die Personen konnten jedoch rechtzeitig sensibilisiert werden.

Die verdeckte nachrichtendienstliche Informationsgewinnung wird überwiegend aus den Herkunftsländern gesteuert und inzwischen von dort aus immer häufiger direkt durchgeführt, meist als Cyber-Spionage (siehe VII 6).

### **3 Beeinflussungsaktivitäten ausländischer, insbesondere russischer Nachrichtendienste**

2016 wurden vielfältige pro-russische Propaganda-Maßnahmen in verschiedenen öffentlich zugänglichen Medien, auch unter Zuhilfenahme von Desinformation, erkannt. Diese verstärkten Aktivitäten zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und politischer Entscheidungsträger in Deutschland im Sinne der russischen Politik fanden im Berichtsjahr keine entsprechende Fortsetzung. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass die Offenlegung gezielter Desinformation, wie z. B. im Fall Lisa<sup>135</sup>, und Warnungen der Verfassungsschutzbehörden entsprechend sensibilisierter politischer Entscheidungsträger vor weiteren Aktivitäten zur Beeinflussung Wirkung zeigte. Erwartete Beeinflussungsaktivitäten zu den im Berichtsjahr stattgefundenen Wahlen (BT-Wahl am 24. September und Landtagswahlen im Saarland, in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen) blieben aus.

Die Verbindung von Cyber-Angriffen und gezielter Desinformation mit Hilfe „gehackter“ Daten wurde zuvor auch von den deutschen Sicherheitsbehörden festgestellt. Die aufgedeckten Cyber-Angriffe auf den Deutschen Bundestag (Mai 2015, August 2016) und der erfolgte Datenabfluss sorgten dafür, dass die Maßnahmen zur Sicherung der Regierernetze sowie der Systeme zur elektronischen Übermittlung und Verarbeitung von Dateien intensiviert wurden, um weitere Angriffe zu verhindern oder zumindest zu erschweren.

### **4 Wirtschaftsspionage und Wirtschaftsschutz**

Wirtschaftsspionage, Konkurrenten-Ausspähung (auch Industriespionage genannt) und Sabotage verursachen in Deutschland jährlich Schäden in Milliardenhöhe<sup>136</sup> und gefährdet heimische Arbeitsplätze. Aufgabe des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsschutzes ist es, Unternehmen hiervor zu schützen.

Im Bereich der Wirtschaft stehen dabei Betriebsgeheimnisse, wie beispielsweise Forschungs- und Entwicklungsergebnisse, Herstellungsverfahren oder unternehmenspolitische Entscheidungen im Fokus ausländischer Nachrichtendienste. Ziel ist es, mit dem illegalen Wissenstransfer Zeit und Entwicklungskosten einzusparen und Wettbewerbsvorteile zu erzielen. Einige ausländische Nachrichtendienste haben sogar den gesetzlichen Auftrag, auf diesem Wege die eigene Volkswirtschaft zu unterstützen.

Neben klassischen Spionagemethoden (siehe VII 2) setzen ausländische Nachrichtendienste zur Erreichung ihrer Ziele vermehrt Cyber-Spionage ein (siehe auch VII 6). Mit der stetig

---

135 Fall Lisa, siehe dazu Verfassungsschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein 2016, Seite 156 ff.

136 Vgl. Studie des Digitalverbandes Bitkom: Wirtschaftsschutz in der digitalen Welt, veröffentlicht am 01.09.2017. Danach ist der deutschen Wirtschaft durch Wirtschaftsspionage, Sabotage und Datendiebstahl im Berichtsjahr ein Schaden von rund 55 Milliarden Euro entstanden.

voranschreitenden Digitalisierung in der Wirtschaft geht auch ein immenser Zuwachs an Sicherheitsrisiken einher. Die zunehmende Vernetzung von IT-Komponenten und daraus erwachsende Abhängigkeiten führen zu einer erhöhten Verletzlichkeit der eingesetzten Systeme. Zahlreiche Umfragen und Studien bestätigen dies.<sup>137</sup> Das Bewusstsein für diese Gefahren ist jedoch bei vielen Unternehmen nicht im gleichen Maße wie das Sicherheitsrisiko gestiegen. Sie nehmen zwar die Gefahren von Wirtschaftsspionage, Sabotage und Knowhow-Abfluss wahr, unterschätzen und verkennen jedoch häufig eine mögliche eigene Betroffenheit.

Eine umfassende Prävention, ein funktionierendes Sicherheitsmanagement,<sup>138</sup> das über die reine IT-Sicherheit hinausgeht, und die Einbeziehung aller Unternehmensangehörigen, insbesondere auch der Unternehmensführung, sind für Unternehmenssicherheit von entscheidender Bedeutung.

Der schleswig-holsteinische Verfassungsschutz unterstützt in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder die schleswig-holsteinischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Verbände durch Aufklärung und Information und leistet so einen Beitrag zum Schutz der Wirtschaft.

## **5 Proliferationsbekämpfung**

Als Proliferation wird die unerlaubte Weiterverbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen bzw. der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte sowie entsprechender Waffenträgersysteme (z. B. Raketen und Drohnen) einschließlich des dafür erforderlichen Know-hows bezeichnet.

Die Herstellung und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen stellt eine ernsthafte Bedrohung der internationalen Sicherheit dar, da zu befürchten ist, dass proliferationsrelevante Risikostaat den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele androhen oder im Fall eines bewaffneten Konflikts tatsächlich einsetzen. Zu diesen Risikostaat, die im Verdacht stehen, ihr konventionelles Waffenarsenal durch die Herstellung von Massenvernichtungswaffen zu ergänzen, zählen insbesondere der Iran, Nordkorea, Syrien und Pakistan.

---

137 Vgl. ebd. sowie Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik: Bericht zur Lage in der IT-Sicherheit 2017.

138 Ein vollständiges Sicherheitsmanagement beinhaltet neben der technischen Sicherheit (z. B. IT-Sicherheit) auch die organisatorische (z. B. Festlegung von Zugriffsrechten und Zutrittsrechten, Kennzeichnung von Betriebsgeheimnissen) und die personelle (z. B. Background-Checks bei sensiblen Personal-Positionen und Schulung der Mitarbeiter) Sicherheit.

Schleswig-Holstein als Standort zahlreicher Unternehmen der Spitzentechnologie ist ein lohnendes Zielgebiet für entsprechende Beschaffungsbemühungen der Risikostaaten. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen stehen dabei im Fokus dieser Staaten mit dem Kalkül, dort auf mangelnde Kenntnisse über die einschlägigen Export- und Embargovorschriften zu stoßen. Für Unternehmen, die möglicherweise proliferationsrelevante Waren ausführen, ist es daher immer empfehlenswert, sich zu Detailfragen bei eventuell genehmigungspflichtigen Sachverhalten unmittelbar mit dem dafür zuständigen Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Verbindung zu setzen oder sich bei Verdachtsmomenten an den Verfassungsschutz zu wenden.

Ein weiteres Ziel der Beschaffungsbemühungen sind die Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein. Hier kann die Gefahr bestehen, dass der gewollte und sinnvolle wissenschaftliche Austausch mit Gastwissenschaftlern aus den Risikostaaten durch eine nachrichtendienstliche Steuerung für einen illegalen proliferationsrelevanten Wissensabfluss missbraucht wird.

Der schleswig-holsteinische Verfassungsschutz arbeitet daher eng und vertrauensvoll mit der Wirtschaft und der Wissenschaft zusammen. In Vorträgen und Sensibilisierungsgesprächen informiert er über die Gefahren einer möglichen Weitergabe von kritischen Technologien, und unterstützt die Unternehmen und Forschungseinrichtungen bei Verdachtsfällen bei der Aufklärung. Zur Proliferationsbekämpfung wurden deshalb im Berichtszeitraum zehn Sensibilisierungsgespräche bei Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen geführt.

## **6 Cyber-Spionage: Elektronische Angriffe auf Unternehmen und Behörden**

In Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder erhielt die Spionageabwehr des Landes Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr zahlreiche Hinweise auf Verdachtsfälle hinsichtlich Wirtschaftsspionage durch elektronische Angriffe auf Unternehmen aus Schleswig-Holstein. Diese Hinweise wurden geprüft und den Betroffenen im Rahmen des gesetzlichen Auftrages Unterstützung angeboten. In diesen Fällen kamen regelmäßig unter anderem die nachfolgend beschriebenen Methoden zum Einsatz.

### **6.1 CYBER-ANGRIFFE**

Als Elektronische Angriffe (Cyber-Angriffe) werden gezielt durchgeführte Maßnahmen mit und gegen Infrastrukturen der Informationstechnologie (IT) bezeichnet. Sie dienen entweder der Informationsbeschaffung oder sollen das angegriffene IT-System schädigen oder sabotieren. Im Fokus der Angriffe stehen Unternehmen und Kritische Infrastrukturen ebenso wie Verwaltungen, Forschungseinrichtungen und Bürger. Die Absichten der Angreifer

können Wirtschafts- oder Militärsplionage, politische Ausspähung, Sabotage, Konkurrenten-Ausspähung (Wirtschaftskriminalität)<sup>139</sup> oder aber allgemeinkrimineller Natur sein.

Aufgrund der zunehmenden Digitalisierung und Vernetzung durch Entwicklungen wie dem Internet der Dinge (IoT)<sup>140</sup> oder Industrie 4.0<sup>141</sup> haben sich Cyber-Angriffe zu einem der bedeutendsten Instrumente entwickelt, um Informationen auszuspähen, Geschäfts- und Verwaltungsprozesse zu sabotieren oder sich anderweitig auf Kosten Dritter kriminell zu bereichern. Die Gründe dafür sind offenkundig: Angriffe über das Internet sind relativ einfach und kostengünstig in Realzeit zu realisieren und bergen ein geringes Enttarnungsrisiko sowie eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit. Die Angreifer verfügen über leistungsfähige und flexibel einsetzbare Angriffsmittel und -methoden. Aus diesem Grunde hat sich in den letzten Jahren die Intensität der Spionageaktivitäten um ein Vielfaches gesteigert.

Im Zusammenhang mit professionellen gezielten Cyber-Angriffen wird immer häufiger der Begriff der Advanced Persistent Threats (APT) genannt, der eine spezielle Angriffsmethodik bzw. Ausprägungsform gezielter Cyber-Angriffe bezeichnet. Entsprechend der Definition des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik liegt ein APT dann vor, wenn ein gut ausgebildeter Angreifer mit Rückgriff auf große Ressourcen gezielt ein Netz oder System angreift, sich dann in dem System ausbreitet, weitere Hintertüren einbaut und ggf. über längere Zeit Informationen sammelt oder Manipulationen vornimmt.<sup>142</sup>

Mit der Bezeichnung APT kann sowohl die Cyberattacke selbst als auch die Gruppe bezeichnet werden, die den Angriff durchgeführt hat. Da für die Durchführung derartiger Angriffe große finanzielle und personelle Ressourcen notwendig sind, werden APT-Angriffs-Kampagnen häufig nachrichtendienstlichen Akteuren zugeschrieben. Allerdings mehren sich die Anhaltspunkte dafür, dass auch gut organisierte nicht staatliche Gruppen, auch aufgrund einer festgestellten kommerziellen Zielsetzung, APT-Kampagnen ausführen. Auch könnten solche Gruppen im Auftrage von Nachrichtendiensten tätig geworden sein. Eine Täterzuordnung bleibt bei APT-Angriffen - wie bei allen Cyberangriffen - sehr schwie-

---

139 Wirtschaftskriminalität und anders motivierte Kriminalität im Cyberraum fällt in die Zuständigkeit der Polizei (siehe VII 6.3) und wird an dieser Stelle nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

140 Internet der Dinge (Internet of Things, IoT) bezeichnet die Vision einer Infrastruktur, die es ermöglicht, virtuelle und physische Gegenstände zu vernetzen. Smarte (vernetzte) Geräte u. a. im Haushalt sind von jedem Ort über das Internet steuerbar und der Status ist abrufbar.

141 „Industrie 4.0“ ist ein Zukunftsprojekt in der Hightech-Strategie der deutschen Bundesregierung, mit dem in erster Linie die Informatisierung der Fertigungstechnik vorangetrieben werden soll. Das Ziel ist die intelligente Fabrik (Smart Factory), die sich durch Wandlungsfähigkeit, Ressourceneffizienz und Ergonomie sowie die Integration von Kunden und Geschäftspartnern in Geschäfts- und Wertschöpfungsprozesse auszeichnet, vgl.: Cisco Glossar Internet of Everything vom 13.11.2014.

142 Vgl. Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik: Bericht zur Lage in der IT-Sicherheit 2017 (Glossar).

rig und es bedarf aufwändiger technischer Analysen und der Auswertung vieler Informationen zu konkreten Vorfällen, um eine belastbare Täterzuordnung zu treffen.

Die gängigste Angriffsmethode ist weiterhin der Versand von Spearphishing- oder Phishing-E-Mails<sup>143</sup> mit infizierten Anhängen. Mit dem Öffnen des Anhangs installiert sich die Schadsoftware auf dem IT-System des Opfers und baut über das Internet eine Verbindung zum Urheber der Schadmail auf. Diese Verbindung wird dann genutzt, um Informationen zu übertragen, oder neue Befehle zur Steuerung der Schadsoftware zu übermitteln. Als weitere Wege zur Übertragung von Schadprogrammen nutzen Angreifer präparierte Webseiten oder Kurznachrichten.

## 6.2 SOCIAL ENGINEERING

Bei technischen Cyberangriffen werden oftmals Schwachstellen in Hardware oder Software ausgenutzt oder technische Sicherheitsmaßnahmen umgangen. Wenn aber dank aktueller Hard- und Software sowie Firewalls und Virenschaltern keine Kompromittierung auf Sicherheitslücken gelingt, wird immer häufiger das sogenannte Social Engineering genutzt. Dabei wird mittels manipulativer Methoden versucht, die Opfer dazu zu bewegen, Schadsoftware zu installieren oder sensible Daten herauszugeben. Das Social Engineering nutzt dabei menschliche Eigenschaften wie Vertrauen, Hilfsbereitschaft, Angst oder Respekt aus.

Der „CEO-Betrug“ (CEO Fraud)<sup>144</sup> ist eine Variante des Social Engineering, die seitens der Angreifer einen größeren Aufwand erfordert. Es muss in besonderem Maße Zielaufklärung betrieben werden und die Angreifer müssen in der Lage sein, sich Informationen über Unternehmen und Mitarbeiter zu beschaffen. Genutzt werden unterschiedliche Quellen: die Unternehmenswebseite, Presse und Börsenmitteilungen, Einträge in sozialen Medien und im Handelsregister. In Einzelfällen nehmen die Angreifer auch im Vorfeld telefonischen Kontakt mit Mitarbeitern auf, um Ansprechpartner und weitere Details über das Unternehmen in Erfahrung zu bringen. Die E-Mails, in denen sich der Angreifer gegenüber dem Opfer als Geschäftsführer oder Finanzchef oder ein anderes hochrangiges Mitglied der Geschäftsleitung ausgibt, werden mit großer Sorgfalt und Professionalität vorbereitet und zugestellt. Diese E-Mails sollen das Opfer zur schnellen Überweisung von größeren Geldbeträgen oder zur Übermittlung vertraulicher Informationen veranlassen. Der Angreifer verwendet häufig korrekte Absenderadressen und imitiert durch die Signatur und Bilder die echten E-Mails der Unternehmensleitung so gut, dass auf den ersten Blick nichts Ungewöhnliches auffällt. Häufig werden auch real existierende Mitarbeiter als Referenz zur Veri-

---

143 Spearphishing ist eine Spezialform des Phishing-Angriffs, bei dem nicht breitflächig, sondern nur ein kleiner Empfängerkreis (häufig Führungskräfte oder Wissensträger auf Leitungsebene) attackiert wird.

144 CEO: Chief Executive Officer: US-amerikanische Bezeichnung für das geschäftsführende Vorstandsmitglied oder den Vorstandsvorsitzenden oder Generaldirektor.

fikation der Rechtmäßigkeit der Transaktion in der Nachricht genannt, die das Opfer aber nicht kontaktiert, weil der aufgebaute simulierte Zeitdruck zu groß ist.

### 6.3 CYBER-CRIME

Die zuvor beschriebenen Methoden werden sowohl von Nachrichtendiensten zur Cyber-Spionage als auch von Kriminellen zur Begehung von Cyber-Crime-Straftaten genutzt. Für die betroffenen Unternehmen ist dabei eine Täterzuordnung schwierig und oft auch nachrangig, da die notwendigen technischen Gegenmaßnahmen in beiden Bereichen zu großen Teilen identisch sind.

Für den Bereich Cyber-Crime ist die Polizei zuständig. Das Landeskriminalamt des Landes Schleswig-Holstein hat die Zentrale Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) ins Leben gerufen, die als Ansprechpartner für betroffene Unternehmen fungiert. Weitere Informationen dazu im Internet.<sup>145</sup>

## 7 Nachrichtendienstliche Aktivitäten der Türkei in Deutschland

Durch die Medien wurde bereits Ende 2016 der Verdacht bekannt, dass einzelne in DITIB<sup>146</sup>-Moscheen tätige islamische Geistliche Informationen über Anhänger der sogenannten Gülen-Bewegung gesammelt und dem türkischen Generalkonsulat in Köln berichtet haben sollen. Im Januar des Berichtsjahres leitete der Generalbundesanwalt (GBA) Ermittlungen gegen Unbekannt wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit (§ 99 StGB) ein und beauftragte das Bundeskriminalamt (BKA) mit der Durchführung. Im Februar wurden in diesem Zusammenhang die Wohnungen von islamischen Geistlichen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz durch das BKA und die zuständigen Länderpolizeien durchsucht. Anfang Dezember teilte der GBA mit, dass die Ermittlungen eingestellt wurden. Bei sieben Beschuldigten wurde das Verfahren eingestellt, da die Beschuldigten die Bundesrepublik Deutschland verlassen hatten und sich an unbekanntem Orten aufhalten und damit Verfahrenshindernisse nach § 154f StPO vorlagen. Bei weiteren sieben Beschuldigten wurden die Ermittlungen mangels hinreichenden Tatverdachts nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt und bei fünf Beschuldigten wurde von der Verfolgung wegen Geringfügigkeit nach § 153 Abs. 1 StPO abgesehen.

Von diesen Ermittlungseinstellungen unberührt bleiben die bundesanwaltschaftlichen Ermittlungen wegen des Verdachts, dass Agenten des türkischen Geheimdienstes Milli İstihbarat Teşkilatı (MIT) angebliche Anhänger der sogenannten Gülen-Bewegung in

---

145 [http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/POLIZEI/Praevention/Internetkriminalitaet/\\_artikel/zac.html](http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/POLIZEI/Praevention/Internetkriminalitaet/_artikel/zac.html).

146 DITIB (Diyanet İşleri Türk İslam Birliği): Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.

Deutschland ausspioniert haben. Tatsächliche Anhaltspunkte für die Ausforschung von Gülen-Anhängern in Deutschland ergaben sich durch eine im Februar durch den Chef des MIT übergebene Liste mit Namen, Wohnanschriften, Telefonnummern und in vielen Fällen Fotos von mehr als 300 angeblichen Gülen-Anhängern und -Institutionen in Deutschland. Die türkische Regierung macht die Gülen-Bewegung für den gescheiterten Putschversuch in der Türkei verantwortlich, bezeichnet deren Anhänger als Mitglieder einer terroristischen Vereinigung und forderte deshalb mehrfach deutsche Sicherheitsbehörden auf, etwas gegen die in Deutschland bestehenden Personen und Strukturen zu unternehmen. Die deutsche Regierung lehnte die Bitte um Unterstützung ab. Die von der türkischen Regierung gelisteten Gülen-Anhänger wurden durch die deutschen Sicherheitsbehörden darüber informiert, dass sie mutmaßlich im Fokus der türkischen Sicherheitsbehörden stehen. Auch in Schleswig-Holstein wurden entsprechende Sensibilisierungen durch die Mitarbeiter der Spionageabwehr durchgeführt.

## **8 NSA-Affäre**

Am 20. März 2014 setzte der Deutsche Bundestag einen Untersuchungsausschuss<sup>147</sup> ein. Anlass waren die Veröffentlichungen von Edward Snowden in mehreren internationalen Medien über die Spionage der National Security Agency (NSA), die belegten, dass die NSA und andere westliche Geheimdienste die weltweite Kommunikation massiv und anlasslos überwachten und unter anderem auch in beträchtlichem Umfang deutsche Wirtschaftsunternehmen und staatliche Stellen ausspionierten. Der Ausschuss sollte klären, ob und in welchem Umfang die Geheimdienste der Five Eyes, also der Staaten USA, Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland, in Deutschland spionierten und ob deutsche Stellen davon wussten und – insbesondere der Bundesnachrichtendienst (BND) – daran mitwirkten.

Nach knapp dreieinhalb Jahren beendete der NSA-Ausschuss im Juni seine Arbeit. Wegen unterschiedlicher Auffassungen konnten sich die Fraktionen nicht auf ein gemeinsames Votum einigen. Die Opposition aus Linkspartei und den Grünen kam zu dem Ergebnis, dass es sehr wohl anlasslose und massenhafte Spionage ausländischer Dienste in Deutschland gegeben habe und der BND dazu beigetragen haben. Die Koalition aus SPD und CDU/CSU urteilte, dass weder anlasslos noch massenhaft durch ausländische Dienste in Deutschland spioniert worden sei. Die Fraktionen waren sich aber einig, dass es zu Regelverstößen innerhalb des BND gekommen wäre. Sowohl die internen Abläufe als auch die Kontrolle des Dienstes müssten verändert werden. Als Konsequenz daraus verabschiedete der Bundestag am 21. Oktober 2016 eine entsprechende Änderung des BND-Gesetzes. Diese sieht als wesentliche Neuregelung vor, dass ein Unabhängiges Gremium stichprobenartig über-

---

147 1. Untersuchungsausschuss der 18. Wahlperiode (NSA).

prüft, ob sich der BND mit den verwendeten Suchbegriffen (Selektoren) bei der Überwachung von Telekommunikation von Nicht-Deutschen im Ausland an die gesetzlichen Vorgaben hält. Die Unabhängigkeit des dreiköpfigen Gremiums wird dadurch gewährleistet, dass ihm zwei Mitglieder aus dem Kreis der Richterinnen und Richter am Bundesgerichtshof sowie ein Mitglied aus dem Kreis der Bundesanwältinnen und Bundesanwälte beim Bundesgerichtshof angehören. Die Berufungszeit beträgt sechs Jahre.

Auch die Untersuchungen der Bundesanwaltschaft wegen der möglichen massenhaften Erhebung von Telekommunikationsdaten der Bevölkerung in Deutschland durch britische und US-amerikanische Nachrichtendienste wurden im Oktober abgeschlossen. Sie erbrachten keine belastbaren Hinweise für eine gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtete geheimdienstliche Agententätigkeit nach § 99 StGB oder andere Straftaten.

Die sogenannten Snowden-Dokumente ergaben keine konkreten Hinweise auf tatsächlich fassbare Spionagehandlungen der NSA in oder gegen Deutschland, sondern nur Erkenntnisse darüber, über welche Techniken und Fähigkeiten die US-amerikanischen Dienste verfügen. Diese waren den deutschen Behörden aber bereits bekannt. Es wurden keine Belege dafür gefunden, dass diese Techniken zielgerichtet gegen Deutschland eingesetzt wurden. Insbesondere gaben die Dokumente keinen Aufschluss über konkret beschreibbare, tatsächlich durchgeführte Abhörmaßnahmen. Vor diesem Hintergrund wurden die staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen beendet. Das Kapitel NSA-Affäre ist damit justiziell abgeschlossen.

## **9 Verfassungsschutz als Ansprechpartner**

Der Fachbereich Spionageabwehr, Proliferation und Wirtschaftsschutz der Verfassungsschutzbehörde in Schleswig-Holstein fungiert als verlässlicher Partner im Rahmen des nationalen Wirtschaftsschutzes.

Neben individuellen Sensibilisierungsmaßnahmen für einzelne Unternehmen und Unternehmensverbände werden auch Vortragsveranstaltungen im Rahmen von kostenfreien Awarenesskampagnen für Interessierte angeboten.

Im vergangenen Jahr wurden in diesem Zusammenhang 14 größere Vortragsveranstaltungen und 12 Sensibilisierungsmaßnahmen in Schleswig-Holstein durchgeführt.

